



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Zwölfter Tätigkeitsbericht

des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
für die Jahre 2013 und 2014



Zwölfter Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 2013 und 2014

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort des Bundesbeauftragten	6
1 Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum	8
1.1 Schwerpunkte der Archivarbeit	8
1.2 Schwerpunkte bei der Verwendung von Stasi-Unterlagen	10
1.3 Schwerpunkte der Forschung	13
1.4 Schwerpunkte der Unterrichtung der Öffentlichkeit	14
2 Die Behörde des BStU	15
2.1 Organisationsstruktur	15
2.2 Beirat	16
2.3 Personal	16
2.3.1 Personalbestand und Personalentwicklung	16
2.3.2 Fortbildung	16
2.3.3 Ausbildung	17
2.3.4 Betriebliche Gesundheitsförderung	17
2.3.5 Beschäftigung von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes	17
2.4 Haushalt	17
2.5 Liegenschaften	18
2.6 Informationstechnik (IT)	18
2.7 Informationssicherheit und Datenschutz	19
2.8 Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz	19

	Seite
3 Archivbestände	19
3.1 Arbeitsschwerpunkte	19
3.2 Erschließungsergebnisse	20
3.2.1 Zentrale Schriftgutüberlieferung des Ministeriums	20
3.2.1.1 Ablagen des MfS-Zentralarchivs	20
3.2.1.2 Bis 1990 kurrentes Schriftgut der zentralen MfS-Diensteinheiten	21
3.2.2 Schriftgutüberlieferung der MfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen	22
3.2.2.1 Land Berlin	22
3.2.2.2 Land Brandenburg	22
3.2.2.3 Land Mecklenburg-Vorpommern	22
3.2.2.4 Freistaat Sachsen	23
3.2.2.5 Land Sachsen-Anhalt	24
3.2.2.6 Freistaat Thüringen	24
3.2.3 Audiovisuelle Medien und maschinenlesbare Daten	25
3.2.3.1 Filme und Videos	25
3.2.3.2 Tondokumente	25
3.2.3.3 Fotodokumente	25
3.2.3.4 Maschinenlesbare Daten	25
3.3 Findmittel	25
3.3.1 MfS-Karteien	25
3.3.2 Datenbanken des BStU	26
3.3.2.1 Bestehende Fachanwendungen	26
3.3.2.2 Anpassung und Einführung von BASYS 2	26
3.3.3 Findmittel im Internet	27
3.3.3.1 Technische Fortentwicklung des Online-Findmittel-Angebots	27
3.3.3.2 Online-Findmittel in übergreifenden Fachportalen	27
3.3.3.3 Neue Online-Findmittel	28
3.4 Digitalisierungsprojekte	28
3.4.1 Strategische Fachziele und digitale Langzeitsicherung	28
3.4.2 Digitalisierung zu Sicherungs- und Schutzzwecken	29
3.4.3 Digitalisierung zur Nutzungserleichterung	30
3.5 Bestandserhaltung	30
3.5.1 Schadensbehandlung nach der Hochwasserkatastrophe in Halle ...	30
3.5.2 Präventive Maßnahmen	30
3.5.3 Papierrestaurierung und -konservierung	31
3.5.4 Sicherung audiovisueller Medien und maschinenlesbarer Daten ...	31
3.6 Herausgabe und Übernahme von Unterlagen	31
3.7 Manuelle und virtuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen	32

	Seite	
3.7.1	Manuelle Rekonstruktion	32
3.7.2	Virtuelle Rekonstruktion	32
3.8	Kontakte mit anderen Archiven	33
4	Verwendung von Unterlagen auf Antrag und Ersuchen	33
4.1	Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes	34
4.1.1	Antragseingänge, Erledigungen, Personal	34
4.1.2	Beweggründe für einen Antrag auf Akteneinsicht und Beratung durch den BStU	36
4.1.3	Anträge naher Angehöriger Vermisster oder Verstorbener	38
4.1.4	Antragstellung	39
4.1.5	Antragsbearbeitung	39
4.1.6	Decknamenentschlüsselung	41
4.2	Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen	42
4.2.1	Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts	42
4.2.1.1	Strafrechtliche Rehabilitierung	42
4.2.1.2	Wiedergutmachung	42
4.2.2	Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr	43
4.2.3	Verwendung für Zwecke der Nachrichtendienste	44
4.2.4	Ersuchen zur Überprüfung von Personen	44
4.2.4.1	Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, kommunale Wahlbeamte, ehrenamtliche Bürgermeister und entsprechende Vertreter für einen Gemeindeteil sowie Regierungsmitglieder	44
4.2.4.2	Leitende Mitarbeiter öffentlicher Stellen, von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächengestützten Verdachtsfällen	45
4.2.4.3	Berufsrichter und ehrenamtliche Richter	46
4.2.4.4	Leitende Personen im Sport sowie Trainer und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften	46
4.2.4.5	Beiratsmitglieder des BStU und Mitarbeiter sowie Gremien- mitglieder in Aufarbeitungseinrichtungen	46
4.2.4.6	Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen	46
4.2.4.7	Rentenangelegenheiten	46
4.2.4.8	Ordensangelegenheiten	46
4.3	Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung und von Presse, Rundfunk und Film	47
4.3.1	Westarbeit des MfS	49
4.3.2	Grenzregime, Fluchten und Militär	49

	Seite
4.3.3	Justiz und Strafvollzug sowie Polizei 50
4.3.4	Sport 51
4.3.5	Wirtschaft 51
4.3.6	Schüler und Jugendliche 52
4.3.7	Aufarbeitung der NS-Diktatur 52
4.3.8	Kultur, Kunst 53
4.3.9	Opposition in der DDR 54
4.3.10	Terrorismus, Extremismus 55
4.3.11	MfS 55
4.3.12	Parteien, Massenorganisationen, nationale Minderheiten und Ausländer in der DDR 55
4.3.13	Deutsch-deutsche Beziehungen 57
4.4	Widersprüche gegen Entscheidungen des BStU 57
4.5	Rechtsstreitigkeiten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz 58
5	Forschung und Publikationen 60
5.1	Arbeit des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums 61
5.2	Forschungsaktivitäten 62
5.2.1	Widerstand und Anpassung im Alltag 62
5.2.2	Das MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt/Westarbeit 63
5.2.3	Zusammenarbeit osteuropäischer Staatssicherheitsdienste 63
5.2.4	Herrschaft und Gesellschaft in der DDR-Provinz 64
5.2.5	Rechtsanwälte in der Ära Honecker 65
5.2.6	Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED- Führung. Edition und Analyse der Stimmungs- und Lageberichte der ZAIG des MfS 1953 bis 1989 65
5.2.7	Regionalstudien 65
5.3	Publikationen 66
5.3.1	Monografien und Sammelbände 66
5.3.1.1	Bundestagsgutachten 66
5.3.1.2	Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt 66
5.3.1.3	Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED- Führung: 1953, 1965 und Herbst 1989 66
5.3.1.4	Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression 67
5.3.1.5	Ausreise per Antrag 67
5.3.1.6	Knastware für den Klassenfeind 67
5.3.1.7	Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989 68
5.3.1.8	„Freiheit heißt, die Angst verlieren“ 68
5.3.1.9	Fasse Dich kurz – Telefonabhörprotokolle 68
5.3.1.10	„Genossen, wir müssen alles wissen!“ 68

	Seite
5.3.1.11 Die AIDS-Verschwörung	69
5.3.2 MfS-Dokumente online	69
5.4 Wissenschaftliche Tagung	69
5.5 Bibliothek	69
6 Unterrichtung der Öffentlichkeit	69
6.1 Lernort ehemalige Stasi-Zentrale	70
6.1.1 Neue Dauerausstellung in „Haus 1“ „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“	70
6.1.2 Bildungsangebote für junge Menschen und Multiplikatoren am Lernort ehemalige Stasi-Zentrale	71
6.2 Regionale sowie überregionale Ausstellungen und Bildungsangebote	73
6.2.1 Dauerausstellungen	73
6.2.2 Wander- und Wechseiausstellungen	74
6.2.3 Projektstage und Lehrerfortbildungen	77
6.2.4 Unterrichtsmaterialien	78
6.3 BStU-Dokumentenhefte „Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv“	79
6.4 Internetangebote des BStU	80
6.4.1 Redaktionelle Beiträge und Informationen	80
6.4.2 Zugang zu Archivdokumenten im Netz	80
6.4.2.1 Online-Portal „Stasi-Mediathek“ (Mediathek ausgewählter Dokumente)	80
6.4.2.2 BStU-Sonderseite www.demokratie-statt-diktatur.de	80
6.5 Archivführungen und Veranstaltungen	81
6.5.1 Archivführungen	81
6.5.2 Veranstaltungen des BStU	82
6.5.2.1 Veranstaltungen der Zentralstelle	82
6.5.2.2 Veranstaltungen in den Außenstellen	84
6.5.2.3 Präsenz des BStU bei bundesweiten Veranstaltungen	89
6.6 Pressearbeit	89
7 Internationale Bezüge	91
7.1 Die Arbeit des Netzwerks	91
7.2 Ausgewählte internationale Kontakte	92
Anhang	95
Abkürzungsverzeichnis	120

Vorwort des Bundesbeauftragten

Man reibt sich verwundert die Augen. Ein Vierteljahrhundert ist es schon her, dass die Menschen in der DDR den Mut fanden, auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren. Sie erhoben ihre Stimmen, bis sie die Mauer eindrückten und auch dem Treiben der Stasi ein Ende setzten. Die große Aufmerksamkeit, die die 25-Jahr-Feier der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls erfahren hat, erinnert an ein unglaubliches und glückliches Kapitel deutscher Geschichte. Aber es wurde auch deutlich, dass ein Vierteljahrhundert eine Zeitspanne ist, in der die Erfahrungen des Lebens in der DDR und die Erfahrungen mit der Repression in der SED-Diktatur eine fortschreitende Historisierung erfahren. Für die wachsende Zahl derer, die nach dem Ende der DDR aufwachsen, sind es Geschichten aus „einem Land vor unserer Zeit“, obwohl es für die, die es erlebt haben, 25 Jahre später immer noch so ist, als sei es „gestern geschehen“.

Natürlich ist die Aufarbeitung der Vergangenheit immer noch für viele Menschen eine ganz persönliche Angelegenheit. Nicht zuletzt die über 5 000 Anträge zur persönlichen Akteneinsicht, die jeden Monat beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen eingehen, sprechen da eine deutliche Sprache. Aber erkennbar wird auch, dass nachwachsende Generationen nicht „automatisch“ ein eigenes Interesse an der Beschäftigung mit der SED-Diktatur haben. Und dass, wenn sie sich darauf einlassen, sie Antworten zur Vergangenheit suchen, die neue Herausforderungen darstellen. Dieser Zwölfte Tätigkeitsbericht der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) – der die Jahre 2013 und 2014 umfasst – zeigt, dass die demografischen Veränderungen in der Gesellschaft auch in der Behörde des BStU angekommen sind. Die Nutzung der Stasi-Unterlagen für die Zukunft zu sichern und den Dialog mit den nächsten Generationen zeitgemäß zu gestalten und zu vertiefen, das ist ein roter Faden vieler Aktivitäten.

Die Entwicklung der „Stasi-Mediathek“ in den letzten zwei Jahren ist beispielsweise von diesem Gedanken getragen. Sie ist ein Angebot für eine digital orientierte Zielgruppe – ein niedrigschwelliges Schaufenster in das Archiv. Sie ist eine Zugangsmöglichkeit für ein breites Publikum, das sich ohne große Vorkenntnisse einmal mit diesem besonderen Archiv beschäftigen möchte. Parallel dazu konnten für das Fachpublikum Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs auf der Rechercheplattform ARGUS beim Bundesarchiv online zugänglich gemacht werden. Nutzer können so übergreifend im Stasi-Unterlagen-Archiv und im Bundesarchiv suchen und Rechercheergebnisse aus beiden Archiven integriert betrachten.

Mir ist es ein Anliegen, dass der BStU seiner Rolle als Dienstleister weiter verbessert nachkommt. Unsere Hauptaufgabe ist, die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu erschließen und der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen: öffentlichen Stellen, Forschung und Bildung, Gedenkstätten und Medien und immer noch zentral den Bürgerinnen und Bürgern, deren Leben durch das Wirken der Stasi beeinträchtigt wurde.

Nicht wenige Menschen, die heute zu uns kommen, geben an, den zeitlichen Abstand zum Geschehen gebraucht zu haben. Die eigene Biografie zu hinterfragen, alte Gewissheiten zu verlieren, vielleicht Enttäuschungen zu erfahren, das fällt Vielen nicht leicht. Dazu die Chance zu haben, indem die Akten für sie offen stehen, ist ausgesprochen wichtig. Am Ende eines solchen Prozesses steht, Klarheit über die Vergangenheit gewonnen zu haben. Dass der Bedarf an persönlichem Aktenzugang immer noch hoch ist, ist eine Herausforderung, der sich die Behörde stellt, indem sie sich in den vergangenen zwei Jahren konsequent dem Thema Wartezeiten gewidmet hat.

Die Beschäftigung mit den Stasi-Unterlagen erhält immer wieder eine aktuelle Komponente: Das zeigt das Interesse an Aufklärung über Struktur, Methoden und Wirkungsweise der Stasi im Kontext der Debatten über die heutige staatliche und privatwirtschaftliche Datensammlung. Das detaillierte Wissen um die Mechanismen der DDR-Geheimpolizei ist für viele Menschen Anschauungsmaterial, an dem sie die heutigen Aktivitäten von NSA, GCHQ oder auch Facebook und Google messen wollen. Die umfassende Dokumenten-Studie über die Abhörpraxis der Stasi, die die BStU-Forschungsabteilung im Berichtszeitraum vorstellen konnte („Fasse dich kurz!“), hat beispielsweise die öffentliche Debatte um das Verhalten heutiger Geheimdienste bereichert. Aber auch die Akten-Edition über die Berichte der Stasi an die

SED-Parteiführung oder das für den Bundestag erstellte Gutachten über das Wirken der Stasi im Deutschen Bundestag ermöglichen es, die Mechanismen der Geheimpolizei in der Diktatur zu erkennen und mit geschärften Sinnen die Verhältnisse in der Demokratie zu betrachten.

Gerade für junge Menschen ist es dabei besonders hilfreich, den Zugang zur Geschichte über historische Orte zu finden. Das Archiv für die Stasi-Unterlagen kann so ein Ort sein, an dem man sich am „Monument der Überwachung“, das diese Akten in ihrer Summe darstellen, der Geschichte nähert. Dies ist ein Teil der Idee, aus der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg einen Lernort für Demokratie, einen „Campus für Demokratie“ zu machen. Dieser Ort eignet sich in besonderer Weise dafür, die gesellschaftliche Dynamik zwischen Diktatur und Demokratie zu reflektieren. Schließlich ist es nicht nur der Ort der Repression, des Wirkens der Stasi, sondern auch ein Ort der Friedlichen Revolution, den die Bürger erstürmten und an dem sie den Zugang zu den Akten und deren Offenlegung erkämpften. Diktatur ist überwindbar! Das ist die Botschaft, die von dem Gelände auch ausgeht. Das Stasi-Unterlagen-Archiv und die Dauerausstellung in „Haus 1“, dem Stasi-Museum, sind Bausteine, die viele Besucher anziehen. Das Konzept ist offen für viele weitere, die die Diskussion über Diktatur und Demokratie an diesem Ort führen wollen.

Dass das Stasi-Unterlagen-Archiv am historischen Ort in seiner nun 24-jährigen Geschichte zu einem internationalen Symbol geworden ist, erlebe ich immer wieder. Bei den vielen Besuchern aus über 40 Nationen im Archiv, bei der Nachfrage nach unseren Experten und Mitarbeitern für internationale Aufarbeitungsdiskussionen, in der Wertschätzung des Archivs bei Einrichtungen der Entwicklungshilfe und des internationalen Dialogs. Wir haben in Deutschland erstmals in der Welt das Archiv einer Geheimpolizei für die Gesellschaft geöffnet und den Gedanken der Transparenz staatlichen Handelns verankert. Dieses Beispiel ist für viele Nationen, die schwierige Übergangsgesellschaften gestalten müssen, ein Argument, das sie in ihren nationalen Dialogen stärkt.

Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur bleibt insgesamt nicht stehen. In der Archiv- und Gedenkstättenlandschaft, im Institutionengefüge in der historisch-politischen Bildung und in der Wissenschaftslandschaft sind vielfältige Veränderungen erfolgt. Sie ermöglichen es dem BStU, sich noch stärker als bisher in seiner Rolle als Archiv für die Stasi-Unterlagen in den Prozess der Auseinandersetzung mit den Herrschaftsmechanismen in der SED-Diktatur und dem Alltag in der Diktatur einzubringen – in einer Zeit, in der es angezeigt ist, über die Zukunft der Aufarbeitung und die Zukunft der Stasi-Unterlagen nachzudenken.

Veränderungen bieten uns die Chance zur Weiterentwicklung. Es geht darum, Strukturen zu benennen, in denen die Arbeit mit den Stasi-Unterlagen unter bestmöglichen Bedingungen fortgesetzt werden kann. Und so gilt es zu prüfen, durch wen welche Aufgaben am besten erfüllt werden können und wie wir den Dialog mit den nächsten Generationen gestalten. Mir ist es wichtig, dass wir gerade junge Leute befähigen, ihren Eltern, Großeltern, aber auch Lehrern und Politikern die richtigen Fragen zu stellen – ganz besonders, solange die, die die DDR erlebt haben, noch in der Lage sind, Antworten zu geben. Das Stasi-Unterlagen-Archiv kann dabei auf vielfältige Art helfen und unterstützen.

Roland Jahn

1 Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum

1.1 Schwerpunkte der Archivarbeit

Wesentliche Grundlage für die Tätigkeit der BStU-Archivbereiche sind unverändert die Vorschriften insbesondere nach § 37 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG). Sie weisen dem BStU unbefristet archivische Funktionen zu. Als Spezialarchiv des Bundes ist das Stasi-Unterlagen-Archiv für die in § 6 Abs. 1 StUG definierten Unterlagen zuständig. Der zusammengefasste Bestand des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) strukturiert sich einerseits in sogenannte Teilbestände, die wichtige Organisationseinheiten des MfS abbilden und die dort bei der Besetzung der Stasi-Dienststellen jeweils vorgefundenen (dezentralen) Überlieferungen aus den Dienstzimmern der MfS-Mitarbeiter einschließen. Andererseits umfasst der Bestand die vom MfS zentral nach einheitlichem Schema registrierten oder bereits in verschiedenen Ablagen archivierten Unterlagen. Für die archivfachliche Überlieferungsbildung ist entscheidend, dass das Stasi-Unterlagen-Archiv ein sogenanntes Ganzheitsarchiv ist. Das bedeutet, dass in ihm alle Unterlagen des MfS aus seinen zentralen, regionalen und lokalen Zweigen ungeteilt zusammengeführt und konsultierbar sind (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, Abschnitt 3.1 und Anhang 4). Gemäß § 37 Abs. 2 StUG erfolgt die archivische Bearbeitung aller Unterlagen nach einheitlichen Grundsätzen.

Das im Stasi-Unterlagen-Archiv verwahrte Papierschriftgut beläuft sich auf 111 Kilometer, darunter befinden sich 41 Millionen Karteikarten sowie große Mengen an verfilmten Unterlagen, deren Ausdruck zahlreichen weiteren Kilometern an Papierschriftgut entsprechen würde. Hinzu kommen große Mengen an Unterlagen, die vom DDR-Staatssicherheitsdienst kurz vor seiner Auflösung noch hastig zerrissen, aber nicht mehr endgültig beseitigt werden konnten. Diese zerrissenen Unterlagen füllen noch immer mehr als 15 000 Säcke und andere Behältnisse. Außerdem sind über 1,7 Millionen einzelne Fotos, gut 30 000 Film- und Tonaufzeichnungen sowie 46 Datenprojekte des MfS im Stasi-Unterlagen-Archiv erhalten.

Erschließung

Inzwischen sind ca. 95 Prozent des Schriftgutes (ohne zerrissene Unterlagen) personen- oder sachbezogen zugänglich. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 2 076 lfd. M. Unterlagen erschlossen. Erstmals befanden sich auch Ausdrucke von virtuell rekonstruierten Unterlagen darunter (siehe Abschnitt 3.2.1.2). Außerdem wurden ca. 129 000 Fotos sowie gut 640 Film- und Tondokumente erschlossen (siehe Abschnitte 3.1 und 3.2). Inzwischen können 141 Online-Findmittel im Internet eingesehen werden, davon wurden 46 im Berichtszeitraum neu erstellt. Parallel dazu werden auch Digitalisate von Archivgut in Findmittel eingebettet und für die Online-Nutzung angeboten. Gleichzeitig wurden die Online-Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs im internationalen Austauschformat EAD (Encoded Archival Description) neu kodiert. Sie sind dadurch inzwischen auch in übergreifenden Recherche-

zusammenhängen abrufbar, z.B. im Archivportal Europa (Archives Portal Europe) oder in der Internet-Plattform ARGUS beim Bundesarchiv (siehe Abschnitt 3.3). Seit September 2014 ist der gemeinsame Internet-Auftritt von Bundesarchiv und BStU in ARGUS freigeschaltet und wird BStU-seitig fortlaufend ergänzt. Dadurch ist es erstmals möglich, Erschließungsangaben und Findmittel zu Archivgut des MfS mit solchen von anderen zentralen Stellen der DDR oder der SED gemeinsam in einem Portal und integriert in einer gemeinsamen Suchmaschine zu recherchieren.

Der BStU hat entschieden, der Erschließung der in den Büros der MfS-Mitarbeiter 1989/90 aufgefundenen Unterlagen (sogenannte Bündelüberlieferung) Priorität zu geben. Diese wurden damals unter hohem Zeitdruck in Bündeln zusammengefasst und konnten in der Eile meist nur vorläufig gekennzeichnet werden. Zu dieser Bündelüberlieferung waren in der Regel keine registratur- oder aktenkundlichen Hilfsmittel greifbar, anhand derer später die Überlieferung nach zeitgenössischen Ordnungsprinzipien hätte restrukturiert werden können. Zusätzlich waren Teile der Bündelüberlieferung in sich völlig vermischt, d.h. die Vorgänge oder auch einzelne Dokumente waren im MfS noch durcheinander gelegt oder auseinandergerissen worden. Nach wie vor gestalten sich die Erschließungsarbeiten an dieser Bündelüberlieferung deshalb aufwendig. Vor die Erschließung dieser Unterlagen muss häufig als eigener Arbeitsschritt die sogenannte Formierung gestellt werden. Deren Ziel ist es, durch Analyse textlicher Zusammenhänge und aktenkundlicher Formenmerkmale die historischen Dokumente Blatt für Blatt wieder zusammenzustellen. Dies gilt überwiegend für jenes Schriftgut, das in den MfS-Dienststeinheiten primär nach sachthemativen Gesichtspunkten angelegt war und nach seiner Formierung auch entsprechend sachbezogen verzeichnet werden kann. In den Bündeln gesichert waren gleichzeitig aber viele Unterlagen, die als Aktenvorgänge beim MfS zentral registriert oder bereits archiviert worden waren. Das konnte der Fall sein, weil MfS-Mitarbeiter Ende 1989 gerade ältere Aktenvorgänge aus dem MfS-Archiv angefordert hatten oder selbst aktuell an Aktenvorgängen arbeiteten, die zentral registriert waren. Diese Unterlagen waren im MfS in der Regel nach personenbezogenen Gesichtspunkten erfasst. Sie wurden deshalb vom BStU zunächst in den entsprechenden Überlieferungszusammenhang des MfS zurückgeführt. Gleiches galt für verwandte Unterlagen aus den verschiedenen MfS-Dienststeinheiten, die dezentral geführt und verwaltet wurden. In der Regel traf dies beispielsweise auf die sogenannten Zentralen Materialablagen (ZMA) zu.

Etwa 10 Prozent der Bündelüberlieferung sind noch zu erschließen. Ihr Inhalt ist größtenteils aufgrund bereits stattgefundener sogenannter Grobsichtungen überblicksartig bekannt. Die Grobsichtungen sind seitdem eine wichtige Grundlage zur Festlegung von Prioritäten für die Erschließung, insbesondere unter den Bedingungen stark begrenzter Fachpersonalkapazitäten (siehe Vierter Tätigkeitsbericht, S. 45f.). Auch für die bereits abschließend verzeichneten oder aktuell in Bearbeitung befindlichen

MfS-Teilbestände gilt zudem, dass zusätzlich zur Papierüberlieferung häufig noch relevante Mengen an verfilmtem Schriftgut vorhanden sind. Der Abgleich dieser meist auf Mikrofiches bzw. Mikrofilmstreifen oder auf Rollfilm überlieferten Aufzeichnungen mit den in Papierform erhaltenen Unterlagen wird als logischer Erschließungsschritt in der Regel erst nach Abschluss der Erstverzeichnung der Papierüberlieferung anzusetzen sein. Abgleich und Erschließung des verfilmten Schriftguts stellen deshalb überwiegend eine Aufgabe der Zukunft dar. Gleiches gilt für das Zugänglichmachen der zahlreichen zerrissenen Unterlagen, die bei vielen MfS-Teilbeständen zusätzlich zum materialintakten Papierbestand überliefert sind, überwiegend als Papierschriftgut, darüber hinaus aber beispielsweise in relevantem Umfang auch als Bildmaterial.

Der Personenbezug ist für die Stasi-Überlieferung weiterhin charakteristisch. Vor allem die vom Staatssicherheitsdienst zentral registrierten bzw. bereits archivierten Unterlagen sind auf diese Weise strukturiert und über Rechercheinstrumente zugänglich. Bei sachthematischen Anfragen an den BStU, die nicht ausreichend mit Hinweisen auf Personen unterlegt werden können, stößt die vom MfS aufgebaute personenbezogene Zugangsmöglichkeit zur Überlieferung deshalb an Grenzen. Es bleibt daher für das Stasi-Unterlagen-Archiv ein Anliegen, die wesentlich nach personenbezogenen Kriterien gebildete Überlieferung des MfS zusätzlich nach sachthematischen Betreffen zu erschließen.

Für einige Teile der Überlieferung bleibt der personenbezogene Zugang indessen auch losgelöst vom geheimpolizeilichen Entstehungs- bzw. Interpretationszusammenhang wesentlich und kann insofern weiter hinreichend sein. Ein Beispiel dafür sind die Personalakten (die sogenannten Kaderakten) ehemals hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS. In anderen Fällen hingegen verspricht die zusätzliche sachthematische Erschließung verbesserte Auskunftsmöglichkeiten insbesondere an die Forschung. Im Berichtszeitraum wurden deshalb weitere konzeptionelle Überlegungen angestellt, welche der bereits vom MfS archivierten Unterlagen künftig zusätzlich sachthematisch erschlossen werden sollten, soweit dies nicht bereits geschehen ist oder aktuell erfolgt (siehe Abschnitt 3.2.1.1). In der Regel betrifft dies vor allem die vom MfS in den sogenannten Operativen Hauptablagen oder in den Allgemeinen Sachablagen archivierten Unterlagen, im ehemaligen MfS-Zentralarchiv auch die Unterlagen der sogenannten Geheimen Ablage. In gleicher Weise könnte die sachthematische Erschließung von Teilen der vorgenannten, dezentral angelegten Zentralen Materialablage perspektivisch zu verbesserten Zugangsmöglichkeiten für Forschung, Bildung und Medien führen.

Zur fachlichen Bearbeitung der gewaltigen, inhaltlich wie strukturell einzigartigen Überlieferung des MfS konnte und kann nicht auf klassische „Lehrbuchlösungen“ der Archivkunde zurückgegriffen werden. Eine weitere Hürde ergibt sich aus dem Prinzip der geheimpolizeilichen Aktenführung, das stark von dem Gedanken der inneren Abschottung und Geheimhaltung geprägt ist. Daher wurden

vom MfS auch keine übergreifenden Einheitsaktenpläne oder systematischen Aktenverzeichnisse angelegt, mit deren Hilfe eine rasche und rationelle Übersicht über die Arten der entstandenen Unterlagen möglich wäre.

Die Archivarinnen und Archivare stellen sich den daraus ergebenden Herausforderungen seit Gründung des BStU und entwickeln ausgehend von den allgemeinen Fachgrundsätzen die speziell notwendigen Verfahren zur archivistischen Bearbeitung der Stasi-Unterlagen.

Aus den Zielen des StUG – dem Einzelnen Zugang zu den Unterlagen zu seiner Person zu verschaffen und die historische, politische und juristische Aufarbeitung zu fördern – ergeben sich für den BStU-Archivbereich bei der Bewertung und Erschließung umfangreiche Zusatzaufgaben. Die gesetzlichen Vorschriften erfordern die Anwendung einer besonderen Erschließungstiefe im Rahmen der archivistischen Bearbeitung. Nach § 3 Abs. 1 StUG hat jeder Einzelne das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob in den erschlossenen Stasi-Unterlagen Informationen zu seiner Person vorhanden sind. Über § 6 Abs. 7 sowie § 13 Abs. 7 StUG wird dieses Recht nochmals verstärkt. Das Auskunftsrecht nach StUG ist demnach nicht beschränkt auf Personen, zu denen das MfS eigens Unterlagen angelegt hat, etwa in Gestalt von Personalakten (Kaderakten), Akten über inoffizielle Mitarbeiter (IM-Vorgänge) oder Akten zu bestimmten Personen oder Personengruppen, die vom MfS überwacht oder verfolgt wurden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stasi-Unterlagen-Archivs erfassen deshalb im Rahmen der archivistischen Erschließung auch alle aus der jeweiligen Unterlage selbst eindeutig identifizierbaren Personen, die in Stasi-Unterlagen aus anderen Entstehungszusammenhängen, z.B. in Sachaktenvorgängen, relevant dargestellt sind.

Die archivistischen Aufgaben des BStU sind so anspruchsvoll wie die MfS-Überlieferung selbst: Was rund 40 Jahre von der Stasi und ihren inoffiziellen Helfern zusammengetragen wurde, soll in möglichst kurzer Zeit geordnet, verzeichnet, für Aufarbeitung und historische Forschung nutzbar und auf Dauer geschützt sein. Als diese Arbeiten begannen, konnte schwer eine präzise Vorstellung von der Dauer und den Dimensionen dieses Vorhabens bestehen. Die damals angenommenen Arbeitsaufwände und -ausstattungen haben sich längst als deutlich zu klein bemessen erwiesen. Auch wurden Dauer und Intensität der Nutzungsinteressen erheblich unterschätzt. Aktuell werden vom Stasi-Unterlagen-Archiv im Durchschnitt monatlich etwa 28 400 Personenauskünfte aus den Karteien des MfS erteilt und mehr als 21 000 Aktenbände zu Benutzungszwecken ausgehoben. Die Erschließungsergebnisse zeigen, wie sehr die Aufwände lohnen, wie wichtig und häufig einzigartig die Archivalien sind, die über die Tätigkeit der Stasi, den Alltag in der DDR und die Einflussnahme der Stasi auf nahezu alle Lebensbereiche in der kommunistischen Diktatur informieren. Der Erwartungsdruck, dass die Stasi-Unterlagen möglichst bald vollständig erschlossen werden, bleibt hoch. Diesen Erwartungen kann nur entsprochen werden, wenn ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Derzeit sind weniger als zehn Prozent

der beim BStU Beschäftigten ausgebildete Archivarinnen und Archivare.

Bestandsschutz

Eine weitere Herausforderung für die Archivarbeit resultiert aus der unterschiedlichen Beschaffenheit der Liegenschaften der Zentralstelle und der Außenstellen des BStU. Die Unterbringung und Lagerung der historischen Überlieferung muss insbesondere den gültigen baulichen und raumklimatischen Anforderungen an die Aufbewahrung von Archivgut entsprechen. Dies ist in den verschiedenen Liegenschaften des BStU bislang nicht durchgängig gewährleistet. Die Schaffung einheitlicher bestandssichernder Unterbringungsmöglichkeiten für die gesamte MfS-Überlieferung an allen Standorten des BStU bleibt eine dringliche Aufgabe.

Die langjährige Nutzung sowie der aus der häufig minderwertigen Materialbeschaffenheit der Papiere, Filme und weiterer Informationsträger resultierende Zerfallsprozess der Originale stellen inzwischen große Herausforderungen an die archivische Bestandserhaltung. Um die Überlieferung zu sichern, werden zunehmend Digitalisate an die Stelle der stofflichen Originale treten müssen, insbesondere bei Film-, Video- und Tondokumenten, deren historische Trägermaterialien unwiederbringlich zerfallen und daher auf Dauer nicht als Informationsmedium erhalten werden können.

Manuelle und virtuelle Rekonstruktion

Schließlich gehören zum MfS-Archivbestand Hunderttausende Dokumente, die von den Stasi-Mitarbeitern 1989/90 bereits per Hand zerrissen und so für die endgültige Vernichtung vorbereitet worden waren. Um diese Überlieferung wieder zugänglich zu machen, besteht seit 1995 beim BStU die Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen“. Über deren Aufgaben wurde ausführlich u. a. im Elften Tätigkeitsbericht informiert (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 41). Im Berichtszeitraum konnten Dokumente, Vorgänge und Aktenteile im Umfang von ca. 230 000 Blatt manuell rekonstruiert werden. Insgesamt wurden beim BStU mittlerweile Unterlagen im Umfang von ca. 1,53 Millionen Blatt händisch rekonstruiert.

Um das mühsame und zeitaufwendige Verfahren manueller Rekonstruktion durch IT-Verfahren zu unterstützen und voranzutreiben, wird seit 2007 das Pilotverfahren zur virtuellen Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen durchgeführt. Es entstand auf Initiative des Deutschen Bundestages. Dazu erging ein Forschungsauftrag an das Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) in Berlin zur Entwicklung eines IT-Systems, dessen Kernstück eine spezielle Software zur virtuellen Rekonstruktion digitaler Schnipselbilder darstellt. Im Jahre 2011 stellte der Deutsche Bundestag Haushaltsmittel zur Erweiterung des Forschungsauftrags bereit, die ein integriertes IT-Verfahren von der virtuellen Rekonstruktion der Schnipsel bis hin zu deren IT-gestützter Erschließung ermöglichen. Im Projektverlauf kam es zu einer mehrjährigen Verzögerung, weil sich die Entwicklung

verschiedener Module des IT-Systems wesentlich aufwendiger gestaltete als zunächst geplant. Im Berichtszeitraum konnte anhand der automatisierten Zusammensetzung digitaler Schnipselbilder aus vier Säcken gezeigt werden, dass die Prozesskette der virtuellen Rekonstruktion prinzipiell funktioniert. Bislang konnten etwa 24 000 virtuell rekonstruierte Seiten in das Archiv des BStU übernommen werden. Im Berichtszeitraum begann die archivfachliche Bearbeitung der virtuell zusammengesetzten Seiten (siehe Abschnitt 3.7.2).

Archivfachliche Kontakte

Zum fachlichen Austausch der Archivarinnen und Archivare des BStU gehören auf nationaler Ebene nach wie vor die Besuche der deutschen wie auch der regionalen Archivtage. Aber auch auf internationalem Terrain engagiert sich der Archivbereich der Behörde. Zudem unterzeichnete die Behörde 2014 ein Abkommen mit dem europäischen Konsortium für das Archivportal Europa (Archives Portal Europe) über das Einbringen von archivischen Erschließungsangaben des BStU in dieses Portal (siehe Abschnitt 3.3.3).

Parallel dazu wurden die archivfachlichen Kontakte insbesondere zum IPN (Institut für Nationales Gedenken), dem polnischen Partnerinstitut des BStU, intensiviert, über die im Elften Tätigkeitsbericht ausführlich informiert wurde (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 79). Hospitationen der polnischen Archivarinnen und Archivare in Berlin folgten weitere Fachgespräche in Kattowitz und Warschau.

1.2 Schwerpunkte bei der Verwendung von Stasi-Unterlagen

Private Akteneinsicht

Die mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz geschaffene Möglichkeit, die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für den einzelnen Bürger zu öffnen und ihm Zugang zu allen zu seiner Person gesammelten Informationen zu gewähren, wird nach über zwei Jahrzehnten der intensiven Nutzung kaum noch ernsthaft in Frage gestellt. Das große Interesse von Bürgerinnen und Bürgern am persönlichen Zugang zu den Stasi-Unterlagen hält bis heute an, die Bearbeitung der Anträge auf persönliche Akteneinsicht ist dementsprechend nach wie vor ein Kernarbeitsgebiet der Behörde. Insgesamt stellten seit Inkrafttreten des StUG rund 1,99 Millionen Personen einen Antrag auf Akteneinsicht, manche davon mehrfach. Einschließlich der Anträge auf Entschlüsselung von Decknamen und Herausgabe von Kopien gingen insgesamt rund 3 Millionen Anträge bei der Behörde ein.

Die Zahl der Anträge ist im Berichtszeitraum 2013/2014 gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum 2011/2012 zurückgegangen; dennoch liegt sie mit 64 246 im Jahr 2013 und 67 763 im Jahre 2014 noch immer auf einem hohen Niveau. Hierbei machen Erstanträge nach wie vor ca. 72 Prozent aller eingehenden Anträge auf Akteneinsicht aus. Knapp drei Viertel der Anträge entfallen auf die zwölf Außenstellen der Behörde.

Den gleichbleibend hohen Anforderungen steht seit Jahren ein hoher Personalabbau in der Abteilung gegenüber – eine Folge von grundsätzlichen Entscheidungen beim Aufbau der Behörde. Dies hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass die Wartezeiten bis zur persönlichen Akteneinsicht wieder gestiegen sind. Im Berichtszeitraum gelang es nach langen Bemühungen erstmals, einen Teil der frei werdenden Stellen auch im Auskunftsbereich nachzubeseetzen, sodass voraussichtlich künftig die Wartezeiten wieder verkürzt werden können (zu Antragszahlen und Personalsituation im Einzelnen siehe Abschnitt 2.3.1 und Abschnitt 4.1.1)

Die Motive für einen Antrag auf persönliche Akteneinsicht sind vielfältig. Noch immer steht die Antragstellung häufig im Zusammenhang mit in der DDR erlittenem Unrecht. Für den Berichtszeitraum sind hier insbesondere Anfragen von ehemaligen Heimkindern zu nennen, die zur Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Hilfsfonds „Heimerziehung in der DDR“ Nachweise über die in Kinderheimen der DDR verbrachten Zeiten suchten (zu den Motiven der Antragstellung und den Beratungsangeboten des BStU siehe Abschnitt 4.1.2).

Zunehmend wird nicht nur Einsicht in die über die eigene Person gesammelten Informationen begehrt, sondern im Rahmen der Aufarbeitung der Familiengeschichte auch Zugang zu Unterlagen über verstorbene Angehörige beantragt, um eine mögliche Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes aufzuklären. Die seit 2012 wirksame Novellierung des § 15 StUG eröffnet nahen Angehörigen Vermisster oder Verstorbener hier ein erweitertes Zugangsrecht. Die Zugangsrechte im Einzelnen und die in diesem Zusammenhang zu erbringenden Nachweise und Begründungen führen allerdings zu einem erhöhten Beratungsbedarf. Auch in der Bearbeitung ergeben sich gegenüber den Anträgen zur eigenen Person einige Besonderheiten (zu Anträgen nach § 15 StUG siehe Abschnitt 4.1.3).

Die Bearbeitung von Anträgen auf Akteneinsicht besteht einerseits aus formal- und verwaltungsrechtlichen Prüfungen, dem Auslösen von Recherchen in den verschiedenen Beständen sowie der Sichtung des ermittelten Materials. Andererseits unterscheiden sich die Tätigkeiten jedoch von denen vieler anderer Verwaltungen oder Archive. Wegen des rechtsstaatswidrigen Entstehens der Unterlagen, ihres zudem vielfach sehr persönlichen Inhalts und des damit verbundenen gravierenden Eingriffs in Persönlichkeitsrechte von Menschen müssen die Bearbeiterinnen und Bearbeiter in jedem Einzelfall differenzierte Prüfungen aller aufgefundenen Unterlagen und Anonymisierungen bestimmter personenbezogener Informationen vornehmen, um die Rechte der Betroffenen nicht erneut zu beeinträchtigen. Daneben sind die Beschäftigten im Bereich der persönlichen Akteneinsicht in vielen Fällen auch erste Ansprechpartner bei der Eröffnung persönlich sensibler und nach wie vor mitunter auch belastender Informationen. Nicht selten begleiten sie deshalb den Prozess der persönlichen Auseinandersetzung der Bürgerinnen und Bürger während der Akteneinsicht durch intensive Vor- und Nachgespräche und weiterführende Beratung

(zur Antragsbearbeitung im Einzelnen siehe Abschnitte 4.1.4 bis 4.1.6).

Herausgabe von Unterlagen an Forschung und Medien

Die Anzahl der Anträge von Forschern und Journalisten ist im Berichtszeitraum leicht angestiegen. Die nach wie vor große Nachfrage zeugt vom ungebrochen starken öffentlichen Interesse an der Arbeit des früheren Ministeriums für Staatssicherheit und spiegelt damit das gesellschaftlich breit verankerte Bedürfnis nach Aufklärung über die Herrschaftsmechanismen in der DDR wider. Insgesamt wurden 2013/14 zu Forschungs- und Medienzwecken über 1 400 000 Seiten aus MfS-Akten in Kopie herausgegeben. Darüber hinaus erhielten Wissenschaftler und Journalisten Duplikate von mehr als 15 000 Fotos sowie von 1 700 Filmen und Tonbändern (siehe ausführlich Abschnitt 4.3).

Inhaltliche Ausrichtung und zahlenmäßiges Aufkommen der Anträge werden zum einen durch aktuelle Ereignisse, öffentliche Debatten sowie historische Jahres- und Gedenktage inspiriert und beeinflusst. Zum anderen sind die Anfragen Ausdruck sich verändernder Perspektiven und Methoden insbesondere innerhalb der geisteswissenschaftlichen Disziplinen. Dabei bieten die Hinterlassenschaften des DDR-Staatssicherheitsdienstes durch ihre inhaltliche Bandbreite und ihre quantitative Materialfülle eine noch lange nicht erschöpfend rezipierte und für viele Themen unverzichtbare Grundlage.

Die Friedliche Revolution und der Fall der Mauer jährt sich 2014 zum 25. Mal. So gingen vermehrt Forschungs- und Medienanträge zu den Ereignissen im Herbst 1989 ein. In diesem Zusammenhang rückten der Mauerbau wie die innerdeutsche Grenze als Symbole der deutschen Teilung erneut in den Fokus der Antragsteller. Auch die Menschen, die bei Fluchtversuchen aus der DDR unter oft tragischen Umständen zu Tode gekommen sind, wurden in Forschungs- und Filmprojekten gewürdigt (siehe Abschnitt 4.3.2). Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit als ein wichtiges Resultat des mutigen Einsatzes vieler DDR-Bürger war ebenso ein häufig behandeltes Thema wissenschaftlicher und medialer Auseinandersetzung. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 jährt sich im Berichtszeitraum zum 60. Mal. Auch diesem Thema widmeten sich zahlreiche Wissenschaftler, Journalisten und Aufarbeitungsinitiativen.

Forschungs- und Medienanträge zu den letztgenannten Bereichen bezogen sich mehrheitlich auf Akteure in der Region. Oppositionelles Engagement aus dem politischen Untergrund oder dem kirchlichen Bereich insbesondere in den 70er- und 80er-Jahren oder subkulturelle Strömungen unter Jugendlichen wurden von Forschern und Medienvertretern ebenfalls intensiv untersucht. Der Kunst- und Kulturbetrieb der DDR, dabei vor allem die Rolle der Künstler als Systemträger oder Kritiker des SED-Regimes, waren von besonderem Interesse (siehe Abschnitte 4.3.6, 4.3.8 und 4.3.9). Der BStU unterstützte hier zahlreiche Ausstellungsprojekte, Publikationen sowie Film- und Fernsehproduktionen durch Bereitstellung umfangreicher Materialien.

Diese thematische Konzentration drückte sich auch in der quantitativen Gewichtung der Anträge aus: Der größte Anteil der Forschungs- und Medienanfragen entfiel auf die Sachgebiete Politik, Parteien und Organisationen, gefolgt von den Bereichen Kunst, Kultur und Medien sowie Bildung, Familie und Jugend (ausführlich siehe Grafik im Abschnitt 4.3). Gleichbleibend häufig wurden Unterlagen zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit angefragt. Ebenso waren die Themen Wissenschaft und Wirtschaft zahlenmäßig stark unter den Forschungs- und Medienanträgen vertreten. Insbesondere die in der Öffentlichkeit diskutierte ökonomische Ausbeutung von Häftlingen im DDR-Strafvollzug nahm hier breiten Raum ein. Daran anknüpfend wurden im Berichtszeitraum ebenfalls Anfragen an den BStU gerichtet, die nach der Rolle des DDR-Geheimdienstes bei Medikamententests international tätiger Pharmaunternehmen in der DDR fragten (siehe Abschnitt 4.3.5). Auch Arbeitseinsätze und Lebensumstände Jugendlicher in Kinderheimen oder Jugendwerkhöfen wurden thematisiert (siehe Abschnitt 4.3.6).

Zudem unterstützte der BStU verschiedene Ausstellungen von Gedenkstätten in den ehemaligen Untersuchungsgefängnissen des DDR-Staatssicherheitsdienstes durch Bereitstellung von MfS-Unterlagen. Viele dieser Einrichtungen beantragen seit mehreren Jahren kontinuierlich Archivmaterialien zur Ortshistorie der früheren Haftanstalten, sodass sich aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit bewährte und gewinnbringende Kooperationen ergeben haben. Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen eröffnete im Oktober 2013 ihre erste Überblicksausstellung zur Geschichte der zentralen Untersuchungshaftanstalt des MfS, auch die Stiftung Ettersberg erarbeitete eine dauerhaft installierte Ausstellung zum Erfurter Bezirksuntersuchungsgefängnis (siehe Abschnitt 4.3.3).

Zwei Drittel aller Anträge nach §§ 32 ff. StUG gingen aus dem wissenschaftlichen Bereich ein, von renommierten Forschern bis hin zu Studierenden verschiedener Fachdisziplinen sowie von Mahn- und Gedenkstätten, Museen, Stiftungen, Vereinen oder Schulen. Ein Drittel der Anträge wurde zu journalistischen Zwecken gestellt; darunter sind öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten ebenso zahlreich vertreten wie freie Journalisten. Rund zwölf Prozent aller Forschungs- und Medienanfragen kamen aus dem Ausland. Gerade breit angelegte Forschungsprojekte, aber auch fokussierte Medienanfragen erfordern exakte und oft sehr umfangreiche Materialrecherchen. Diese müssen zum Teil mit sehr kurzen Terminsetzungen veranlasst, Archivgut muss gesichtet und für die Einsichtnahme vorbereitet werden. Durch die ziel- und prioritätenorientierte Arbeitsorganisation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten die Herausgaben von Unterlagen den jeweiligen Anforderungen der Antragsteller gemäß sichergestellt werden. Von der Möglichkeit der privilegierten Einsichtnahme durch Wissenschaftler bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 32 Abs. 1 Nr. 7 StUG wurde auch im Berichtszeitraum leicht zunehmend Gebrauch gemacht. Diese Regelung hat sich zur beiderseitigen Arbeitserleichterung grundsätzlich bewährt.

Rehabilitierung und Wiedergutmachung

Wer unrechtmäßig zu einer Haftstrafe verurteilt oder in der Jugend ohne rechtfertigende Gründe von seinen Eltern getrennt in einem Heim oder Jugendwerkhof leben musste, kann noch bis Ende 2019 bei einem Landgericht die rehabilitierende Feststellung beantragen, dass die vollzogene Maßnahme rechtsstaatswidrig gewesen ist. Der Bundesbeauftragte gibt den Landgerichten auf Ersuchen eine Mitteilung mit Belegen zum Sachverhalt und stellt ihnen vorhandene Gerichtsakten zur Verfügung. Ersuchen der Gerichte führen in fast 70 Prozent der Fälle zu Mitteilungen oder Herausgaben von Unterlagen.

Die Zahl solcher Ersuchen ist im Berichtszeitraum zwar stark zurückgegangen, belegt aber, dass die strafrechtliche Rehabilitierung weiterhin für viele Betroffene des Unrechtssystems ein unverzichtbarer Bestandteil der persönlichen Aufarbeitung ist. Zudem ist diese Rehabilitierung Voraussetzung für Folgeansprüche auf soziale Ausgleichsleistungen (z.B. eine Kapitalentschädigung oder die sogenannte Opferrente), und die Feststellung des Zeitraums einer unrechtmäßigen Freiheitsentziehung ist erforderlich, um darauf bezogene Ansprüche auf Leistungen nach dem Strafrechtlichen und dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz geltend machen zu können.

Wenn Betroffene bei den zuständigen Landesbehörden eine Wiedergutmachungsleistung beantragen, indem sie etwa diesen Behörden darlegen, dass sie eine gesundheitliche Schädigung oder einen Eingriff in Vermögenswerte bzw. eine berufliche Benachteiligung erlitten hätten, richten die betreffenden Stellen an den Bundesbeauftragten ein Mitteilungsersuchen. Meist wird in diesem Zusammenhang von den Landesbehörden auch das Vorliegen von Ausschließungsgründen geprüft, denn einen Anspruch auf Leistungen kann nicht geltend machen, wer selbst gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. In der Regel handelt es sich hierbei um Hinweise darauf, dass er oder sie mit dem Staatssicherheitsdienst zusammengearbeitet oder nationalsozialistisches Unrecht begangen hat.

Ersuchen zur Überprüfung von Personen

Auch 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution besteht ein Teil der Aufarbeitung der SED-Diktatur immer noch in der Überprüfung verschiedener Funktionsträger, leitender Mitarbeiter oder anderer Beschäftigter darauf, ob sie früher für den Staatssicherheitsdienst tätig waren. Zwar ist insgesamt die Anzahl der Personen, zu denen öffentliche und nicht-öffentliche Stellen diesbezügliche Ersuchen eingereicht haben, im Vergleich zu den beiden Vorjahren 2011 und 2012 zurückgegangen. Dennoch lag diese Zahl im Berichtszeitraum 2013/2014 noch über 25 000 Personen.

Nach wie vor löst in einigen Fällen eine Mitteilung des Bundesbeauftragten zur Überprüfung einer Person eine Debatte über die früheren MfS-Kontakte dieser Person aus. Ausgangspunkt dafür kann aber auch eine Medienveröffentlichung sein, die sich auf nach den §§ 32, 34

StUG herausgegebene Unterlagen stützt. Zum Teil steht am Ende einer solchen Auseinandersetzung auch der Verlust von Amt oder Mandat.

Während die Zahl der Überprüfungsfälle in Rentenangelegenheiten und bei Sicherheitsüberprüfungen deutlich gesunken ist, ist bei den demokratisch gewählten Volksvertretungen der Umfang der Überprüfungen auf allen drei Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – im Großen und Ganzen etwa gleich geblieben. Die Landtage von Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie das Abgeordnetenhaus von Berlin haben ihre Abgeordneten vollständig überprüft, bei den Parlamenten von Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen erfolgte dies zum Teil, da hier die Überprüfung auf freiwilliger Grundlage stattfand. Bis zum gleichzeitigen Ende der Wahlperioden am 25. Mai 2014 haben kommunale Vertretungen aus den neuen Bundesländern zu insgesamt 7 675 ihrer Mitglieder um Überprüfung gebeten. Dabei nahm Brandenburg mit fast 3 000 Personen vor Sachsen mit etwas über 1 800 Personen den Spitzenplatz ein. Bei den leitenden Mitarbeitern öffentlicher Stellen ist die Anzahl der Personen, zu denen Anfragen eingereicht wurden, seit 2012 mit ca. 300 pro Jahr etwa gleich geblieben.

Die Überprüfungszahlen für Berufs- und ehrenamtliche Richter sind sehr uneinheitlich. Der Deutsche Olympische Sportbund hingegen hat seiner kontinuierlichen Praxis entsprechend auch zu den Olympischen Winterspielen in Sotschi wieder Angehörige der deutschen Nationalmannschaft überprüft. Die Anzahl der überprüften Personen, denen ein Orden verliehen werden soll, bewegt sich schon seit vielen Jahren auf gleichbleibend hohem Niveau (zusammen ca. 850 in den Jahren 2013 und 2014).

Zu den Zwecken, die den öffentlichen Stellen einen Zugang zu Stasi-Unterlagen ermöglichen, gehört seit jeher die Sicherheits- bzw. Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen. Insgesamt sind im Berichtszeitraum Ersuchen zu 14 000 Personen abschließend bearbeitet worden, davon über 91 Prozent ohne entsprechende Hinweise auf eine Zusammenarbeit.

In nicht wenigen Fällen, bei denen der Bundesbeauftragte früher bereits eine inoffizielle oder hauptamtliche Tätigkeit mitgeteilt hatte, haben zuständige Stellen bzw. Behörden nach einigen Jahren zu derselben Person, die offenbar dort weiterhin eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausgeübt hat, an den BStU eine Wiederholungsanfrage gerichtet. Möglicherweise könnten diese Entwicklungen ein Anlass sein zu überlegen, ob eine solche Überprüfung unter Verwendung von Stasi-Unterlagen zum Zweck der Sicherheits- bzw. Zuverlässigkeitsüberprüfung weiterhin verdachtsunabhängig und obligatorisch erfolgen sollte. § 12 Abs. 4 Sicherheitsüberprüfungsgesetz legt z. B. fest, dass alle Personen auf den jeweiligen sicherheitsrelevanten Stellen, die vor dem 1. Januar 1970 geboren sind und aus der DDR stammen, selbst dann einer Überprüfung unterzogen werden müssen, wenn keine Anhaltspunkte für eine Stasi-Tätigkeit vorliegen (siehe demgegenüber etwa § 12b Abs. 3 Nr. 3 Atomgesetz).

Grundsatzfragen der Verwendung von MfS-Unterlagen

Auch im aktuellen Berichtszeitraum gab es, in Relation zu der Gesamtzahl der beim BStU bearbeiteten Anträge auf Aktenzugang, nur sehr wenige Widerspruchsverfahren bzw. verwaltungsgerichtliche Klageverfahren, die rechtliche Fragen der Zugänglichmachung von Unterlagen nach dem StUG betreffen. In den anhängigen Rechtsstreitigkeiten ging es beispielsweise um den Zugang naher Angehöriger nach § 15 StUG oder darum, ob Unterlagen als solche zu inoffiziellen Mitarbeitern des MfS kategorisiert werden. Auch in diesem Berichtszeitraum lag der Schwerpunkt der Verfahren, neben einzelnen Medienherausgaben, bei Rechtsfragen der persönlichen Akteneinsicht.

Beim internationalen Interesse an den in über zwei Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen der Behörde mit der Verwendung der MfS-Unterlagen war im Berichtszeitraum eine weitere Zunahme zu verzeichnen. Dieses manifestierte sich zum einen in zahlreichen Besuchen ausländischer Delegationen aus Politik, Wirtschaft, Justiz und Behörden sowie Einladungen zu Fachvorträgen. In den Diskussionen und Rückmeldungen wird immer wieder der große Stellenwert offensichtlich, den man international den in Deutschland gemachten Erfahrungen beimisst, wobei die vielfachen praktischen Erfahrungen mit den einzelnen Verwendungen der MfS-Unterlagen in den Diskussionen eine besondere Rolle spielen.

1.3 Schwerpunkte der Forschung

Die Stasi-Unterlagen-Behörde besitzt eine eigene Forschungsabteilung, die als Dienstleister für Wissenschaft und Öffentlichkeit im Wesentlichen Grundlagenforschung betreibt. Eigene Forschung beim BStU ist eingerichtet worden, um die historische und politische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes gewährleisten und gesichertes Wissen bereitstellen zu können.

Im Berichtszeitraum hat der Forschungsbereich eine große Zahl von Editionsbinden und Untersuchungen vorgelegt: Beispielhaft seien hier genannt die Bände der ZAIG-Edition „Die DDR im Blick der Stasi“ und die erstmalige Herausgabe von Telefonabhörprotokollen in der Publikation „Fasse Dich kurz“. Sie dokumentieren als Grundlagenforschung den Dienstleistungscharakter der BStU-Forschung. Anlassbezogene Publikationen bieten stets eine gute Gelegenheit, Inhalte wirksam zu vermitteln. So erschien zum 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution ein Sonderband der Berichte des MfS an die Staats- und Parteiführung. Mehrere Arbeiten nahmen aktuelle Diskussionen auf: Der Band „Knastware für den Klassenfeind“ zur Häftlingsarbeit in der DDR für den Westexport leistete einen Beitrag zur Versachlichung der öffentlichen Debatte. In einer Expertise wurde die Größenordnung von inoffiziellen Mitarbeitern der Stasi (zuletzt 180 000) erneut überprüft und kann nun als stärker empirisch abgesichert gelten. Ein vom Deutschen Bundestag angefordertes Gutachten stellt in aller Breite die versuchte Einflussnahme der Staatssicherheit auf das westdeutsche Parlament dar.

Kooperationen erhöhen die Möglichkeiten, zu neuen Erkenntnissen zu gelangen; die mit der Universität Jena vorgelegte Arbeit zur Verfolgung der Kulturszene in Gera „Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression“ belegt dies. Die Partnerschaft im „Europäischen Netzwerk der für die Geheimpolizei-Akten zuständigen Behörden“ ist von hohem Wert für die Erforschung der multilateralen Zusammenarbeit zwischen den ehemaligen Staatssicherheitsdiensten. Ein für die deutsche Seite bedeutsamer Aspekt in diesem Kontext: Die Bestände in den Partnerarchiven enthalten originale Schriftstücke der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), die im BStU-Archiv nicht vorhanden sind; in einem gemeinsamen Dokumentationsprojekt ließ sich ein Teil der verschwundenen oder zerstörten HV A-Aktenbestände rekonstruieren, digitalisieren und – als Ergänzung zu den Beständen des BStU – online stellen.

1.4 Schwerpunkte der Unterrichtung der Öffentlichkeit

Ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der SED-Diktatur steht der BStU vor neuen Herausforderungen bei seiner Aufgabe, die Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise der DDR-Staatssicherheit zu unterrichten. Der Generationenwechsel bedeutet auch, dass zunehmend mehr Menschen die DDR nicht mehr aus eigenem Erleben kennen und daher wenig über die SED-Diktatur und die Mechanismen der Repression wissen. Das verändert den Dialog, die Aufbereitung und Erzählweise über die jüngste deutsche Vergangenheit. Ziel des BStU ist es, mithilfe der Stasi-Unterlagen zur Auseinandersetzung mit den Herrschaftsmechanismen in der SED-Diktatur und dem Alltag in der Diktatur beizutragen.

Der BStU reagiert auch auf die veränderte Gedenkstättenlandschaft in den Bundesländern. Diese haben mittlerweile eine Vielzahl eigener Angebote im Bereich der historisch-politischen Bildung und ermöglichen es dem BStU dadurch, sich stärker als bisher in seiner Rolle als Archiv für die Stasi-Unterlagen in den Prozess der Auseinandersetzung über die SED-Diktatur einzubringen. Nach Beratungen mit der Kultusministerkonferenz (KMK) im Frühjahr 2014 wurden daher auch die schülerspezifischen Angebote des BStU verstärkt auf die Archive und die Gedenkstätten, in denen der BStU tätig ist, konzentriert. Durch die Nutzung der authentischen Orte werden verbesserte und effizientere Möglichkeiten der Ansprache eröffnet, wie sie die KMK in ihren am 12. Dezember 2014 veröffentlichten Empfehlungen zur Erinnerungskultur „Erinnern für die Zukunft“ vorsieht.

Bei der Erfüllung seiner Aufgabe der Unterrichtung der Öffentlichkeit unterstützt der BStU auch zivilgesellschaftliche und staatliche Institutionen dabei, die Orte des Wirkens des MfS – insbesondere die Haftanstalten und ehemaligen Dienststellen des MfS – für die historisch-politische Bildung zu nutzen.

Bildung am historischen Ort

Im Berichtszeitraum wurde gemeinsam mit der Antistalinistischen Aktion (ASTAK e.V.) die neue Dauerausstel-

lung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ konzipiert und fertiggestellt. Damit wurde eine Vorgabe der Gedenkstättenkonzeption des Bundes von 2008 erfüllt. Die neue Ausstellung wurde im „Haus 1“, dem Dienstsitz von Stasi-Minister Mielke, zum 25. Jahrestag der Besetzung der Stasi-Zentrale feierlich durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters, eröffnet. Sie informiert über den Gründungskontext des MfS, über Aufgaben und Struktur der Geheimpolizei der SED, die hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter sowie die Methoden ihrer Arbeit. Anhand von Fallbeispielen gibt die Ausstellung Einblicke in die alltägliche Praxis der Stasi und zeigt die Auswirkungen ihrer Tätigkeit und die Verantwortung der Handelnden. Diese Ausstellung, auf wissenschaftlicher Basis, zeitgemäß gestaltet und am historischen Ort verankert, ist Teil weiterer Angebote der BStU-Bildungsarbeit am Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale.

Neben Angeboten an die breite Öffentlichkeit sind es die spezifischen Formate für Schüler und Lehrkräfte, die auf große Aufmerksamkeit treffen, auch weil sie aktuelle Diskussionen berühren: Die Auseinandersetzung mit der Rolle der Stasi in der SED-Diktatur und den Konsequenzen der Stasi-Praxis führt zu fundamentalen Fragen von Demokratie, Freiheit und Verantwortung. Der stetig wachsende zeitliche Abstand zur Geschichte der Staatssicherheit bedeutet hier keine Entfremdung vom historischen Gegenstand, vielmehr wird die Aktualität der Vergangenheit sichtbar, wie z.B. die Debatte zur NSA gezeigt hat. Besonders in biografisch unterlegten Fallbeispielen finden die allgemeinen Themen und Zusammenhänge eine eindrucksvolle Konkretion. Dies belegen die für Schüler und Lehrer erarbeitete Reihe „BStU für die Schule“ oder Ausstellungen wie „Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi – Die Geheimpolizei der DDR“ und „Kämpfen an der Seite der Genossen. Die Frauen der Staatssicherheit“. Aber auch mit ihren Übersichtsdarstellungen zur DDR-Staatssicherheit und ihren Lernarrangements für Schülerinnen und Schüler spricht die Bildungsarbeit des BStU ihre Adressaten an. Die 2014 fertiggestellte Poster-Schulausstellung „Stasi. Was war das?“ bringt Wissen lehrplankonform und unkompliziert in die Schule. Im Rahmen von unterrichtsbegleitenden Projekttagen können Schüler an die Stasi-Akten, ihren Inhalt und die Arbeit mit ihnen herangeführt werden. Dazu bietet der BStU auch Lehrerfortbildungen auf dem ehemaligen Stasi-Gelände an.

Nicht zuletzt bildet die archivische Öffentlichkeitsarbeit einen wichtigen Tätigkeitsschwerpunkt. Das Interesse an der Geschichte des MfS-Archivs und der Art der archivalischen Hinterlassenschaft des Staatssicherheitsdienstes ist nach wie vor hoch. Allein im Archiv der BStU-Zentralstelle in Berlin wurden im Berichtszeitraum beispielsweise 592 Gruppen mit über 7 000 Personen empfangen; in den Außenstellen finden ebenfalls regelmäßig Archivführungen statt. Hinzu traten weitere Besuche, insbesondere von Presse, Funk und Fernsehen, zu „Tagen der offenen Tür“ oder „Langen Nächten“ sowie die Angebote zum „Tag der Archive“.

Digitale und sonstige Angebote der Unterrichtung

Das neue digitale Angebot des BStU, die Stasi-Mediathek, bietet anhand von ausgewählten Original-Dokumenten der DDR-Geheimpolizei einen Einblick in die vielfältigen Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs. Neben zahlreichen Stasi-Dokumenten sind insbesondere Videos, Fotos und Tonaufnahmen des MfS zu sehen und zu hören. Mit dem technischen Start Ende 2014 standen zunächst 2 500 Dokumentenseiten, 250 Einzelbilder, sechs Stunden Tonaufzeichnungen und 15 Stunden Filme online zur Auswahl. Alle ausgewählten Stasi-Dokumente werden im Original und barrierefrei als Transkript gezeigt und ermöglichen damit eine einzigartige Volltextsuche über alle eingestellten Dokumente und Dateien. Das Angebot an MfS-Unterlagen auf der Webseite wird kontinuierlich erweitert.

Eine überaus positive Erfahrung hat der BStU mit einem Kooperationsprojekt zur Friedlichen Revolution gemacht, bei dem die Social-Media-Plattform Twitter genutzt wurde, um die Ereignisse aus dem Herbst 1989 einem jüngeren Publikum nahezubringen. Vom 19. August bis 13. November 2014 wurden unter dem Namen „Heute vor 25 Jahren“ @Mauerfall89 täglich fünf bis 50 Tweets abgesetzt, die die Geschichte Schritt für Schritt nacherzählten. Das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, die „Bild“-Zeitung und der BStU steuerten aus ihren diversen Archivbeständen Dokumente, Fotos und Audio-Dateien bei, die die Ereignisse zum Nacherleben auf einem Zeitstrahl lebendig werden ließen. 14 500 Follower begeisterten sich für das Projekt.

Für die breite Öffentlichkeit präsentiert der BStU seit 2013 Dokumente und Fotos aus dem Stasi-Archiv auch in dem Format „Dokumentenhefte“. In ihnen zeichnet eine Auswahl an Unterlagen aus dem Archiv den Verlauf eines historischen Ereignisses aus Sicht der Geheimpolizei nach. Die Art der Auswahl der Dokumente soll dem Leser ermöglichen, sich selbst ein Bild über das Wirken des MfS zu machen: Darüber, wie die Stasi z.B. Udo Lindenberg und sein einziges Konzert in der DDR 1983 überwachte. Oder welche Bedeutung die Aufdeckung des Wahlbetrugs bei den DDR-Kommunalwahlen 1989 für die Geheimpolizei hatte und wie sie dabei gegen Oppositionelle vorging. Vorgeschichte, Verlauf und Betroffene eines Ereignisses werden so anhand ausgewählter Dokumente deutlich. Erkennbar werden so nicht nur Denkweise und Methoden der Stasi, sondern auch das Aufbegehren der Menschen, die sich gegen die Unterdrückung ihrer Rechte auflehnten.

Die Hefte im Format A4 zeigen die Unterlagen in Originalgröße, darunter Maßnahmenpläne, Beobachtungsprotokolle, Berichte inoffizieller Mitarbeiter oder Fotos. Eine Einführung erläutert jeweils Thema und historische Situation. Zusätzlich erhalten Leser so Einblick in die Bestände und das Potenzial des Stasi-Unterlagen-Archivs. Als neu entwickeltes Format der Öffentlichkeitsarbeit mit Stasi-Unterlagen werden die Publikationen von Schulen, Studierenden, Journalisten, Archivbesuchern und Einzelpersonen intensiv nachgefragt. Die Hefte können auch auf www.bstu.de heruntergeladen oder in Druckversion bestellt werden.

Auch bei den Veranstaltungen zur Unterrichtung der Öffentlichkeit gab es in den Jahren 2013/2014 eine Konzentration auf Themen, die aus einer direkten Beschäftigung mit den Stasi-Unterlagen resultieren. Mit Zeitzeugengesprächen, Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen, Vorträgen, Buchvorstellungen und auch Tagen der offenen Tür erreichte der BStU etliche Tausend Gäste und Besucher in Berlin und den Regionen der zwölf Außenstellen. Im Jahr 2014 stellte der BStU zusätzlich viele Veranstaltungen in Berlin und den Regionen unter das Thema „Demokratie statt Diktatur! 25 Jahre Friedliche Revolution“. Die Forderungen der Demonstrierenden nach ihren Rechten – u. a. freie Wahlen, Versammlungsfreiheit und Reisefreiheit – standen dafür Pate. Die Akten als Dokumente der Unterdrückung von Menschenrechten waren immer wieder hilfreiches Anschauungsmaterial bei den Veranstaltungen.

Dass die Stasi eine gesamtdeutsche Angelegenheit war, vermittelt die seit 2008 durch die alten Bundesländer tourende Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“. Sie zeigt grundlegende und vertiefende Informationen über das Ministerium für Staatssicherheit und seine Funktion im SED-Staat. Besonders die regionalen Schautafeln, die jeweils dem Ort der Ausstellung und den Einflüssen der Stasi dort gewidmet sind, verdeutlichen die Wirkungsweise der Stasi auch im Westen und erfuhren viel Resonanz.

2 Die Behörde des BStU

2.1 Organisationsstruktur

Im Berichtszeitraum setzte der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) die Prüfungen zur Gestaltung der Regionalstruktur der Behörde fort – entsprechend dem Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung von 2008 mit dem Ziel, effizientere Strukturen zu schaffen. Darin ist auch die perspektivische Zusammenlegung von Archivstandorten einbezogen. Dabei standen Sondierungen mit den Ländern im Vordergrund; Leitlinie ist, die Arbeitsteilung zwischen den beteiligten staatlichen Institutionen zu verbessern. Dazu führte der Bundesbeauftragte Gespräche mit den Ministerinnen und Ministern der ostdeutschen Bundesländer, in deren Zuständigkeit sich die Landesarchive, Gedenkstätten und Einrichtungen der politischen Bildung befinden, mit den Leitungen der Landeszentralen für politische Bildung sowie den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Der BStU orientiert sich für die Archivstandorte in den Bundesländern an folgenden Kriterien:

- Einbindung in die regionale Struktur der Aufarbeitung des SED-Unrechts,
- archivgerechte Lagerung der Akten und Einbindung in die regionale Archivlandschaft,
- Nutzung authentischer Orte in der Vermittlung,
- regionale Präsenz und Ansprechbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger.

2.2 Beirat

Beim BStU ist nach § 39 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) ein Beirat eingerichtet. Der BStU berichtet dem Beirat über grundsätzliche und andere wichtige Angelegenheiten und berät diese mit ihm. Ihm gehören neun Mitglieder an, die von den Landtagen der neuen Bundesländer gewählt werden, sowie acht Mitglieder, die vom Deutschen Bundestag gewählt werden (siehe Anhang 3). Die Zusammensetzung des Gremiums trägt dem besonderen Interesse an Aufarbeitung in den neuen Bundesländern Rechnung. Im Berichtszeitraum fanden fünf Beiratssitzungen statt.

In mehreren Sitzungen war die Zukunft des BStU Thema, zuletzt ausführlich in der Sitzung im Juni 2014. Der BStU informierte über die neue Präsentation von Findmitteln des Stasi-Unterlagen-Archivs im Internet, die in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv entwickelt wurde (siehe Abschnitt 3.3.3). Ferner wurde dem Beirat die zeitgemäße Darstellung von Inhalten des BStU-Archivs mittels des Projekts Mediathek vorgestellt (siehe Abschnitt 6.4.2.1).

Zu zwei relevanten Forschungsthemen der Behörde ließ sich der Beirat im Jahr 2013 berichten. Zunächst wurde ihm das Gutachten des BStU an den Deutschen Bundestag zum Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf denselben vorgestellt (siehe Abschnitt 5.3.1.1). Zum Zweiten ging es um die Debatte zur Frage der IM-Zahlen, die durch eine externe Publikation eines BStU-Wissenschaftlers ausgelöst wurde.

Der Beirat begleitete in mehreren Sitzungen die Erstellung der neuen Dauerausstellung in „Haus 1“ auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale, die dem BStU im Gedenkstättenkonzept von 2008 unter Einbeziehung der Aufarbeitungsinitiative „Antistalinistische Aktion“ e.V. (ASTAK) als Aufgabe zugewiesen worden war. Ebenso wurde er über die Konzeption und Ausgestaltung der Bildungsarbeit an diesem authentischen Ort informiert.

Der Beirat setzte sich beim Pilotprojekt „virtuelle Rekonstruktion“ für dessen Fortsetzung ein. Der Beiratsvorsitzende wandte sich im Namen des Gremiums schriftlich an den Deutschen Bundestag: „Der Beirat ist der Auffassung, dass die Technologie für die virtuelle Rekonstruktion zerrissener Akten aus zwei Gründen zur Anwendungsreife geführt werden sollte. Die Stasi hat mit Sicherheit nur brisante Akten vorvernichtet. Deshalb werden diese Akten für das vertiefte Verständnis der Arbeitsweise eines kommunistischen Geheimdienstes Erhebliches beitragen können. Die Technik, mit der aus Schnipseln Dokumente rekonstruiert werden können, wird aber zudem für manche Wissenschaften neue Dimensionen erschließen“.

Im Vorstand des Beirats, der gemäß Geschäftsordnung jährlich gewählt wird, trat anstelle des aus dem Beirat ausgeschiedenen Rainer Eppelmann nun Jörn Mothes als zweiter stellvertretender Vorsitzender (gewählt in der Sitzung im September 2013, in 2014 wiedergewählt). Die anderen bisherigen Vorstandsmitglieder wurden im Berichtszeitraum zwei Mal in ihren Ämtern bestätigt: Richard Schröder als Vorsitzender, Ulrike Poppe als erste stellvertretende Vorsitzende, allerdings mit einer Unterbrechung

von einigen Monaten, weil sie kurzzeitig nicht dem Beirat angehörte.

2.3 Personal

2.3.1 Personalbestand und Personalentwicklung

In den Haushaltsjahren 2013 und 2014 wurde dem BStU eingeräumt, jeweils 40 Stellen mit kw-Vermerk (kw = künftig wegfallend; diese Stellen dürfen nach dem Ausscheiden des oder der betreffenden Beschäftigten nicht nachbesetzt werden) wieder zu besetzen; 2012 waren es 26 gewesen. Dies erfolgte insbesondere, weil die weiterhin hohe Zahl von Anträgen auf Akteneinsicht mit dem stetig geminderten Personalbestand der Behörde nicht zu bewältigen war. Von diesen insgesamt 80 Stellen entfallen 46 auf den Auskunftsbereich und 34 auf den Archivbereich, wobei im ersten die Mehrzahl im gehobenen und im zweiten die meisten im mittleren Dienst eingruppiert sind. Im Berichtszeitraum verließen 67 Beschäftigte aus diesen beiden Fachbereichen die Behörde, insbesondere wegen des Beginns der Altersrente oder des Ruhestands.

Mit diesen Neueinstellungen konnte dem problematischen Abwärtstrend beim Personalbestand in Servicebereichen wie der Aktenauskunft und den Archiven entgegengewirkt werden. Waren Ende 2012 noch 1 589 Beschäftigte in der Behörde tätig (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 22), so sind es zum Jahresende 2014 1 605 Beschäftigte, also eine leichte Steigerung. Personen, die nicht bei der Behörde tätig sind, weil sie in der Ruhephase der Altersteilzeit, Elternzeit o. Ä. sind, sind hierin nicht erfasst.

Die Anstrengungen zur Gleichbehandlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurden fortgesetzt. Es gibt verschiedene individuelle Teilzeitmodelle, die von 287 Beschäftigten in Anspruch genommen werden, davon 82 Prozent von Frauen. An alternierender Telearbeit können nun 15 Beschäftigte teilnehmen. Die Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen liegt seit 2006 dauerhaft über zehn Prozent.

2.3.2 Fortbildung

Der mittel- und langfristigen Personalentwicklung und Fortbildung kommt eine wichtige Rolle zu, und zwar gleichermaßen für neue berufliche Tätigkeiten als auch für die weitere Tätigkeit im jahrelang gewohnten Arbeitsbereich.

Im Berichtszeitraum standen Inhouse-Seminare für Führungskräfte zu „Beurteilung als Führungsaufgabe“ sowie „Umgang mit psychisch belasteten und erkrankten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ im Mittelpunkt. Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen „Kommunikation“ und „Konfliktbewältigung“ sowie archivfachliche Weiterbildungen wurden zahlreich nachgefragt, ebenso die Veranstaltungen zum StUG. Für die beim BStU in der Ausbildung fungierenden 190 Beschäftigten wurden erneut Workshops zur Auffrischung des Wissens und zum gegenseitigen Austausch veranstaltet.

Die Seminare „Effektive Lesetechniken“ wurden im Berichtszeitraum auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Organisationseinheiten als dem Auskunftsbereich – im Auskunftsbereich müssen Abertausende Seiten gelesen werden – angeboten. Die seit Dezember 2009 regelmäßig stattfindenden Supervisions-Sitzungen für Kolleginnen und Kollegen der Abteilung Auskunft in der Zentralstelle und den Außenstellen fanden weiter statt und wurden im Berichtszeitraum für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Arbeitsbereichen geöffnet.

2.3.3 Ausbildung

Im September 2013 begannen 22, im September 2014 14 junge Frauen und Männer ihre Ausbildung beim BStU: 24 Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, sieben Fachangestellte für Bürokommunikation, vier Kaufleute für Büromanagement sowie ein Fachinformatiker (in der Zentralstelle). Insgesamt erlernen derzeit 58 Auszubildende einen Beruf beim BStU. Der Beruf „Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement“ wurde als gemeinsamer Beruf der gewerblichen Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes 2014 eingeführt. Damit fällt die Ausbildung zur/zum „Fachangestellten für Bürokommunikation“ beim BStU weg. Betriebswirtschaftliche Prinzipien bilden die Grundlage für den neuen Ausbildungsberuf. Die Auszubildenden erwerben übergreifende Kompetenzen, die sowohl von Betrieben der Wirtschaft als auch vom öffentlichen Dienst nachgefragt werden.

Seit 2007 bildet der BStU den Beruf der/des Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste aus. Dank einer hohen Qualität der Ausbildung haben bisher über 50 junge Menschen die Ausbildung überwiegend mit guten und sehr guten Noten abgeschlossen.

2013 und 2014 beendeten 44 junge Menschen nach drei Jahren ihre Ausbildung beim BStU. Davon wurden vier Auszubildende in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen, 37 Stellen konnten für die Dauer eines Jahres für die ausgelernten Azubis als Anschlussbeschäftigung zur Verfügung gestellt werden. Ferner bildet die Behörde einige Volontäre aus.

2.3.4 Betriebliche Gesundheitsförderung

Die Betriebliche Gesundheitsförderung ist ein fester Bestandteil des Personalwesens in der Behörde. Der BStU hat sich zum Ziel gesetzt, mittelfristig ein nachhaltiges Gesundheitsmanagement aufzubauen.

Leider ist der Krankenstand im Vergleich zum vorherigen Tätigkeitsbericht geringfügig angestiegen. Dadurch wird deutlich, wie wichtig eine Verbesserung der Verhältnisprävention im Rahmen des Gesundheitsmanagements ist. Arbeitsbedingungen, Arbeitsstruktur, Arbeitsorganisation, Führung und Informationsfluss stehen hier immer wieder auf dem Prüfstand.

Folgende Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements haben im Berichtszeitraum stattgefunden: Angebote im Sportbereich, Schulungen, Einzel- sowie Teamcoachings, Workshops, Vorträge, Informationsveranstaltungen

im Bereich Sucht- und Gesundheitsprävention. Des Weiteren fand ein Gesundheitstag zum Thema „Unternehmenskultur und Gesundheit“ statt. Die Angebote für die Mitarbeiter werden bedarfsorientiert ausgebaut. Hierzu gehört auch die Beratung seitens der betrieblichen Beauftragten für Gesundheitsförderung sowie die Begleitung von Führungskräften und Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeitern bei gesundheitspezifischen Themen.

2.3.5 Beschäftigung von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes

Mit der Achten Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes Ende 2011 wurde die Beschäftigung von Mitarbeitern des ehemaligen MfS beim BStU für unzulässig erklärt (§ 37 a StUG). Ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Novelle beim BStU beschäftigt waren, sollten der gesetzlichen Regelung zufolge „ihren Fähigkeiten entsprechend und unter Berücksichtigung sozialer Belange auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz innerhalb der Bundesverwaltung [versetzt werden], wenn ihnen dies im Einzelfall zumutbar ist.“ Für den BStU galt für die Umsetzung dieser Regelung die Leitlinie, die möglichen Versetzungen menschlich respektvoll und rechtsstaatlich korrekt erfolgen zu lassen.

Der BStU hatte sich 2012 und auch im Berichtszeitraum 2013 und 2014 mehrfach an die Bundesministerien und Bundesbehörden gewandt, um einen Wechsel dieser Mitarbeiter in andere Einrichtungen der Bundesverwaltung zu ermöglichen; die Angebote reichen bisher nicht aus, um allen Mitarbeitern einen gleichwertigen Arbeitsplatz anbieten zu können.

Ergebnis der Bemühungen im Berichtszeitraum ist, dass am 1. Januar 2015 von den Ende 2011 in der Behörde tätigen 48 Mitarbeitern des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes noch 22 beim BStU beschäftigt sind. Von den 26 nicht mehr beim BStU tätigen Mitarbeitern sind 14 versetzt, einer abgeordnet, neun sind im Ruhestand oder in Altersteilzeit, zwei sind verstorben. Alle neun Mitarbeiter, die mit dem Ziel der Versetzung ab Mitte 2014 abgeordnet waren, hatten gerichtlichen Rechtsschutz gegen diese Maßnahmen angestrengt. Soweit das zuständige Arbeitsgericht bereits entschieden hat, wurden die Anträge mit der Begründung abgelehnt, die Maßnahme „Abordnung mit dem Ziel der Versetzung“ sei nach den allgemeinen arbeitsrechtlichen Normen gerechtfertigt und sowohl vom Direktionsrecht (§ 106 Gewerbeordnung) als auch vom Tarifrecht (§ 4 Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) gedeckt. Von den noch verbliebenen 22 ehemaligen MfS-Mitarbeitern wird bei vier aus Altersgründen von einer Versetzung abgesehen, für drei weitere läuft das personalvertretungsrechtliche Verfahren des Wechsels in andere Bundesbehörden.

2.4 Haushalt

Im Haushaltsjahr 2013 sind im Kapitel 0408 des BStU Ausgaben in Höhe von 98 107 000 Euro angefallen, wovon 77,7 Prozent dieser Haushaltsmittel Personalausgaben

darstellen (76 269 000 Euro). Weiterhin sind für sächliche Verwaltungsausgaben 18 952 000 Euro (19,3 Prozent), für Investitionen 2 341 000 Euro (2,4 Prozent) und für Zuweisungen sowie Zuschüsse 545 000 Euro (0,6 Prozent) verausgabt worden.

Im Haushaltsjahr 2014 beliefen sich die Gesamtausgaben des BStU auf insgesamt 100 483 000 Euro. Davon sind 78 855 000 Euro Personalausgaben (78,5 Prozent) und sächliche Verwaltungsausgaben in Höhe von 17 999 000 Euro (17,9 Prozent des Gesamthaushaltes). Hinzu kommen Ausgaben für Investitionen in Höhe von 3 326 000 Euro (3,3 Prozent) und Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 303 000 Euro (0,3 Prozent).

Für das Haushaltsjahr 2015 sind Ausgaben in Höhe von 108 966 000 Euro geplant. Der Ansatz für Personalausgaben beläuft sich auf 79 913 000 Euro (73,3 Prozent); die Erhöhung ist auf die Tarifierhöhung zurückzuführen. Die Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben lassen sich auf insgesamt 22 495 000 Euro beziffern (20,6 Prozent); davon sind 2 Millionen Euro zweckbestimmt für das Projekt virtuelle Rekonstruktion. Weiterhin sind Haushaltsmittel für Investitionen in Höhe von 5 563 000 Euro (5,1 Prozent) sowie 995 000 Euro für Zuweisungen und Zuschüsse (0,9 Prozent) eingeplant.

2.5 Liegenschaften

Der BStU verfolgt die Absicht, auf mittlere Sicht die beiden Standorte der Zentralstelle in Berlin am Standort Berlin-Magdalenenstraße zusammenzuführen. Dies dient u. a. dem Ziel, vorhandene Kompetenzen dort zu bündeln und damit auch nutzerfreundlicher zu werden. Der Ort ist mit seiner dreifachen Geschichte als frühere Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit, als Ort der Friedlichen Revolution (Besetzung der Stasi-Zentrale im Januar 1990) und der rechtsstaatlichen Aufarbeitung von Diktatur und Diktaturfolgen durch Einsicht in Geheimdienstunterlagen sowie mit dem Stasi-Museum in „Haus 1“ als Lernort für die historisch-politische Bildung prädestiniert. Derzeit wird die Realisierung dieses Ziels geprüft. Zwischenzeitlich wurde der Mietvertrag für das Objekt Karl-Liebknecht-Straße um fünf Jahre (mit zwei Jahren Verlängerungsoption) erneuert, einschließlich eines Sonderkündigungsrechts.

Derzeit sind am Standort Magdalenenstraße das Archiv der Zentralstelle und seit 2012 die Projektwerkstatt für die Schülerarbeit untergebracht. Zudem haben eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Aufarbeitungsinitiativen ihren Sitz im „Haus 1“. Im Mittelpunkt der weiteren Entwicklung steht die neue Dauerausstellung in „Haus 1“, welche gemeinsam mit der ASTAK erarbeitet wurde (siehe Abschnitt 6.1.1). Weitere Schritte sind der mögliche Erwerb des früheren Offiziers-Casinos des MfS („Haus 22“) durch den Bund, um das Gebäude für Zwecke der Aufarbeitung der SED-Diktatur zu nutzen. Hier könnten künftig die Bestände der Bibliothek des BStU untergebracht und ein multifunktionaler Veranstaltungsbereich eingerichtet werden. Der Deutsche Bundestag hatte in einem Beschluss vom 27. Juni 2013 die Bundesregierung aufgefordert,

„die vom BStU angestrebte Errichtung eines ‚Campus für Demokratie‘ in der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg positiv zu würdigen und zu begleiten“ (Bundestagsdrucksache 17/13698). Aufgrund des besonderen historischen Wertes des Areals hat die Bezirksversammlung Berlin-Lichtenberg „Haus 22“ sowie „Haus 7 Nord“ und „Haus 7 West“ unter Denkmalschutz gestellt. Gemeinsam mit „Haus 1“, das schon in der Denkmalschutzliste war, stellen diese Häuser einen grundlegenden Bestandteil des Lern- und Erinnerungsortes dar.

Im Juni 2013 wurden zwei Außenstellen des BStU durch das Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen. Die Außenstelle Gera musste aufgrund einer zentral angeordneten Unterbrechung sämtlicher Versorgungsmedien für kurze Zeit die Arbeit einstellen. Personen, Sachwerte und Unterlagen wurden nicht geschädigt.

Die Auswirkungen des Saale-Hochwassers auf den BStU-Standort Halle waren wesentlich stärker. Nach raschem Anstieg des Hochwassers am 4. Juni führten Entscheidungen der zentralen Einsatzleitung in Halle wie z. B. zentrale Stromabschaltung in Teilen von Halle-Neustadt dazu, dass die vorhandenen Pumpensysteme nicht mehr arbeiten und die Liegenschaft nicht mehr betreten werden konnte. Durch eintretendes Grundwasser entstanden Schäden an Geräten, Möbeln und Materialien sowie an Originalunterlagen des Archivs. Die eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BStU sowie Helfer des Hallenser Notfallverbundes haben nach Freigabe der Bereiche alles Erforderliche unternommen, um weitere Schädigungen zu verhindern. Die betroffenen Unterlagen wurden verpackt und einem Spezialunternehmen zur Schockfrostung, Gefriertrocknung und anstehenden Restaurierung übergeben (siehe Abschnitt 3.5.1). Im Zuge der Schadensbewältigung ging eine Kartei verloren, die bisher nicht für Recherchen genutzt worden war. Aufgrund der Erfahrungen wird das Notfallmanagement beim BStU modifiziert, und es wurden Maßnahmen ergriffen, den betreffenden Standort sicherer zu machen.

2.6 Informationstechnik (IT)

Zur Gewährleistung eines sicheren IT-Betriebes wurde im Berichtszeitraum auf allen Arbeitsstationen die Ablösung des Betriebssystems Windows XP durch Windows 7 abgeschlossen (siehe Abschnitt 2.7). Des Weiteren wurde die Software für die Arbeitsplatz-Rechner aktualisiert.

Das Green-IT-Ziel der Bundesverwaltung, den durch den IT-Betrieb verursachten Energieverbrauch um 40 Prozent bezogen auf das Jahr mit dem höchsten Verbrauch zu senken, hat der BStU durch die Umstellung auf andere Serversysteme, die Einführung offenerer Linux-Betriebssysteme, die Migration des Client-Betriebssystems und durch die Beschaffung energiesparender Informationstechnik mehr als erfüllt. Es war noch so viel Puffer zur 40-Prozent-Marke, dass die Behörde zusätzliche Technik zur Erhöhung der IT-Sicherheit in Betrieb nehmen konnte.

Strategisch ist die Informationstechnik des BStU auf die folgenden Ziele ausgerichtet:

- unmittelbaren Service für die Antragstellerinnen und Antragsteller,
- langfristige Sicherung der Archivgüter sowie
- Ausbau und Weiterentwicklung der Angebote im Internet.

Für die Optimierung der Antragsbearbeitung wurde in 2014 ein Pilotprojekt begonnen, in welchem Akten und Fotos gescannt, in digitaler Form bearbeitet und der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller als Digitalisat zur Verfügung gestellt werden können. Dieses Projekt bildet die Vorstufe für ein weiteres strategisches Vorhaben des BStU, welches den Kernprozess „Bearbeitung der Anträge und Ersuchen“ vom Antragsingang über die Recherche, die Bearbeitung der Unterlagen einschließlich der Anonymisierung der schutzwürdigen Informationen über andere Personen bis hin zur Bereitstellung der Unterlagen bzw. der Erstellung von Auskünften auf einen IT-gestützten Prozess umstellen wird.

2.7 Informationssicherheit und Datenschutz

Für eine Behörde, die bei ihrer gesetzlichen Aufgabenerfüllung in besonderer Weise dem Schutz persönlicher Daten verpflichtet ist, ist ein hoher Standard beim Datenschutz und bei der Informationssicherheit geboten. Der BStU trug dem im Berichtszeitraum durch Schulung sowie Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, durch ein Sicherheitsmanagement und durch konkrete Maßnahmen Rechnung. Zu nennen sind hier neben der Migration des Betriebssystems Windows XP auf Windows 7 für alle Arbeitsplätze und dem beginnenden Aufbau eines Notfallmanagements vor allem die flächendeckende Umsetzung einer kombinierten Soft- und Hardwarelösung zum abgesicherten Surfen im Internet. Dieses Verfahren wurde im Berichtszeitraum stetig an die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer angepasst. Die beim BStU gewählte Lösung ist Referenz für andere Behörden der Bundesverwaltung. Sie trägt zum Schutz der Bundesnetze bei.

Geänderte Anforderungen bei der Bereitstellung von Daten und Informationen nach Stand der Technik und das wachsende Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach digitalem Zugang zu den Unterlagen bedingen beim BStU die konsequente Suche nach innovativen, sicheren und serviceorientierten Lösungen. Die Erfahrungen der Beauftragten für die Informationssicherheit zeigen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BStU Regelungen, die der Umsetzung der Ziele der Informationssicherheit dienen, gut annehmen und diese gegenüber Dritten vertreten. Im Berichtszeitraum wurden von der behördlichen Datenschutzbeauftragten Datenschutzseminare für rund 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchgeführt.

Im Berichtszeitraum kontrollierte der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) den BStU drei Mal, wobei er wiederum einen gleichbleibend sorgfältigen und sicherheitsbewussten Umgang mit den Stasi-Unterlagen feststellte. Hinweise und Anregungen durch den BfDI wurden besprochen und umgesetzt.

2.8 Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Im Berichtszeitraum gingen beim Beauftragten für das Informationsfreiheitsgesetz insgesamt 23 Anträge auf Einsicht in Behördenunterlagen ein.

Inhaltlich bezogen sich diese Anträge vornehmlich auf Arbeitsgebiete der Abteilungen Auskunft und Zentrale Verwaltung. So wurde beispielsweise die Rückführung von Archivgut in den 90er-Jahren durch den BStU über das Bundesministerium des Innern an die National Security Agency (NSA) nach § 11 Abs. 2 S. 3 StUG thematisiert. Ebenso übermittelte der BStU Informationen zu seinen Auskünften aus Stasi-Unterlagen an Geheimdienste und Ermittlungsorgane. Wie auch in den zurückliegenden Berichtszeiträumen beehrten Bürger zudem Einsicht in Behördenvorgänge, die Bezug zu ihrer eigenen Person hatten. Neben diesen BStU-spezifischen Themen stellten interessierte Bürger auch Anträge zu klassischen Verwaltungsthemen.

3 Archivbestände

3.1 Arbeitsschwerpunkte

Wesentliche Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum waren die archivische Erschließung, die Bereitstellung von Online-Findmitteln, Sachrecherchen, Maßnahmen zur archivischen Bestandserhaltung (u. a. durch Digitalisierung) sowie die Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen.

Die archivische Erschließung erfolgte weiter nach gemeinsam mit den Fachabteilungen Auskunft (AU) sowie Bildung und Forschung (BF) abgestimmten Prioritäten. Vorrang hatte erneut die Verzeichnung von Unterlagen der Dienstseinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), d. h. solcher Überlieferungsteile, die 1989/1990 in den Dienstzimmern der Staatssicherheit gesichert werden konnten.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 2 076 laufende meter (lfd. M.) materialintaktes – d. h. nicht zerrissenes – Schriftgut, ca. 129 000 Fotos, fast 610 Tondokumente sowie mehr als 30 Filme und Videos neu erschlossen. 95 Prozent der gesamten Schriftgutüberlieferung in Papier sind mittlerweile personen- oder sachbezogen zugänglich. Von den Unterlagen der MfS-Dienstseinheiten sind 54 553 lfd. M. von insgesamt 60 302 lfd. M. (das entspricht ca. 90 Prozent) archivisch bearbeitet.

Im Berichtszeitraum konnte die Verzeichnungsarbeit an der materialintakten Papierüberlieferung aus verschiedenen MfS-Teilbeständen abgeschlossen werden, an weiteren wurde sie fortgesetzt. Ferner wurden weiter die sogenannten Gegenstandsablagen erschlossen, die vom MfS überliefert oder vom Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) archivisch gebildet worden sind. Ziel der Erschließung der Gegenstandsablagen ist es, den inhaltlichen Zusammenhang der Gegenstände zu jenen Akten, denen sie bereits vom MfS entnommen wurden oder von denen sie heute aus Gründen der Überlieferungsschonung separiert werden müssen, kenntlich zu erhalten.

Beim BStU wurden im Berichtszeitraum – entsprechend der Bewertungsrichtlinie – Unterlagen als archivfachlich entbehrlich eingestuft, ausgesondert und separat aufbewahrt. Dies betraf insbesondere sogenannte Mehrfachüberlieferungen (Dubletten), z.B. vervielfältigte Unterlagen, von denen identische Exemplare bereits archiviert worden sind. Ausgesonderte Unterlagen werden gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 6 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) beispielsweise als Dauerleihgabe Einrichtungen und Gedenkstätten überlassen, die die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes dokumentieren.

Bei der archivischen Bearbeitung der noch unerschlossenen Unterlagen der MfS-Dienstseinheiten kooperierten weiterhin einzelne Archivbereiche der Zentralstelle und der Außenstellen des BStU. So wirkten im Berichtszeitraum die Archivbereiche der Außenstellen Frankfurt (Oder) und Schwerin mit Fachreferaten der Abteilung Archivbestände (AR) in der Zentralstelle zusammen. Der Archivbereich der Außenstelle Frankfurt kooperierte zusätzlich mit der Außenstelle Dresden. Der Archivbereich der Außenstelle Rostock unterstützte die Außenstelle Leipzig, die Archivbereiche der Außenstellen Chemnitz und Gera wirkten an Erschließungsarbeiten zugunsten der Außenstelle Suhl mit. Der Archivbereich der Außenstelle Neubrandenburg war in Verzeichnungsarbeiten für die Außenstelle Halle (Saale) involviert.

Im Berichtszeitraum wurden 46 Online-Findmittel neu erarbeitet sowie insgesamt 137 Findmittel im internationalen Austauschformat EAD neu kodiert und online für übergreifende Recherchen zur Verfügung gestellt, darunter im Archivportal Europa. Begonnen wurde außerdem mit der Publikation von Online-Findmitteln, in die gleichzeitig digitale Reproduktionen des nachgewiesenen Archivguts eingebettet sind. Dies erweitert den Zugang zum Archivgut des BStU im Internet.

Erhebliche Aufwände verursachte die im Berichtszeitraum begonnene elektronische Erfassung (Retrokonversion) von Daten über die Bestandsbereiche der bereits vom MfS archivierten Unterlagen. Die Daten werden systematisch aus den dazu vom MfS geführten Archivregistrierbüchern erhoben und in elektronische Dateien übertragen. Dabei werden gleichzeitig Angaben aus den Ergebnissen vorheriger Revisionen an den Beständen des Stasi-Unterlagen-Archivs ergänzt. Für einige Bestandsbereiche sind die Datenerfassungen mit physischen Revisionsarbeiten verknüpft. Zweck der Retrokonversion der Daten aus der ursprünglich analogen Form der MfS-Archivregistrierbücher ist zum einen ihre elektronische Aufbereitung zur künftigen Integration in die Archivverwaltungssoftware BASYS 2. Zum andern soll dadurch die Arbeit z. B. in der Erschließungsplanung erleichtert werden.

Für das Stasi-Unterlagen-Archiv ebenfalls aufwendig waren auch im aktuellen Berichtszeitraum die zahlreichen Arbeiten zur Bestandserhaltung, u. a. zur Neu- oder Umverpackung von Archivgut, zur Schutz- und Sicherungsverfilmung, in der Restaurierungswerkstatt oder bei der Digitalisierung von Archivgut zu Sicherungs- und Schutzzwecken.

Eine Arbeitsgruppe hat im Berichtszeitraum die Untersuchungen zur Geschichte der MfS-Linie XII (Auskunft, Speicher) fortgesetzt. Im Berichtszeitraum konnten flankierend zwei Online-Findmittel veröffentlicht werden, in denen das erhaltene Dienstschriftgut sowie Fotografien, Tonaufzeichnungen und Filme aus der Abteilung XII im Berliner Ministerium für Staatssicherheit nachgewiesen sind. Weitergeführt wurden ferner Untersuchungen insbesondere zur Organisations-, Aufgaben- und Personalstruktur der Abteilung XII in der MfS-Zentrale mit dem Ziel, die Untersuchungsergebnisse zusammengefasst bereitzustellen.

Zu den Aufgaben der Abteilung Archivbestände gehörten schließlich vielfältige Aktivitäten, die Archive für die Unterrichtung der Öffentlichkeit zu nutzen (siehe Abschnitt 6.5.1).

3.2 Erschließungsergebnisse

3.2.1 Zentrale Schriftgutüberlieferung des Ministeriums

Im Berichtszeitraum wurden 825 lfd. M. Unterlagen aus den zentralen MfS-Dienstseinheiten geordnet sowie personen- und sachthematisch verzeichnet. Ferner wurden 147 lfd. M. Unterlagen aus dem MfS-Zentralarchiv, die bislang nur personenbezogen zugänglich waren, zusätzlich nach sachthematischen Gesichtspunkten verzeichnet.

3.2.1.1 Ablagen des MfS-Zentralarchivs

Im Zentralarchiv des MfS wurden alle zentral registrierpflichtigen Unterlagen aus dem Ministerialapparat der Staatssicherheit, ferner zu Teilen die Unterlagen aus der MfS-Bezirksverwaltung (BV) Berlin, aus der Kreisparteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im MfS sowie aus weiteren Organisationseinheiten mit Zentralfunktion archiviert. Das MfS-Zentralarchiv war in neun Ablagen und zwei sogenannte Speicher strukturiert. Es besteht weitgehend aus personenbezogen geführten Akten, die vom MfS als aufbewahrungswürdig eingestuft worden sind. Diese wurden im MfS „Archivbestände“ genannt, entsprachen jedoch faktisch eher ressortarchivischen Ablagen ohne echte endarchivische Funktion. Nach aktueller Bemessung beträgt der Umfang aller Unterlagen, die bereits im MfS-Zentralarchiv abgelegt waren, 19 651 lfd. M. Diese sind grundsätzlich anhand der dazu vom MfS hinterlassenen Nachweissysteme und damit überwiegend personenbezogen zugänglich. Vom BStU zusätzlich sachthematisch verzeichnet wurden bislang insgesamt ca. 1 730 lfd. M. (ca. 9 Prozent).

Im Berichtszeitraum wurde die Verzeichnung von Unterlagen aus der Geheimen Ablage (GH) fortgesetzt. Diese enthält Akten über Straftaten, Verbrechen u.Ä., in die hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter des MfS oder andere Funktionsträger des SED-Staats verwickelt waren (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, Abschnitt 3.2.1.1). Die Arbeiten konzentrierten sich auf Vorgänge zu Doppel-

agententätigkeit, Republikfluchten sowie Sexualdelikten. Die Geheime Ablage umfasst nach aktueller Bemessung 364 lfd. M. Bearbeitet wurden im Berichtszeitraum 50 lfd. M., sodass mittlerweile 143 lfd. M. (ca. 39 Prozent) zusätzlich sachthematisch recherchierbar sind.

Auch die sachbezogene Erschließung der vom MfS archivierten und im BStU überlieferten Unterlagen aus der Hauptabteilung IX/11 (Aufklärung von NS- und Kriegsverbrechen, siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 28, und Abschnitt 3.6) wurde fortgesetzt. Diese Diensteinheit war vorrangig für eine systematische Erfassung, Archivierung, politische Auswertung und Nutzbarmachung aller im Bereich des MfS vorhandenen NS-Unterlagen zuständig. Im Berichtszeitraum wurden die Aktenkategorien „Auskunftsersuchen“, „Personenauskünfte“ und „Z-Ablagen“ in einem Umfang von 227 lfd. M. verzeichnet. Bei den „Auskunftsersuchen“ handelt es sich hauptsächlich um Überprüfungen zur NS-Vergangenheit von DDR-Bürgern oder deren Angehörigen. Die „Personenauskünfte“ beinhalten größtenteils entsprechende Recherchen zu Personen des öffentlichen Lebens in der alten Bundesrepublik. Die „Z-Ablagen“ umfassen personenbezogene Unterlagen des Behörden- und Parteiapparates aus dem NS-Staat, ferner in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR angelegte Unterlagen zur Verfolgung von NS-Verbrechen sowie zur Ermittlungsarbeit der Hauptabteilung IX/11. Die Unterlagen der Hauptabteilung IX/11 umfassen nach aktueller Bemessung 742 lfd. M., davon sind 696 lfd. M. über den personenbezogenen Zugang hinaus mittlerweile auch sachthematisch erschlossen (94 Prozent).

3.2.1.2 Bis 1990 kurrentes Schriftgut der zentralen MfS-Diensteinheiten

Die bei Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in den Büros der zentralen Diensteinheiten gesicherten Unterlagen umfassen nach aktueller Bemessung 23 350 lfd. M., wovon ca. 18 800 lfd. M. inzwischen im Stasi-Unterlagen-Archiv erschlossen und nutzbar sind (ca. 81 Prozent). Aus der laufenden Erschließungsarbeit können für den aktuellen Berichtszeitraum folgende Ergebnisse hervorgehoben werden: Die Verzeichnung der materialintakten Papierüberlieferung für den Teilbestand Hauptabteilung XXII (Terrorabwehr) wurde beendet. Im Berichtszeitraum wurden Materialien sowohl zu linksextremistisch-terroristischen Organisationen (beispielsweise „Rote Armee Fraktion“) als auch zu rechtskonservativen und -extremen Gruppen aus der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet. Der Umfang des Teilbestandes beläuft sich nach aktueller Bemessung auf 334 lfd. M.

Ebenso wurde die Verzeichnung am Teilbestand Hauptabteilung KuSch (Kader und Schulung), der nach aktueller Bemessung 849 lfd. M. umfasst, sowie an der materialintakten Papierüberlieferung des Teilbestandes Abteilung M (Postkontrolle) mit einem Umfang nach aktueller Bemessung von 660 lfd. M. fortgesetzt. Inhaltlich überwogen unter den verzeichneten Unterlagen Regelungen zur Ausgestaltung der Postkontrolle und des Dienstbetriebs der Abteilung M sowie Dokumente über die Entwicklung

und Anwendung technischer Verfahren zur massenhaften Postkontrolle.

Auch die Verzeichnung des Schriftgutes der Arbeitsgruppe XVII (Besucherbüros West-Berlin) konnte beendet werden, die des Teilbestandes Abteilung BCD (Bewaffnung, Chemischer Dienst) wurde fortgesetzt. Der Umfang des Teilbestandes Abteilung BCD beträgt nach aktueller Abmessung 93 lfd. M., der Umfang des Teilbestandes Arbeitsgruppe XVII fasst 199 lfd. M.

Die Verzeichnungsarbeiten am Teilbestand Hauptabteilung II (Spionageabwehr) wurden fortgesetzt. Inzwischen sind 1 529 von insgesamt 1 655 lfd. M. zugänglich (92 Prozent). Schwerpunktmäßig wurden Unterlagen der Auswertungs- und Kontrollgruppe erschlossen, die in besonders starker Unordnung aus der Phase der Auflösung des MfS 1989/90 überliefert sind.

Ebenso wurde die Verzeichnung von Schriftgut aus der Hauptabteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung) fortgeführt. Mittlerweile sind etwa 575 lfd. M. von insgesamt 642 lfd. M. erschlossen (89 Prozent). Inhaltlich handelte es sich vorrangig um die Überwachung von Transitwegen sowie um die Entwicklung konspirativer Foto-, Video- und Tonaufzeichnungstechnik. Auch die Verzeichnung der Unterlagen aus der Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft) wurde fortgesetzt. Hier sind aktuell 492 von insgesamt ca. 776 lfd. M. (63 Prozent) verzeichnet.

Die Verzeichnung von materialintaktem Schriftgut am Teilbestand Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) konnte zwar bereits beendet werden. Doch erfährt der Teilbestand weiterhin Zuwachs durch rekonstruierte Unterlagen. Im Berichtszeitraum konnten erstmals virtuell rekonstruierte Unterlagen erschlossen und in den Teilbestand integriert werden (siehe Abschnitt 3.7.2).

Bei den Unterlagen der Abteilung Finanzen sind mittlerweile 572 von 987 lfd. M. erschlossen (58 Prozent), davon im Berichtszeitraum unter anderem Unterlagen, die den Verbleib von Teilen des MfS-Vermögens sowie Legendierungen verschiedener Objekte und Immobilien dokumentieren.

Im Berichtszeitraum wurden weiter Unterlagen aus dem Teilbestand ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe) bearbeitet. Es sind aktuell etwa 1 033 lfd. M. von insgesamt ca. 1 431 lfd. M. (72 Prozent) erschlossen. Die Erschließung konzentrierte sich auf die Überlieferung des sogenannten Pressearchivs, bei dem es sich um eine zwischen 1950 und 1985 entstandene zeitgeschichtliche Materialsammlung handelt, die für die interne Auskunftstätigkeit im MfS von großer Bedeutung war.

Bereits seit mehreren Jahren bildet die Erschließung des Schriftgutes aus dem Teilbestand Wachregiment (WR) „Feliks Dzierzynski“ einen Arbeitsschwerpunkt. Im Berichtszeitraum wurden 193 lfd. M. bearbeitet, wodurch nunmehr 340 von insgesamt 864 lfd. M. erschlossen sind (39 Prozent).

3.2.2 Schriftgutüberlieferung der MfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen

Die im Folgenden dargestellten Erschließungsergebnisse für die Schriftgutüberlieferung aus den Bezirksverwaltungen (BV) und Kreisdienststellen (KD) des MfS sind zur leichteren Orientierung nach den heutigen Bundesländern geordnet. Die Unterlagen sind jedoch nicht durchgängig nach heutigen Gesichtspunkten einer länder- bzw. regionalspezifischen Strukturierung entstanden, sondern bilden zusammen mit der Überlieferung aus der MfS-Zentrale einen integralen Archivbestand. Die Überlieferung des MfS wird deshalb in ihrer Gesamtheit vom BStU nach einheitlichen Grundsätzen verwahrt und erschlossen. Die Hinweise zu einzelnen erschlossenen Beständen stellen eine beispielhafte Auswahl dar, wobei die nicht zerrissenen Unterlagen als „materialintakte Überlieferung“ bezeichnet werden.

3.2.2.1 Land Berlin

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Berlin

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 2 325 lfd. M. Hiervon betreffen 1 200 lfd. M. Unterlagen aus den Diensteinheiten. Die Verzeichnung dieser Unterlagen wurde im Berichtszeitraum beendet. Der Umfang der vom MfS in eigenen Ablagen archivierten Unterlagen beträgt 1 125 lfd. M. Diese Ablagen wurden 1986 gebildet. Bis dahin wurden die Unterlagen der Bezirksverwaltung (BV) unmittelbar im MfS-Zentralarchiv archiviert.

Im Berichtszeitraum wurden die Verzeichnungsarbeiten am Teilbestand Abteilung Finanzen zu Ende geführt. Auch die Erschließung von Unterlagen aus verschiedenen Diensteinheiten der BV, für die eine genauere Provenienzbestimmung noch ausstand, konnte beendet werden. Weiterhin wurden die bereits personenbezogen zugänglichen Häftlingsakten der Abteilung XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug) inhaltlich zugänglich gemacht.

3.2.2.2 Land Brandenburg

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Cottbus

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 2 832 lfd. M. Hiervon betreffen 1 548 lfd. M. Unterlagen aus den Diensteinheiten, von denen aktuell 1 536 lfd. M. verzeichnet sind (99 Prozent). Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 1 284 lfd. M.

Im Berichtszeitraum wurde weiteres Schriftgut des Teilbestands Abteilung RD (Rückwärtige Dienste) bearbeitet. Ferner wurden Unterlagen zu den Teilbeständen Abteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) und Kreisdienststelle Lübben verzeichnet. Hierbei konnten auch manuell rekonstruierte Unterlagen erschlossen werden. Für den Teilbestand Abteilung XX betraf dies u. a. die

Integration von über 2 000 Karteikarten der Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei (VSH). Die personenbezogenen Angaben dieser Karteikarten wurden elektronisch erfasst und stehen damit für Auskünfte zur Verfügung.

Im Berichtszeitraum konnten in Cottbus anlässlich von Abrissarbeiten am Gebäude der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung (BV) ca. 25 lfd. M. Stasi-Unterlagen gesichert werden. Hauptsächlich handelt es sich um Bauunterlagen für das Gebäude der BV Cottbus nebst einem Bunker. Die Unterlagen werden geordnet und beim Teilbestand Abteilung RD verzeichnet. Nach derzeitigem Kenntnisstand kann davon ausgegangen werden, dass die Unterlagen Rückschlüsse auf Planungen, technische Ausstattung und regionale Vernetzung des MfS zulassen.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder)

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 3 080 lfd. M. Hiervon betreffen 1 410 lfd. M. Unterlagen aus den Diensteinheiten. Die Verzeichnung dieser Unterlagen ist beendet. Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 1 670 lfd. M.

Im Berichtszeitraum konnten manuell rekonstruierte Unterlagen erschlossen werden, die verschiedenen Teilbeständen zuzuweisen sind: Abteilung VII (Ministerium des Innern, Volkspolizei), Abteilung IX (Untersuchungsorgan), Abteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft), Abteilung XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen), Abteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund), Abteilung 26 (Telefonüberwachung) sowie BKG (Bezirkskoordinierungsgruppe).

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Potsdam

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 4 732 lfd. M. Hiervon betreffen 2 568 lfd. M. Unterlagen aus den Diensteinheiten, von denen aktuell 2 554 lfd. M. verzeichnet sind (99 Prozent). Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 2 164 lfd. M.

Schwerpunkt der Arbeiten war im Berichtszeitraum die Ordnung und Verzeichnung von überwiegend vermischert überlieferten Sicht- und Kerbblockkarten sowie weiterer Informationsträger aus verschiedenen Teilbeständen.

3.2.2.3 Land Mecklenburg-Vorpommern

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 2 385 lfd. M. Hiervon betreffen 938 lfd. M. Unterlagen aus den Diensteinheiten. Die Verzeichnung dieser Unterlagen ist beendet. Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 1 447 lfd. M. Die Erstellung und anschließende Veröffentlichung von

Online-Findmitteln bildete im Berichtszeitraum erneut einen Schwerpunkt der Erschließungsarbeit.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Rostock

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 3 177 lfd. M. Hiervon betreffen 998 lfd. M. Unterlagen aus den Dienststeinheiten. Die Verzeichnung dieser Unterlagen ist beendet. Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 2 179 lfd. M.

Im Berichtszeitraum wurden ältere Akten aus den archivierten Ablagen sowie Unterlagen aus einer vom BStU gebildeten Sonderreihe verzeichnet. Diese Sonderreihe wurde für Unterlagen eingerichtet, deren Archivierung von der MfS-Bezirksverwaltung 1989 zwar bereits vorgesehen war, wegen der dann eintretenden Auflösung des Staatssicherheitsdienstes jedoch nicht mehr umgesetzt wurde.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Schwerin

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 2 369 lfd. M. Hiervon betreffen 1 069 lfd. M. Unterlagen aus den Dienststeinheiten. Die Verzeichnung dieser Unterlagen ist beendet. Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 1 300 lfd. M.

Im Berichtszeitraum wurden weitere bereits vom MfS archivierte Unterlagen sachthematisch verzeichnet, hier aus der sogenannten Operativen Hauptablage. Die Arbeiten konzentrierten sich auf Untersuchungsvorgänge sowie Überwachungs- und Verfolgungsvorgänge (sogenannte Operative Personenkontrollen bzw. Operative Vorgänge). Genannt werden sollen hier die zahlreichen Vorgänge zu den „Zeugen Jehovas“ sowie jene zur „staatsfeindlichen Hetze“ und zum „Verdacht der Spionage“. Außerdem wurden vor allem vom MfS archivierte IM-Vorgänge aus mehreren Jahrgängen neu erschlossen.

3.2.2.4 Freistaat Sachsen

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Dresden

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 8 230 lfd. M. Hiervon betreffen 4 934 lfd. M. Unterlagen aus den Dienststeinheiten, von denen aktuell 4 618 lfd. M. verzeichnet sind (94 Prozent). Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 3 296 lfd. M.

Im Berichtszeitraum wurde die Verzeichnung an den Teilbeständen Abteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung), Abteilung XI (Chiffrierwesen), Abteilung 26 (Telefonkontrolle), BdL (Büro der Leitung) aus der Bezirksverwaltung (BV) sowie am Teilbestand Kreisdienststelle (KD) Bischofswerda beendet. In weiterer Bearbeitung befanden sich außerdem die Unterlagen der Teilbestände Abteilung OT (Operative Technik) und WSE (Wach- und Sicherungseinheit) aus der BV sowie des Teilbestands Bezirksbüro Dresden der Sportvereinigung Dynamo im MfS.

Gemäß den Aufgaben der Abteilung VIII sind in diesem Teilbestand u.a. Dokumente zur Observierung der Transitwege und der drei westlichen Militärverbindungsmissionen überliefert. Aus den Unterlagen der KD Bischofswerda sollen beispielhaft die Maßnahmepläne zur Aktion „Licht“ hervorgehoben werden. Dabei handelt es sich um die Öffnung und Plünderung von im Kreisgebiet befindlichen Bankschließfächern, Wertpapierdepots und Panzerschränken ohne erkennbare Besitzer.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 7 602 lfd. M. Hiervon betreffen 3 266 lfd. M. Unterlagen aus den Dienststeinheiten. Die Verzeichnung dieser Unterlagen ist beendet. Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 4 336 lfd. M.

Die Erstellung von Online-Findmitteln bildete im Berichtszeitraum einen Schwerpunkt der Erschließungsarbeiten, um den allgemeinen Zugang zu Erschließungsinformationen über die Unterlagen der Dienststeinheiten zu erleichtern. Veröffentlicht wurden mehrere Online-Findmittel zu Unterlagen aus ehemaligen MfS-Kreisdienststellen im DDR-Bezirk Karl-Marx-Stadt. Im Berichtszeitraum konnte außerdem das Pilotprojekt zur sachthematischen Erschließung von Unterlagen der Objektverwaltung „Wismut“, die bereits vom MfS archiviert worden waren, abgeschlossen werden (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 33).

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Leipzig

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 5 780 lfd. M. Hiervon betreffen 3 449 lfd. M. Unterlagen aus den Dienststeinheiten, von denen aktuell 3 079 lfd. M. verzeichnet sind (89 Prozent). Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 2 331 lfd. M.

Im Berichtszeitraum wurde die Verzeichnung von Unterlagen der Teilbestände Abteilung VII (Ministerium des Innern, Volkspolizei) und Abteilung KuSch (Kader und Schulung) aus der Bezirksverwaltung (BV) sowie der Teilbestände Kreisdienststelle (KD) Leipzig-Land und Kreisdienststelle Torgau beendet. Fortgesetzt wurde die Erschließung an den Teilbeständen AG G (Arbeitsgruppe Geheimnisschutz), BdL (Büro der Leitung), Abteilung VI (Passkontrolle, Tourismus), Abteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung), Abteilung XIX (Verkehr, Post, Nachrichtenwesen), Abteilung 26 (Telefonüberwachung), Abteilung M (Postkontrolle) und Selbständiges Referat BCD (Bewaffnung, Chemischer Dienst) aus der BV sowie am Teilbestand KD Wurzen.

Für den Teilbestand Leipzig-Land seien beispielhaft Unterlagen zu umfangreichen Aufklärungsmaßnahmen landwirtschaftlicher Betriebe genannt.

3.2.2.5 Land Sachsen-Anhalt

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Halle

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 6 739 lfd. M. Hiervon betreffen 4 339 lfd. M. Unterlagen aus den Dienststeinheiten, von denen aktuell 4 272 lfd. M. verzeichnet sind (98 Prozent). Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 2 400 lfd. M.

Im Berichtszeitraum wurden die Verzeichnungsarbeiten an den Teilbeständen BdL (Büro der Leitung), Abteilung N (Nachrichten), Abteilung RD (Rückwärtige Dienste) und Leitung der SED-Parteioorganisation aus der Bezirksverwaltung (BV) sowie am Teilbestand Kreisdienststelle (KD) Artern beendet. Fortgeführt wurde die Erschließung an den Teilbeständen Abteilung Finanzen und Abteilung KuSch (Kader und Schulung) aus der BV sowie am Teilbestand KD Quedlinburg.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 6 802 lfd. M. Hiervon betreffen 4 954 lfd. M. Unterlagen aus den Dienststeinheiten, von denen aktuell 4 952 lfd. M. verzeichnet sind (99 Prozent). Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 1 848 lfd. M.

Im Berichtszeitraum wurden die Erschließungsarbeiten an mehreren Teilbeständen aus der Bezirksverwaltung beendet: Abteilung XII (Auskunft, Speicher), Abteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund), Abteilung Finanzen, Abteilung N (Nachrichten), Abteilung OT (Operative Technik), Selbständiges Referat BCD (Bewaffnung, Chemischer Dienst) sowie WSE (Wach- und Sicherungseinheit) „Robert Korb“. Darüber hinaus wurde die Verzeichnung von Unterlagen aus den Teilbeständen Abteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung), Abteilung KuSch (Kader und Schulung) sowie MD (Medizinischer Dienst) fortgesetzt.

Exemplarisch für die in der Berichtsperiode abgeschlossenen Teilbestände in der Außenstelle Magdeburg sollen die Unterlagen der Abteilung XX dargestellt werden. Die Dokumente bezeugen auf vielfältige Weise die Kontrolle fast aller gesellschaftlichen Bereiche im ehemaligen Bezirk. Dazu gehören das Gesundheitswesen, die Hochschuleinrichtungen, die Printmedien und der Sport. Darüber hinaus belegen sie die Überwachung von sogenannten negativ-dekadenten Jugendlichen wie Punker und Skinheads. Auch die evangelische und katholische Kirchenleitung sowie Religionsgemeinschaften (z. B. „Zeugen Jehovas“, Neuapostolische Kirche) wurden ausspioniert.

3.2.2.6 Freistaat Thüringen

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Erfurt

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung

auf 4 434 lfd. M. Hiervon betreffen 2 179 lfd. M. Unterlagen aus den Dienststeinheiten, von denen aktuell 2 162 lfd. M. verzeichnet sind (99 Prozent). Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 2 256 lfd. M.

Im Berichtszeitraum wurden insbesondere Sachkarteien, Baupläne und topografische Karten erschlossen. Außerdem wurden Personenangaben aus verschiedenen Arbeitskarteien des MfS, darunter aus der sogenannten Reisekartei der Kreisdienststelle Erfurt, elektronisch erfasst. Die Daten stehen damit leichter für Auskünfte zur Verfügung.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Gera

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 3 930 lfd. M. Hiervon betreffen 1 913 lfd. M. Unterlagen aus den Dienststeinheiten, von denen aktuell 1 872 lfd. M. verzeichnet sind (98 Prozent). Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 2 017 lfd. M.

Im Berichtszeitraum lag der Schwerpunkt der Verzeichnungsarbeiten auf Unterlagen aus dem Teilbestand Abteilung KuSch (Kader und Schulung). Ferner wurde die Erschließung der Gegenstandsablage fortgesetzt. Im Berichtszeitraum wurden außerdem mehrere Online-Findmittel zu Unterlagen aus verschiedenen Teilbeständen der Bezirksverwaltung veröffentlicht.

Bestandsbereich MfS-Bezirksverwaltung Suhl

Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich für den Bestandsbereich nach aktueller Bemessung auf 3 727 lfd. M. Hiervon betreffen 2 185 lfd. M. Unterlagen aus den Dienststeinheiten, von denen aktuell 1 852 lfd. M. verzeichnet sind (85 Prozent). Der Umfang der bereits vom MfS archivierten Unterlagen beträgt 1 543 lfd. M.

Im Berichtszeitraum wurden die Erschließungsarbeiten an den Teilbeständen Abteilung II (Spionageabwehr), Abteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung), Abteilung IX (Untersuchungsorgan), Abteilung XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug), Abteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft) und Abteilung KuSch (Kader und Schulung) aus der Bezirksverwaltung (BV) sowie am Teilbestand Kreisdienststelle Hildburghausen fortgesetzt.

Entsprechend dem Aufgabenbereich der Abteilung II sind zahlreiche Unterlagen zur Überwachung sogenannter bevorrechteter Personen überliefert. Als bevorrechtete Personen wurden Mitarbeiter diplomatischer und konsularischer Vertretungen oder Personen mit einem solchen Status bezeichnet, denen die DDR Vorrechte (Immunitäten und Privilegien) gewährte. So finden sich Informationen über westdeutsche Journalisten sowie eine „Mustersammlung für die Arbeit mit IM zur Überwachung ausländischer Journalisten und Korrespondenten“ oder auch ein 96-seitiger Beobachtungsbericht zum Aufenthalt eines ZDF-Teams im Bezirk Suhl.

Abgeschlossen wurde im Berichtszeitraum die elektronische Erfassung von Personenangaben aus sogenannten Zielkontrollaufträgen, die innerhalb des MfS ausgelöst wurden, um durch die Linie III (Funkaufklärung, Funkabwehr) technische Überwachungsmaßnahmen einzuleiten. Gleichzeitig wurde begonnen, die Personenangaben aus der sogenannten M-Kartei der BV, die der Organisation der Postüberwachung diente, elektronisch zu erfassen. Die Aufnahme der Daten dient dem Zweck, entsprechende Rechercheanfragen künftig zügiger bearbeiten zu können.

3.2.3 Audiovisuelle Medien und maschinenlesbare Daten

3.2.3.1 Filme und Videos

Die Überlieferung an Filmen und Videos des MfS ist grundsätzlich vollständig erschlossen. Einzelner Zuwachs erfolgt jedoch zum Beispiel aus Funden bei der archivischen Bearbeitung bislang unerschlossener Unterlagen aus den MfS-Dienststeinheiten („Bündelüberlieferung“) oder aus Entnahmen aus den bereits vom MfS archivierten Unterlagen. Die Informationsträger werden in diesen Fällen gesondert verzeichnet. Aktuell sind 2 826 Filme und Videos vorhanden, von denen 2 824 verzeichnet sind (99 Prozent).

Film- und Videodokumente werden ausschließlich im Archiv der BStU-Zentralstelle verzeichnet und aufbewahrt, weil dort besondere technische Möglichkeiten bestehen, um die Dokumente fachgerecht zu lagern. Recherchen sind sowohl in der Zentralstelle als auch in den jeweiligen Außenstellen möglich.

Im Berichtszeitraum wurden 33 Filme und 3 Videos erschlossen. Die Dokumente wurden größtenteils aus den vom MfS archivierten Ablagen in die Film-/Videosammlung des Stasi-Unterlagen-Archivs überführt. Es handelt sich dabei meist um Aufnahmen, die außerhalb des Wirkungskreises der staatlich organisierten Amateurfilmstudios gedreht worden waren. Bei Hausdurchsuchungen oder im Zuge von Personenbeobachtungen durch das MfS wurde das Filmmaterial konfisziert und als Beweismaterial der Akte beigelegt.

3.2.3.2 Tondokumente

Derzeit sind 19 597 von 27 287 Tondokumenten erschlossen (72 Prozent). Auch die Tondokumente werden aus Gründen der fachgerechten Lagerung in der Zentralstelle zusammengeführt. Gleichzeitig bestehen einheitliche Recherchemöglichkeiten zum Bestand an Tonaufzeichnungen in der Zentralstelle sowie in allen Außenstellen des BStU.

Im Berichtszeitraum wurde die Erschließung der aus den MfS-Bezirksverwaltungen Gera, Erfurt und Potsdam erhaltenen Tondokumente abgeschlossen. Die Erschließung der Tondokumente aus den MfS-Bezirksverwaltungen Leipzig und Suhl wurde fortgeführt. Der Schwerpunkt bei den zentralen Dienststeinheiten lag in der abschließenden Bearbeitung und digitalen Sicherung.

3.2.3.3 Fotodokumente

Im Berichtszeitraum wurden 128 771 Bilder erschlossen. Damit liegen ca. 1,172 Millionen von insgesamt über 1,7 Millionen Fotodokumenten erschlossen vor (ca. 70 Prozent). Bei der Fotosammlung des BStU handelt es sich um lose, oft in Bündeln überlieferte Fotodokumente. Fotografien in Akten gehören nicht zu dieser Sammlung, da sie im Verbund mit dem Schriftgut bleiben. Fotos werden – anders als die übrigen Medien – sowohl in der Zentralstelle als auch in den Außenstellen erschlossen, recherchiert und genutzt. Zudem wurden und werden für Fotodokumente Digitalisierungsvorhaben realisiert (siehe Abschnitt 3.4).

Die Arbeiten in der Zentralstelle konzentrierten sich im Berichtszeitraum auf Fotografien der Hauptabteilung I (Nationale Volksarmee, Grenztruppen), Hauptabteilung II (Spionageabwehr), Abteilung XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug), Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund), Hauptabteilung XXII (Terrorabwehr), Hauptabteilung PS (Personenschutz) und ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe) sowie der MfS-Bezirksverwaltung Berlin. Inhaltlich hervorzuheben sind Fotografien, die das MfS mittels inoffizieller Mitarbeiter sammelte, um die Ereignisse zum Prager Frühling 1968 zu dokumentieren. Diese Fotografien wurden in einer Auswahl auf der Homepage des BStU vorgestellt. In der Außenstelle Halle wurde im Berichtszeitraum mit der Ordnung und Verzeichnung der zahlreich überlieferten Fotografien aus dem Teilbestand Abteilung XII (Auskunft, Speicher) der MfS-Bezirksverwaltung Halle begonnen. Auch in der Außenstelle Erfurt fanden Arbeiten an der Fotosammlung statt.

3.2.3.4 Maschinenlesbare Daten

Die 46 Datenprojekte bzw. Archivbestände maschinenlesbarer Daten liegen in sehr unterschiedlicher Qualität und Quantität vor. Im Rahmen der Erschließung werden die Daten technisch so aufbereitet, dass sie mithilfe aktueller Software lesbar sind. Das trifft nunmehr für 37 Projekte zu.

Im Berichtszeitraum wurde ferner die technische Dokumentation der MfS-Datenprojekte erweitert. In diesem Zusammenhang wird aus dem MfS-Teilbestand ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe) gezielt Schriftgut erschlossen, das im ZAIG-Bereich 3 (Elektronische Datenverarbeitung) entstanden ist und Informationen zur Dokumentation maschinenlesbarer MfS-Daten bietet.

3.3 Findmittel

3.3.1 MfS-Karteien

Die beiden wichtigsten zentralen MfS-Karteiarten stellen die Kartei F 16 (Personenklarnamenkartei) mit 5,45 Millionen Karteikarten und die Kartei F 22 (Vorgangskartei) mit 1,14 Millionen Karteikarten dar. Sie ermöglichten dem BStU von Beginn an den Zugang zu den bereits vom MfS und in den Bezirksverwaltungen archivierten Ablagen, den MfS-Archivbeständen. Daneben sind weitere zentrale

Karteien wie die F 77 (Decknamenkarteien) und die F 78 (Straßenkarteien) für die Recherchen unverzichtbar. Alle diese zentralen Karteien wurden im MfS von den Abteilungen XII (Auskunft, Speicher) nach einheitlichem Schema geführt und verwaltet.

Neben den von den Abteilungen XII zentral geführten Karteien werden die aus den verschiedenen MfS-Dienst-einheiten überlieferten, dezentralen Karteien für die personenbezogenen Recherchen genutzt. Insgesamt stehen im Archiv der Zentralstelle 800 dieser Karteien mit einem Umfang von ca. 10,8 Millionen Karteikarten für Recherchen zur Verfügung. In den Außenstellen können die Archivbereiche insgesamt ca. 3 760 dezentrale MfS-Karteien mit ca. 18,6 Millionen Karteikarten für Personenrecherchen nutzen.

Unter den dezentral geführten Karteiarten ist die Kartei F 401/402 hervorzuheben, die sogenannte Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei (VSH). VSH-Karteien waren im MfS weit verbreitet. Sie dienten einerseits als Informationsspeicher, waren andererseits auch Zugangsmittel zu von den Dienst-einheiten dezentral angelegten Dossiers, den sogenannten Zentralen Materialablagen (ZMA).

Dezentral geführte Karteiarten sind generell nochmals zu unterteilen in solche, die innerhalb der einzelnen Dienst-einheit zentrale Informations- oder Nachweisfunktionen besaßen (etwa die VSH-Kartei), und solche, die als Arbeitskarteien lediglich in bestimmten Teilbereichen einer MfS-Dienst-einheit verwendet wurden. Die große Zahl der verschiedenen Karteiarten sowie die unterschiedliche Bedeutung und Reichweite ihrer Informations- und Nachweisfunktion führen im Stasi-Unterlagen-Archiv weiterhin zu hohen Aufwänden bei der Bearbeitung personenbezogener Anfragen, die häufig komplexe Suchstrategien bei karteigestützten Recherchen erforderlich machen.

Im Berichtszeitraum war es erneut möglich, die zentralen MfS-Karteien inhaltlich zu ergänzen. In der Zentralstelle wurden 1 240 Ergänzungen in den Karteien F 16 und F 22 auf gesonderten BStU-Ergänzungskarteikarten vorgenommen. Insgesamt 1 162 Ergänzungen wurden von den Außenstellen in den zentralen Karteien F 16 und F 22 veranlasst.

Die Karteibereiche des BStU in der Zentralstelle und in den Außenstellen ergänzten und ordneten im Berichtszeitraum außerdem weitere 180 dezentrale personenbezogene Karteien, die mit 383 701 Karteikarten für Personenrecherchen genutzt werden können. Allein durch die Außenstelle Frankfurt (Oder) konnten über 2 000 Karteikarten der VSH-Kartei aus der Abteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) der MfS-Bezirksverwaltung Cottbus manuell rekonstruiert und recherchierbar gemacht werden.

3.3.2 Datenbanken des BStU

3.3.2.1 Bestehende Fachanwendungen

Zur Unterstützung der Recherchetätigkeiten bestehen im Stasi-Unterlagen-Archiv verschiedene Datenbanken.

Nachfolgend wird ein Überblick über einige der größten und wichtigsten Datenbanken zur Recherche nach Personen oder nach Archivgut gegeben.

Die umfangreichste personenbezogene Datenbank ist weiterhin das seit 1993 bestehende Elektronische Personenregister (EPR). In diese Datenbank gehen im Rahmen der Erschließung Angaben über eindeutig identifizierbare Personen ein, die in den Unterlagen relevant dargestellt sind oder die in den dezentralen MfS-Karteien bzw. Zentralen Materialablagen nachgewiesen werden. Das EPR enthält mittlerweile fast 27,5 Millionen Datensätze.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv führt zusätzlich die personenbezogenen Datenbanken HHO (Hauptverwaltung Aufklärung/Hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter/Offiziere im besonderen Einsatz) und HM/WR (Hauptamtliche Mitarbeiter/Wachregiment). Derzeit sind in der Datenbank HHO mehr als 212 000 Datensätze und in der Datenbank HM/WR gut 522 000 Datensätze zu 277 000 Personen enthalten.

In der Datenbank „Rosenholz“ sind die mikroverfilmten und später digitalisierten Materialien der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) enthalten, die aus den USA 2003 rückgeführt wurden. Die Datenbank verwaltet die Personenkartei F 16/HV A, die Vorgangskartei F 22/HV A und die Statistikbögen der HV A. Enthalten sind 279 258 Datensätze zu Personen, 57 471 Vorgänge und 1 702 Statistikbögen. Die Anzahl der erfassten Personen schwankt, da die Prüfung des Datenbestandes immer wieder Mehrfachüberlieferungen zutage fördert.

Zur Verzeichnung von Archivgut wird weiterhin die vom BStU entwickelte Fachdatenbank Sachaktenererschließung (SAE) eingesetzt. Der Umfang an archivischen Verzeichnungseinheiten, die über SAE nachgewiesen sind, beläuft sich aktuell auf fast 917 000 Datensätze. Darüber hinaus besteht die Datenbank Dokumentensammlung (DOSÄ), in der gesondert die zentralen dienstlichen Bestimmungen des MfS als archivische Verzeichnungseinheiten nachgewiesen werden.

3.3.2.2 Anpassung und Einführung von BASYS 2

Das Projekt BASYS 2 BStU (bisheriger Name: elektronisches Archiv – eArchiv) zielt auf die Anpassung und Einführung der beim Bundesarchiv in Entwicklung befindlichen und teils bereits eingesetzten integrierten Archivverwaltungssoftware BASYS 2. Damit sollen sowohl die Datenbanken Sachaktenererschließung, Aktenausgabe Magazin als auch DOSÄ ersetzt werden. Darüber hinaus sollen künftig Metadaten zu Digitalisaten in BASYS 2 verwaltet und Schnittstellen zu digitalen Magazinen und Archiven eingerichtet werden.

Im Rahmen des ersten Teilprojekts BASYS 2 B+M (Benutzungswesen und Magazinverwaltung) wurden im Berichtszeitraum weitere grundlegende Arbeitsschritte unternommen. Insbesondere wurde eine systeminterne Bestandsbildung vorgenommen und darauf aufbauend die Fertigstellung des Lastenhefts vorangetrieben. Dieses

wird sämtliche Anpassungen an BASYS 2 (B+M) sowie die Rahmenbedingungen für dessen Einführung beim BStU beschreiben. Ebenso formuliert es die Anforderungen an die komplexe Migration der Daten aus den sukzessive abzulösenden Altsystemen. Auf der Grundlage dieses Lastenhefts soll ein Vergabeverfahren eröffnet werden.

Auch zur Vorbereitung des zweiten Teilprojekts, der Anpassung und Einführung der Teilanwendung BASYS 2 B+E (Bewertung und Erschließung), ist der BStU in Konsultationen mit dem Bundesarchiv.

3.3.3 Findmittel im Internet

3.3.3.1 Technische Fortentwicklung des Online-Findmittel-Angebots

Im Berichtszeitraum konnte die Online-Präsentation archivischer Erschließungsangaben maßgeblich weiterentwickelt werden. Hierzu arbeitete der BStU eng mit dem Bundesarchiv zusammen. Das Stasi-Unterlagen-Archiv konnte im Berichtszeitraum seine Online-Findmittel in die vom Bundesarchiv betriebene Online-Recherche- und Präsentationsplattform ARGUS („ARchivGUtSuche“) einbringen. Auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen den Leitungen von Bundesarchiv und BStU war dies durch eine gemeinsame Ad-hoc-Arbeitsgruppe archivfachlich vorbereitet worden. Gemäß der Vereinbarung hostet das Bundesarchiv außerdem Digitalisate von Archivgut für die Online-Präsentation, die in Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs eingebettet sind. Dadurch können der Öffentlichkeit auch Online-Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs angeboten werden, die gleichzeitig Zugang zu digitalisiertem Archivgut gewähren.

Der Auftritt in ARGUS ist für das Stasi-Unterlagen-Archiv eine Übergangslösung, bis mit der Einführung der Archivverwaltungssoftware BASYS 2 des Bundesarchivs auch die entsprechenden Module zur Online-Präsentation von Erschließungsangaben beim BStU in Betrieb genommen werden können (BASYS 2 - Invenio online). Gleichwohl führt die zwischenzeitliche Mitnutzung von ARGUS bereits zu deutlich verbesserten Recherchemöglichkeiten. So enthält ARGUS eine Suchmaschine, die technisch als sogenanntes Verbundfindmittel agiert und daher die Suche gleichzeitig über alle eingebrachten Findmittel bis auf die Ebene der einzelnen Verzeichnungseinheit in den Aktenverzeichnissen erlaubt. Es ist deshalb z.B. nicht mehr notwendig, die Suche mit einem Suchbegriff innerhalb eines Aktenverzeichnisses zu wiederholen oder von vornherein auf ein einzelnes Aktenverzeichnis zu beschränken, wie das bislang aus technischen Gründen bei den auf der Homepage des BStU angebotenen PDF-Findmitteln der Fall war.

Inzwischen sind 141 Online-Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs in die Plattform ARGUS eingebracht worden. Darüber hinaus sind alle Bestandsinformationen des BStU in eine gemeinsame Beständeübersichtsdatei integriert, die auch Angaben zu den Beständen von den Stellen der DDR enthält, die im Bundesarchiv verwahrt werden. Der gemeinsame Auftritt in ARGUS ermöglicht tech-

nisch sowohl übergreifende Recherchen gleichzeitig in den eingebrachten Online-Findmitteln von Bundesarchiv und Stasi-Unterlagen-Archiv als auch separate Suchen. Zusätzlich ist für die Online-Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs differenzierend noch die Suche nur über solche Findmittel möglich, die audiovisuelles Archivgut nachweisen. Schließlich kann in individuell ausgewählten Online-Findmitteln des Bundesarchivs und/oder des Stasi-Unterlagen-Archivs recherchiert werden.

Durch die Einbringung von Daten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv in die Anwendung ARGUS beim Bundesarchiv ist es erstmals möglich, Erschließungsangaben und Findmittel zu Archivgut des MfS mit solchen von anderen zentralen Stellen der DDR oder der SED und der DDR-Massenorganisationen in einem Portal gemeinsam zu recherchieren. Der BStU tritt dafür ein, dieses gemeinsame Angebot zu erhalten und beiderseits zu aktualisieren, bis auch im BStU der Wirkbetrieb von BASYS 2 - Invenio online möglich sein wird. Die auf der Homepage des BStU bislang bestehenden PDF-Findmittel sollen nach einer Übergangszeit abgelöst werden.

3.3.3.2 Online-Findmittel in übergreifenden Fachportalen

Im Berichtszeitraum hat der BStU sein Engagement zur Bereitstellung von Erschließungsinformationen für das Internetportal „Netzwerk SED-/FDGB-Archivgut“ verstärkt. Es handelt sich dabei um ein Kooperationsprojekt zwischen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) und den ostdeutschen Landes- und Staatsarchiven, an dem das Stasi-Unterlagen-Archiv beteiligt ist. Nach Mitteilung der SAPMO, die das Projekt koordiniert, war das Stasi-Unterlagen-Archiv im Berichtszeitraum nach Zahl der bereitgestellten Titelangaben drittgrößter Einbringer von Erschließungsinformationen in das Internetportal „Netzwerk SED-/FDGB-Archivgut“.

Im Berichtszeitraum wurden alle für ARGUS und das Portal „Netzwerk SED-/FDGB-Archivgut“ bereitgestellten Online-Findmittel im internationalen Austauschformat EAD kodiert. Die EAD-Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs wurden damit gleichzeitig in weitere übergreifende Online-Archivportalangebote integrierbar. Das Stasi-Unterlagen-Archiv ist deshalb inzwischen auch im Archivportal Europa (Archives Portal Europe) vertreten. Im Berichtszeitraum wurde dazu vom Direktor des BStU ein Einbringungsvertrag für Daten (Content Provider Agreement) mit dem das Archivportal Europa derzeit tragenden Projektkonsortium in Den Haag geschlossen. Das Archivportal Europa wird aktuell von über 30 europäischen Archivverwaltungen getragen. Hunderte europäische Archive bringen Daten in das Portal ein. Die Präsentation von Erschließungsangaben des Stasi-Unterlagen-Archivs bietet in diesem Kontext Möglichkeiten der vernetzten Recherche über institutionelle und nationale Grenzen hinweg. Aktuell ist das Stasi-Unterlagen-Archiv im Archivportal Europa ebenfalls mit 141 Online-Findmitteln vertreten.

Ferner wurden im Berichtszeitraum erste Vorbereitungen zur künftig möglichen Einbringung von Daten des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Archivportal-D sowie in die Internet-Plattform Europeana getroffen. Das Archivportal-D ist ein spartenspezifisches Teilvorhaben des von Bund und Ländern getragenen Projekts Deutsche Digitale Bibliothek (DDB). Die DDB soll bundesweit zum wichtigsten Online-Portal für den Zugang zu digitalen Daten und Objekten aus Kultur und Wissenschaft entwickelt werden. Das Archivportal-D soll innerhalb der DDB die nationale Plattform für Erschließungsangaben und digitalisiertes Archivgut aus allen Archivinstitutionen in der Bundesrepublik sein. Es wurde im September 2014 auf dem 84. Deutschen Archivtag in Magdeburg freigeschaltet. Die Internet-Plattform Europeana ist eine virtuelle Bibliothek, in der digitalisiertes Kulturgut aus führenden Archiven, Bibliotheken, Museen und anderen Kulturinstitutionen Europas digital verknüpft wird.

3.3.3.3 Neue Online-Findmittel

Im Berichtszeitraum wurden 46 Findmittel neu erarbeitet und online gestellt. Flankierend zum Arbeitsvorhaben „Geschichte der MfS-Abteilung XII“ (siehe Abschnitt 3.1) wurden die Arbeiten zum Online-Findmittel für den MfS-Teilbestand Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher) abgeschlossen. Das Online-Findmittel weist das umfangreich erhaltene Verwaltungsschriftgut dieser Dienstseinheit nach. Parallel wurde ein Online-Findmittel zu den überlieferten Fotografien, Tonaufzeichnungen und Filmen veröffentlicht, die der MfS-Abteilung XII zugeordnet werden können. Im Berichtszeitraum wurden außerdem verschiedene Online-Findmittel erarbeitet, die auf spezielle Schriftgutbereiche innerhalb besonders umfangreicher Teilbestände aus der zentralen MfS-Überlieferung führen. Für den Teilbestand AGM (Arbeitsgruppe des Ministers) wurde ein Online-Findmittel publiziert, das die dieser Dienstseinheit zugehörigen Fotografien nachweist. Zu nennen ist ferner das Online-Findmittel für die Unterlagen aus der Hauptabteilung II/11, die für die Überwachung ausländischer Vertretungen in der DDR zuständig war. Zum Teilbestand Hauptabteilung VI (Passkontrolle, Tourismus) ist ein Online-Findmittel für die erhaltenen Tonaufzeichnungen verfügbar. Ein weiteres Online-Findmittel behandelt die Unterlagen aus der Hauptabteilung VII/7, die speziell aus der Überwachung der Staatlichen Archivverwaltung der DDR durch das MfS entstanden sind. Aus dem Teilbestand SdM (Sekretariat des Ministers) wurden zwei Findmittel zu verschiedenen thematischen Schriftgutgruppen (Organisation und Dienstbetrieb; Ehrungen und Jahrestage) online gestellt. Für den Teilbestand ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe) wurde ein Online-Findmittel veröffentlicht, das Unterlagen nachweist, die innerhalb der ZAIG in der sogenannten Ablage nach GVS 4/85 zusammengefasst waren. Eingebettet in die Einleitung zum Online-Findmittel ist eine digitale Reproduktion der Weisung des Ministers für Staatssicherheit mit der Kennzeichnung als Geheime Verschluss-Sache (GVS) 4/85, die damit im Internet auch unmittelbar eingesehen werden kann. Diese Weisung gibt Aufschluss nicht nur da-

rüber, zu welchen Einrichtungen und Gruppen außerhalb der DDR in der „Ablage nach GVS 4/85“ „vorbeugend“ Informationen gesammelt werden sollten, vorzugsweise in der alten Bundesrepublik. Sie bietet gleichzeitig eine Übersicht, welche Institutionen und Bewegungen um 1985 vom Staatssicherheitsdienst bereits ausgespäht oder bekämpft wurden und welche Dienstseinheit innerhalb des MfS dafür verantwortlich war.

Für die Bestandsbereiche verschiedener Bezirksverwaltungen (BV) und Kreisdienststellen (KD) wurden im Berichtszeitraum ebenfalls mehrere Online-Findmittel publiziert. Aus den Bestandsbereichen der BV Berlin, Erfurt, Gera, Halle (Saale), Leipzig, Magdeburg und Neubrandenburg wurden verschiedene Online-Findmittel neu erstellt, darunter zu den Überlieferungen aus den Ablagen der Leiter der BV Magdeburg und Neubrandenburg, zur Arbeitsgruppe des Leiters (AGL) in der BV Gera, zum Bereich Stellvertreter Operativ in der BV Neubrandenburg, zu den Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) des MfS in Berlin, Erfurt und Leipzig sowie zur Allgemeinen Sachablage des MfS-Archivs in der BV Magdeburg. Zum Dienstschriftgut aus den KD Annaberg, Aue, Auerbach, Bad Doberan, Brand-Erbisdorf, Glauchau und Naumburg (Saale) wurden im Berichtszeitraum gleichfalls Findmittel in das Internet eingestellt.

Nicht zuletzt konnten im Berichtszeitraum weitere Online-Findmittel zur Überlieferung der SED im MfS publiziert werden. Die neu veröffentlichten Findmittel betreffen die nachweisbaren, z.T. stark dezimierten Überlieferungen der SED-Parteileitungen in den BV Cottbus, Erfurt, Frankfurt (Oder) und Potsdam.

Im Berichtszeitraum wurde schließlich mit der Erstellung von Online-Findmitteln begonnen, die Archivgut nicht nur anhand von Aktentiteln nachweisen, sondern gleichzeitig auf digitale Reproduktionen der nachgewiesenen Archivalien führen. Veröffentlicht wurde zunächst ein Online-Findmittel für die Kategorie Richtlinien aus der Sammlung zentraler dienstlicher Bestimmungen des MfS, die in der Dokumentenstelle des Büros der Leitung (BdL) beim Minister für Staatssicherheit verwahrt wurden und heute dem Teilbestand BdL zugehörig sind. Basierend auf dieser Überlieferung sind im Stasi-Unterlagen-Archiv die zentralen dienstlichen Bestimmungen des MfS als sogenannte DOSA zusammengefasst und in einer separaten Datenbank inventarisiert. Das Online-Findmittel für die Kategorie MfS-Richtlinien aus der DOSA-Überlieferung weist 191 Archivalien nach, die digital in das Findmittel eingebettet sind und damit online gelesen werden können. Weit über 3 000 Seiten können durch dieses Online-Findmittel strukturiert, d.h. im Kontext archivischer Erschließungsinformationen, zur Lektüre aufgerufen werden.

3.4 Digitalisierungsprojekte

3.4.1 Strategische Fachziele und digitale Langzeitsicherung

In der archivfachlichen Diskussion besteht Konsens, dass die Digitalisierung ein unverzichtbares Instrument dar-

stellt, um den Zugang zu Archivgut zu erleichtern und dem Verlust von Informationen vorzubeugen. Die Digitalisierung als Präventionsmaßnahme dient dabei nicht nur der Sicherung von Informationen aus Archivgut für den Fall, dass dieses als originales Überlieferungsmedium verlustig geht oder nicht mehr lesbar gemacht werden kann. Die präventive Herstellung von Digitalisaten bezweckt vielmehr auch den Schutz von Archivgut, d. h. die Schonung der Originale. Aus archivfachlicher Sicht gibt es deshalb drei Ziele der Digitalisierung in der Rangfolge (1.) Sicherung von Archivgut, (2.) Schutz von Archivgut sowie (3.) Erleichterung des Zugangs zu Archivgut, insbesondere durch Veröffentlichung im Internet.

Beim BStU hat die Digitalisierung von MfS-Ton- und Videoaufzeichnungen oberste Priorität (siehe Abschnitt 3.4.2). Beim Schriftgut werden – um häufiges Kopieren zu vermeiden und somit die Originale zu schützen – vielfach nachgefragte Objekte im Zuge der Nutzung digitalisiert. Dieses Ziel wird auch unterstützt durch die im Berichtszeitraum neu entwickelte „Stasi-Mediathek“ (siehe Abschnitt 6.4.2.1) auf der Homepage des BStU, in der ausgewählte Dokumente zusammengestellt sind. In strategischer Hinsicht setzt der BStU darauf, neben dem eigenen Format der Mediathek in verschiedenen Archivportalen präsent und erreichbar zu sein (ARGUS und Archivportal Europa insbesondere, siehe Abschnitt 3.3.3), um dort Findmittel und in diesen zum Teil hinterlegte Digitalisate selbst online zugänglich zu machen.

Die Digitalisierung bringt neben vielen Chancen eine Reihe eigener Herausforderungen mit sich. Vor allem die sprichwörtliche Brüchigkeit digitaler Daten, die mit der Abhängigkeit der digitalen Datenwelt von den IT-Systemumgebungen zusammenhängt, darf nicht übersehen werden. Die digital überlieferten Informationen aus Archivgut behalten nur ihren Wert, wenn gewährleistet ist, dass die Daten die originale Überlieferung authentisch reproduzieren und diese Authentizität im digitalen Medium hinreichend nachvollziehbar bleibt. Darüber hinaus fallen durch den technologischen Wandel und die Kurzlebigkeit von IT-Systemen absehbar wiederholt spezielle Kostenpositionen für den Erhalt digitaler Ressourcen an. Aus diesen Gründen wird archivfachlich im Zusammenhang mit der Digitalisierung gleichzeitig große Aufmerksamkeit auf den Gesichtspunkt der digitalen Langzeitverfügbarkeit („Langzeitarchivierung“) gelegt.

3.4.2 Digitalisierung zu Sicherungs- und Schutzzwecken

Es ist heute unstrittig, dass vor allem für bestimmte Medienformen wie historische Film- oder Tonaufzeichnungen, deren Trägermaterialien unumkehrbar zerfallen oder in absehbarer Zeit in wirtschaftlich vertretbarem Maß nicht mehr dauernd lesbar gehalten werden können, die Digitalisierung als Sicherungsmaßnahme unverzichtbar geworden ist. Das Digitalisat ersetzt in diesem Fall unmittelbar das zerfallende oder bereits vom Verlust bedrohte Original.

Das bislang umfangreichste und mit höchster Priorität versehene Digitalisierungsvorhaben im Stasi-Unterlagen-Ar-

chiv betrifft die Digitalisierung der MfS-Tonaufzeichnungen. Träger der originalen Tonaufnahmen sind Azetat- und Polyesterbänder, die einem relativ rasch fortschreitenden Zerfallsprozess unterliegen. Die digitalen Reproduktionen von Tondokumenten stellen deshalb eine Ersatzüberlieferung dar. Diese soll gleichzeitig die Nutzung der Informationen auch in Zukunft gewährleisten. Die Digitalisierung erfolgt somit sowohl zu Sicherungs- als auch zu Nutzungszwecken. Ein Großteil der Tonaufzeichnungen ist bereits in digitaler Form in der Fachanwendung AudioDigital gespeichert und nutzbar. Im Berichtszeitraum wurde dieses Digitalisierungsvorhaben fortgeführt. Die in der Fachanwendung AudioDigital enthaltenen Daten umfassen inzwischen eine Laufzeit von 12 378 Stunden Tonaufzeichnungen.

Als nicht minder dringlich ist inzwischen die Digitalisierung der MfS-Videoüberlieferung anzusehen. Die Lebensdauer der Videobänder ist deutlich begrenzt. Gleichzeitig wird das bisherige analoge Sicherungsformat Betacam SP in absehbarer Zeit veraltet sein. Um Informationsverluste zu verhindern, wurde im Berichtszeitraum ein erstes Fachvorhaben zur Herstellung von Ersatzdigitalisaten für Videobänder konzipiert. Es sieht vor, dass zunächst insgesamt ca. 500 Stunden MfS-Produktionen in einem verlustfreien Format digital gesichert werden. Aus Haushaltsgründen konnte mit der Umsetzung dieses Vorhabens im Berichtszeitraum allerdings noch nicht begonnen werden.

Hauptsächlich Schutz- und Nutzungszwecken dient die Digitalisierung von Fotografien des MfS. Bereits in der letzten Berichtsperiode wurde der Aufbau eines sogenannten ruhenden Fotoarchivs eingeleitet: Nach ihrer Digitalisierung lagern die historischen Originale in speziellen Magazinen bei stabilem Raumklima, anstatt weiter durch Transport und Benutzung beansprucht zu werden. Auf diese Weise kann z. B. die Lebensdauer historischer Farbdias, die stark temperaturempfindlich sind, deutlich erhöht werden. Gleichzeitig können die digitalen Reproduktionen flexibler für Nutzungszwecke bereitgestellt werden, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Das Verfahren hat sich insgesamt bewährt. Im Berichtszeitraum wurden mehr als 25 000 digitale Bilddateien neu erstellt und nutzbar gemacht.

Im Stasi-Unterlagen-Archiv sind in großem Umfang Mikrofilme überliefert, die bereits vom MfS zu Sicherungszwecken von Teilen der damals archivierten Ablagen angefertigt wurden. Dieser sogenannte Sicherungsfonds des MfS bildet teilweise Unterlagen ab, die physisch nicht mehr existent sind. Er besitzt deshalb wesentlich den Charakter einer Ersatzüberlieferung. Das Trägermedium der vom MfS gefertigten Mikrofilme unterliegt jedoch allmählich chemischen Zerfallsprozessen. Vor allem der Verlust solcher Aufzeichnungen, die ausschließlich auf Mikrofilm überliefert sind, soll verhindert werden. Im Berichtszeitraum wurden daher erste Erörterungen zum Aufwand einer möglichen Volldigitalisierung des Sicherungsfonds unternommen.

Ein weiteres mögliches Anwendungsfeld für die Digitalisierung sind die zentralen MfS-Karteien F 16 und F 22

(siehe Abschnitt 3.3.1). Beide MfS-Karteien sind einerseits selbst Teil des Archivguts, müssen andererseits aber nach wie vor als Findmittel, die auf Akten des MfS führen, ständig konsultiert werden. Die einzelnen Karteikarten werden durch die laufende Nutzung physisch stark beansprucht. Gleichzeitig sind beide Karteien aufeinander bezogen und stellen für sich einen jeweils häufig nur unvollständigen Teil des Informationssystems zum Nachweis von Personen und Unterlagen dar, das von der Stasi geschaffen wurde. Durch die Digitalisierung ließen sich einerseits die physisch stark beanspruchten Karteikarten schützen. Andererseits wäre es möglich, durch elektronische Verknüpfung der verschiedenen Karteikartenarten, die bislang örtlich getrennt in den einzelnen Karteien aufgestellt sind, Synergieeffekte bei der Personen- und Vorgangrecherche zu erzielen.

3.4.3 Digitalisierung zur Nutzungs- erleichterung

Parallel zur Anfertigung von digitalen Reproduktionen für Schutz- und Sicherungszwecke werden im BStU verschiedene Digitalisierungsvorhaben mit dem Primärziel der erleichterten Nutzbarkeit von Stasi-Unterlagen oder der Verbreitung des Wissens über die Unterlagen betrieben. Dies ist zum einen der Fall bei der Herstellung von digitalisiertem Archivgut, das zur strukturierten Präsentation durch Online-Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs veröffentlicht wird (siehe Abschnitt 3.3.3.3). Zum andern werden ausgewählte Stasi-Unterlagen digitalisiert, die im Rahmen einzelthematischer Informationsangebote vom BStU im Internet vorgestellt werden, vor allem im Zusammenhang mit der im Berichtszeitraum neu eingeführten „Stasi-Mediathek“ (siehe Abschnitt 6.4.2.1).

Ferner wurde im Berichtszeitraum das Vorhaben „Digitalisierung im Rahmen der Antragsbearbeitung“ in Gestalt eines Pilotbetriebs weiter vorangetrieben. Das Vorhaben soll primär die Nutzung erleichtern bzw. Antragsbearbeitungszeiten verkürzen, indem wiederkehrende und z. T. aufwendige Arbeitsschritte wie das (wiederholte) Fotokopieren von Akten entfallen. Notwendige Anonymisierungen, die bislang durch Schwärzungen auf den erstellten Papierkopien erfolgten, können elektronisch durch Generierung entsprechender Abkömmlinge von den nicht-anonymisierten Digitalisaten erzeugt werden. Der Aufwand für die Anonymisierung, insbesondere die Entscheidung über den Umfang der notwendigen Schwärzungen im Einzelfall, erfordert allerdings weiterhin wesentlichen Personaleinsatz.

Ein weiteres Projekt stellt schließlich die Digitalisierung der sogenannten Ausgangsinformationen der MfS-Hauptverwaltung A (HV A) dar. Bei diesen handelt es sich um die Ergebnisse der Westspionage des MfS, wie sie der Führungsspitze der SED berichtet wurden. Dazu werden alle noch im Archiv des BStU vorhandenen Ausgangsinformationen der HV A digitalisiert und können dadurch leichter als bisher für die Nutzung bereitgestellt werden. Im Berichtszeitraum wurden ca. 12 300 Dokumente mit ca. 95 000 Seiten digitalisiert.

3.5 Bestandserhaltung

3.5.1 Schadensbehandlung nach der Hochwasserkatastrophe in Halle

Bei der Hochwasserkatastrophe im Juni 2013 wurde auch die BStU-Außenstelle in Halle (Saale) in Mitleidenschaft gezogen (siehe Abschnitt 2.5). Dadurch wurden verschiedene MfS-Karteien geschädigt, darunter die sogenannte M-Kartei, die der Postüberwachung in der MfS-Bezirksverwaltung Halle diente. Ferner wurde ein Teil der Altregistratur der BStU-Außenstelle geschädigt. Die Bergung der betroffenen Unterlagen aus dem Katastrophengebiet erfolgte mit Unterstützung aus dem BStU-Zentralstelle sowie aus verschiedenen BStU-Außenstellen im Umkreis, ferner mithilfe von Institutionen, die im Notfallverbund der Kultureinrichtungen der Stadt Halle zusammengeschlossen sind. Die geschädigten Unterlagen wurden unter fachlicher Anleitung der Restaurierungswerkstatt des BStU konservatorisch zunächst umgehend notgesichert. Für die MfS-Unterlagen erfolgte eine Gefrietrocknung. Die notwendigen Restaurierungsarbeiten im Anschluss an die Gefrietrocknung dauern noch an.

3.5.2 Präventive Maßnahmen

Der BStU hat im November 2013 mit einer „Richtlinie für die Bestandserhaltung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes beim BStU“ die Praxis der Bestandserhaltung als verbindliche Handlungsanweisung normiert und in einigen Aspekten präzisiert. Diese Richtlinie regelt für alle Bediensteten des BStU den Umgang mit MfS-Archivgut. Eine Anlage zur Richtlinie beschreibt insbesondere die Verhaltenspflichten bei der Nutzung des Archivguts. Die Beschäftigten wurden zur Richtlinie geschult.

Große Bedeutung misst der BStU weiterhin dem Thema Notfallvorsorge bei. Im Berichtszeitraum fanden verschiedene Notfallübungen statt, u. a. in Notfallverbänden.

In der BStU-Zentralstelle wurde die Verpackung bisher noch offen lagernder Unterlagen aus den archivierten Ablagen des ehemaligen MfS-Zentralarchivs in säurefreie und basisch gepufferte Archivkartons fortgeführt. Im Berichtszeitraum wurden fast 280 lfd. M. umverpackt und gleichzeitig bestandsschonend auf eine liegende Lagerung umgestellt. In verschiedenen BStU-Außenstellen erfolgten in gleicher Weise Neu- und Umverpackungen. In der Außenstelle Erfurt wurden beispielsweise 560 lfd. M. und in der Außenstelle Chemnitz 183 lfd. M. Unterlagen neu kartoniert, um den Bestand nachhaltig zu schützen. Im Berichtszeitraum wurden in allen Dienststellen des BStU neue Transportbehälter eingeführt, um die mechanische Beanspruchung der Archivalien zu verringern.

Im Berichtszeitraum erfolgten weitere Sicherungs- und Schutzverfilmungen. Beendet wurde die Verfilmung zentraler Karteien aus der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig. Neu aufgenommen wurde im Berichtszeitraum die Verfilmung von Karteibeständen aus den MfS-Bezirksverwaltungen Gera, Magdeburg und Potsdam. Aus dem sogenannten Sicherungsfonds des MfS wurden weiterhin Mikrofilmaufnahmen dupliziert. Die Arbeiten konzen-

trierten sich hier auf Überlieferungen aus den MfS-Bezirksverwaltungen Gera, Karl-Marx-Stadt und Rostock.

Der BStU ist in Gesprächen mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, das für die Bundessicherungsverfilmung zuständig ist. Das Vorhaben zielt darauf, die zentralen dienstlichen Bestimmungen des MfS aus der DOSA sicherungszuverfilmen und diese Filme in den zentralen Sicherungsort der Bundesrepublik Deutschland, den sogenannten Barbarastollen bei Freiburg im Breisgau, einzulagern.

3.5.3 Papierrestaurierung und -konservierung

Im Berichtszeitraum wurde eine Handreichung zur Einstufung der Papierüberlieferung des MfS in Schadensklassen erarbeitet. Sie basiert auf Handlungsempfehlungen der Archivreferentenkonferenz des Bundes und der Länder. Die Handreichung dient z.B. den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Erschließungsbereichen des Stasi-Unterlagen-Archivs dazu, Schäden, die anlässlich der Aufgabenerfüllung festgestellt werden, richtig zu erkennen und nach einheitlichen Grundsätzen zu klassifizieren. Die Festlegung von Schadensklassen ist eine wichtige Grundlage für die langfristige Planung geeigneter konservatorischer oder restauratorischer Maßnahmen.

Eine wichtige Konservierungsmaßnahme zur Mengenbewältigung von holzhaltigen, sauren Papieren ist die Massenentsäuerung. Ergänzend zum Bückeburger-Verfahren (wässriges Einzelblattverfahren) wurde 2013 ein nicht wässriges Verfahren getestet. Parallel zu den beschriebenen Maßnahmen wurden durch die Restaurierungswerkstatt der BStU-Zentralstelle im Berichtszeitraum 2 017 Akten, 9 248 Karteikarten, 47 Archivregistrierbücher und andere buchförmige Archivalien, 849 Fotopositive sowie 791 Karten und Pläne restauriert.

3.5.4 Sicherung audiovisueller Medien und maschinenlesbarer Daten

Große Bedeutung erlangte im Berichtszeitraum die Digitalisierung als Mittel der Sicherung von Tondokumenten des MfS. Gleiches gilt für den Schutz von Bilddokumenten, die im Original in ein „ruhendes Fotoarchiv“ überführt werden. Aufgrund des zunehmend gefährdeten Erhaltungszustandes wurde die MfS-Videoüberlieferung einer Bestandserhaltungsprüfung im Magazin unterzogen. Das Prüfergebnis zeigte, dass insbesondere die Digitalisierung der im VCR-Format und in diversen Sonderformaten überlieferten Videokassetten des MfS zu Sicherungszwecken dringlich ist.

Im Berichtszeitraum konnte ein vom MfS zerschnittener Film von 479 Metern Länge rekonstruiert werden. Es handelt sich dabei um eine Eigenproduktion des MfS, die die Möglichkeiten des „Missbrauchs“ des Transitabkommens im DDR-Bezirk Potsdam zum Thema hat. Ferner wurden im Berichtszeitraum 3 489 Fotografien auf Nitrozellulosefilm identifiziert und wegen ihrer Feuergefährlichkeit repariert. Für Fotomaterialien des MfS wurde eine eigene Schadensklassifizierung erarbeitet, die im Zusammenhang

mit der Einführung der Richtlinie zur Bestandserhaltung an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BStU kommuniziert wurde (siehe Abschnitt 3.5.2).

Im Berichtszeitraum wurden 62 Datenträger von der „digital Computer- & Elektronik Arbeitsgemeinschaft Halle“ („digital AG“) übernommen (siehe Abschnitt 3.6). Dabei handelt es sich um Wechselplattenstapel von DDR-Großrechenanlagen, von denen ein Teil äußerlich den Herkunftsnachweis aus einem Rechenzentrum des MfS trägt. Betriebsbereite Anlagen dieses Typs konnten in Deutschland bislang nicht festgestellt werden, weshalb der BStU aktuell die Datenträger nicht auslesen kann. Geplant ist jedoch, in Zusammenarbeit mit der „digital AG“ die Daten soweit zu sichern, dass künftig eine Rekonstruktion möglich bleibt.

Im Berichtszeitraum war es erneut möglich, eine große Anzahl von Lochstreifen-Daten des MfS mithilfe eines Fernschreibers mit PC-Schnittstelle auszulesen und elektronisch zu speichern (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 40). Es konnten alle 4 797 vorhandenen Lochstreifen aus dem Bestand der Außenstelle Dresden gelesen werden. Sie enthalten Informationen über archivierte Vorgänge der BV Dresden aus der Zeit zwischen 1951 und 1989. Die ausgelesenen Informationen beziehen sich auf Unterlagen, die vom MfS bereits archiviert worden waren.

3.6 Herausgabe und Übernahme von Unterlagen

Das StUG benennt, was zu den Stasi-Unterlagen zählt, schreibt dafür dem BStU das Verwahrmonopol zu und regelt die unterschiedlichen Verfahrensweisen bei Rück- und Herausgaben von Unterlagen. Betroffene und Dritte erhalten vom Staatssicherheitsdienst widerrechtlich weggenommene oder vorenthaltene Gegenstände und Unterlagen (wie Fotografien oder Briefe) im Zuge der Akten-einsicht zurück – weil es sich gerade nicht um Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes handelt. Unterlagen fremder Provenienz, die keine Bearbeitungsspuren des MfS tragen, werden an die zuständigen Stellen und Archive abgegeben. Im Berichtszeitraum waren dies gut fünf lfd. M., die u. a. an das Thüringische Hauptstaatsarchiv Weimar und das Deutsche Rundfunkarchiv in Babelsberg gingen.

Im Gegensatz dazu gibt es eine Anzeige- und Herausgabepflicht öffentlicher und nicht-öffentlicher Stellen gegenüber dem BStU bei Auffinden von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (§§ 7 bis 9 StUG). Diese Unterlagen werden dann durch die Behörde akzessioniert. Seit 2013 wurden knapp 32 lfd. M. Akzessionen eingearbeitet. Allein beim Abriss des Gebäudes der früheren MfS-Bezirksverwaltung in Cottbus wurden ca. 25 lfd. M. Bauunterlagen des MfS entdeckt und an den BStU übergeben (siehe Abschnitt 3.2.2.2). Ferner konnten beispielsweise 62 Datenträger aus der Obhut der „digital AG“ übernommen werden (siehe Abschnitt 3.5.4).

Mit dem Bundesarchiv konnte im Berichtszeitraum eine Verständigung über die Rückgabe von 154 Archivregistrierbüchern des MfS erzielt werden. Diese Bücher wie-

sen die im sogenannten NS-Archiv abgelegten Unterlagen der MfS-Hauptabteilung IX/11 (Aufklärung von NS- und Kriegsverbrechen) nach. Sie waren 1990, im Zusammenhang mit der Herauslösung des sogenannten NS-Archivs des MfS aus der Stasi-Überlieferung, an das Zentrale Staatsarchiv der DDR übergeben worden. Von dort gelangten die Bücher, zusammen mit den Unterlagen des „NS-Archivs“ des MfS, in das Bundesarchiv. Sie dienten beim Bundesarchiv u. a. als Hilfsmittel für die dort vorgenommene Auflösung des „NS-Archivs“ des MfS durch Aufteilung der Unterlagen an verschiedene Archive. Nach längeren Verhandlungen konnten die Archivregistrierbücher nunmehr in die Obhut des Stasi-Unterlagen-Archivs zurückkehren.

3.7 Manuelle und virtuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen

3.7.1 Manuelle Rekonstruktion

Von der Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen“ wurden im Berichtszeitraum Dokumente, Vorgänge und Aktenteile im Umfang von ca. 230 000 Blatt manuell rekonstruiert. Hinzu treten wiederum einige Teilrekonstruktionen (Blattfragmente), die erst vervollständigt werden können, wenn in anderen Behältnissen die zugehörigen Teile gefunden werden. Insgesamt wurden beim BStU mittlerweile – zusammen mit einigen weiteren (dezentralen) Projekten – Unterlagen im Umfang von ca. 1,53 Millionen Blatt händisch rekonstruiert.

Inhaltlich lag der Schwerpunkt der Arbeiten im Berichtszeitraum weiter auf der Wiederherstellung von Unterlagen aus der MfS-Abteilung X (Internationale Verbindungen). Zahlreiche Unterlagen betrafen die Zusammenarbeit des MfS mit dem tschechoslowakischen Geheimdienst. Deutlich wird aus den wiederhergestellten Unterlagen etwa, wie DDR-Urlauber im Ausland unter Beobachtung und Kontrolle standen. Überliefert sind beispielsweise Meldungen über Kontakte mit westdeutschen Bürgern auf Campingplätzen oder in Hotels sowie zur Überprüfung von in der CSSR durch DDR-Bürger aufgegebenen Briefsendungen. Im Rahmen der Aktion „Saphir“ übermittelte das MfS Erkenntnisse über die NATO, die Bundeswehr und den Bundesnachrichtendienst. Die Unterlagen belegen ferner die Zusammenarbeit mit Polen, der Sowjetunion, Ungarn, Kuba und weiteren Ländern des Ostblocks. So sind etwa Gespräche Erich Mielkes mit den Innenministern dieser Länder dokumentiert. Zudem fanden sich Belege über Kontakte zu afrikanischen und asiatischen Ländern bzw. deren Sicherheitsdiensten. Schließlich konnten auch einige weitere Unterlagen aus der Auflösungsphase des MfS zugänglich gemacht werden, u. a. legendierte Dienstzeugnisse des Ministeriums des Innern für Mitarbeiter der Abteilung X.

Weitere Rekonstruktionsarbeiten fanden im Berichtszeitraum an Schriftgut aus der Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund), der Kreisdienststelle Meiningen sowie aus verschiedenen Linien der Bezirksverwaltung (BV) Frankfurt (Oder) statt.

Unterlagen der Abteilung XX aus der BV Frankfurt (Oder) betreffen beispielsweise die Überwachung des Theaters in Schwedt. Außerdem konnten drei verschiedene Arbeitskarteien der Abteilung XX wiederhergestellt werden, die personenbezogene Angaben enthalten. Sie wurden mittlerweile an den Karteibereich der Außenstelle Frankfurt (Oder) übergeben und werden dort beaufkuntet.

3.7.2 Virtuelle Rekonstruktion

Das Pilotverfahren zur virtuellen Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen wird seit 2007 durchgeführt. Es entstand auf Initiative des Deutschen Bundestages, um zukünftig die Inhalte solcher zerrissener Stasi-Unterlagen früher zugänglich machen zu können, die durch manuelle Rekonstruktion bislang entweder nur in einer fernen Zukunft oder zum Teil gar nicht wiederhergestellt werden könnten. Dazu erging ein Forschungsauftrag an das Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) in Berlin zur Entwicklung eines IT-Systems, dessen Kernstück eine spezielle Software zur virtuellen Rekonstruktion digitaler Schnipselbilder darstellt. Im Jahre 2011 stellte der Deutsche Bundestag Haushaltsmittel zur Erweiterung des Forschungsauftrags bereit. Darin entwickelt und testet das Fraunhofer IPK Lösungen, die ein integriertes IT-Verfahren von der virtuellen Rekonstruktion der Schnipsel zu Einzelseiten über die Bildung virtueller Dokumente bis hin zu deren IT-gestützter Erschließung ermöglichen könnten.

Im Pilotverfahren sollen zunächst zerrissene Unterlagen aus insgesamt 400 Säcken virtuell rekonstruiert werden. Den ersten, technischen Hauptbaustein des Pilotverfahrens bildet die vom Fraunhofer IPK zu realisierende Entwicklungs- und Testphase. Der zweite Hauptbaustein beinhaltet die archivfachliche Erschließung der virtuell rekonstruierten Einzelseiten im BStU.

Im Projektverlauf kam es zu einer mehrjährigen Verzögerung, weil sich die Entwicklung verschiedener Module des IT-Systems wesentlich aufwendiger gestaltete als zunächst geplant. Im Berichtszeitraum konnte anhand der automatisierten Zusammensetzung digitaler Schnipselbilder aus vier Säcken gezeigt werden, dass die Prozesskette der virtuellen Rekonstruktion prinzipiell funktioniert (7. von 8 Meilensteinen des Forschungsauftrags). Die Rekonstruktionssoftware, der „e-Puzzler“, ist imstande, digitalisierte Schnipsel nach Merkmalen wie z. B. Risskante, Papierfarbe oder Schriftart zusammenzusetzen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BStU unterstützen die Software interaktiv beim Rekonstruktionsprozess und führen eine Qualitätssicherung der Seiten durch. Mit der erfolgreichen Abnahme des vorletzten Meilensteins ist das Projekt innerhalb des technischen Hauptbausteins in die Testphase übergegangen. Bislang konnten ca. 24 000 automatisiert rekonstruierte Seiten in das Archiv des BStU übernommen werden. Die Übergabe erfolgt in Form digitaler Daten sowie als Papierausdruck.

Nach den bisherigen Erfahrungen in der Testphase wird allerdings deutlich, dass die Geschwindigkeit des derzeitigen Scanners für die Digitalisierung sehr großer Mengen

erheblich zu gering ist. Das Fraunhofer IPK schätzt ein, dass eine Verarbeitung der im Forschungsauftrag vorgesehenen Menge mit der derzeitigen Scantechnologie in einem absehbaren Zeitraum nicht möglich sein wird. Um den Fortgang der virtuellen Rekonstruktion zu gewährleisten, hat der Deutsche Bundestag für das Haushaltsjahr 2015 zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Gleichzeitig mit der Lieferung der ersten virtuell rekonstruierten Unterlagen begannen die Arbeiten am zweiten Hauptbaustein, der archivfachlichen Bearbeitung der zusammengesetzten Seiten. Bei der Ordnung und Vorgangsbildung beziehen die erschließenden Archivarinnen und Archivare die ggf. vorliegenden manuell rekonstruierten Unterlagen bzw. intakten Materialien mit ein, die den jeweiligen Behältnissen vor der Digitalisierung entnommen worden sind. Die Verzeichnung der so gebildeten Dokumente wird durch eine eigens vom BStU entwickelte kleine Softwarelösung unterstützt. Nach Abschluss der Erschließungsarbeiten eines jeden Sackes begutachtet eine Fachgruppe aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilungen AU und BF die Inhalte, um eine Einschätzung zum Aussage- und Quellenwert der rekonstruierten Unterlagen zu treffen. Danach stehen die Dokumente zur Nutzung zur Verfügung.

Die virtuell rekonstruierten Unterlagen, so lässt sich nach den ersten Auswertungen konstatieren, gewähren weitere Einblicke in die Arbeitsweise der Geheimpolizei. In den gebildeten Akten finden sich beispielsweise Pläne des MfS für den Verteidigungsfall, Untersuchungsvorgänge zu einem Nazi-Kriegsverbrecher, Unterlagen zur Ausspähung der Friedensbewegungen in Ost und West oder die Gedanken eines MfS-Mitarbeiters zur Demonstration am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz.

Im erweiterten Forschungsauftrag war im Berichtszeitraum die Abnahme des dritten von insgesamt vier Meilensteinen erfolgreich. Dabei handelt es sich um ein vom Fraunhofer IPK entwickeltes prototypisches IT-System, das den Archivarinnen und Archivaren bei der Aktenbildung der virtuell rekonstruierten Einzelseiten helfen soll.

3.8 Kontakte mit anderen Archiven

Die Abteilung pflegt einen intensiven fachlichen Austausch. Dazu gehören Besuche der Deutschen Archivtage (2013 in Saarbrücken, 2014 in Magdeburg) wie auch der regionalen Archivtage der ostdeutschen Bundesländer (so beispielsweise 2014 für Brandenburg in Potsdam). Regelmäßig nehmen Vertreter des BStU am „Arbeitskreis Bewertung“ des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare sowie an Archivkolloquien der Archivschule Marburg teil. Auf dem 17. Archivwissenschaftlichen Kolloquium der Archivschule Marburg präsentierten zwei Beschäftigte des Berliner Archivs einen Überblick über die vielfältige archivische Öffentlichkeitsarbeit im BStU. Seit 2014 liegt der Vortrag im Tagungsband vor.

Ebenfalls wurden im Berichtszeitraum Vorhaben und Strategien zur Digitalisierung von Archivgut vorgestellt. So beteiligte sich die Archivabteilung der Zentralstelle durch

Vorträge an den Konferenzen „Ars Konferansen 2013“ in Bergen (Norwegen), „Archiving 2014“ in Berlin und „Collecting of Archive Resources in a Digital World of 21st Century“ in Warschau. Auf dem im Juli 2014 an der Universität Düsseldorf durchgeführten Forschungskolloquium „Abhören und Strafen. Archivpraxis totalitärer Überwachungssysteme“ referierte ein Mitarbeiter des BStU zum Thema „Abhören, Identifizieren und Dokumentieren. Die akustische Überlieferung der Staatssicherheit“. Auch auf der internationalen Konferenz „Europe Under Surveillance. The Audiovisual Collections of Communist Security Services“, die im Oktober 2014 in Warschau stattfand, informierte der BStU über die audiovisuellen Hinterlassenschaften des MfS.

Im Berichtszeitraum wurden intensive archivfachliche Kontakte insbesondere zum Institut für Nationales Gedenken (IPN) gepflegt, der polnischen Partnerbehörde des BStU im „Europäischen Netzwerk der für die Geheimpolizei zuständigen Behörden“. Anknüpfend an einen gemeinsamen Workshop Ende 2012 (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, Abschnitt 5.5.5), hospitierten Archivarinnen und Archivare aus der IPN-Zentrale in Warschau und aus der IPN-Außenstelle Kattowitz im August 2013 mehrere Tage in der Berliner BStU-Zentralstelle. Schwerpunkt der fachlichen Erörterungen waren Fragen der Rekonstruktion zerrissener Unterlagen, ferner Themen der Bestandserhaltung und Restaurierung, Notfallplanung, des bereichsspezifischen Datenschutzes sowie zur fachlichen Mitarbeiterqualifizierung. Vertreter des BStU vertieften im November 2013 den Austausch zu Fragen der Rekonstruktion zerrissener Unterlagen in der IPN-Außenstelle Kattowitz. Im Mai 2014 weilten Vertreter der Abteilung Archivbestände des BStU zu Fachgesprächen in der IPN-Zentrale in Warschau. Im Mittelpunkt des Austausches standen wiederum Fragen der Bestandserhaltung und darüber hinaus Themen der Digitalisierung und Online-Stellung von Archivgut.

Im Berichtszeitraum wurde auch im archivfachlichen Bereich die internationale Zusammenarbeit des BStU weiter verstärkt, speziell zur Online-Präsentation von Archivgut. Der BStU unterzeichnete hierzu im April 2014 ein Abkommen mit dem europäischen Konsortium für das Archivportal Europa über die Einbringung von archivischen Erschließungsangaben des BStU. In der Folge hat der BStU zahlreiche Online-Findmittel zusammen mit einer Online-Beständeübersicht in das europäische Archivportal eingebracht (siehe Abschnitt 3.3.3.2).

4 Verwendung von Unterlagen auf Antrag und Ersuchen

Durch die mittlerweile millionenfache Herausgabe und Nutzung von Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu den vom Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) vorgesehenen Verwendungszwecken wurden seitens des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) wesentliche Forderungen der Friedlichen Revolution umgesetzt und gleichzeitig ein rechtsstaatlicher Umgang mit den Hinterlassenschaften der Stasi sichergestellt.

Die Zahl der Bürgeranträge ist im Berichtszeitraum erwartungsgemäß zurückgegangen, bildet aber nach wie vor auf hohem Niveau eine zentrale Aufgabe der Behörde. Bemerkenswert ist, dass sich auch nach über 20 Jahren des Bestehens eines Aktenzugangs sowohl der Anteil von erstmaligen Anträgen als auch der Anteil von Fällen, in denen substanzielles Aktenmaterial aufgefunden und zugänglich gemacht werden konnte, prozentual nicht spürbar verkleinert hat.

Die Zahl behördlicher Ersuchen zur Überprüfung ist insgesamt rückläufig. Auch wenn deren Bedeutung in bestimmten Bereichen ebenfalls zurückgeht, so ist doch festzustellen, dass insbesondere Überprüfungen von gewählten politischen Mandatsträgern, sei es auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, bei veröffentlichten Erkenntnissen nach wie vor auf ein erhebliches öffentliches Interesse stoßen.

Die weiterhin zahlreichen Anträge aus den Bereichen Forschung und Medien spiegeln ein starkes Interesse an den MfS-Unterlagen wider. In diesem Zusammenhang spielen die spezialgesetzlichen Verfahren und Abwägungen zum Schutze von betroffenen Personen der Zeitgeschichte nach wie vor eine wesentliche Rolle, da diese in vielen Fällen noch leben oder seit ihrem Tod 30 Jahre noch nicht vergangen sind.

Ein fortdauernd hohes internationales Interesse an den speziellen Erfahrungen, die die Behörde des BStU mit den Verwendungen der Stasi-Unterlagen in mehr als zwei Jahrzehnten gemacht hat, war auch im Berichtszeitraum zu verzeichnen (siehe Kapitel 7).

4.1 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes

Eine zentrale Forderung der Bürgerbewegung der ehemaligen DDR war, dass jeder die Möglichkeit haben sollte, Zugang zu allen Informationen zu erhalten, die der Staatssicherheitsdienst über die eigene Person dokumentiert hatte. Dieses Anliegen wurde mit dem StUG in rechtsstaatlicher Form umgesetzt. Die persönliche Akteneinsicht ist seit über 20 Jahren eine zentrale Aufgabe der Stasi-Unterlagen-Behörde.

Seit 1990 haben insgesamt rund 1,99 Millionen Menschen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Anträge auf Akteneinsicht, Kopienherausgabe oder Decknamenentschlüsselung zu stellen und sich damit für eine persönliche Auseinandersetzung mit dem Einwirken des Staatssicherheitsdienstes auf ihr Leben entschieden. Das Gesamtantragsaufkommen liegt derzeit bei rund 3 Millionen Anträgen. Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an den zu ihnen geführten Stasi-Unterlagen ist damit wesentlich größer und hält länger an, als es bei Gründung der Behörde erwartet worden war.

4.1.1 Antragseingänge, Erledigungen, Personal

Insgesamt erreichten die Behörde im Berichtszeitraum 132 009 Anträge auf private Akteneinsicht von Bürgerinnen und Bürgern, davon 64 246 im Jahr 2013 und 67 763 im Jahr 2014 (siehe Anhang 5). Das entspricht einem monatlichen Durchschnitt von rund 5 500 Anträgen. Im Vergleich zum vorigen Berichtszeitraum (Jahre 2011 und 2012), in dem 168 842 mit der persönlichen Akteneinsicht zusammenhängende Anträge eingingen, sind die Antragszahlen damit leicht rückläufig.

Besonders hervorzuheben ist, dass nach wie vor Erstanträge den Großteil des Antragsvolumens ausmachen. Das Verhältnis von Erst- zu Wiederholungsanträgen liegt seit Jahren konstant bei gut 70 Prozent zu knapp 30 Prozent. Die Tabelle 1 auf der folgenden Seite stellt die Entwicklung des Aufkommens im Bereich der Bürgeranträge nach Antragsarten dar.

Von allen Anträgen entfallen knapp drei Viertel auf die zwölf Außenstellen der Behörde, was die Bedeutung der regionalen Präsenz des BStU unterstreicht. In Tabelle 2 (siehe folgende Seite) sind die Antragseingänge nach Bundesländern differenziert dargestellt.

Von den bislang rund 3,05 Millionen eingegangenen Anträgen wurden inzwischen ca. 2,97 Millionen erledigt, davon im Berichtszeitraum 137 515 (67 743 im Jahr 2013 und 69 772 im Jahr 2014 – siehe Anhang 5).

Dabei gelang es im Berichtszeitraum erstmals wieder, den Bestand an noch zu erledigenden Anträgen abzubauen. Während dieser offene Bestand in den vorherigen 2-Jahres-Perioden 2009/2010 und 2011/2012 um jeweils gut 10 000 Anträge gestiegen war, konnte er zum Stichtag 31. Dezember 2014 im Vergleich zum vorigen Berichtszeitraum um rund 5 500 auf 82 245 Anträge reduziert werden.

Bei Gründung der Behörde des BStU und in den Jahren danach hatte man nicht erwartet, dass das Interesse der Bürgerinnen und Bürger am Zugang zu den Stasi-Unterlagen so nachhaltig andauern würde. Deshalb war aufgrund von Festlegungen bereits in den 90er-Jahren für zahlreiche Stellen eine Nachbesetzung von ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von vornherein ausgeschlossen (sogenannte kw-Stellen). In früheren Tätigkeitsberichten wurde darüber bereits ausführlich informiert.

Diese Entscheidungen wirken sich bis heute aus. Die Abteilung Auskunft war über die Jahre besonders von der kw-Problematik und somit von einem erheblichen Personalabbau betroffen. Angesichts anhaltend hoher Antragszahlen führte dies zu einem zunehmenden Missverhältnis zwischen Arbeitsaufkommen und Personal und in der Folge zu längeren Wartezeiten für die Antragstellerinnen und Antragsteller. Als Folge davon hat sich zum Beispiel die Zahl der Anträge pro Sachbearbeiter im Bereich der Bürgeranträge im Zeitraum von 2005 bis 2012 etwas mehr als verdoppelt. Aufgrund verschiedener Optimierungsmaßnahmen und Anpassungen in den Abläufen gelang es zwar

Tabelle 1

Anträge auf Akteneinsicht nach Antragsarten

Anträge	1990– 1999	2000– 2009	2010	2011	2012	2013	2014	gesamt
Erstanträge	1 195 056	551 005	54 151	49 756	55 771	38 869	40 994	1 985 602
Wiederholungs- anträge	124 228	185 402	19 865	19 032	21 232	15 698	15 982	401 439
Decknamen- anträge	261 379	201 946	11 743	10 308	9 822	8 330	9 270	512 798
Kopieranträge nach Akten- einsicht	93 822	49 131	1 755	1 515	1 406	1 349	1 517	150 495
gesamt	1 674 485	987 484	87 514	80 611	88 231	64 246	67 763	3 050 334

Tabelle 2

Bürgeranträge gesamt

Verteilung der Antragseingänge auf die einzelnen Bundesländer

Bundesland davon Standort	Anträge gesamt	davon Anträge 2013	davon Anträge 2014
Berlin – Zentralstelle	738 333	19 423	19 027
Bundesländer			
Mecklenburg-Vorpommern	333 089	7 420	8 311
- Neubrandenburg	80 040	1 803	2 223
- Rostock	128 921	2 878	3 082
- Schwerin	124 128	2 739	3 006
Brandenburg	297 864	3 575	3 322
- Frankfurt (Oder)	179 540	3 575	3 322
- Potsdam*	118 324	0	0
Sachsen-Anhalt	381 883	8 280	9 806
- Halle	163 680	3 477	4 060
- Magdeburg	218 203	4 803	5 746
Thüringen	499 974	10 280	9 911
- Erfurt	237 562	4 400	3 968
- Gera	134 515	3 221	2 361
- Suhl	127 897	2 659	3 582
Sachsen	799 191	15 268	17 386
- Chemnitz	303 568	5 610	5 647
- Dresden	276 174	5 343	6 839
- Leipzig	219 449	4 315	4 900
Gesamt BStU	3 050 334	64 246	67 763

* bis 31.12.2008; seitdem werden diese Anträge bei der Zentralstelle erfasst.

gleichzeitig, die Arbeitsleistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Auskunftsbereich deutlich zu erhöhen. Die Wirkungen der hohen Personalverluste konnten damit jedoch nur begrenzt aufgefangen werden.

Dies hat insgesamt dazu geführt, dass die Wartezeit bis zur Akteneinsicht, die in den Jahren 2006/07 bereits bis auf anderthalb Jahre gesenkt werden konnte, in der Folgezeit wieder anstieg. Die erhöhte Wartezeit betrifft allerdings nur die Fälle, in denen Unterlagen aufgefunden werden. Prioritär zu bearbeitende Anträge sowie Anträge, bei denen keine oder nur Karteikarten-Erfassungen festgestellt werden, werden in der Regel innerhalb einiger Monate erledigt (prioritär sind Anträge zur Rehabilitation und zur Wiedergutmachung sowie von über 75-jährigen oder schwer kranken Personen, siehe Abschnitt 4.1.4). Dies sind 60–70 Prozent aller Erst- und Wiederholungsanträge. Für den Rest belief sich die Wartezeit im Berichtszeitraum auf bis zu drei Jahre.

Nach langen Bemühungen gelang es erstmals aufgrund eines Vermerks im Bundeshaushalt 2012, im Auskunftsbereich in begrenztem Umfang frei werdende Stellen nachzubeseetzen (siehe Abschnitt 2.3.1). Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die Personalneueinstellungen aufgrund der Besonderheit der Überlieferungen des Staatssicherheitsdienstes und des notwendigen Spezialwissens in der Anwendung des StUG erst nach einer längeren Einarbeitungszeit voll wirksam werden.

4.1.2 Beweggründe für einen Antrag auf Akteneinsicht und Beratung durch den BStU

Mit Ausnahme der Anträge von nahen Angehörigen Vermisster oder Verstorbener muss ein Antrag auf persönliche Akteneinsicht nicht begründet werden. Wenn dies trotzdem geschieht, werden diese Angaben nicht gesondert erfasst, sodass keine Statistiken über Motive der Antragstellung existieren. Jedoch ergibt sich aus den Gesprächen, die im Rahmen der Bürgerberatungen des BStU und bei den Akteneinsichten geführt werden, ein recht genaues Bild darüber, was die Menschen bewegt, Einsicht in die Stasi-Unterlagen nehmen zu wollen.

Häufig spielen der Beginn neuer Lebensabschnitte, wie etwa das Ende des Erwerbslebens, oder andere prägende persönliche Veränderungen eine Rolle bei dem Wunsch, die eigene Vergangenheit mithilfe der Stasi-Unterlagen aufzuarbeiten. Nach wie vor berichten viele Bürgerinnen und Bürger, die erst jetzt einen Antrag auf Akteneinsicht stellen, dass sie den zeitlichen Abstand zu den Ereignissen von damals brauchten, um für das gewappnet zu sein, was die Unterlagen möglicherweise an unvorhergesehenen und unangenehmen Informationen enthalten. Mit dem zeitlichen Abstand zur ehemaligen DDR wird zudem die Beratung der nachwachsenden Generation wichtiger, die die DDR nur als Kind oder gar nicht mehr kennengelernt hat.

Die persönliche Beratung der Bürgerinnen und Bürger ist dem BStU ein wichtiges Anliegen; deshalb unterhält er

eine – zentrale – Bürgerberatung in Berlin und Bürgerberatungen in allen zwölf Außenstellen der Behörde sowie in Potsdam (bis Ende 2014). Zudem besteht die Möglichkeit zur telefonischen Beratung, und Fragen können auch per E-Mail an die Behörde gesandt werden.

Insgesamt wurden von der Bürgerberatung der Zentralstelle im Berichtszeitraum 1 667 persönliche Beratungsgespräche geführt sowie 11 606 telefonische und 1 156 E-Mail-Anfragen aus dem In- und Ausland beantwortet. Die Anfragen per E-Mail haben sich im letzten Jahrzehnt fast verdreifacht. Dabei haben gerade E-Mail-Anfragen von ausländischen Staatsbürgern zugenommen; oft sind dies Personen, die entweder selbst in der DDR waren oder die sich für das Schicksal von Familienangehörigen mit DDR-Hintergrund interessieren oder aber als Angehörige von Universitäten Stasi-Unterlagen für Forschungszwecke nutzen wollen.

Bürgerinnen und Bürger wenden sich aus ganz unterschiedlichen Beweggründen an die Bürgerberatung. Diese reichen von der Aufarbeitung der gegebenenfalls beim Staatssicherheitsdienst dokumentierten eigenen Vergangenheit oder der Auseinandersetzung mit der Familiengeschichte bis hin zum Wunsch nach Informationen zu den Nutzungsmöglichkeiten der Archivunterlagen.

Neben Fragen zu Themen, für die die Behörde zuständig ist, möchten Bürgerinnen und Bürger bei der Behörde Informationen zu Personen aus ihrem privaten oder beruflichen Umfeld bekommen oder wünschen Unterstützung bei der Suche nach Unterlagen wie Gehaltsnachweisen und Sozialversicherungsausweisen – die Behörde wird als allgemein zuständige Anlaufstelle in Sachen DDR-Vergangenheit wahrgenommen. Überdies ist Vielen nicht geläufig, wie vielfältig die deutsche Archivlandschaft ist und welche Zuständigkeiten bestehen. Insbesondere bei Anträgen auf Akteneinsicht, die im Zusammenhang mit der Klärung von Rentenangelegenheiten, Aufhalten in Kinderheimen, Inhaftierungen, ungeklärten Todesfällen u. ä. gestellt werden, richten sich viele sonstige damit zusammenhängende Fragen an die Behörde. Hier gilt es, während der Beratung die für zielgerichtete Recherchen beim BStU hilfreichen Informationen zu erhalten und im Übrigen hinsichtlich aller weiteren Fragen an die jeweils zuständige Stelle zu verweisen. Beispielhaft genannt seien Rehabilitierungsbehörden, die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, das Bundesarchiv und die Landesarchive, der Personensuchdienst des Deutschen Roten Kreuzes oder Beratungsstellen, die bei der Aufarbeitung von durch politische Haft bedingten Traumata unterstützen können.

Im Berichtszeitraum standen klassische Themen wie die Akteneinsichtnahme zur eigenen Person, als Dritter, als naher Angehöriger und als Forscher im Fokus der Beratungen. Die seit dem Jahr 2012 wirksame Novellierung des § 15 StUG eröffnet nahen Angehörigen (im Sinne von § 15 Abs. 3 StUG) ein erweitertes Zugangsrecht zu Unterlagen Verstorbener (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 10f.). Danach ist es ausreichend, wenn sie – über die ausdrücklich im Gesetz genannten Auftragszwecke hinaus – sonstige berechnete Interessen glaubhaft machen, die im

Zusammenhang mit dem Aufarbeitungszweck des StUG stehen. Es hat sich im Berichtszeitraum gezeigt, dass zu dieser Thematik ein sehr großer Beratungsbedarf besteht, weil die Formulierung eines sonstigen berechtigten Interesses für viele Bürgerinnen und Bürger der schwierigste Teil der Antragstellung ist (zu Anträgen nach § 15 StUG siehe Abschnitt 4.1.3).

Mitunter kann es schwierig sein, Antragstellern verständlich zu machen, dass es keine Unterlagen zu ihnen gibt, obwohl diese fest davon überzeugt sind, im Visier des MfS gestanden zu haben. Hier sind oft mehrfache Beratungen erforderlich. Eine Kommunikation auf schriftlicher Ebene erweist sich häufig als nicht geeignet. Die Erfahrung zeigt, dass das persönliche Gespräch schneller zur Problemlösung führt. Zunehmend sind auch Anfragen von amtlich bestellten Betreuern zur Antragstellung für die Betreuten zu verzeichnen.

Besonders kompliziert sind der Umgang mit und die Beratung von Antragstellern, denen bei einer psychotherapeutischen Behandlung von ihrem Arzt oder Therapeuten empfohlen wird, Einsicht in eventuell vorhandene Stasi-Unterlagen zu nehmen, um Erlebnisse und Geschehnisse der Vergangenheit aufarbeiten zu können. Diese Beratungen sind sehr zeitintensiv. Dazu gehört nicht nur, die rechtlichen Möglichkeiten zu erläutern, sondern vielfach auch, auf die Erwartungshaltung einzugehen, mithilfe der Stasi-Unterlagen alle angesprochenen Probleme aufklären zu können.

Seit der Einrichtung des Hilfsfonds „Heimerziehung in der DDR“ im Juli 2012 und anlässlich von Presseberichten zu dessen Aufstockung wandten sich im Berichtszeitraum verstärkt Bürgerinnen und Bürgern an die Behörde mit Anfragen zum Auffinden von Nachweisen zu Zeiten, die sie in Kinderheimen der DDR verbracht haben. Die Beweispflicht für entsprechende Rehabilitierungsanträge und Entschädigungszahlungen liegt bei den Betroffenen, und die Beschaffung der Dokumente ist mühselig. Hier unterstützt die Bürgerberatung mit Hinweisen zum möglichen Auffinden von Informationen und zeigt die rechtlichen Möglichkeiten nach dem StUG auf.

Aktuelle Ereignisse und mediale Berichterstattung haben nach wie vor großen Einfluss auf die Beratungsgespräche und die Antragstellung. So wandten sich im Berichtszeitraum viele Bürgerinnen und Bürger aufgrund der Berichte und Erinnerungen zur Friedlichen Revolution vor 25 Jahren an die Bürgerberatung bzw. entschlossen sich zur Antragstellung. Durch Presseveröffentlichungen über die Einrichtung einer Expertenkommission zur Zukunft des BStU fühlten sich viele Bürgerinnen und Bürger verunsichert, weil sie annahmen, die Behörde werde geschlossen, sie könnten keinen Antrag mehr stellen oder ihr Antrag werde nicht mehr abschließend bearbeitet. Zudem interpretieren viele Bürger öffentliche Diskussionen dahingehend, dass im Jahr 2019 die Aufarbeitung der Geschichte des MfS beendet werde. Derartige Meldungen führen stets zu einem verstärkten Aufkommen an Beratung, meist auch verbunden mit einem Anstieg der Antragszahlen. Die Bürgerberatung klärt über die aktuelle Gesetzeslage auf und

unterstreicht die politische Absicht, wonach das Jahr 2019 kein Schlusspunkt der Aufarbeitung sein soll.

Die Außenstellen bieten Bürgerberatung nicht nur an ihren Standorten an, sondern auch im Umkreis in Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen und Landeseinrichtungen. Hierzu zählen u. a. gemeinsame Beratungstage mit den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (LStU) bzw. der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD), die für die Beratung bei Rehabilitierung und Wiedergutmachung zuständig sind. Dadurch können die unterschiedlichen Beratungskompetenzen der jeweiligen Einrichtungen gebündelt werden. In der „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ in Potsdam unterbreiteten bis Jahresende 2014 an jedem letzten Dienstag im Monat BStU und LAKD gemeinsam ein Beratungsangebot. Da die Außenstelle Frankfurt (Oder) des BStU regelmäßig im ganzen Land Brandenburg Beratungen in den Gemeinden durchführt und die LAKD in ihrer Dienststelle in Potsdam für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar ist, hat sich der BStU aus dem Angebot in der Lindenstraße zurückgezogen. Zudem können Interessierte weiterhin auch die Zentralstelle im nahen Berlin aufsuchen.

Die Außenstelle Dresden z. B. hat ihr Beratungsangebot dahingehend erweitert, dass im Mai 2014 eine Informations- und Beratungsstelle in der sanierten „Gedenkstätte Bautzner Straße“ eingerichtet worden ist. Neben wechselnden Ausstellungen, Musterakten und Besucher-PC wird dort jeden Dienstag und Mittwoch eine Bürgerberatung angeboten. Vertreter der Außenstellen sind in der Dokumentations- und Gedenkstätte des BStU in der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Rostock, bei Archivtagen, bei Tagen der offenen Tür im Landtag Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin, der Museumsnacht in Leipzig und Gera oder bei von Ländern veranstalteten Tagen wie dem Sachsen-Anhalt-Tag oder dem „Tag der Sachsen“ beratend tätig. Ein anderes Forum waren die anlässlich der 25-Jahr-Feiern der Friedlichen Revolution stattfindenden Veranstaltungen von Städten und Gemeinden.

Zudem wurden Beratungstage im Umkreis der Außenstellen durchgeführt, wobei auch relativ kleine Ortschaften besucht werden. Die Resonanz auf diese Beratungsangebote ist immer sehr gut. Die regionalen Medien greifen Thema und Ergebnis vielfach auf. So wurden zum Beispiel bei einem Informationstag 2014 in Kröpelin (Mecklenburg-Vorpommern, 5 000 Einwohner) 62 Beratungsgespräche geführt und 42 Anträge gestellt.

Beratungstage auch in den alten Bundesländern sind ein wichtiges Angebot vor allem für die Menschen, die vor 1989 gen Westen geflüchtet oder danach dorthin gezogen sind bzw. für deren Nachkommen, soweit diese sich für das Thema interessieren.

Beeindruckend ist bei jedem persönlichen Gespräch in der Bürgerberatung die Bereitschaft der Menschen, ihre Lebensgeschichte bzw. Teile davon zu erzählen. Nicht für alle Schicksalsschläge kann der Staatssicherheitsdienst

verantwortlich gemacht werden, aber die ratsuchenden Bürger sind für ein offenes Ohr und einen Gesprächspartner dankbar.

4.1.3 Anträge naher Angehöriger Vermisster oder Verstorbener

Alle Antragstellerinnen und Antragsteller erhalten im Rahmen der privaten Akteneinsicht ausschließlich Zugang zu den sie selbst betreffenden Informationen und Unterlagen (§ 1 Abs. 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 StUG). Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt für Anträge zu vermissten oder verstorbenen nahen Angehörigen gemäß § 15 StUG.

Dem gestiegenen Bedürfnis nach individueller Aufarbeitung der eigenen Familiengeschichte ist im Jahre 2011 durch eine Erweiterung des Zugangsrechts nach § 15 StUG Rechnung getragen worden. Nach alter Rechtslage war ein Aktenzugang für nahe Angehörige Vermisster oder Verstorbener nur zum Zweck der Rehabilitierung, zum Schutz des Persönlichkeitsrechts oder zur Aufklärung des Schicksals des Vermissten oder Verstorbenen möglich. Nach dem neu in das Gesetz eingefügten § 15 Abs. 1 Satz 2 StUG können nunmehr Ehegatten, Kinder, Enkelkinder, Eltern und Geschwister Zugang zu den Unterlagen Vermisster oder Verstorbener erhalten, wenn sie sonstige berechtigte Interessen glaubhaft machen, die in Zusammenhang mit dem Aufarbeitungszweck des StUG stehen. Für den Aktenzugang weiterer Verwandter bis zum dritten Grad sind nach wie vor die abschließend aufgeführten einzelnen Antragszwecke des § 15 Abs. 1 StUG maßgeblich (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 10f. u. S. 49f.).

Aus den Presseberichten zur Novellierung des § 15 StUG haben viele Bürgerinnen und Bürger gefolgert, es sei nun eine uneingeschränkte Akteneinsicht in alle Unterlagen ihrer verstorbenen oder vermissten Angehörigen möglich. Das trifft jedoch nicht zu. Der novellierte § 15 StUG knüpft das erweiterte Zugangsrecht naher Angehöriger an die Geltendmachung berechtigter Interessen, die im Zusammenhang mit dem Aufarbeitungszweck des Stasi-Unterlagen-Gesetzes stehen. Dieser Regelung liegt der Gedanke zugrunde, dass die Stasi-Unterlagen auch im Rahmen einer möglichen Familienforschung nicht als allgemeine Informationsquelle zu persönlichen Sachverhalten genutzt werden können. Das geltend gemachte berechtigte Interesse muss vielmehr in irgendeiner Form auf die Aufarbeitung möglicher Einwirkungen staatlicher Stellen bzw. des Staatssicherheitsdienstes bezogen sein. Daher sind z.B. Anträge, die ausschließlich der Klärung aktueller vermögensrechtlicher Fragen oder sonstiger Familienstreitigkeiten dienen, auch nach der Neuregelung unzulässig und müssen abgelehnt werden.

Insgesamt ist in diesem Bereich seit der Novellierung ein deutlich erhöhter Beratungsbedarf zu verzeichnen. Es gestaltet sich oft schwierig, die rechtlichen Möglichkeiten mit den Wünschen und den u. a. durch verkürzte Darstellungen in Presseberichten geweckten Erwartungen in Einklang zu bringen. Insbesondere die erforderliche Be-

gründung des berechtigten Interesses bereitet den Antragstellern häufig große Schwierigkeiten. Die nachfolgenden Generationen sind grundsätzlich sehr daran interessiert aufzuklären, inwieweit der Staatssicherheitsdienst in ihre Familiengeschichte eingegriffen und die Biografien ihrer Eltern und Großeltern beeinflusst hat. Es fällt ihnen jedoch oft schwer, konkrete Ereignisse aus dem Leben ihrer verstorbenen oder vermissten nahen Angehörigen zu benennen, die mit dem Regime in Zusammenhang stehen. Dies gilt insbesondere für Antragsteller, die zum Ende der DDR Kinder oder noch gar nicht geboren waren und denen oft die notwendigen Kenntnisse fehlen, um ihren Antrag ausreichend begründen zu können.

Häufig fällt es Antragstellern, die heute als Kinder oder Enkelkinder Anträge zu ihren verstorbenen Angehörigen stellen, auch deshalb schwer, Geschehnisse der Familiengeschichte unter der Diktatur konkret zu benennen, weil die Eltern oder Großeltern darüber geschwiegen haben. Gründe für eine Antragstellung sind dann beispielsweise unklare Kindheitserinnerungen an Bedrohungen oder Ängste. Oft treibt die Betroffenen ein „gefühlter Diktaturhintergrund“ um, ohne dass sie auf den ersten Blick genaue Anhaltspunkte benennen können. Das erstreckt sich in Einzelfällen zurück bis in die nationalsozialistische Diktatur. Die Belastung von Familienangehörigen als Opfer und/oder Täter über zwei Diktaturen hinweg ist kein Einzelfall. Beispielsweise suchte ein Antragsteller Unterlagen zum Widerstand seines Großvaters gegen die Zwangskollektivierung, wozu auch in geringem Umfang Unterlagen vorhanden waren. Ursächlich erfolgte die Beobachtung des Großvaters durch das MfS aber wegen seiner Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit in seinem Heimatdorf in Polen in der Zeit des Nationalsozialismus. Da sich ein großer Teil der Verwandtschaft und der deutschen Nachbarn nach Flucht und Vertreibung wieder zusammen im gleichen Dorf ansiedelte, blieben auch das Wissen um die in Polen begangenen Verbrechen und eine drohende Bestrafung, wenn aus diesem Kreis jemand darüber reden würde, immer ein Bestandteil des Zusammenlebens. Der Antragsteller konnte sich z.B. an Familienfeiern erinnern, bei denen über die „alten Zeiten“ in Polen gesprochen wurde und die Kinder stets hinausgeschickt wurden. Hier ergaben sich die Möglichkeit eines wirklichen Verstehens und damit auch des Abschließens dieses Kapitels für die Familie tatsächlich erst durch die Einsicht in die Stasi-Akten.

Anträge, die darauf abzielen zu erfahren, ob der nahe Angehörige für den Staatssicherheitsdienst tätig war, sind zulässig, denn hier liegt ein berechtigtes Interesse in Verbindung mit dem Aufarbeitungszweck des StUG vor.

Eine Auskunft an nahe Angehörige ist auch dann zulässig, wenn es zu der oder dem Vermissten oder Verstorbenen selbst keine „eigene“ Akte gibt, sie oder er aber als sogenannter Dritter im Sinne von § 13 Abs. 7 StUG in Unterlagen zu anderen Personen erwähnt wird. Es gelten dann entsprechend die besonderen Antragsvoraussetzungen, d.h. es müssen Angaben zum Auffinden der Unterlagen gemacht werden und der Aufwand darf nicht unverhält-

nismäßig sein. Nahe Angehörige Vermisster oder Verstorbener haben gemäß § 15 Abs. 2 StUG in Verbindung mit § 13 Abs. 5 StUG auch einen Anspruch auf Bekanntgabe von Klarnamen und weiteren Identifizierungsangaben zu Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes und Denunzianten, wenn es sich um Unterlagen handelt, die zu dem Vermissten oder Verstorbenen als Betroffenen oder Drittem angelegt worden sind.

Seit dem Jahr 2012 werden die Erstanträge naher Angehöriger gesondert statistisch erfasst. Ihr Anteil an den insgesamt eingehenden Erstanträgen stieg von rund zehn Prozent im Jahr 2012 auf gut zwölf Prozent im Jahresdurchschnitt 2014 (siehe Anhang 6).

4.1.4 Antragstellung

Der Antrag auf persönliche Akteneinsicht kann formlos schriftlich gestellt werden. Wegen der erforderlichen Angaben und der besseren Übersicht empfiehlt es sich aber, den vom BStU angebotenen Vordruck zu verwenden. Dieser wurde im Berichtszeitraum angepasst. Der Vordruck ist in allen Dienststellen der Behörde erhältlich oder kann aus dem Internet heruntergeladen werden.

Ergänzend zum Antrag hat der Antragsteller durch eine Bestätigung der für ihn zuständigen Landesbehörde seine Identität nachzuweisen. Hintergrund dafür ist der datenschutzrechtliche Ansatz des StUG, nur dem Einzelnen selbst den Zugang zu den ihn persönlich betreffenden Informationen zu ermöglichen. Niemand soll in seinem Persönlichkeitsrecht dadurch beeinträchtigt werden, dass Unbefugte Kenntnis von ihm betreffenden Daten erhalten.

In Deutschland wird die Identitätsbestätigung meist von der zuständigen Meldebehörde ausgefertigt. Jedoch wird auch eine sonstige amtlich oder notariell beglaubigte Kopie eines gültigen Personaldokuments anerkannt. Dies ist besonders für Antragsteller aus Staaten relevant, die nicht über ein entsprechendes Meldewesen verfügen. Bei persönlicher Abgabe des Antrages beim BStU kann die Bestätigung auch durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde erfolgen.

Eine Begründung des Antrages auf Akteneinsicht in Unterlagen zur eigenen Person ist nicht erforderlich. Begründet werden müssen Anträge, die zu vermissten oder verstorbenen nahen Angehörigen (siehe Abschnitt 4.1.3) gestellt werden. Diesen sind zudem Nachweise über das Vermisstsein bzw. den Tod des nahen Angehörigen, zu dessen Unterlagen Zugang begehrt wird, sowie Nachweise über das Verwandtschaftsverhältnis beizulegen.

Im Antrag sollte zudem vermerkt werden, ob eine Eilbedürftigkeit geltend gemacht wird. Gesetzlich vorgesehen ist die prioritäre Bearbeitung von Anträgen zu Zwecken der Rehabilitierung, der Wiedergutmachung oder zur Abwehr einer Gefährdung des Persönlichkeitsrechts, aber auch zur Entlastung vom Vorwurf der Zusammenarbeit mit dem MfS. Zudem werden vom BStU Anträge von Personen im höheren Lebensalter (ab 75 Jahre) oder mit schweren Erkrankungen vorrangig bearbeitet.

Der Antrag inklusive der Identitätsbestätigung und ggf. weiteren Nachweisen kann per Post an jede Dienststelle des BStU gesandt oder persönlich dort abgegeben werden (siehe Anhang 2). Auf die Bearbeitung des Antrages hat dies keine Auswirkungen. Gemäß den vom Antragsteller gemachten Angaben bezieht der BStU jeweils alle relevanten Bestände in der Zentralstelle und den Außenstellen in die Recherchen ein und führt – sofern Unterlagen ermittelt werden – diese für die Akteneinsicht oder Kopienherausgabe an einem Standort zusammen. Behördenweit wird eine inhaltlich und zeitlich einheitliche Bearbeitung sichergestellt.

4.1.5 Antragsbearbeitung

Für die Bearbeitung eines Antrags auf Akteneinsicht sind verschiedene Arbeitsschritte erforderlich, bei denen die Abteilung Auskunft eng mit der Abteilung Archiv verzahnt ist. Unmittelbar nach Antragseingang werden Recherchen in allen infrage kommenden Karteien und Dateien ausgelöst. Infolge der fortschreitenden Erschließung in den Archiven wachsen Recherchemöglichkeiten und Rechercheumfang.

Wenn zur angefragten Person keine Karteikarte (Erfassung) vorliegt, wird eine Auskunft „nicht erfasst“ an die Antragstellerin oder den Antragsteller versandt. Sind zur angefragten Person nur eine oder mehrere Karteikarten vorhanden, ohne dass es Hinweise auf Aktensignaturen gibt, die auf weiteres vom Staatssicherheitsdienst angelegtes Material hindeuten, wird dies mitgeteilt und eine Kopie der Karteikarten mit Erläuterungen beigelegt.

In den Fällen, in denen die Recherchen eine Erfassung der Person durch das MfS ergeben (d.h. wenn Karteikarten mit eingetragenen Signaturen vorliegen), ergehen zunächst Zwischenbenachrichtigungen. Darin wird mitgeteilt, dass die Erfassung darauf hindeutet, dass Unterlagen vorhanden sein könnten. Es wird in diesen Mitteilungen lediglich die Möglichkeit geäußert, da nicht zu allen auf den Karteikarten eingetragenen Signaturen letztendlich auch Akten vorhanden sind bzw. erst bei der Auswertung festgestellt werden kann, ob tatsächlich Informationen zur angefragten Person enthalten sind.

Alle Antragstellerinnen und Antragsteller erhalten bei der privaten Akteneinsicht nach Maßgabe des StUG ausschließlich Zugang zu den sie selbst betreffenden Informationen. In den Unterlagen enthaltene Informationen über andere Personen müssen aus Datenschutzgründen anonymisiert werden. Für die Vorbereitung einer Akteneinsicht oder einer Auskunft mit Kopienherausgabe ist es daher notwendig, die aufgefundenen Akten zunächst komplett zu lesen. Alle nicht den Antragsteller betreffenden Informationen werden beim Lesen markiert. Je nach Umfang werden die entsprechende Seite oder Passage vor der Einsichtnahme abgedeckt oder die Informationen zu anderen Personen werden in einer Kopie, mit der das Original überdeckt wird, geschwärzt. Diese Arbeitsweise ist unabdingbar, weil am Originalzustand der Akten nichts verändert werden darf.

Sofern Kopien von Unterlagen beantragt werden, müssen die entsprechenden Seiten nach dem ersten Kopieren anonymisiert und anschließend nochmals kopiert werden, damit eine Unlesbarkeit gewährleistet ist. Die Erstkopie verbleibt im Behördenvorgang, um nachprüfbar zu dokumentieren, welche Informationen nicht zugänglich gemacht werden konnten.

Diese in der Regel sehr zeitaufwendigen Vorbereitungsarbeiten werden dadurch erschwert, dass die erschlossenen Unterlagen hinsichtlich Aufbau und Beschaffenheit nicht sonst üblichem Behördenschriftgut entsprechen. Es sind unterschiedlichste Handschriften zu lesen, zum Teil auf durch die Zeit stark angegriffenem oder ohnehin sehr dünnem Papier. Zudem bediente sich das MfS vieler spezieller Abkürzungen und verwandte eine bestimmte Geheimdienstterminologie.

Viele der in den Stasi-Unterlagen verwendeten Begrifflichkeiten, Abkürzungen und Detailangaben bedürfen einer Erklärung. Die mitunter sehr umfangreichen Erläuterungen werden bei einer persönlichen Akteneinsicht in einem Vorbereitungsgespräch gegeben. Neben der ohnehin erforderlichen Fachkompetenz hinsichtlich der historischen Entwicklung, der Organisationsstruktur, der Registrierpraxis und der Aktenführung des MfS erfordern diese Gespräche häufig ein hohes Maß an Sensibilität. Sofern eine persönliche Akteneinsicht nicht gewünscht wird und stattdessen eine Antrags erledigung auf dem Postwege erfolgt, werden die Erläuterungen in Form eines Begleitschreibens gegeben.

Wie im Abschnitt 4.1.2 berichtet, benötigen viele Bürgerinnen und Bürger einen geraumen zeitlichen Abstand zu den Ereignissen, die sie ins Blickfeld des Staatssicherheitsdienstes geraten ließen, und entschließen sich erst jetzt zu einer Antragstellung. Daneben stellen Bürgerinnen und Bürger, deren Erstanträge bereits Mitte der 90er-Jahre bearbeitet wurden, aktuell Wiederholungsanträge. Aufgrund der verbesserten Recherchemöglichkeiten und der fortgeschrittenen Erschließung der Archive ergeben sich hierbei vielfach Hinweise auf neue bzw. zusätzliche Unterlagen. Das führt dazu, dass nach wie vor Anträge mit besonders umfangreichem Aktenmaterial zu bearbeiten sind, die die damit befassten Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter über Wochen oder Monate binden. In aller Regel sind dabei deutlich mehr Akten zu recherchieren und Unterlagen zu lesen, als letztendlich zur Akteneinsicht vorgelegt werden können. Dies ist jedoch unumgänglich, um den Betroffenen, die grundsätzlich einen Anspruch auf Zugang zu allen zu ihrer Person vorhandenen und erschlossenen Unterlagen haben, eine umfassende Aufarbeitung zu ermöglichen. Einige Beispiele aus dem Berichtszeitraum sollen dies verdeutlichen.

Für einen Erstantrag in einer Außenstelle, für den 8 262 Seiten zur Einsicht vorgelegt wurden, mussten 26 345 Seiten Aktenmaterial gelesen und circa 50 Stunden Tonaufzeichnungen von Vernehmungen und der Gerichtsverhandlung angehört werden. Der Betroffene war zusammen mit weiteren Personen vom MfS wegen des Verdachts der Militärspionage bearbeitet worden. Dazu wurde ein Zentraler

Operativer Vorgang (ZOV) mit mehreren Teilvorgängen angelegt. Bei solchen Konstellationen sind sowohl ein Aktenstudium des gesamten ZOV als auch des Teilvorganges, der sich auf den Antragsteller bezieht, erforderlich. Nur so können Zusammenhänge verstanden, Schlüsse auf die einzelnen Teilvorgänge und die darin bearbeiteten Personen gezogen und alle zum Antragsteller vorliegenden Informationen zusammengestellt werden. Daneben lagen bei dem konkreten Antrag zahlreiche weitere umfangreiche Akten vor, wie z.B. Justizakten, Zentrale Materialablagen und Allgemeine Sachablagen, die nicht nur Informationen zum Antragsteller enthielten.

In der Zentralstelle wurden bei einem Wiederholungsantrag eines früheren DDR-Bürgerrechtlers 34 124 Seiten gelesen und letztlich 5 874 Seiten zur Akteneinsicht vorgelegt. Der Erstantrag des Antragstellers war in den frühen 90er-Jahren bearbeitet worden, bereits damals konnte er umfangreiche Akten einsehen, die das MfS unter den Kategorien Operative Personenkontrolle (OPK) und Operativer Vorgang (OV) zu ihm angelegt hatte. Bei dem jetzt recherchierten und vorgelegten Material handelte es sich ausschließlich um seitdem neu aufgefundene und erschlossene Unterlagen, darunter viele Sammelakten verschiedener Dienststellen, die naturgemäß Informationen zu zahlreichen Personen enthalten. Neben Schriftgut wurden auch Tonband- und Videoaufzeichnungen recherchiert, die ebenfalls Informationen über andere Betroffene enthielten. Diese waren vor der Einsichtnahme bzw. Herausgabe technisch aufwendig zu anonymisieren. Von insgesamt fünf Stunden und 15 Minuten Tonbandmaterial konnten dem Antragsteller knapp zwei Stunden, von einem Video mit einer Laufzeit von einer Stunde 19 Minuten zugänglich gemacht werden. Die Akteneinsicht fand an mehreren Tagen statt, die vorangehende Recherche und Bearbeitung durch den zuständigen Sachbearbeiter beanspruchten einen Zeitraum von rund fünf Monaten.

In Fällen, in denen zur eigenen Person keine oder nur sehr wenige Unterlagen gefunden werden, kann eine Antragstellung als sogenannter Dritter im Sinne des StUG zum Auffinden von Unterlagen führen. Oftmals erinnern sich Antragstellerinnen und Antragsteller an bestimmte Ereignisse, von denen sie sich ganz sicher sind, dass das MfS dazu Informationen dokumentiert hat. Nicht selten sind diese in Unterlagen zu finden, die zu einer oder einem anderen Beteiligten des Ereignisses angelegt wurden. Grundsätzlich muss „der Antragsteller Angaben [machen], die das Auffinden der Informationen ermöglichen“ (§ 13 Abs. 7 StUG). Diese Angaben sind in erster Linie die vollständigen Namen sowie die Geburtsdaten der Personen, in deren Unterlagen der Antragsteller Informationen zu seiner Person vermutet. Diese Daten sind für zielgerichtete Recherchen in den Karteien erforderlich. Da diese Voraussetzungen der Bearbeitung aber den meisten nicht bekannt sind, muss darüber ggf. in einem Gespräch aufgeklärt werden. Insgesamt gilt es in diesen Fällen, die Balance zu halten zwischen der Wahrscheinlichkeit, dass die Recherchen zu einem Antrag als Dritter Erfolg versprechen, und dem vertretbaren Aufwand. Daher sollte bei der Antragstellung plausibel dargelegt werden, warum

der Antragsteller vermutet, dass Informationen zu ihm in Unterlagen zu finden sein könnten, die zu einer anderen Person angelegt wurden.

Die Suche nach Informationen in Unterlagen zu anderen als der antragstellenden Person spielte im Berichtszeitraum eine besonders große Rolle bei Anträgen ehemaliger Heimkinder und Insassen von Jugendwerkhöfen der DDR. Diese wandten sich vor allem im Zuge der Suche nach Nachweisen an den BStU, die sie für einen Antrag auf Unterstützungsleistungen aus dem von Bund und ostdeutschen Bundesländern eingerichteten Fonds „Heimerziehung in der DDR“ benötigten.

Gespräche mit den Antragstellern zeigen, wie kompliziert die Nachweisführung für die Betroffenen ist und wie groß damit auch die Erwartungen an das Archivmaterial des BStU sind. Leider lassen sich nur in wenigen Fällen Belege für die Heimeinweisungen oder die Begründungen dafür finden, da das MfS zu diesen Kindern und Jugendlichen meist keine Unterlagen geführt hatte. Es wird dann nach Unterlagen insbesondere zu den Eltern oder ggf. Großeltern recherchiert, in der Hoffnung, darin Hinweise zu den Hintergründen zu finden. Leider können trotzdem die Erwartungen nur selten erfüllt werden, sodass die Weitervermittlung an Regionalarchive und das Bundesarchiv die einzige Alternative bleibt.

4.1.6 Decknamenentschlüsselung

Erst im Anschluss an eine Akteneinsicht ist es für Betroffene möglich, die Bekanntgabe der Namen derjenigen Personen zu beantragen, die dem MfS Informationen über sie geliefert haben. Durch die Lektüre der Unterlagen erhalten die Antragsteller Kenntnis von den Decknamen, unter denen die inoffiziellen Mitarbeiter (IM) dem MfS über sie berichteten. Nach dem StUG sind den Betroffenen die Namen und weitere Identifizierungsangaben von Mitarbeitern, die über sie Informationen gesammelt oder verwertet haben, bekannt zu geben, soweit sie sich aus den Unterlagen des MfS eindeutig entnehmen lassen (§ 13 Abs. 5 StUG). Das Recht auf Bekanntgabe eines Klarnamens steht nur Betroffenen zu. Die Formulierung des Gesetzestextes schließt ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, also auch inoffizielle Mitarbeiter, ausdrücklich von diesem Anspruch aus.

Ein Klarname darf nur dann bekannt gegeben werden, wenn sich die Identität eines IM aus den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eindeutig ergibt und sich darüber hinaus aus den Unterlagen belegen lässt, dass sie oder er tatsächlich über den Betroffenen berichtet hat. Beide Schlussfolgerungen müssen absolut sicher belegbar sein, weil die Person, deren Name bekannt gegeben wird, hierüber nicht informiert wird. Der Gesetzgeber hat eine solche Informationspflicht gegenüber ehemaligen Stasi-Mitarbeitern bewusst nicht vorgesehen, weil diese bezüglich ihres damaligen Tuns nicht geschützt werden sollten.

Die Bearbeitung von Anträgen auf Decknamenentschlüsselung ist in vielen Fällen sehr aufwendig. Die Basis für die ersten Recherchen sind die Angaben aus den Berich-

ten in den Betroffenenunterlagen. Dort finden sich neben dem Decknamen meist auch Hinweise auf den sogenannten Führungsoffizier, die Diensteinheit und den Zeitraum der Berichterstattung. Mit diesen Angaben wird zunächst in der Decknamenkartei F 77 recherchiert. Im günstigsten Fall findet sich eine Archivsignatur einer entsprechenden IM-Akte, aus der sich die Identität des IM ergibt und die ein Duplikat des Berichts aus der Betroffenenakte enthält. Es ist dann kein Zweifel mehr möglich und der Klarname kann und muss bekannt gegeben werden.

Häufig gestaltet sich die Entschlüsselung aber erheblich schwieriger. Das kann sowohl die Identifizierung des IM betreffen als auch den erforderlichen Bezug zu der oder dem Betroffenen. In vielen Fällen muss für die Nachweisführung weiteren Hinweisen innerhalb des Unterlagenbestandes nachgegangen werden, was in Einzelfällen eine umfangreiche Suche nach sich zieht. So kann zum Beispiel das sogenannte Vorgangsheft des Führungsoffiziers helfen, sofern dieser in der Betroffenenakte genannt wird. Sollte dort nur dieser eine IM mit dem entsprechenden Decknamen verzeichnet sein, ist dies ein erhebliches Indiz für die zutreffende Identität. Aber auch andere Hinweise wie identisches Arbeitsumfeld, Familie oder Freundeskreis können Anhaltspunkte für Recherchen sein.

Der Nachweis für die Identität oder die tatsächliche Informationslieferung über die oder den Betroffenen gelingt nicht immer. So konnten im Jahr 2013 in der Zentralstelle in Berlin bei insgesamt 1 598 erledigten Anträgen in 1 112 Fällen die Klarnamen bekannt gegeben werden. Im Jahr 2014 konnten von 2 458 bearbeiteten Anträgen auf Decknamenentschlüsselung 1 732 entschlüsselt werden. Das entspricht einer Quote von jeweils rund 70 Prozent.

Auch im Rahmen der Decknamenentschlüsselung kann eine Eilbedürftigkeit die Reihenfolge der Bearbeitung beeinflussen, allerdings werden hier ausschließlich lebensbedrohliche Krankheiten oder hohes Alter als Gründe für eine Priorität anerkannt. Die in § 12 Abs. 3 StUG genannten Gründe für eine mögliche Eilbedürftigkeit sind hier grundsätzlich nicht relevant. Das Verfolgen solcher Ansprüche setzt in aller Regel nicht die Kenntnis von Klarnamen voraus, vielmehr kommt es auf die Inhalte dessen an, was das MfS dokumentiert hat. Sollte es in einem solchen Fall ausnahmsweise gerade doch auf den Namen der Person ankommen, die sich hinter einem Decknamen verbirgt, so kann bei einer schlüssigen Begründung selbstverständlich auch ein solcher Antrag prioritär bearbeitet werden.

Da in den Archiven der Behörde nach wie vor Unterlagen neu erschlossen werden, ergeben sich bei Wiederholungsanträgen (einschließlich solcher zu Decknamen) häufig Hinweise auf Material, das bei der Bearbeitung des ersten Antrags noch nicht zur Verfügung gestellt werden konnte. Die Antragstellerinnen und Antragsteller werden daher in der Regel darauf hingewiesen, dass sich jede Auskunft nur auf den jeweils aktuellen Erschließungsstand bezieht. Ein Wiederholungsantrag kann jederzeit gestellt werden, erfahrungsgemäß ist jedoch die Chance, zu neuen Erkenntnissen oder Unterlagen zu kommen, umso größer, je länger die letzten Recherchen zurückliegen.

4.2 Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen

4.2.1 Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts

Mit der Entscheidung, das Archiv des MfS für die Aufarbeitung des SED-Unrechts zu nutzen, erfüllte sich ein Kernanliegen der Friedlichen Revolution. Bereits das Volkskammergesetz vom 24. August 1990 definierte als eines seiner zentralen Ziele, den Zugriff auf die geheimdienstlich gesammelten personenbezogenen Daten für die Rehabilitierung zu ermöglichen.

4.2.1.1 Strafrechtliche Rehabilitierung

Seit Inkrafttreten des mit dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz geschaffenen Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) vom 4. November 1992 ersuchen die zuständigen Landgerichte die Stasi-Unterlagen-Behörde um Mitteilung von Erkenntnissen darüber, ob innerhalb oder außerhalb eines Strafverfahrens eine freiheitsentziehende Maßnahme gegen einen Betroffenen verhängt worden war. Mehrfach ist die Möglichkeit, bei Gericht eine Rehabilitierung anstreben zu können, verlängert worden, zuletzt bis zum 31. Dezember 2019.

Im Berichtszeitraum der Jahre 2013 und 2014 hat sich das Ersuchenaufkommen gegenüber dem im Elften Tätigkeitsbericht genannten Wert in etwa halbiert und damit seinen bisher niedrigsten Stand erreicht. Seit 1992 sind beim BStU über 100 000 Ersuchen zum Zweck der Rehabilitierung eingegangen (siehe Anhang 5). Einen hohen Anteil daran hatten zuletzt Fälle, in denen die Betroffenen seinerzeit auf Anordnung staatlicher Stellen in Kinderheime, Jugendwerkhöfe oder den für seine besonderen, haftähnlichen Bedingungen berichtigten Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau eingewiesen wurden. Auch solche Einweisungen können nach dem Gesetz eine mit Freiheitsentzug verbundene Maßnahmen sein und insofern Rehabilitierung begründen.

Soweit vorhanden, erhalten die Landgerichte zum Zweck der Rehabilitierung die vom MfS in seinem Archiv abgelegten DDR-Verfahrensakten im Original übersandt. Im Übrigen müssen bei den Recherchen alle sonstigen zur Person vorhandenen Unterlagen daraufhin durchgesehen werden, ob sich darin Hinweise auf einen Freiheitsentzug befinden. Hiervon werden dann Duplikate herausgegeben.

Die Suche nach einschlägigen Unterlagen ist dann aufwendiger, wenn sich Angaben zu einer Verurteilung nicht in den Akten des Betroffenen selbst, sondern nur in Unterlagen einer mitverurteilten Person finden, auf deren Namen der Betroffene hingewiesen hatte. In diesem Fall fügt die Behörde bei der Gelegenheit des Aktenlesens die persönlichen Daten der angefragten Hauptperson ihrem als eigenes Findhilfsmittel eingerichteten Elektronischen Personenregister hinzu. Damit ist für die Zukunft sichergestellt, dass sich bei einem späteren Antrag die Akte unter dem nacherfassten Namen wiederfinden lässt. Für die Recherchen kann hierbei das beim BStU nach § 2 Abs. 2

StUG geführte Zentrale Einwohnerregister der ehemaligen DDR hilfreich sein.

Die Gerichte prüfen anhand der vom BStU übersandten Unterlagen, ob die damals gefällte Entscheidung als mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar anzusehen und deshalb aufzuheben ist. Neben den im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz genannten Straftaten kann dies auch bei Delikten aus dem Bereich der allgemeinen Kriminalität der Fall sein, wenn etwa das verhängte Strafmaß als unverhältnismäßig erscheint, weil es z.B. von politischen Erwägungen geleitet war. Hier kommt es dann zumindest zu einer Teilrehabilitierung.

Wenn die zur Verfügung gestellten Justizakten nach Abschluss des Verfahrens zurückgegeben werden, ist gelegentlich für den BStU eine Ausfertigung der getroffenen Rehabilitierungsentscheidung beigelegt. Dadurch kann er sich ein eigenes Bild machen, welche Wirkung die Unterlagenverwendung für den Zweck der Rehabilitierung hat.

Ersuchen der Gerichte zum genannten Zweck führen in fast 70 Prozent aller Fälle zu inhaltlich einschlägigen Mitteilungen oder Herausgaben von Unterlagen.

4.2.1.2 Wiedergutmachung

Der Zweck der Wiedergutmachung wird – trotz zurückgehender Ersuchenszahlen – (siehe Anhang 5) seine Bedeutung nicht verlieren, so lange noch Menschen leben, die unter dem totalitären System der ehemaligen DDR physisch und psychisch gelitten haben oder denen Schäden zugefügt wurden. In einigen Fällen können Ansprüche auch von Angehörigen betroffener Personen, die bereits verstorben sind, geltend gemacht werden. Wenn auch nicht alle politisch motivierten Beeinträchtigungen durch eine Wiedergutmachungsleistung „geheilt“ werden können, so ist es für die Betroffenen dennoch oft eine Genugtuung, dass ihr Schicksal ernst genommen wird und der heutige Rechtsstaat das in seinen Kräften Stehende tut, um die Auswirkungen des damaligen Unrechts zu mildern.

Sofern Personen Wiedergutmachung beantragen, wenden sich zuständige Landesbehörden an den BStU mit einem Ersuchen um Mitteilung. Die Archivrecherchen sind dann auf Nachweise einer Verfolgten Eigenschaft im Sinne der einschlägigen Rehabilitierungsgesetze gerichtet wie z.B. eine gesundheitliche Schädigung, eine schwere Herabwürdigung des Betroffenen im persönlichen Lebensbereich aufgrund politischer Verfolgung oder Belege darüber, dass der Person durch eine hoheitliche Maßnahme zumindest zeitweilig verwehrt wurde, ihren zunächst ausgeübten oder erlernten Beruf auszuüben. Aber auch bei tatsächlicher Beeinträchtigung können die damaligen Vorgänge nicht immer anhand der MfS-Unterlagen belegt werden.

Dabei gibt es auch immer wieder Fälle, in denen Personen, deren Taten auch nach rechtsstaatlichen Maßstäben der allgemeinen Kriminalität zuzuordnen sind, versuchen, Entschädigungen zu erhalten, indem sie behaupten, politisch verfolgt worden zu sein. Informationen in den Stasi-Un-

terlagen können nach § 5 Abs. 1 Satz 2 StUG auch zum Nachteil des Betroffenen verwendet werden, wenn sich dessen Angaben als unrichtig erweisen. So behauptete in einem Fall ein Antragsteller, in der Haft misshandelt worden zu sein und dadurch erhebliche Gesundheitsschäden davongetragen zu haben. Nach den Unterlagen war diese Person jedoch weder in Untersuchungs- noch in Strafhaft.

Eine Wiedergutmachungsleistung kann nur gewährt werden, wenn der Antragsteller nicht gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat, wozu auch die Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst gehören kann. In nicht seltenen Fällen muss hier zu der angefragten Person mitgeteilt werden, dass sie mindestens in einem Abschnitt ihres Lebens inoffiziell mit dem MfS oder dem Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei zusammengearbeitet hat. Dies gilt auch, wenn die Genannten sich während ihrer Strafhaft den Mitarbeitern des Strafvollzugs als Zelleninformatoren zur Verfügung stellten. Wenn den zuständigen Stellen vom BStU derartige Hinweise übersandt werden und daraufhin die beantragten Leistungen abgelehnt wurden, legen immer wieder Antragsteller Widerspruch bei den Stellen ein oder gehen vor Gericht, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Dies führt häufig zu Nachfragen und ergänzenden Ersuchen der Wiedergutmachungsstellen oder der Gerichte. So stritten in einigen Fällen Personen ab, dass die von ihnen als IM gefertigten Berichte von ihnen stammen, oder sie brachten vor, ihrem Stasi-Führungsoffizier Fantasieberichte geliefert zu haben, und ähnliches mehr. Im Berichtszeitraum bat deshalb zum Beispiel ein Gericht für ein Schriftgutachten gemäß § 19 Abs. 7 Satz 2 StUG um zeitweilige Übergabe von Akteilen im Original.

Schließlich werden auch Belege für frühere Straftaten im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Regime oder andere Verstöße gegen die Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit, wie z.B. der Hinweis auf eine Verurteilung wegen Mordes, mitgeteilt. Diese können dann ebenfalls dazu führen, dass Wiedergutmachungsleistungen für in der DDR erlittenes Unrecht verwehrt werden.

Ebenfalls von Bedeutung sind die sogenannten Ausschlussgründe für die zwecks Wiedergutmachung zu zahlende Zuwendung für Haftopfer nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (sogenannte Opferrente). Wer insgesamt mindestens 180 Tage inhaftiert war, rehabilitiert worden und in seiner wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt oder Empfänger von Altersrente ist, erhält diese besondere Zuwendung, die bis Dezember 2014 250 Euro betrug und ab Januar 2015 300 Euro beträgt – aber eben nur dann, wenn keine der genannten Ausschlussgründe vorliegen. Es ist auch künftig mit diesbezüglichen Ersuchen der zuständigen Stellen zu rechnen, weil leistungsberechtigte Personen ihren Antrag auf Opferrente teils erst nach Renteneintritt stellen werden, insofern sie zuvor in ihrer wirtschaftlichen Lage nicht besonders beeinträchtigt sind.

Insgesamt können in Angelegenheiten zu sonstigen Fällen der Wiedergutmachung in gut einem Drittel der Fälle Hinweise zum angefragten Sachverhalt mitgeteilt werden.

Bei Ersuchen aufgrund von Anträgen auf Opferrente liegt der Anteil mitgeteilter Ausschlussgründe bei zehn Prozent.

4.2.2 Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr

Für die Ermittlungsbehörden sind Stasi-Unterlagen seit jeher ein wichtiges Hilfsmittel zur Verfolgung von Straftaten. Während in den 90er-Jahren die vom Regime der ehemaligen DDR, darunter insbesondere die vom Staatssicherheitsdienst selbst zu verantwortenden Delikte im Vordergrund der Aufklärung standen, beziehen sich die Ersuchen aus heutiger Zeit vorrangig entweder auf aktuelle Straftaten oder auf nicht verjährte schwere Verbrechen wie Mord, darunter auch solche aus der NS-Zeit.

Ein Großteil der im Straftatenkatalog des § 23 Abs. 1 StUG nur auf Betroffene oder Dritte anwendbaren Tatbestände einschließlich der Nutzung für Zwecke der Gefahrenabwehr hat mittlerweile keine praktische Bedeutung mehr. Zum Komplex NS-Verbrechen nach § 23 Abs. 1 Nr. 1c StUG erreichten die Behörde im Berichtszeitraum 17 Ersuchen deutscher Ermittlungsstellen zu insgesamt 175 Personen und Sachverhalten. Dabei wurde nicht nur zu noch lebenden verdächtigen Personen, sondern auch zu bereits Verstorbenen oder dritten Personen angefragt, weil man sich aus deren Unterlagen durch Angaben zu Dienst-einheiten oder Waffenverbänden Hinweise auf Kriegsverbrechen möglicherweise noch lebender Täter erhoffte. Die (Zentralen) Untersuchungsvorgänge (ZUV) zu solchen Verbrechen sind in der Regel sehr umfangreich, weshalb manche Überlieferungen 50 oder mehr Bände umfassen. Im Berichtszeitraum wurden zu einem Auschwitz-Arzt 103 Bände eines insgesamt 196 Bände umfassenden ZUV mit 19 000 gelesenen Seiten ausgewertet und dazu Mitteilung gemacht.

Für die Verfolgung „anderer Straftaten“ erwies sich dagegen wieder einmal die in § 23 Abs. 2 StUG vorgeschriebene Zugangserlaubnis ausschließlich zu Unterlagen von Mitarbeitern und Begünstigten als hinderlich. Darauf wurde im Elften Tätigkeitsbericht bereits hingewiesen (S. 52). So musste auch im vorliegenden Berichtszeitraum das Rechtshilfeersuchen einer polnischen Strafverfolgungsbehörde zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen abgelehnt werden, da die angefragten Personen zu keiner Zeit für das MfS als Mitarbeiter tätig, sondern im Sinne der begrifflichen Definition des StUG als Betroffene zu behandeln waren.

Betroffene sind danach alle Personen, zu denen vom MfS Informationen zielgerichtet erhoben worden sind. Dass dies ein vom DDR-Regime drangsalierter „Staatsfeind“ ebenso sein kann wie ein mehrfach vorbestrafter Gewalttäter oder auch ein NS-Verbrecher, ist in Bezug auf Strafverfolgung eine kaum akzeptable Folge der derzeitigen Gesetzesfassung. Sie führt dazu, dass Personen spezielle Schutzbestimmungen für sich in Anspruch nehmen können, die aus Sicht des damaligen Gesetzgebers wohl eher den klassisch Verfolgten vorbehalten sein sollten.

Um ein polnisches Ersuchen dennoch beantworten zu können, veranlasste der BStU, dass sich statt seiner die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen dieser Anfrage annahm. Aus Italien erreichte den BStU ein aus den gleichen Gründen abgelehntes Rechtshilfeersuchen, bei dem es um Ermittlungen gegen Mitglieder einer terroristischen Vereinigung ging. Ebenso konnte keine Mitteilung zu afghanischen Staatsbürgern gemacht werden, gegen die eine Staatsanwaltschaft aus den Niederlanden wegen des Vorwurfs eines Verstoßes gegen die Antifolterkonvention der Vereinten Nationen ermittelte.

Sachthematisches Material über die Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten der DDR und der damaligen Sozialistischen Republik Afghanistan durfte jedoch herausgegeben werden. Umfangreiche Archivrecherchen zu Mitarbeitern eines früheren afghanischen Geheimdienstes wegen Tötungsdelikten fanden dann aber aufgrund eines Ersuchens deutscher Strafverfolgungsbehörden statt. Die Aktenbestände wurden hier für die Suche nach Personen sowie Hinweisen auf Aufenthalte in der DDR für Zwecke der Ausbildung im geheimdienstlichen Spektrum ausgewertet.

Bezüglich der Verfolgung „anderer Straftaten“ nach § 23 Abs. 2 StUG konnten Stasi-Unterlagen aufgrund des Ersuchens einer brandenburgischen Staatsanwaltschaft zur Aufklärung des Tatvorwurfs des Titelmisbrauchs nach § 132a Strafgesetzbuch (StGB) nur deshalb herangezogen werden, weil die betreffende Person ein ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS gewesen war.

Insgesamt wurden von allen mit Zwecken der Strafverfolgung befassten Bereichen des BStU in der Zeit zwischen Januar 2013 und Dezember 2014 in 739 Fällen Mitteilungen an zuständige Stellen gemacht.

4.2.3 Verwendung für Zwecke der Nachrichtendienste

Ersuchen zum vorstehend genannten Zweck trafen nur noch vereinzelt ein. Nachgefragte Informationen dienten in der Regel der Spionageabwehr. In nur noch seltenen Fällen fragten die Nachrichtendienste zu eigenen Mitarbeitern an, wobei nach dem Gesetz Mitteilungen aus Betroffenen-Unterlagen nur dann gemacht werden dürfen, wenn und soweit das zum Schutze dieser Mitarbeiter oder des Nachrichtendienstes erforderlich ist. Dienste der Verbündeten haben im Berichtszeitraum keine Ersuchen an den BStU gerichtet. Auch war der Bereich des gewalttätigen Extremismus oder des Terrorismus im Sinne des Bundesverfassungsschutzgesetzes kein Gegenstand mehr von Ersuchen an den BStU.

Wenn die Frage der möglichen Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst oder einem anderen Nachrichtendienst des Warschauer Pakts im Raum stand, so sollte dies in erster Linie klären, ob heutige Dienste dieser Länder eventuelle Kenntnisse oder Kontakte aus früherer Zeit zu einer in Rede stehenden Person aktuell verwenden könnten. In der Praxis beschränkten sich die an die ersuchenden

Dienste übermittelten Informationen in fast allen Fällen auf eine beschreibende Darstellung des Sachverhalts, ohne dass Akteneinsicht erfolgte oder Kopien herausgegeben wurden.

4.2.4 Ersuchen zur Überprüfung von Personen

Zur Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur gehört auch die Überprüfung von Personen auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst. Nach wie vor werden in wichtigen Bereichen von Politik, Verwaltung und Gesellschaft Funktionsträger daraufhin überprüft, ob sie für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben über die erforderliche Integrität verfügen, soweit es um eine mögliche Verstrickung in die Aktivitäten des Geheimdienstes der DDR geht.

Auf der Grundlage der – seit dem 31. Dezember 2011 geltenden – Vergrößerung des überprüfbaren Personenkreises und der Verlängerung der Frist bis zum 31. Dezember 2019, innerhalb derer zu einigen Verwendungszwecken auch weiterhin Überprüfungen durchgeführt werden können, sind auch in den Jahren 2013 und 2014 zu vielen Personen Ersuchen eingereicht worden. Allerdings sind es insgesamt deutlich weniger als noch in den beiden vorangegangenen Jahren 2011 und 2012. Dabei hat sich eine ungleiche Aufteilung auf die verschiedenen Bereiche ergeben.

Bei den meisten Verwendungszwecken bewegt sich die Anzahl der Personen, zu denen um Überprüfung gebeten wurde, im Großen und Ganzen im Rahmen der Vorjahre – bei den Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften mit den üblichen Schwankungen, die sich aus dem Ablauf der jeweiligen Legislatur- und Wahlperioden ergeben. In Rentenangelegenheiten und zu Sicherheitsüberprüfungen sind hingegen erhebliche und kontinuierliche Rückgänge zu verzeichnen.

4.2.4.1 Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, kommunale Wahlbeamte, ehrenamtliche Bürgermeister und entsprechende Vertreter für einen Gemeindeteil sowie Regierungsmitglieder

In der 17. Legislaturperiode (2009 bis 2013) hat der Deutsche Bundestag zu insgesamt 434 seiner Abgeordneten um Überprüfung gebeten. Vom 18. Bundestag sind bis zum 31. Dezember 2014 20 Ersuchen eingereicht worden.

Bei den Landesparlamenten und den kommunalen Vertretungen wird der weitaus größte Teil der Ersuchen stets am Anfang der jeweiligen Legislatur- bzw. Wahlperiode gestellt. Im Laufe der Perioden folgen dann weitere Überprüfungsanfragen, auch zu inzwischen nachgerückten Mitgliedern. Um eine gute Übersicht zu bekommen und Vergleiche ziehen zu können, ist es daher sinnvoll, die Eingangszahlen in erster Linie nicht den Kalenderjahren, sondern den einzelnen Legislatur- bzw. Wahlperioden zuzuordnen.

Die Landesparlamente, deren 2009 begonnenen Legislaturperioden 2014 ausgelaufen sind, haben in folgender Anzahl um Überprüfung ihrer Abgeordneten gebeten: der Landtag Brandenburg zu 76 Abgeordneten, der Landtag Thüringen zu 81 Abgeordneten und der Landtag Sachsen zu 102 Abgeordneten. Nach den Neuwahlen am 31. August 2014 wurden vom Landtag Sachsen 75 Abgeordnete zur Überprüfung eingereicht; von den Landtagen Brandenburg und Thüringen, die am 14. September 2014 neu gewählt wurden, sind bis zum Jahresende 2014 noch keine Überprüfungsersuchen eingegangen. Die Landesparlamente, deren Legislaturperioden 2011 begonnen haben und 2016 enden, haben in folgender Zahl um Überprüfungen ihrer Abgeordneten ersucht: der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu 45 Abgeordneten, der Landtag Sachsen-Anhalt zu 75 Abgeordneten und das Abgeordnetenhaus von Berlin zu 152 Abgeordneten. Der 2012 konstituierte Landtag von Nordrhein-Westfalen hat bisher zu 96 und der 2013 konstituierte Landtag von Niedersachsen zu 36 Abgeordneten um Überprüfung gebeten.

Am 25. Mai 2014 fanden in allen neuen Bundesländern – ohne Berlin – gleichzeitig Kommunalwahlen statt. Bis zu dieser Neuwahl waren aus den neuen Bundesländern zu insgesamt 7 675 Mitgliedern kommunaler Vertretungskörperschaften Überprüfungen erbeten worden. Diese Summe teilt sich folgendermaßen auf: 1 255 aus Mecklenburg-Vorpommern, 2 989 aus Brandenburg, 683 aus Sachsen-Anhalt, 909 aus Thüringen und 1 839 aus Sachsen. Hinzu kommen 194 Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen von Berlin (Wahlperiode 2011 bis 2016).

Seit dem 26. Mai 2014 haben bis zum 31. Dezember 2014 die neu konstituierten kommunalen Vertretungskörperschaften im folgenden Umfang um Überprüfung ihrer Mitglieder gebeten: 180 aus Mecklenburg-Vorpommern, 97 aus Brandenburg, 264 aus Sachsen-Anhalt, 21 aus Thüringen und 231 aus Sachsen.

Seit 2009 sind bis zum 25. Mai 2014 Ersuchen zur Überprüfung von insgesamt 1 532 hauptamtlichen und ehrenamtlichen Bürgermeistern sowie Ortsbürgermeistern (einschließlich Ortsteilbürgermeistern, Ortschaftsratsvorsitzenden und Ortsvorstehern) eingereicht worden, überwiegend aus Sachsen und Thüringen. In diesen Ländern ist festgelegt, dass alle neu gewählten Bürgermeister und Bürgermeisterinnen obligatorisch durch die Kommunalaufsichtsbehörden einer Überprüfung beim BStU unterzogen werden. Die Anzahl der Einreichungen seit dem 26. Mai 2014 bis zum 31. Dezember 2014 beträgt 381. Über die Bürgermeister hinaus ist seit 2009 bis zum 31. Dezember 2014 zu insgesamt 168 weiteren kommunalen Wahlbeamten um Mitteilung gebeten worden. Dabei handelte es sich z.B. um Landräte, kommunale Beigeordnete, Berliner Stadträte, Feuerwehr-Brandmeister und andere Ehrenbeamte.

In den Jahren 2013 und 2014 wurde zu insgesamt 13 Mitgliedern von Landesregierungen (Minister und Staatssekretäre) aus den Ländern Berlin (zwei), Brandenburg (zehn) und Nordrhein-Westfalen (eins) um Überprüfung ersucht. Ferner wurde eine Person zur Überprüfung ein-

gereicht, die als Beamter jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden kann.

Im Berichtszeitraum hat der BStU in einem Fall gemäß § 27 Abs. 1 StUG gelegentlich der Erfüllung seiner Aufgaben die Tätigkeit einer Person für den Staatssicherheitsdienst festgestellt und daraufhin eine Mitteilung ohne Ersuchen an die empfangsberechtigte Stelle (einen Kreistag) gemacht.

4.2.4.2 Leitende Mitarbeiter öffentlicher Stellen, von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächengestützten Verdachtsfällen

Durch die Achte StUG-Novellierung ist der in diesem Bereich vorher überprüfbare Personenkreis seit dem 31. Dezember 2011 von Behördenleitern und vergleichbar verantwortungsvollen Funktionsträgern erweitert worden auf nunmehr alle leitenden Mitarbeiter öffentlicher Stellen ab der Besoldungsgruppe A 9 bzw. der Entgeltgruppe E 9 (erster Bereich des Verwendungszwecks gemäß §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 d StUG). Hinzu kamen im zweiten Bereich dieser Gesetzesbestimmung Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen von öffentlich dominierten Einrichtungen und im dritten Bereich diejenigen im öffentlichen Dienst Beschäftigten, bei denen Tatsachen den Verdacht einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst rechtfertigen.

Diese Vergrößerung des überprüfbaren Personenkreises hat im ersten Geltungsjahr dieser geänderten Gesetzesnorm zu einer Steigerung von vorher 210 im Jahr 2011 eingereichten Ersuchen auf 317 Anfragen im Jahr 2012 geführt. Seitdem ist der Eingang tendenziell rückläufig. Im Jahr 2013 sind 296 und im Jahr 2014 sind 271 Ersuchen eingegangen. Die von einigen erwartete „große Welle“ steigender Überprüfungszahlen ist nicht eingetreten.

Die im Berichtszeitraum 2013/2014 zur Überprüfung insgesamt eingereichten 471 leitenden Funktionsträger (erster Bereich dieser Zugangsnorm) verteilten sich folgendermaßen auf die Länder: 30 aus Mecklenburg-Vorpommern, 65 aus Brandenburg, 95 aus Sachsen-Anhalt, 21 aus Thüringen, 157 aus Sachsen, 91 aus Berlin, zwei aus Bayern und zehn aus obersten Bundesbehörden. Die mit Abstand größte Teilgruppe (über 100) bestand aus (stellvertretenden) Schulleiterinnen und Schulleitern, einen kleineren Bereich bildete leitendes Krankenhauspersonal, hinzu kamen einzelne Funktionsträger aus verschiedenen Stadtverwaltungen und weiteren kommunalen Bereichen. Während aus dem Land Brandenburg im Jahr 2012 zu diesem Verwendungszweck noch 110 Personen – davon die meisten Polizeibeamte – eingereicht wurden, betrug die Eingangszahl aus diesem Bundesland für die beiden Jahre 2013 und 2014 zusammen 65, davon nur noch sechs aus dem Polizeibereich. Die durch die politische Debatte 2009/2010 ausgelöste Initiierung einer relativ umfangreichen Überprüfung leitender Beamter der Polizei Brandenburg ist damit wohl im Wesentlichen abgeschlossen.

Zu den 471 zulässigen Ersuchen kommen weitere 54 hinzu, die abgelehnt werden mussten – meistens, weil keine leitende Funktion vorlag oder weil die gesetzlich erforderliche Bewertung der Beschäftigungsposition mit A 9 bzw. E 9 oder höher nicht gegeben war.

Beim zweiten Bereich dieses Verwendungszwecks wurden im Berichtszeitraum Ersuchen zur Überprüfung von neun von der öffentlichen Hand bestellten Mitgliedern von Vertretungs- und Aufsichtsorganen in mehrheitlich öffentlich dominierten Einrichtungen eingereicht, sämtlich aus dem Land Brandenburg.

Zudem wurde der BStU – beim dritten Bereich dieser Zugangsnorm – in den Jahren 2013 und 2014 zu 28 Personen, bei denen Tatsachen den Verdacht einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst rechtfertigen, um eine Mitteilung gebeten, und zwar aus Brandenburg sechs, aus Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen je drei, aus Berlin und Sachsen-Anhalt je zwei sowie aus dem Bund/den alten Bundesländern neun.

4.2.4.3 Berufsrichter und ehrenamtliche Richter

Im Berichtszeitraum ist zu 78 Berufsrichtern (im vorherigen zu 67) um Überprüfung gebeten worden, fast ausschließlich aus dem Land Brandenburg. Bei sieben Personen ging es um führende Positionen in gemeinsamen Gerichten der Länder Berlin und Brandenburg, in einem Fall um ein Gericht in Berlin.

Eine erhebliche Ausweitung ist bei den 383 ehrenamtlichen Richtern zu verzeichnen, zu denen Anfragen eingegangen waren (im vorigen Berichtszeitraum nur zwei). Die Verteilung war allerdings äußerst ungleich. Von zwei Ausnahmen abgesehen kamen alle Ersuchen aus insgesamt nur vier Amtsgerichtsbezirken in den Ländern Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Bayern. 55 dieser Ersuchen wurden aus Altersgründen (Jugendschöffen) wieder zurückgenommen, 34 weitere, da die Kandidaten nicht zum ehrenamtlichen Richter an einem Finanzgericht gewählt wurden. Zudem mussten – wie in den Vorjahren – die Überprüfungen von zwei Friedensrichtern aus Sachsen abgelehnt werden, da deren Funktion (Schiedsgerichtsbarkeit) von der StUG-Norm nicht erfasst ist.

4.2.4.4 Leitende Personen im Sport sowie Trainer und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften

Seit Bestehen des neu geschaffenen Verwendungszwecks gemäß §§ 20/21 Absatz 1 Nr. 6 g StUG vom 31. Dezember 2011 überprüft der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) regelmäßig Funktionäre, Trainer und verantwortliche Betreuer der deutschen Nationalmannschaften zu den jeweiligen Olympischen Spielen. Dazu wurden im Berichtszeitraum 91 Personen, bezogen auf die Winterspiele in Sotschi, zur Überprüfung eingereicht. Die Ersuchen zu vier Personen aus dem Bereich des DOSB bzw. der Landessportbünde Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen mussten abgelehnt werden.

4.2.4.5 Beiratsmitglieder des BStU und Mitarbeiter sowie Gremienmitglieder in Aufarbeitungseinrichtungen

Überprüft wurden zehn Mitglieder des Beirats beim BStU und ein Mitarbeiter bei einer Landesbeauftragten. Ferner wurden Ersuchen eingereicht zu vier bei öffentlichen Stellen des Landes Brandenburg mit Rehabilitierungsanträgen zuständige Beschäftigte sowie zu 94 Personen, die in Einrichtungen, die mit der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes oder der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen DDR befasst sind, als Mitarbeiter oder Gremienmitglieder tätig sind (Beirat).

4.2.4.6 Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Im Berichtszeitraum haben die zuständigen Stellen nach den Sicherheitsüberprüfungsgesetzen des Bundes (SÜG) und der Länder, dem Luftsicherheitsgesetz und dem Atomgesetz bzw. der atomrechtlichen Zulässigkeitsverordnung zu 15 659 Personen um Überprüfung gebeten. Vergleicht man die Eingangszahlen in den einzelnen Jahren, so wird deutlich, dass das Jahresaufkommen bis 2012 zurückgegangen und seitdem auf ähnlichem Niveau geblieben ist: 9 532 im Jahr 2011, 7 834 im Jahr 2012, 7 800 im Jahr 2013 und 7 859 im Jahr 2014. Die dennoch große Menge an Überprüfungsvorgängen erklärt sich aus der Vorschrift des § 12 Absatz 4 des SÜG, nach der alle Personen auf den jeweiligen sicherheitsrelevanten Stellen, die vor dem 1. Januar 1970 geboren sind und aus der DDR stammen, obligatorisch einer Überprüfung unterzogen werden, die regelmäßig nach jeweils fünf Jahren zu wiederholen ist.

4.2.4.7 Rentenangelegenheiten

Die für die Überführung der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der ehemaligen DDR in die gesetzliche Rentenversicherung zuständigen Stellen müssen vor den Festsetzungen der Rentenhöhe prüfen und ggf. in ihre Entscheidungen einbeziehen, ob die betreffenden Personen früher hauptamtlich oder verdeckt-hauptamtlich für den Staatssicherheitsdienst tätig waren; Letzteres heißt, dass tatsächlich ein festes Arbeitsverhältnis mit dem MfS bestand, das aber nach außen als andere Arbeitsstelle getarnt wurde. Im Berichtszeitraum wurden mit dieser Zielsetzung insgesamt 6 118 Ersuchen eingereicht.

In diesem Bereich ist – ähnlich wie bei den Sicherheitsüberprüfungen – ein kontinuierlicher Rückgang der Eingangszahlen zu verzeichnen: 6 524 im Jahr 2011, 6 845 im Jahr 2012, 3 661 im Jahr 2013 und 2 457 im Jahr 2014.

4.2.4.8 Ordensangelegenheiten

Der Verwendungszweck gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 10 StUG gibt dem Bundespräsidialamt, den Staats- und Senatskanzleien sowie einzelnen Ministerien der Länder die Möglichkeit, vor einer geplanten Verleihung eines Bundes- oder Landesordens oder einer vergleichbaren Ehrung Bürgerinnen und Bürger beim BStU überprüfen zu lassen. Hierzu wurden in den Jahren 2013 und 2014 zusammen 859 Ersu-

chen eingereicht. Damit bewegt sich die Eingangszahl auf ähnlichem Niveau wie in den vorherigen Berichtszeiträumen. Unverändert handelt es sich bei den weitaus meisten der überprüften Personen um ehemalige Bürgerinnen und Bürger der DDR bzw. um Personen mit DDR-Bezug.

4.3 Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung und von Presse, Rundfunk und Film

Die Anzahl der eingegangenen Anträge von Forschern und Journalisten ist im Berichtszeitraum unverändert hoch geblieben. 2014 war im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg zu verzeichnen. Dies belegt das ungebrochen starke öffentliche Interesse an der Tätigkeit des früheren Ministeriums für Staatssicherheit und damit das weiterhin anhaltende Bedürfnis nach transparenter Aufarbeitung der Herrschaftsmechanismen in der DDR.

Im Berichtszeitraum gingen beim BStU insgesamt 2 726 Forschungs- und Medienanträge gemäß §§ 32 ff. StUG ein. 1 726 Anträge stellten Wissenschaftler, Forschungseinrichtungen oder Aufarbeitungsinitiativen, 1 000 Anträge kamen aus dem journalistischen Bereich. Unverändert hoch ist auch der Anteil an Forschungs- und Medienanträgen aus dem Ausland: 327 Anträge wurden von ausländischen Wissenschaftlern und Medienvertretern gestellt, dies entspricht einem Anteil von rund zwölf Prozent. Wie auch in den vergangenen Jahren reicht das Spektrum der Interessenten von renommierten Forscherinnen und Forschern unterschiedlichster Wissenschaftszweige bis hin zu international, regional und lokal tätigen Journalisten. Studierende, Doktoranden oder auch Autoren und Schriftsteller wenden sich ebenfalls mit ihren Forschungsfragen an den

BStU. Unter den Antragstellern befinden sich zahlreiche Museen, Mahn- und Gedenkstätten sowie die LStU, daneben Medienvertreter, Schulen und Universitäten, Vereine und Verbände. Insbesondere hat die Zahl derjenigen Antragsteller, die die vom BStU verwahrten Unterlagen für Abschlussarbeiten oder Dissertationen nutzen möchten, im Berichtszeitraum stark zugenommen. Unter Studierenden und Promovenden wuchs und wächst das Interesse an historischer Aufarbeitung der DDR-Geschichte und an der Erforschung der Rolle des Staatssicherheitsdienstes im Herrschaftsalltag der DDR. Die nachfolgenden Übersichten illustrieren die Antragszahlen im Hinblick auf bestimmte Themenkomplexe und schlüsseln den Kreis der antragstellenden Institutionen im Detail auf (siehe auch Anhang 7 zur Entwicklung des Antragsvolumens).

Abhängig von den jeweiligen Anforderungen werden im Zuge der meist sehr umfangreichen Recherchen nicht selten 50 000 oder mehr Seiten gelesen. Da sich im Ausland lebende Antragsteller oft nur für kurze Zeit in Deutschland aufhalten, um ihre Forschungen durchzuführen, erfordert dies eine besonders eilige Antragsbearbeitung sowie eine konsequente Arbeitsorganisation. Forscher und Medienvertreter aus dem Inland erwarten für ihre Projekte eine ebenso zügige Bereitstellung relevanter Unterlagen. Um der hohen Nachfrage zielorientiert begegnen zu können, haben sich beim BStU in der Vergangenheit Schwerpunktfelder herausgebildet, um ähnliche Antragsthemen parallel bearbeiten zu können. Diese sachthematische Aufteilung hat sich als zweckmäßig erwiesen, die Antragsteller profitieren sowohl inhaltlich als auch zeitlich von der konzentrierten Arbeitsstruktur in der Zentralstelle wie auch in den Außenstellen des BStU. Im Folgenden werden diese Schwerpunktbereiche exemplarisch anhand ausgewählter Forschungs- und Medienanträge vorgestellt.

Tabelle 3

Antragseingänge gemäß §§ 32 und 34 StUG (Forschung/Medien)

Themenkomplexe	Eingänge gesamt (1993–2014)	Eingänge im Berichtszeitraum	Anteile der Themen im Berichtszeitraum
Politik/Internationale Beziehungen	5 727	465	17%
Kunst/Kultur/Medien	4 348	367	13%
Nationalsozialismus (NS)	2 677	296	11%
Militär/Grenze/Republikflucht	2 056	231	8%
Wissenschaft/Medizin/Sport	3 020	229	8%
MfS	2 863	228	8%
Recht/Justiz/Polizei	1 846	206	8%
Opposition in der DDR	1 721	197	7%
Wirtschaft	2 131	176	6%
Bildung/Jugend/Familie/Sexualität	1 025	130	5%
Religionsgemeinschaften	2 125	115	4%
Geheimdienste (außer MfS)/Terrorismus	914	86	3%
gesamt	30 453	2 726	

Verteilung der Antragsteller

Schaubild 1

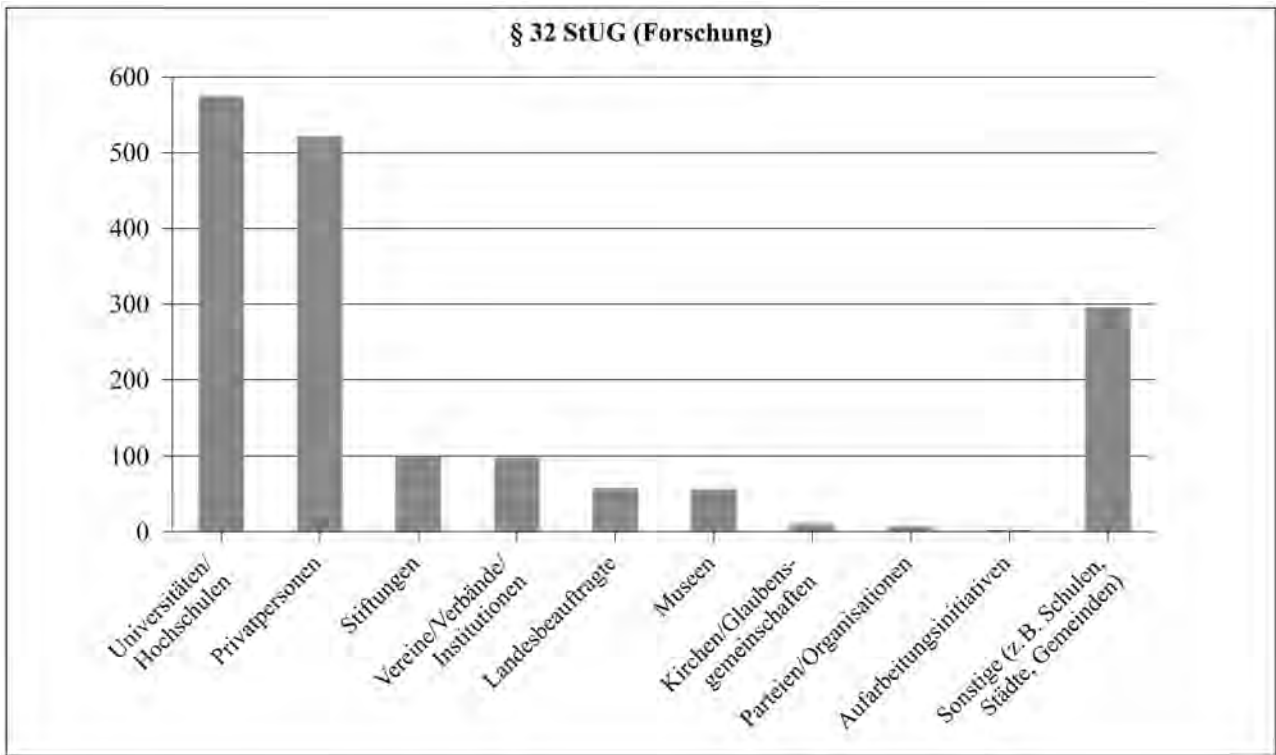
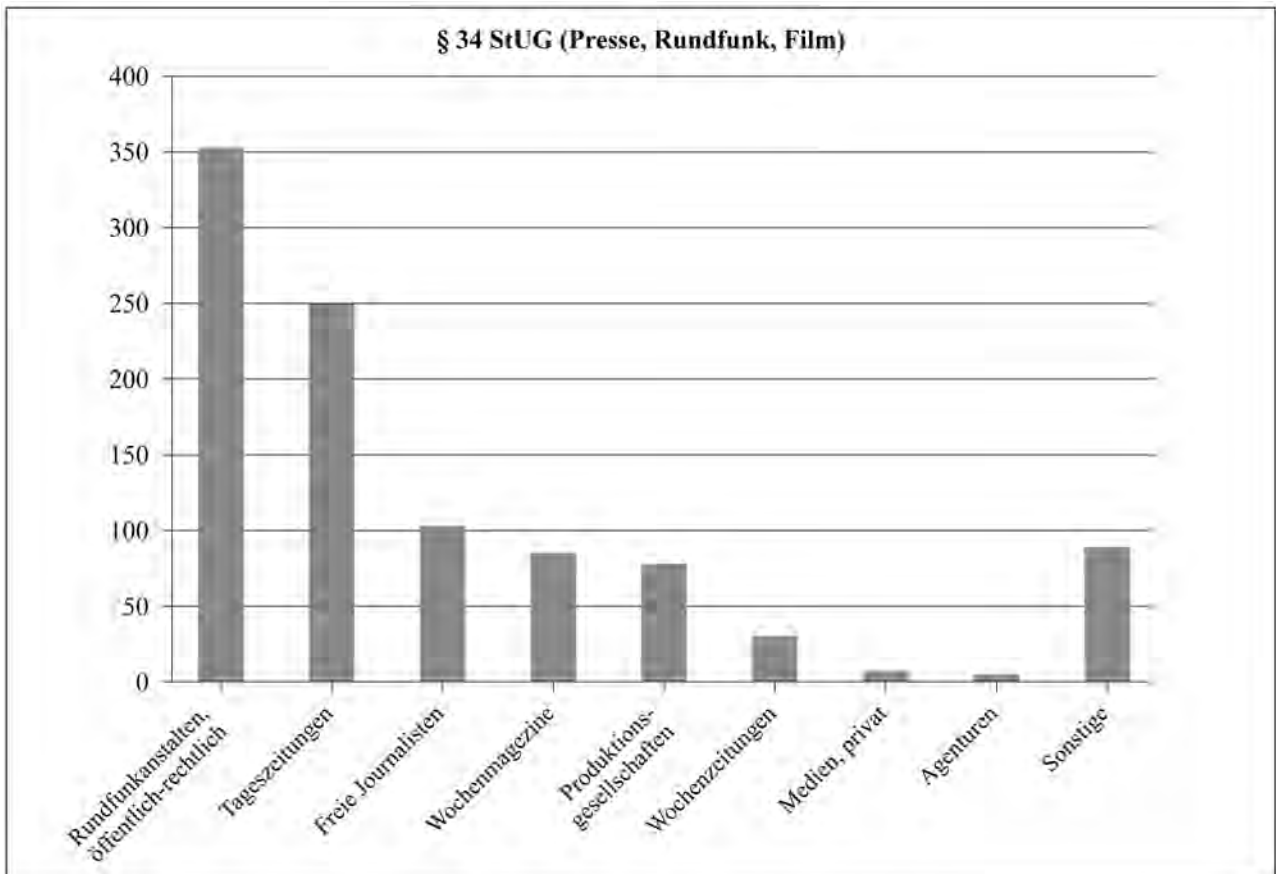


Schaubild 2



4.3.1 Westarbeit des MfS

Die Spionagetätigkeit in der Bundesrepublik und in anderen demokratischen Staaten stellte stets einen Schwerpunktkomplex des MfS dar. Staatliche, politische oder militärische Institutionen oder die Wirtschaft wurden mit großem Aufwand ausspioniert. Die Arbeit „im und nach dem Operationsgebiet“, so die Stasi-Bezeichnung, stößt nach wie vor auf großes Interesse bei Forschern und Journalisten. Auf dem Territorium der DDR hingegen standen zahlreiche Auslandsvertretungen und Repräsentanten staatlicher Einrichtungen der Bundesrepublik und anderer Länder im Fokus geheimdienstlicher Überwachung durch die Stasi.

Der Einfluss des Staatssicherheitsdienstes auf die Arbeit der Ständigen Vertretungen der Bundesrepublik und der DDR war bereits in den vorangegangenen Berichtszeiträumen aus verschiedenen Perspektiven von großem wissenschaftlichem und medialem Interesse. Anlässlich des 40. Jahrestags der Eröffnung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin beantragte der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) im Jahr 2014 Zugang zu entsprechenden MfS-Unterlagen. Schließlich wurde die Ständige Vertretung der Bundesrepublik mit Sitz in der Hannoverschen Straße in Berlin-Mitte massiv vom Staatssicherheitsdienst überwacht: Der westdeutsche „Botschaftersatz“ war eine zentrale Anlaufstelle für DDR-Bürger, die ihr Land verlassen und in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin übersiedeln wollten. Zudem unterhielt die Ständige Vertretung Kontakte zu Bundesbürgern, die beispielsweise wegen strafbarer Fluchthilfe in einem Untersuchungsgefängnis oder im Strafvollzug der DDR inhaftiert waren und daher diplomatisch betreut wurden. Nicht zuletzt spielte sie eine wichtige Rolle beim Häftlingsfreikauf aus der DDR. In der Zentralstelle des BStU konnten über 1 400 Fundstellen, in den Außenstellen der Behörde zusätzlich über 700 Hinweise auf Archivalien ermittelt werden. Ebenso ergaben Recherchen nach Unterlagen zu früheren Mitarbeitern der Ständigen Vertretung weitere 200 Aktenfunde. Neben Schriftgut wurden dem MDR rund 170 Fotos sowie drei Filme in Kopie übergeben, die die geheimdienstliche Kontrolle der Vertretung durch das MfS illustrieren. Im April 2014 präsentierte der MDR seine Ergebnisse in der Reportage „Grenzgänger – Die Ständige Vertretung in Ost-Berlin“.

Aus Anlass des 50. Jahrestags der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy am 22. November 1963 richtete das Washingtoner ZDF-Studio eine Anfrage an den BStU. Für die aktuelle Berichterstattung sollte in den Archivbeständen des Staatssicherheitsdienstes nach Unterlagen zu den Hintergründen des Anschlags recherchiert werden. Mehr als 2 500 Seiten MfS-Unterlagen wurden gesichtet. Bislang Unbekanntes zum Attentat in Dallas haben die Stasi-Akten allerdings nicht ans Licht gebracht. Das MfS hatte sich vielmehr zum Ziel gesetzt, innerhalb der eigenen Bevölkerung Berichte über die Haltung zur Ermordung des amerikanischen Staatsoberhauptes zu sammeln. Insgesamt rund 450 Seiten an Stimmungsberichten und Zeitungsartikeln wurden an das ZDF-Studio herausgegeben.

4.3.2 Grenzregime, Fluchten und Militär

Am 9. November 2014 jährte sich der Tag des Mauerfalls und der Grenzöffnung zum 25. Mal. Eine Vielzahl von Anträgen von Forschern und Medienvertretern aus dem In- und Ausland befasste sich mit verschiedenen Facetten dieses Themas. Vor allem stießen die zahlreichen Schicksale von Menschen, deren Leben sich durch gescheiterte oder gelungene Flucht aus der DDR einschneidend veränderte, auf besonderes öffentliches Interesse. Für viele endete der Traum von Freiheit mit dem gewaltsamen Tod an der innerdeutschen Grenze, andere wiederum waren als Soldaten an der Ermordung Flüchtender beteiligt.

Seit 2012 unterstützt der BStU ein breit angelegtes Projekt des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin durch die Bereitstellung von MfS-Unterlagen. Bis Ende 2015 sollen die Schicksale sämtlicher Todesopfer des innerdeutschen Grenzregimes biografisch untersucht und aufgearbeitet werden. Bislang wurden den beteiligten Wissenschaftlern rund 540 000 Seiten aus Stasi-Akten zur Einsicht vorgelegt und nahezu 3 500 Kopien angefertigt. Bis Ende 2014 wurden zusätzlich rund 140 Fotos an den Forschungsverbund übergeben. Die Außenstelle Leipzig betreute zudem ein Forschungsprojekt des Hannah-Arendt-Instituts Dresden zu Todesopfern an der bayerisch-sächsischen Grenze.

Im Jahr 2013 entstand der rund 90-minütige Dokumentarfilm „Die Familie“ von Stefan Weinert, der sich den Hinterbliebenen von getöteten Maueropfern widmet. Der BStU stellte dem Regisseur umfangreiche Dokumente aus Archivmaterialien des Staatssicherheitsdienstes zur Verfügung. Zudem wurde die Einsichtnahme der Angehörigen in MfS-Unterlagen zu den Verstorbenen filmisch begleitet. Viele Hinterbliebene haben erst aus den Stasi-Akten von den genauen Todesumständen ihrer Angehörigen erfahren. Der Dokumentarfilm nähert sich ihrem Schicksal an, indem er die Erinnerungen der Betroffenen den bürokratischen Schilderungen des MfS entgegensetzt. „Die Familie“ wurde von Cinema for Peace mit dem „Most Valuable Documentary Award 2014“ ausgezeichnet, die Jury der Deutschen Film- und Medienbewertung vergab für den Film das höchste Prädikat „besonders wertvoll“. Ab Anfang November 2014 wurde er im Kino gezeigt.

Weiterhin bildeten Bau und Perfektionierung der Grenzsicherungsanlagen sowie Zwangsumsiedlungen in den Grenzregionen einen Schwerpunkt der Antragsbearbeitungen. Aber auch einzelne Grenzübergangsstellen, die Arbeitsweise der dort eingesetzten Passkontrolleinheiten der Stasi, deren Zusammenarbeit mit den Grenztruppen der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Zollverwaltung, nicht zuletzt die Reaktionen der MfS-Mitarbeiter auf den Mauerfall im Herbst 1989, wurden wissenschaftlich und journalistisch bearbeitet.

Der Geschichte der Grenzübergangsstelle am Berliner Bahnhof Friedrichstraße widmete sich ein Forschungsprojekt von Philipp Springer, dessen Ergebnisse 2013 in einer Publikation im Christoph Links-Verlag unter dem Titel „Bahnhof der Tränen. Die Grenzübergangsstelle Ber-

lin-Friedrichstraße“ veröffentlicht wurden. Darin wird die wechselhafte Geschichte des Bahnhofs seit seiner Errichtung in der Kaiserzeit, vor allem aber seine Rolle während der deutschen Teilung nachgezeichnet. Der BStU stellte in großem Umfang Schriftgut und Fotomaterialien zur Verfügung, von denen 63 im Buch abgebildet wurden. Darüber hinaus vermittelte die Stasi-Unterlagen-Behörde Kontakte zu ehemaligen Beschäftigten der Bahnhofseinrichtungen und zu Menschen, die sich im Bereich des Bahnhofsgeländes öffentlichkeitswirksam für ihre Ausreise aus der DDR einsetzten und aus diesem Grund vom Staatssicherheitsdienst verfolgt wurden.

Die Außenstelle Rostock bearbeitete im Berichtszeitraum zahlreiche Anträge, die sich mit Fluchtversuchen über die Ostsee befassten. Die meisten Flüchtlinge wurden von Volkspolizei, Stasi und der 6. Grenzbrigade Küste festgenommen. Über die Tätigkeit dieser Brigade ist bisher relativ wenig bekannt, obwohl sie die wichtigste Rolle bei der Flüchtlingsverfolgung am Strand und auf See einnahm. Die Rostocker Außenstelle betreute ein Dissertationsprojekt, das sich diesem bislang unerforschten Sicherheitsorgan zuwendet. Obwohl die Grenzbrigade Teil der NVA war, hat sich die Überlieferung des BStU für die Studie als zentral erwiesen. Die Außenstelle Rostock konnte rund 27 000 Seiten an MfS-Materialien vorlegen und 1 100 Kopien zusenden.

Der Verein „Grenzturm e.V.“ aus dem Ostseebad Kühlungsborn beantragte im Berichtszeitraum ebenfalls den Zugang zu solchen Stasi-Unterlagen, die Informationen zu geglückten oder vereitelten Ostsee-fluchten enthalten. Insbesondere suchte der Verein nach Fotomaterialien. Für diesen Antrag stellte die Außenstelle Rostock 23 Fotos des MfS bereit, die nun die Ausstellung im vereinseigenen Museum ergänzen.

Ein weiteres Projekt zur Aufarbeitung des Grenzregimes im Nordosten setzte ein Verbund aus der Weißen Flotte GmbH und Gästeführern der Insel Hiddensee um. Im Auftrag der Kooperationspartner produzierte der Regisseur Jörg Herrmann aus Rostock eine Dokumentation über Ostsee-fluchten, die auf Fahrgastschiffen in Richtung Hiddensee gezeigt werden sollen. Grundlage des Films bilden u. a. Dokumente, die die BStU-Außenstelle Rostock zur Verfügung stellte. Zudem werden die Erkenntnisse bei thematischen Führungen über die Insel Hiddensee verbreitet.

4.3.3 Justiz und Strafvollzug sowie Polizei

Der BStU unterstützte im Berichtszeitraum mehrere Dissertationen, die sich der strafrechtlichen politischen Verfolgung durch das MfS, den Lebensbedingungen in Untersuchungshaftanstalten der Stasi und angrenzenden Themenkomplexen widmeten. Seit Erscheinen des Buches „Medizin hinter Gittern“ im Herbst 2011 (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 61), welches die Geschichte des Haftkrankenhauses in der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen thematisierte, wächst das Forschungsinteresse an Verflechtungen zwischen MfS und Medizin. Für eine Dissertation, die sich mit der medizinischen Versorgung in sowjetischen Speziallagern beschäf-

tigt, wurden zu etwa 30 Medizinem Archivalien aufgefunden, zur Einsicht vorgelegt und Kopien übergeben. Im Berichtszeitraum wurden drei Dissertationen abgeschlossen, für die weitreichende Recherchen durchgeführt und Archivmaterial zur Verfügung gestellt wurden. Es handelt sich zunächst um die Dissertation von Micha Christopher Pfarr über die strafrechtliche Aufarbeitung von Gefangenennisshandlungen in den Haftanstalten der DDR, die im Jahr 2013 veröffentlicht wurde, sowie um die Studie von Helmut Irmen zur Militärjustiz der DDR, für die allein rund 7 000 Kopien herausgegeben wurden. Die Arbeit wurde im August 2014 publiziert. Schließlich wurde 2013 die Antragsbearbeitung für die Dissertation von Julia Spohr zu den Inhaftierten der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen, zu deren Haftgründen und insbesondere deren Hafterfahrungen zum Abschluss gebracht. Hierzu wurden mehr als 260 000 Seiten vorgelegt. Die Studie ist für eine Veröffentlichung in der Wissenschaftlichen Reihe des BStU vorgesehen. Den gegenwärtigen Schwerpunkt bei der Bearbeitung von Dissertationsprojekten bildet ein im Jahr 2013 gestellter Forschungsantrag zu den Justizorganen des Uranbergbauunternehmens Wismut SDAG sowie zur Bergbaustaatsanwaltschaft der DDR. Hierzu findet sich im Archiv des BStU ein immenser, zu weiten Teilen erstmals gesichteter Aktenbestand. Bis zum Jahresende 2014 wurden im Rahmen dieses Antrags mehr als 5 700 Seiten in Kopie übergeben.

Nachdem 2009 die jahrelange IM-Tätigkeit des früheren Kriminaloberkommissars Karl-Heinz Kurras öffentlich bekannt geworden war, gab der damalige Polizeipräsident Dieter Glietsch eine systematische Untersuchung der MfS-Aktivitäten gegen die West-Berliner Polizei bis 1971 in Auftrag (siehe Elfter Tätigkeitsbericht). Nach der Präsentation erster Untersuchungsergebnisse durch den Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin wurde der Untersuchungszeitraum auf die 70er- und 80er-Jahre ausgedehnt. Den beteiligten Wissenschaftlern wurden im Berichtszeitraum weitere 22 000 Seiten aus MfS-Akten zur Einsicht vorgelegt und rund 1 000 Seiten in Kopie herausgegeben. Im Juni 2014 wurden die Forschungsergebnisse beider Projekte in der Studie „Feindwärts der Mauer. Das MfS und die West-Berliner Polizei“ im Peter Lang-Verlag veröffentlicht.

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen stellt seit mehreren Jahren kontinuierlich Forschungsanträge, um anhand von MfS-Akten die Ortshistorie der ehemaligen zentralen Untersuchungshaftanstalt des Staatssicherheitsdienstes zu beleuchten. Im Berichtszeitraum konnte die Bereitstellung von Unterlagen für die am 3. Oktober 2013 eröffnete Dauerausstellung „Gefangen in Hohenschönhausen. Zeugnisse politischer Verfolgung 1945–1989“ abgeschlossen werden. Weiterhin unterstützt die Behörde das in der Gedenkstätte ansässige Zeitzeugenbüro. Hier werden Erlebnisberichte ehemaliger Häftlinge gesammelt und um Informationen aus den entsprechenden Stasi-Unterlagen ergänzt. Die Gedenkstätte beantragt zu diesem Zweck Einsichtnahme in Unterlagen zu jährlich rund 100 Personen, die zwischen 1945 und 1989 im früheren Gefängnis inhaftiert waren.

Auch die Gedenkstätte Roter Ochse in Halle forschte mithilfe der BStU-Außenstelle für ihre Ausstellung zu den Insassen der früheren MfS-Bezirksuntersuchungshaftanstalt zwischen 1950 und 1989. Mehr als 15 000 Seiten aus MfS-Unterlagen wurden hierfür in Kopie bereitgestellt.

Für eine Dauerausstellung im ehemaligen Untersuchungsgefängnis in der Erfurter Andreasstraße stellte die BStU-Außenstelle Erfurt der Stiftung Ettersberg bislang insgesamt rund 209 000 Seiten bereit und gab rund 10 200 von diesen in Kopie heraus. Zusätzlich konnten fünf Filmdokumente zur ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt ermittelt werden. Diese Unterlagen vermitteln einen unmittelbaren Eindruck vom Haftalltag im früheren Bezirksuntersuchungsgefängnis von den frühen 50er- bis in die späten 80er-Jahre. Die Ausstellung wurde im Dezember 2013 eröffnet.

Die Außenstelle Frankfurt (Oder) bearbeitete einen Forschungsantrag des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V., der den Haftbedingungen im früheren Zuchthaus Cottbus nachging (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 62). Die dabei gewonnenen Erkenntnisse finden sich in der 2013 eröffneten Dauerausstellung „Karierte Wolken. Politische Haft im Zuchthaus Cottbus 1933–1989“ wieder und werden zudem für die Bildungsarbeit am historischen Ort genutzt. Insgesamt rund 20 600 Seiten aufschlussreichen Materials wurden zur Akteneinsicht vorgelegt, davon schließlich rund 2 400 Kopien übergeben.

Im Berichtszeitraum gingen zum Themenbereich Justiz, Strafvollzug und Polizei vermehrt Anträge aus dem universitären Bereich beim BStU ein. An der Universität Potsdam entstand eine Masterarbeit zu Haftanstalten der Bezirksverwaltung Berlin des MfS, der Antragstellerin wurden rund 1 200 Seiten zur Verfügung gestellt. An der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster wurde eine Masterarbeit zur Einflussnahme des MfS auf die West-Berliner Polizei erfolgreich abgeschlossen, dem Antragsteller konnten rund 25 000 Blatt vorgelegt werden. Die Gedenkstätte Sachsenhausen betreute drei Masterarbeiten zum früheren sowjetischen Speziallager Sachsenhausen, insbesondere zur dortigen Verhaftungspraxis. Insgesamt recherchierte die Behörde nach Unterlagen zu rund 600 ehemaligen Gefangenen und konnte zahlreiche Unterlagen bereitstellen, die einen klärenden Blick auf die Inhaftierungsgründe ermöglichen. Eine weitere Masterarbeit widmet sich sogenannten Zelleninformatoren in der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen und fragt nach den Motiven von Häftlingen, ihre Mitinsassen im Auftrag des MfS zu bespitzeln. Hier konnten rund 1 800 Seiten zur Einsichtnahme vorgelegt werden.

Forschungen zu Arbeitseinsätzen von Häftlingen im Strafvollzug der DDR standen ebenso im Mittelpunkt der Antragsbearbeitung. Bereits 2011 war an den BStU eine Anfrage zur Zusammenarbeit des schwedischen Möbelhauses IKEA mit Betrieben und Kombinat der DDR gestellt worden, in diesem Zusammenhang wurde auch über den Einsatz von Insassen in DDR-Haftanstalten im Rahmen der Möbelproduktion diskutiert. Seit 2012 stellten verschiedene Unternehmen entsprechende Forschungsan-

fragen, um die eigene Firmenhistorie diesbezüglich aufzuarbeiten. Zahlreiche Medienvertreter traten ebenfalls an die Behörde heran und erbaten Unterlagen zu weiteren Konzernen. Darüber hinaus stellten die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) Anträge, um den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen in der DDR über den Zeitraum von 1949 bis 1989 systematisch zu untersuchen. Die Auswertung der Akten des BStU sowie anderer Archive verdeutlichte die Schwierigkeiten einer juristisch belastbaren Aufarbeitung derart komplexer Verflechtungen und Verantwortlichkeiten.

4.3.4 Sport

Im Berichtszeitraum gingen insgesamt 51 Forschungs- und Medienanträge zum Thema Sport und Sportüberwachung ein.

Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2014 stand für Forscher und Journalisten das historische Aufeinandertreffen der Nationalmannschaften der Bundesrepublik und der DDR in Hamburg während der WM 1974 im Mittelpunkt. Insbesondere wurde untersucht, wie die Staatssicherheit einzelne Spieler oder Sportfunktionäre überwachte, an welchen Stellen inoffizielle Mitarbeiter des MfS zum Einsatz kamen und wie die Stasi die Auswahl der mitreisenden DDR-Bürger manipulierte. Den Antragstellern konnten Materialien ausgehändigt werden, die die gezielte Einflussnahme des MfS eindrucksvoll belegen. Gleichzeitig wurde anhand von Aktenfunden deutlich, wie die SED-Führung mittels des MfS Sportveranstaltungen für politische Zwecke ausnutzte.

Wie in den vergangenen Jahren sind auch im Berichtszeitraum Anfragen zur Rolle der Staatssicherheit und ihren inoffiziellen Mitarbeitern bei der Verflechtung zwischen Leistungssport und staatlich kontrolliertem Doping eingegangen. Zudem wurde am Beispiel ausgewählter Sportlerinnen und Sportler sowie Funktionäre die Überwachung des Volks- und Leistungssports untersucht. Wissenschaftliche Studien und journalistische Beiträge zur bewussten Einflussnahme auf einzelne Athleten und zu Hintergründen der Kaderauswahl für internationale Sportveranstaltungen unterstützte der BStU ebenfalls durch die Bereitstellung von MfS-Unterlagen.

4.3.5 Wirtschaft

Der „Schutz der Volkswirtschaft“ zählte seit der Gründung des DDR-Staatssicherheitsdienstes zu seinen Schwerpunktaufgaben. Für die Absicherung der staatlich gelenkten Ökonomie der DDR zeichneten im Wesentlichen die MfS-Hauptabteilungen XVIII und XIX verantwortlich. Zu ihren Zuständigkeiten gehörten die Aufklärung von Wirtschaftskriminalität, tatsächlicher oder vermeintlicher Sabotage, Bränden oder Havarien in Betrieben, die Sicherung des Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesens und auch die geheimdienstliche Kontrolle der Planumsetzung.

Im Berichtszeitraum lag das Hauptaugenmerk von Wissenschaftlern und Journalisten auf Medikamententests,

die westliche Pharmakonzerne in der DDR durchführen ließen. Insgesamt wurden bis Ende 2014 21 Anträge zu diesem Themenbereich bearbeitet, hierunter auch Anfragen zur Überwachung und Absicherung von pharmazeutischen Versuchen auf regionaler Ebene. Ebenso wurde die Rolle einzelner Unternehmen oder lokaler medizinischer Einrichtungen beleuchtet. Mehr als die Hälfte der eingegangenen Anträge, welche ökonomische und politische Verflechtungen bei pharmazeutischen Zulassungsverfahren in der DDR zum Gegenstand hatten, stammte von Medienvertretern, nahezu ein Drittel von universitären Forschungsinstituten oder von den LStU, zwei von Wirtschaftsunternehmen. 2013/2014 konnten zum Themenkomplex insgesamt rund 37 500 Seiten zur Einsicht vorgelegt und 21 000 Seiten in Kopie herausgegeben werden. Zusätzlich wurden 18 Tondokumente zur Verfügung gestellt.

Vor dem Hintergrund des 25. Jahrestags der Friedlichen Revolution widmete sich ein umfangreiches Forschungsprojekt der Wirtschaftsentwicklung in den 80er-Jahren und schließlich dem ökonomischen Kollaps der DDR. Für diesen langfristig angelegten Antrag werden sämtliche Unterlagen der MfS-Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft) aus den 70er- und 80er-Jahren und ebenso die Unterlagen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe der 80er-Jahre bereitgestellt. Bislang wurden rund 50 300 Seiten gesichtet und zur Einsicht vorgelegt, davon rund 33 600 Kopien an den Antragsteller übergeben.

Ein weiteres Forschungsprojekt beleuchtet Havarien und Brandkatastrophen in der Industrie. Hierzu konnten etwa 18 000 Seiten vorgelegt und rund 2 600 herausgegeben werden. Die Stasi dokumentierte derartige Vorkommnisse in zahlreichen Bildbänden und Tonprotokollen. Thematisch ähnlich gelagert war ein Forschungsantrag zur MfS-Objektdienststelle „Schwarze Pumpe“, den die BStU-Außenstelle Frankfurt (Oder) betreute. Die aufgefundenen Materialien enthalten umfangreiche Angaben zum Havariegeschehen im Kombinat „Schwarze Pumpe“, statistische Analysen zum Brandaufkommen im Gaskombinat und insbesondere Informationen zu einer Explosion, bei der 35 Menschen verletzt wurden und ein Mitarbeiter zu Tode kam. Über 4 400 Seiten konnten zur Einsicht vorgelegt und schließlich rund 1 100 Kopien herausgegeben werden.

4.3.6 Schüler und Jugendliche

Subkulturelle Strömungen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der DDR bildeten im Berichtszeitraum den inhaltlichen Schwerpunkt insbesondere von wissenschaftlichen Studien und Ausstellungen. Da der Staatssicherheitsdienst nonkonformes Verhalten unter Jugendlichen mit großem Argwohn observierte, wandten sich viele Forschungsprojekte diesem Themenbereich zu, um den Herrschaftsalltag in der DDR zu beleuchten. Für Bachelor-, Master- oder Doktorarbeiten wurden viele Anträge zur sogenannten Beatbewegung der 60er-Jahre sowie zur Punkszene der 80er-Jahre bearbeitet. Die Jugendkultur in

der DDR war ebenfalls häufig Gegenstand regionalgeschichtlicher Forschungen, die der Frage nach Möglichkeiten und Grenzen selbstbestimmter Lebensentwürfe in der DDR nachgingen.

So widmet sich eine Doktorarbeit der bislang weitgehend unerforschten Heavy-Metal-Szene in der DDR und fragt danach, wie die Lebenswelt der Anhänger dieser Szene durch die Stasi kontrolliert wurde. Die Stasi hatte sich diesem zeitgenössisch neuartigen Phänomen mit großem Überwachungseifer zugewandt: Rund 23 000 Seiten aus MfS-Unterlagen konnten bislang vorgelegt werden.

Der Aufarbeitung des Schicksals von Jugendlichen in Kinderheimen, sogenannten Spezialheimen und Jugendwerkhöfen der DDR widmeten sich ebenfalls zahlreiche Wissenschaftler und Journalisten. Zwar unterstanden diese Institutionen dem Ministerium für Volksbildung der DDR, den größten Bestand an betreffenden Archivmaterialien verwaltet demnach das Bundesarchiv. Die Stasi überwachte derartige Einrichtungen gleichwohl mit geheimpolizeilichen Methoden, vor allem wenn es zu besonderen Vorkommnissen wie Fluchtversuchen oder politischem Protest unter den Kindern und Jugendlichen gekommen war. Die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eröffnen daher einen Blick auf diese bis heute sehr umstrittenen Erziehungsheime und Werkhöfe aus der Perspektive des früheren Geheimdienstes und geben Aufschluss über die Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen während ihres dortigen unfreiwilligen Aufenthalts. Die BStU-Außenstelle Suhl betreute ein Forschungsprojekt zum Umgang mit Heimkindern in den früheren DDR-Bezirken Erfurt, Gera und Suhl im heutigen Thüringen. Insbesondere Demütigungen oder gar Missbrauch von Insassen seitens des Personals stehen im Mittelpunkt der Untersuchung. In den Akten des Staatssicherheitsdienstes finden sich Hinweise auf oftmals geduldete Übergriffe gegenüber Schutzbefohlenen. Bislang konnten bei der Antragsbearbeitung rund 2 200 Seiten in Kopie übergeben werden. Die beim BStU lagernden MfS-Unterlagen sind damit ein Baustein für die Aufarbeitung dieses wichtigen Kapitels der DDR-Geschichte.

Nachdem bekannt wurde, dass politische Häftlinge im DDR-Strafvollzug in bislang nicht abschließend geklärtem Umfang in die Produktion von Exportgütern ins westliche Ausland eingebunden waren (siehe Abschnitt 4.3.3), wandten sich insbesondere Medienvertreter an den BStU, um dieser Frage im Hinblick auf Arbeitseinsätze jugendlicher in staatlichen Erziehungseinrichtungen der DDR nachzugehen. Wie der Einsatz von politischen Strafgefangenen gestaltet sich die Erforschung dieses in der Öffentlichkeit diskutierten Themas jedoch äußerst schwierig.

4.3.7 Aufarbeitung der NS-Diktatur

Wie in den vorangegangenen Jahren wandten sich auch im Berichtszeitraum zahlreiche Wissenschaftler und Journalisten an den BStU, um mit dessen Aktenbeständen die nationalsozialistische Vergangenheit politisch und historisch aufzuarbeiten. 740 laufende Aktenmeter hat die frühere Hauptabteilung IX/11 (Aufklärung von Nazi- und Kriegs-

verbrechen) des MfS hinterlassen, darunter umfangreiche geheimdienstlich beschaffte NS-Unterlagen. Diese Dienstseinheit war 1968 gegründet worden und zeichnete verantwortlich für Ermittlungen von NS- und Kriegsverbrechen. Dieser Aktenbestand im Stasi-Unterlagen-Archiv ist für die Forschung eine bedeutende und viel genutzte Quellensammlung.

2013 startete das Simon Wiesenthal Center gemeinsam mit der Targum Shlishi Foundation die Kampagne „Operation Last Chance“, die die Strafverfolgung noch lebender NS-Täter erleichtern will. Im Zuge dessen war bei der Bearbeitung von Forschungs- und Medienanträgen ein zahlenmäßiger Anstieg an biografisch angelegten Anfragen zu verzeichnen, die das Ziel verfolgten, neu eingeleitete strafrechtliche Ermittlungen wissenschaftlich und journalistisch zu begleiten.

Zudem war 2012 die Unabhängige Wissenschaftliche Kommission beim Bundesministerium der Justiz (BMJ) zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit gebildet worden. Der BStU unterstützt die Arbeit der Kommission, die den Umgang des BMJ mit dem nationalsozialistischen Erbe in den 50er- und 60er-Jahren erforschen wird, durch die Herausgabe von Unterlagen. Rund 45 000 Seiten wurden zur Akteneinsicht vorgelegt, 3 900 Seiten herausgegeben.

Anlässlich des 70. Jahrestags des Massakers von Oradour-sur-Glane ging eine Vielzahl von Anträgen in der Behörde ein. Im Zuge einer massiven Vergeltungsaktion hatte die Waffen-SS am 10. Juni 1944 annähernd die gesamte Einwohnerschaft Oradours ermordet und zudem das Dorf im Westen Frankreichs nahezu vollständig zerstört. In den 70er-Jahren spürte die Hauptabteilung IX/11 den am Massaker beteiligten SS-Obersturmführer Heinz Barth in der DDR auf. Auf seinen Befehl hin wurden in Oradour 20 Männer erschossen. 1983 wurde Heinz Barth in der DDR zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Ermittlungsergebnisse des MfS wurden in einem zentralen Untersuchungsvorgang (ZUV 66) gesammelt, die Untersuchungsergebnisse in 62 Bänden mit insgesamt rund 12 000 Seiten archiviert. Hierin sind 376 Fotos enthalten. Die französische Rundfunkanstalt France Televisions hat am Jahrestag des Massakers eine umfangreiche Reportage ausgestrahlt, zu der der BStU durch Bereitstellung dieser Unterlagen beitrug.

2013 war bekannt geworden, dass die Augsburger Staatsanwaltschaft in der Münchener Wohnung des Kunstsammlererben Cornelius Gurlitt rund 1 200 Gemälde hatte beschlagnahmen lassen. Bei 590 Werken namhafter Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts bestand der Verdacht, dass es sich um NS-Raubkunst handele, die Gemälde also zum Teil im Rahmen der Enteignung jüdischer Bürger unrechtmäßig in den Besitz von Gurlitts Vater Hildebrand gelangt wären. Im Archiv des BStU befinden sich zahlreiche NS-Unterlagen, die den Kunstraub sowohl in den vom Deutschen Reich besetzten Gebieten als auch an der verfolgten jüdischen Bevölkerung belegen. So bestand die Hoffnung, dass durch MfS-Unterlagen die Herkunft einzelner Kunstwerke im Besitz Cornelius Gurlitts aufgeklärt werden könnte. Zwar verliefen die Recherchen nach

personenbezogenen Unterlagen zu Gurlitt ergebnislos, die Akten des Staatssicherheitsdienstes versprechen jedoch noch einigen Aufschluss über Herkunft und Verbleib nationalsozialistischer Raubkunst geben zu können.

Die BStU-Außenstelle Schwerin betreute im Berichtszeitraum ein Ausstellungsprojekt des Staatlichen Museums Schwerin, welches die Rolle die Stasi innerhalb des staatlichen Kunsthandels der DDR reflektiert. Insbesondere Kunstschätze, die während des Zweiten Weltkriegs zunächst verschwunden und auf verschlungenen Wegen in die DDR gelangt waren, standen im Mittelpunkt der Recherchen beim BStU. Etwa 150 000 Aktenseiten wurden in der Außenstelle vorgesichtet, um themenrelevante Informationen zu ermitteln. Die Mitarbeiter des Museums haben schließlich in rund 11 000 Seiten Stasi-Unterlagen Einsicht genommen, von denen insgesamt rund 3 500 Seiten in Kopie übergeben wurden. Diese Unterlagen verdeutlichen die Strukturen und Intentionen der staatlich gelenkten Kunst- und Museumspolitik und dabei insbesondere die Funktionsweise des „Staatlichen Kunsthandels“ und der „Kunst und Antiquitäten GmbH“ der DDR im Schweriner Raum. Im Oktober 2014 präsentierte das Museum die Ausstellung „Kunstraub/Raubkunst“, in die Ergebnisse der äußerst umfangreichen Recherchen beim BStU eingeflossen sind.

Internationale Forschungs- und Medieneinrichtungen nutzen ebenfalls den umfangreichen Bestand an MfS-Unterlagen, um die Geschichte des Nationalsozialismus in ihren jeweiligen Ländern zu untersuchen. So wurden beispielsweise dem Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften der Slowakei, den National Archives of Finland, dem Narvik Senteret in Norwegen und dem Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik Unterlagen bereitgestellt.

4.3.8 Kultur, Kunst

Den Kunst- und Kulturbetrieb der DDR überwachte der Staatssicherheitsdienst mit immensem Aufwand. Die „künstlerische Intelligenz“, die offen oder subtil die Verhältnisse in der DDR kritisierte, galt es für das MfS ebenso wie private Kulturinitiativen unter geheimdienstlicher Kontrolle zu halten. Namhafte Schriftsteller, Regisseure, Maler oder Bildhauer wurden oftmals über sehr lange Zeiträume überwacht. Aber auch weithin unbekannte Galeristen, Autoren oder bildende Künstler waren von massiven Eingriffen durch die Stasi betroffen.

Bei den 65. Internationalen Filmfestspielen Berlin präsentierte Annkatrin Hendel ihren Film „Anderson“, der den Schriftsteller Sascha Anderson porträtiert. Der Protagonist des Dokumentarfilms stand über lange Zeit in Kontakt zu Christa Wolf, Franz Fühmann, Heiner Müller und anderen; er galt als Berühmtheit in der oppositionellen Literaturszene im Ost-Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg. Anderson war jedoch eine für die Staatssicherheit sehr ergiebige Quelle und lieferte aus erster Hand Informationen über prominente Zeitgenossen. Der Film erzählt vom Doppelleben eines IM zwischen Dissidenz und menschlichem Verrat. Zahlreiche Bekannte und Freunde, über die Ander-

son Bericht erstattete, willigten in die Verwendung ihrer Stasi-Unterlagen ein, sodass insgesamt mehr als 3 600 Seiten sowie Foto-, Ton- und Videomaterial für diesen Film zur Verfügung gestellt werden konnten.

Die Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ beantragte für eine Ausstellung unter dem Titel „Alltag in der DDR“ Zugang zu MfS-Unterlagen zum Wirken des Liedermachers Ekkehard Maaß. Maaß, vertraut mit dem 1976 ausgebürgerten Wolf Biermann, war in der DDR als Interpret des sowjetischen Chansonniers Bulat Okudschawa bekannt geworden. Ende der 70er- und Anfang der 80er-Jahre hielt er in seiner Privatwohnung Dichterlesungen ab; sein Literatursalon etablierte sich bald zu einer zentralen Anlaufstelle für die Künstler- und Schriftstellerszene im Ost-Berliner Prenzlauer Berg. Für das Ausstellungsprojekt stellte die Stasi-Unterlagen-Behörde rund 150 Aktenseiten in digitalisierter Form zur Verfügung.

Zur Ausstellung „David Bowie“, die von Mai bis August 2014 im Berliner Martin-Gropius-Bau präsentiert wurde, trug der BStU ebenfalls bei. Durch umfangreiche Recherchen konnten Unterlagen zu den Konzerten des britischen Künstlers im Juni 1987 vor dem Reichstagsgebäude in West-Berlin aufgefunden werden. Auf der Ost-Berliner Seite hatten sich viele Anhänger aus der DDR zusammengefunden, um aus der Ferne die Auftritte David Bowies mitzuverfolgen. Diese Fans sollten durch aufwendige Sperrmaßnahmen zurückgedrängt werden, zudem kam es zu zahlreichen Verhaftungen durch den Staatssicherheitsdienst.

Zum 1973 konstituierten Jazzclub in Leipzig bearbeitete die Außenstelle Leipzig im Berichtszeitraum anlässlich dessen 40. Gründungsjahrestags zwei Forschungsanträge. Der Club initiierte und veranstaltete die Leipziger Jazztage, die bald DDR-weite Bekanntheit erlangten. Auch aus der Bundesrepublik stammende Künstler nahmen an den Festivals teil. Entsprechend umfangreich wurden der Leipziger Jazzclub und seine Betreiber vom Staatssicherheitsdienst überwacht. Insgesamt wurden 7 200 Seiten vorgelegt, davon rund 550 in Kopie herausgegeben.

Im Vorfeld des 80. Geburtstages des SED-kritischen Schriftstellers Reiner Kunze beantragten die Thüringer LStU (aufgrund einer Gesetzesänderung seit Juli 2013 Thüringer Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) und der Publizist Udo Scheer Zugang zu Unterlagen, die der Staatssicherheitsdienst über den Gegenwartslyriker gesammelt hatte. Rund 900 Seiten stellte die Außenstelle Gera in Kopie zur Verfügung.

4.3.9 Opposition in der DDR

Der 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution in der DDR bildete den Tätigkeitsschwerpunkt der Antragsbearbeitung des BStU zu diesem Thema. Mehr als 30 Prozent der Anfragen zum Bereich Opposition hatten die Ereignisse im Herbst 1989 zum Gegenstand. Die Mehrzahl der Anträge bezog sich auf Akteure der Friedlichen Revolution in den Regionen. Lokalredakteure, Stadtmuseen und Aufarbeitungsinitiativen widmeten sich den DDR-weiten De-

monstrationen vor Ort und beantragten Einsichtnahme in MfS-Unterlagen und insbesondere Foto- oder Filmmaterialien, die die Geschehnisse kurz vor dem Fall der Mauer aus Sicht des Staatssicherheitsdienstes dokumentieren.

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ publizierte in diesem Zusammenhang im Herbst 2014 eine mehrteilige Serie unter dem Titel „Revolution in Deutschland/Sieben Tage, die die Welt veränderten“. Aus den Beständen des BStU wurden rund 6 000 Fotos von Großdemonstrationen, Menschenketten und Mahnwachen zur Einsicht vorgelegt, 250 von ihnen schließlich übergeben. Auch bislang nur selten veröffentlichte „Innenansichten“ des MfS wurden zur Verfügung gestellt: Aufnahmen von Büroräumen in der MfS-Zentrale und aus dem Freizeitbereich der Mitarbeiter, die deren privilegiertes Leben weit über dem Durchschnitt der DDR-Bürger illustrieren.

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 jährte sich 2013 zum 60. Mal. Viele DDR-Bürger, die sich an den landesweiten Streiks und Demonstrationen beteiligt hatten, wurden zu langen Haftstrafen oder gar zum Tode verurteilt. Insgesamt 46 Anfragen von Forschern und Medienvertretern wurden zu diesem Thema an die Stasi-Unterlagen-Behörde gerichtet. Die Außenstelle Neubrandenburg bearbeitete allein sechs umfangreiche Anträge und stellte rund 8 700 Seiten an Stasi-Unterlagen zur Verfügung, die die damaligen Ereignisse im Raum Mecklenburg-Vorpommern zum Gegenstand haben.

Ebenso beantragte die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen des Freistaats Thüringen für eine Ausstellung und eine weiterführende Publikation Akteneinsicht in MfS-Unterlagen, die den 17. Juni in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl behandeln. Die Recherchen wurden durch die entsprechenden Außenstellen der Behörde unterstützt. Im Ergebnis wurden rund 65 300 Seiten vorgelegt, welche die Proteste selbst, aber auch den Alltag der Betroffenen im Vorfeld des Aufstands nachzeichnen. Nahezu 3 400 Seiten wurden in Kopie herausgegeben, 31 Fotos bereitgestellt. Die Ausstellung wurde in vielen Städten Thüringens gezeigt. Am 17. Juni 2013 präsentierte die LStU zusätzlich eine Open-Air-Ausstellung in der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt in Gera.

Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) produzierte 2014 einen Dokumentarfilm über den früheren IM und späteren Dissidenten Robert Havemann. Zu seiner Person lagert im Archiv des BStU ein besonders umfangreicher Bestand an MfS-Unterlagen sowie an Bild- und Tonmaterialien, Havemann wurde über Jahre massiv von der Stasi überwacht und „operativ bearbeitet“. Neben zahlreichen Fotos konnte für den rund 45-minütigen Filmbeitrag ein von der Stasi zerschnittener Observationsfilm bereitgestellt werden, der die ausgedehnten Überwachungsmaßnahmen gegen Robert Havemann im Bild bezeugt. Die MfS-Hauptabteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung) hatte diesen Film zu Schulungszwecken angefertigt. Mit Unterstützung des rbb wurden ausgewählte Szenen rekonstruiert und digitalisiert. Im Oktober 2014 wurde der Beitrag unter dem Titel „Widerspruch – Havemann und der Kommunismus“ ausgestrahlt.

4.3.10 Terrorismus, Extremismus

Im Berichtszeitraum gingen zum Thema Terrorismus und Extremismus insgesamt 42 Forschungs- und Medienanträge aus dem In- und Ausland ein, davon überwiegend zu rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Strömungen. So wurden insbesondere Stasi-Akten mit Informationen über die internationale Zusammenarbeit und Vernetzung rechtsextremer Gruppen beantragt und nach aufwendiger Recherche und umfangreicher Aktensichtung zur Verfügung gestellt.

Im Berichtszeitraum wurden mehrere Anträge über die Rolle und Bedeutung des Rechtsextremismus in der DDR an den BStU gerichtet. Im Ergebnis konnte eine Vielzahl verschiedener Kategorien von MfS-Unterlagen aufgefunden und ausgewertet werden. Darunter befanden sich Operative Personenkontrollen, Operative Vorgänge, Akten von IM und auch Informationsmeldungen des MfS an die Staats- und Parteiführung, in denen über rechtsextreme Erscheinungen in einzelnen DDR-Bezirken berichtet wurde. So bearbeitete die Außenstelle Chemnitz einen Forschungsantrag zu rechtsextremistischen Jugendlichen im früheren Bezirk Karl-Marx-Stadt, in dem der Frage nachgegangen wurde, wie die SED und das MfS derartige Strömungen bewerteten und mit welchen Maßnahmen der Staatssicherheitsdienst den betreffenden Personengruppen entgegentrat. Auch die Außenstelle in Halle unterstützte ein umfangreiches Forschungsprojekt zu rechtsextremen Strukturen in den früheren DDR-Bezirken Halle und Magdeburg. Rund 2 000 Kopien wurden bei der Antragsbearbeitung herausgegeben.

Die Aktivitäten der Staatssicherheit in Bezug auf die linksextremistische „Rote Armee Fraktion“ waren ebenfalls Gegenstand von Forschungsanträgen. Dieses Schwerpunktthema wird bereits seit mehreren Jahren auf breiter Ebene erforscht.

4.3.11 MfS

1974 wurde Günter Guillaume, persönlicher Referent von Bundeskanzler Willy Brandt, als langjähriger „Kundschafter“ des MfS enttarnt und verhaftet. Die Enttarnung löste eine innenpolitische Krise aus, Brandt trat kurz darauf von seinem Amt zurück. Anlässlich des 40. Jahrestags des wohl bekanntesten Spionageskandals der Bundesrepublik beantragte der rbb für einen Dokumentarfilm Archivunterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Im April 2014 wurde der Beitrag „Der Kanzlerspion“ ausgestrahlt, der BStU stellte eine Auswahl an Schriftgut, Film- und Tondokumenten zur Verfügung.

Im Berichtszeitraum war die Nachfrage nach Informationen zu regionalen Strukturen des Staatssicherheitsdienstes sehr groß. Die Lebenswelt der MfS-Mitarbeiter stand ebenso im Fokus wissenschaftlicher und journalistischer Projekte wie die Tätigkeit der Stasi in den Bezirken oder Kreisen. Im Hinblick auf den 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution widmeten sich mehrere Anträge einzelnen Kreisdienststellen des MfS und vorrangig deren Tätigkeit in den 80er-Jahren. Der Forschungsverbund SED-Staat an

der Freien Universität Berlin erfragte beispielsweise Materialien zur Kreisdienststelle Luckenwalde. Zu den dort eingesetzten Mitarbeitern und ihren Arbeitsschwerpunkten in den fünf letzten Jahren der DDR wurden nahezu 19 000 Seiten vorgelegt. 2 350 Seiten erhielten die Antragsteller im Anschluss in Kopie.

Das Hannah-Arendt-Institut Dresden erforscht seit 2011 die Geschichte der MfS-Bezirksverwaltung Dresden aus sozial-, struktur- und biografiehistorischer Perspektive. Die dortige Außenstelle des BStU konnte diese arbeitsintensive Forschungsanfrage 2014 nahezu abschließen. Im Berichtszeitraum wurden umfangreiche Aktenkonvolute gesichtet, darunter Unterlagen zu ehemaligen MfS-Angehörigen und Bestände aus den verschiedenen Dienststellen, vorrangig zur angegliederten Untersuchungshaftanstalt und zum geheimpolizeilichen Ermittlungsorgan (Abteilung IX). Bisher hat die Dresdener Außenstelle rund 46 200 Seiten zur Einsichtnahme vorgelegt und über 7 100 Seiten in Kopie übergeben.

In der Außenstelle Gera wurde ein umfangreicher Forschungsantrag zu konspirativen Wohnungen und Objekten des MfS in Rudolstadt abgeschlossen. Die gesichteten Unterlagen ergaben, dass allein im thüringischen Rudolstadt Ende 1989 noch rund 60 derartige Treffpunkte für geheime Begegnungen mit Informanten existierten. Die Mieter dieser Wohnungen, so ein Ergebnis der Aktensichtung, waren zu etwa 65 Prozent Rentner, die zuvor staatsnahe Funktionen bekleidet hatten.

Seit 2009 betreute die Außenstelle Magdeburg ein Publikationsprojekt, das sich am Beispiel von 65 früheren Angehörigen der Staatssicherheit innerdienstlichen Abläufen und der privaten Lebenswelt von MfS-Mitarbeitern widmet. Im Ergebnis der Recherchen wurden den Autoren rund 16 000 Seiten personen- und sachbezogene Materialien zu ausgewählten Hauptamtlichen vorgelegt und schließlich nahezu 5 700 Seiten als Kopien herausgegeben. Im Mai 2014 veröffentlichten Jenny Krämer und Benedikt Vallendar ihre Ergebnisse unter dem Titel „Leben hinter Mauern. Arbeitsalltag und Privatleben hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS der DDR“.

4.3.12 Parteien, Massenorganisationen, nationale Minderheiten und Ausländer in der DDR

Nach wie vor groß ist das wissenschaftliche Interesse an den Strukturen der DDR-Partei und der einzelnen Massenorganisationen, vor allem aber an den Akteuren, die in staatlichen oder gesellschaftlichen Institutionen der DDR tätig waren. Vornehmlich das Zusammenwirken und Ineinandergreifen zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) respektive den Blockparteien der Nationalen Front und dem Ministerium für Staatssicherheit standen im zurückliegenden Berichtszeitraum im Fokus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung.

Am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung wurden in den letzten Jahren verschiedene Forschungsprojekte begonnen und zum Teil auch bereits abgeschlossen,

die den genannten Themenkomplex aus gesellschafts- und alltagsgeschichtlicher Perspektive untersuchen: Martin Sabrow erarbeitet derzeit eine Studie zum früheren SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im Spiegel von Stasi-Unterlagen. Obwohl nur eine Person im Fokus der Bearbeitung stand, wurde eine Fülle an Schriftgut sowie an Foto-, Film- und Tondokumenten aufgefunden. Honeckers Aufenthalte in der Waldsiedlung Wandlitz, seine Begegnungen mit internationalen Politikern, seine Freizeitaktivitäten, seine Absicherung durch Personenschützer des MfS, sein innenpolitisches Wirken und sein Staatsbesuch in der Bundesrepublik im Jahr 1987 bildeten die Schwerpunkte der rund vierjährigen Materialsichtung. Die Antragsbearbeitung konnte im Juni 2014 abgeschlossen werden. Insgesamt wurden rund 68 000 Seiten, daneben 867 Fotos, vier Tondokumente und drei Filme vorgelegt. Rund 11 400 Seiten aus Schriftgutakten, 128 Fotos und das eingesehene Filmmaterial wurden schließlich in Kopie herausgegeben.

Der BStU unterstützte im Berichtszeitraum Dissertationen und Masterarbeiten, die sich den Einflussbereichen und -grenzen von Politikern der DDR-Blockparteien aus verschiedenen Blickwinkeln annähern. Parteikarrieren jenseits der SED zwischen Anpassung und widerständigem Verhalten sowie politische Motive beteiligter Akteure standen dabei ebenso im Mittelpunkt wie die Frage nach deren Kooperation mit der SED und dem MfS. Nicht zuletzt bildeten die geheimdienstliche Überwachung der einzelnen Parteiapparate durch den Staatssicherheitsdienst und die Durchdringung mit inoffiziellen Mitarbeitern besondere Kernbereiche mehrerer Forschungsanträge.

Am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden werden seit 2014 im Rahmen eines breit angelegten Forschungsprojektes mehrere Teilstudien zur Geschichte der Liberaldemokratischen Partei in der DDR erarbeitet. Dabei steht die Einflussnahme durch das MfS explizit im Fokus. Der zentrale Parteiapparat in Ost-Berlin, dessen Kommissionen und Ausschüsse, die Strukturentwicklung in den Bezirken und die Aktivitäten ausgewählter Kreisverbände bilden wichtige Analyseschwerpunkte, um Aussagen über die Eigenständigkeit und systembedingte Beschränkungen von Parteifunktionären und einfachen Mitgliedern beleuchten zu können. Im Berichtszeitraum wurden bereits rund 35 000 Seiten vorgelegt, rund 1 700 Seiten in Kopie übergeben. Da aufgrund gesetzlicher Bestimmungen politische Funktionsträger wie Personen der Zeitgeschichte und Amtsträger über die Verwendung von MfS-Unterlagen zu ihrer Person informiert werden müssen, gestaltet sich die Antragsbearbeitung besonders aufwendig. Das umfangreiche Projekt ist auf mehrere Jahre angelegt.

Ein weiteres Forschungsvorhaben, betreut von der Leipziger BStU-Außenstelle, behandelte die Journalistenausbildung an der Universität Leipzig bis 1968. Die Sektion Journalistik unterlag seit der Gründung der DDR weitreichenden strukturellen Veränderungen, es galt, die Ausbildung von Journalisten den politischen Anforderungen anzupassen. So überwachte der Staatssicherheitsdienst

Studierende und Lehrpersonal an diesem Institut besonders streng: Rund 3 000 Seiten an Stasi-Unterlagen konnten bereitgestellt werden. Die Ergebnisse wurden Anfang 2013 in den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ publiziert.

In den 80er-Jahren lebten mehr als 86 000 Ausländer in der DDR. Neben „Vertragsarbeitern“ oder Studierenden aus anderen sozialistischen Staaten wie Kuba, Vietnam und Mozambique handelte es sich auch um sogenannte Politemigranten, die sich politischer Verfolgung in ihren Heimatländern entziehen wollten und in der DDR Aufnahme fanden. Hier wurden sie trotz politischer und ideologischer Gemeinsamkeiten massiv vom Staatssicherheitsdienst kontrolliert. Im Auftrag des rbb beantragten die Filmemacher Gabriele Wojtiniak und Christian Klemke im Februar 2013 Unterlagen zur Überwachung von chilenischen Politemigranten durch das MfS. Nach dem Militärputsch Augusto Pinochets und der Entmachtung Salvador Allendes 1973 flohen viele chilenische Staatsbürger u. a. in die DDR, um dort politisches Asyl zu erhalten. Am Beispiel von zwölf Personen, die hierfür ihre Einwilligung gegeben hatten, wurde eine Vielzahl von Akten thematisch durchgearbeitet. Die Filmemacher erhielten Akteneinsicht in mehr als 7 000 Seiten; herausgegeben wurden über 600 Seiten MfS-Unterlagen. Für ihre Reportage wurde es den Antragstellern auch ermöglicht, Akten im Original abzufilmen. Unter dem Titel „Exil DDR – Honeckers Chilenen“ wurde der Fernsehbeitrag im September 2013 ausgestrahlt.

Unter den ausländischen Studierenden in der DDR kam es oftmals zu politisch oder religiös motivierten Auseinandersetzungen, auch Teile der DDR-Bevölkerung begegneten den ausländischen Studenten mit Skepsis oder sogar Fremdenfeindlichkeit. Das MfS beobachtete und kontrollierte diese Personengruppen im Auftrag der SED. Auch hierzu konnte die Stasi-Unterlagen-Behörde umfangreiche Materialien zur Verfügung stellen. Der Alltag von kubanischen, afrikanischen und vietnamesischen Vertragsarbeitern in den jeweiligen Betrieben und innerhalb der DDR-Gesellschaft wurde ebenso erforscht wie migrations- und integrationspolitische Fragen Gegenstand mehrerer Forschungsanträge waren.

Der freie Publizist und Historiker Harry Waibel aus Berlin veröffentlichte 2012 ein Buch unter dem Titel „Rassisten in Deutschland“. Unterlagen des BStU waren inhaltlich in diese Studie eingeflossen. Für eine weitere Studie erweiterte er seinen bestehenden Forschungsantrag thematisch, örtlich und zeitlich. In die Recherchen wurden nun auch sämtliche Außenstellen des BStU involviert, um sich dem Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der DDR auf regionaler und lokaler Ebene zu nähern. Insgesamt wurden dazu mehr als 42 000 Seiten vorgelegt und rund 3 500 Seiten in Kopie herausgegeben.

Die Außenstelle Dresden bearbeitete mehrere Anträge des Sorbischen Instituts e.V. Bautzen, im Rahmen derer der Einfluss des MfS auf diese nationale Minderheit in der DDR erforscht werden soll. Bislang konnten 47 500 Seiten an MfS-Unterlagen zu diesem Themenkomplex bereitgestellt werden.

4.3.13 Deutsch-deutsche Beziehungen

Im Berichtszeitraum wurde die Bearbeitung eines breit angelegten Dissertationsprojektes zum Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR abgeschlossen. In den Hinterlassenschaften des Staatssicherheitsdienstes fand sich eine Vielzahl von Hinweisen, die nach der inhaltlichen Bewertung und Zusammenschau ein detailliertes Bild über die Verantwortlichkeiten des MfS im Rahmen von Freikaufaktionen zeichnen. Aufgrund des enormen Umfangs an themenrelevanten Unterlagen war eine mehrjährige Bearbeitungsdauer erforderlich. Insgesamt konnten rund 161 000 Seiten zur Einsichtnahme bereitgestellt werden. Rund 5 400 Seiten wurden schließlich in Kopie herausgegeben. Unter dem Titel „Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen“ wurde die Studie von Jan Philipp Wölbern im März 2013 in der Wissenschaftlichen Reihe des BStU veröffentlicht (siehe Kapitel 5).

Bundespräsident Joachim Gauck und die Körber-Stiftung hatten im Jahr 2012 Jugendliche dazu aufgerufen, das Thema „deutsch-deutsche Beziehungen“ an ihrem Wohnort oder in ihrer Region zu erforschen. Eine 18-jährige Schülerin aus Niedersachsen nahm am Wettbewerb „Vertraute Fremde. Nachbarn in der Geschichte“ der Körber-Stiftung und des Bundespräsidenten teil und stellte dafür gemeinsam mit ihrem Tutor beim BStU einen Forschungsantrag zur Einflussnahme des MfS auf Nachbarschaftsbeziehungen in der DDR. Als Zeitzeugen konnten sie insgesamt 13 frühere DDR-Bürger aus ihrer unmittelbaren Wohnortnähe gewinnen. Diese gaben ihr Einverständnis dafür, dass neben sachthematischen Unterlagen auch Akten ausgewertet werden dürfen, die das MfS zu ihnen persönlich angelegt hatte. In kürzester Zeit wurden etwa 900 Seiten für die Akteneinsicht vorbereitet und nach der Sichtung mehr als 200 Seiten in Kopie herausgegeben. Mit dem Projekt belegten die Antragsteller schließlich einen ersten Platz dieses Geschichtswettbewerbs in Niedersachsen.

Die Außenstelle Erfurt bearbeitete seit 2009 einen Antrag der Thüringer LStU, der den deutsch-deutschen Reiseverkehr zwischen dem früheren Bezirk Erfurt und den angrenzenden Bundesländern Hessen und Niedersachsen untersucht. Gleichzeitig wurde in diesem Projekt die Strukturgeschichte der MfS-Hauptabteilung VI (Passkontrolle, Tourismus) und ihres Pendantes auf Bezirksebene erforscht. Insgesamt rund 33 000 Seiten aus Stasi-Unterlagen konnten allein im Berichtszeitraum bereitgestellt und mehr als 8 100 davon in Kopie herausgegeben werden.

4.4 Widersprüche gegen Entscheidungen des BStU

Die Zahl der beim BStU eingehenden Widersprüche ist weiterhin ausgesprochen niedrig, gemessen an der Gesamtzahl der bearbeiteten Anträge und Ersuchen. Im Berichtszeitraum wurde in insgesamt 31 Fällen Widerspruch gegen einen Bescheid des BStU eingelegt (zum Vergleich: im vorigen Berichtszeitraum 65). In sechs Fällen hob der BStU aufgrund der eingelegten Widersprüche die Ausgangsbescheide vollständig auf. Dazu kam es,

weil die Widerspruchsführer ihre Anträge erst im Widerspruchsverfahren entsprechend den gesetzlichen Vorgaben glaubhaft gemacht oder erforderliche Begründungen nachgereicht hatten. In 20 Fällen wurden die Widersprüche zurückgewiesen. Vier Widersprüche wurden durch die Widerspruchsführer zurückgenommen, ein Widerspruch ging verfristet ein.

Der Schwerpunkt der Widerspruchsverfahren lag im Berichtszeitraum wiederum im Bereich der privaten Akteneinsicht. In 13 Fällen richteten sich die Widersprüche gegen die Ablehnung von Anträgen naher Angehöriger auf Akteneinsicht in Unterlagen zu verstorbenen oder vermissten Personen gemäß § 15 StUG. In acht Fällen gehörten die Antragsteller nicht zum antragsberechtigten Personenkreis, zwei Widersprüche wurden während des Widerspruchsverfahrens zurückgenommen. Drei Widersprüche wurden stattgegeben, weil im Widerspruchsverfahren die Anträge entsprechend den rechtlichen Vorgaben glaubhaft gemacht wurden.

Drei Widersprüche wurden eingelegt, weil der BStU Anträge auf Entschlüsselung von Decknamen inoffizieller Mitarbeiter aufgrund fehlender Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes abgelehnt hatte. In zwei weiteren Fällen gründete die Ablehnung der Bekanntgabe des Klarnamen darauf, dass der Antrag aufgrund der archivischen Kategorisierung der zur Person des Antragstellers aufgefundenen Unterlagen unzulässig war. Das Gesetz sieht ein Recht auf Decknamenentschlüsselung nur für Betroffene vor, nicht aber für ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes.

Auch in diesem Berichtszeitraum wandten sich vier Bürgerinnen und Bürger mit einem Widerspruch gegen die vorgenommene Einstufung der zu ihnen aufgefundenen Unterlagen als IM-Unterlagen sowie gegen die damit verbundene Kostenerhebung. In derartigen Fällen erläutert der BStU vor Erlass eines kostenpflichtigen Widerspruchsbescheides ausführlich die Sach- und Rechtslage. Dabei wird auf die hier maßgebliche archivische Betrachtung der Unterlagen und die dazu bestehende gefestigte Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Berlin hingewiesen. In drei Fällen wurde der Widerspruch nach den erklärenden Schreiben zurückgenommen und das Widerspruchsverfahren wurde eingestellt. In einem Fall ging der Widerspruch verfristet ein.

Zu vier Widerspruchsverfahren kam es, weil die Behörde Anträge wegen fehlender Rechtsgrundlage ablehnen musste. Hierbei handelte es sich um Anträge von Bürgern, die Auskünfte zu anderen Personen wünschten, um diese auf eine vermeintliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst zu überprüfen. Der Umstand, dass die nach den Vorgaben des StUG erforderlichen Angaben bei Anträgen zu Dritten vom Antragsteller nicht erbracht worden sind und damit eine Auskunft nicht möglich war, führte zu einem weiteren Widerspruchsverfahren.

Bei der Bearbeitung von Ersuchen öffentlicher und nicht-öffentlicher Stellen kam es im Berichtszeitraum zu keinen Widersprüchen. Bei Forschungs- und Medienan-

trägen sind zwei Widerspruchsverfahren geführt worden, wobei in einem Fall der zugrunde liegende Forschungsantrag wegen fehlender Zugangsvoraussetzungen abzulehnen war.

In vier Fällen wurden Widersprüche gegen Kostentscheidungen erhoben, die mit Einsichtnahmen und Herausgaben nach persönlicher Akteneinsicht und Forschungsanträgen verbunden waren. In einem Fall wurde der Kostenbescheid im Widerspruchsverfahren aufgehoben, ein Widerspruch wurde nach Erläuterung der rechtlichen Vorgaben zurückgezogen. Zwei Widersprüche wurden zurückgewiesen, da die Gebühr in der zulässigen Höhe erhoben wurde.

Dem BStU ist es in jedem Falle ein wichtiges Anliegen, dass seine Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sind und dies zu einer größeren Akzeptanz der von der Behörde getroffenen Entscheidungen und damit der erlassenen Bescheide führt.

4.5 Rechtsstreitigkeiten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz

Im Berichtszeitraum sind bei dem BStU zehn Klagen bzw. Anträge auf vorläufigen Rechtsschutz eingegangen, die sich auf die Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes beziehen. Gegenstand der Verfahren sind insbesondere Fragen des Zugangs naher Angehöriger zu den Unterlagen verstorbener Personen sowie Herausgaben von Unterlagen zu Medienanträgen.

Insgesamt 13 bei dem BStU geführte Verwaltungsstreitverfahren zu Rechtsfragen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes wurden im Berichtszeitraum durch eine gerichtliche Entscheidung abgeschlossen. In einem weiteren Verfahren galten die Klage und der entsprechende Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz als zurückgenommen, weil die Klägerin das Verfahren trotz Aufforderung des Gerichts nicht weiter betrieben hatte. Die wichtigsten Verfahren werden im Folgenden dargestellt.

Eins der umfangreichsten Verfahren des Berichtszeitraums war ein Eilverfahren, in dem sich der Antragsteller gegen die angekündigte Herausgabe von Unterlagen wandte, die seine frühere Tätigkeit als inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes dokumentieren. Der Antragsteller war zuvor durch Medienberichte in den Fokus der Öffentlichkeit geraten, weil er ein größeres Bauvorhaben an der Berliner East-Side-Gallery betreibt. Betroffene hatten ihn daraufhin als inoffiziellen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes wiedererkannt, von dem sie in den 80er-Jahren bespitzelt worden waren. Die Besonderheit der Aktenlage bestand hier darin, dass zur Person des Antragstellers keine Findmittel in Form von Karteikarten überliefert sind, da der IM-Vorgang im Jahr 1988 an die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) abgegeben worden war, wo die Unterlagen vermutlich im Zuge der Auflösung der HV A vernichtet wurden. Bei der Bearbeitung eines früheren Akteneinsichtsantrags des Antragstellers wurden daher keine Unterlagen zu seiner Person aufgefunden. Dies war erst im Rahmen aktueller Medienanträge zu seiner Person

möglich, bei denen zahlreiche Akten Betroffener in die Recherchen einbezogen werden konnten. In diesen Unterlagen finden sich Berichte, die die damalige IM-Tätigkeit des Antragstellers in seinem Freundes-, Bekannten- und Kollegenkreis dokumentieren.

Mit seinem Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz wandte sich der Antragsteller gegen die vorgesehene Herausgabe dieser Unterlagen im Rahmen von Medienanträgen nach §§ 34, 32 StUG. Er machte zunächst geltend, er sei nicht inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes gewesen. Im Laufe des weiteren Verfahrens modifizierte er sein Vorbringen dahingehend, er sei jedenfalls nicht für das MfS, sondern ausschließlich für andere Geheimdienste als inoffizieller Mitarbeiter tätig gewesen. Auch dienten die vorliegenden Medienanträge aus Sicht des Antragstellers nicht dem Zweck der Aufarbeitung des Geschehenen.

Sowohl das Verwaltungsgericht Berlin als auch das Obergericht Berlin-Brandenburg orientierten sich in ihren Entscheidungen am Inhalt der streitgegenständlichen Unterlagen. Diesen sei bei archivischer Betrachtungsweise eine frühere Tätigkeit des Antragstellers als IM für das MfS schlüssig zu entnehmen. Vor diesem Hintergrund seien die Unterlagen im Rahmen von Medienanträgen zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes herausgabefähig. Der Annahme des Aufarbeitungszwecks der vorliegenden Anträge stehe der Umstand nicht entgegen, dass der Antragsteller im Zusammenhang aktueller Begebenheiten in das Licht der Öffentlichkeit gelangt sei. Auch ergaben sich aus den beim BStU vorliegenden Unterlagen keine Bezüge zu einer möglichen Tätigkeit für andere Geheimdienste.

Aufgrund der Entscheidungen im Eilverfahren, dass die Herausgabe der Unterlagen zulässig sei und den Antragsteller nicht in seinen Rechten verletze, wurden die streitgegenständlichen Unterlagen im Herbst 2013 an die Medien herausgegeben. Der Antragsteller hat in der Hauptsache Klage zum Verwaltungsgericht Berlin erhoben, mit der er nunmehr die Feststellung begehrt, dass die erfolgte Herausgabe der Unterlagen rechtswidrig war. In diesem Verfahren ist noch keine Entscheidung ergangen. Streitgegenständlich ist hier unter anderem auch die Frage, ob der BStU bei Herausgaben an Forschung und Medien berechtigt ist, den Unterlagen ein von ihm erstelltes Hinweisblatt zur Erfassung und Aktenüberlieferung des betreffenden Vorgangs beizufügen. Dies ist nach Auffassung des BStU von der Befugnis zur Unterstützung der Antragsteller durch fachliche Hintergrundinformation und Erläuterung umfasst.

Ein weiteres derzeit beim BStU geführtes Verfahren hat die Herausgabe von Dokumenten aus Behördenvorgängen der Forschungsgruppe Rosenholz (siehe Siebenter Tätigkeitsbericht S. 29 f. und Achter Tätigkeitsbericht, S. 13) an einen Journalisten auf der Basis eines Antrags nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) zum Gegenstand. In dieser Sache war bereits im Jahr 2009 ein Urteil ergangen (VG Berlin, Urteil vom 1. September 2009, Az. 2 A 8.07). Der damalige Kläger beantragte nun die Vollstreckung aus die-

ser Entscheidung, da er nach seiner Auffassung das Material, soweit dieses keine personenbezogenen Informationen enthält, nicht vollständig erhalten habe. Im gerichtlichen Verfahren konnte der BStU demgegenüber auf die gewährte Akteneinsicht verweisen, bei der der Aktenvorgang dem Kläger über einen längeren Zeitraum hinweg vollständig zur Verfügung stand. Er nahm daraufhin den Antrag auf Durchführung der Zwangsvollstreckung zurück.

In dem vorstehenden Zusammenhang streitig ist nunmehr nur noch die Herausgabe von in den Behördenvorgängen enthaltenen Listen mit personenbezogenen Informationen, die aus Stasi-Unterlagen exzerpiert und aufgezeichnet wurden. Die Frage ist insbesondere, ob im Rahmen eines IFG-Antrages umfassende Recherchen nach StUG zu leisten sind, die aufgrund ihrer Komplexität die Arbeitskraft im zuständigen Bereich über Jahre binden würden.

In weiteren gerichtlichen Verfahren ging es um Rechtsfragen im Kontext der persönlichen Akteneinsicht. Ein Antragsteller wandte sich gegen einen Kostenbescheid, der auf der Einstufung der zu ihm aufgefundenen Unterlagen als solche zu einem IM basierte. Dem Verfahren zugrunde lag eine zu seiner Person angelegte IM-Vorlauf-Akte, derzufolge das MfS den Antragsteller, der seinerzeit bei der Volkspolizei in verantwortlicher Stellung tätig war, für eine Zusammenarbeit auf inoffizieller Basis werben wollte. In diesem Zusammenhang wurden vom MfS zunächst zahlreiche Informationen zum Antragsteller und seiner Familie zusammengetragen. Ausgangspunkt der angestrebten Werbung waren Gespräche im Rahmen des sogenannten politisch-operativen Zusammenwirkens, die das MfS mit dem Antragsteller in seiner dienstlichen Funktion als Beamter der Volkspolizei führte. Dokumentiert war die Weitergabe von Unterlagen und Informationen zu Personen durch ihn. Nach der ständigen Rechtsprechung zum StUG kann eine Bereiterklärung zur Informationslieferung gegenüber dem MfS auch konkludent erfolgen, d.h. durch tatsächliche Weitergabe von Informationen auf inoffizieller Basis. Vor diesem Hintergrund war im vorliegenden Fall darüber zu befinden, ob sich die durchgeführten Kontaktgespräche nach Aktenlage noch im Rahmen des offiziellen Zusammenwirkens bewegten. Zweifel an der rein offiziellen Ebene des Kontaktes bestanden beispielsweise wegen der wiederholt in den Unterlagen zu findenden Äußerung, der Vorgesetzte dürfe von den Gesprächen nichts wissen. Andererseits waren Ausgangspunkt der Gespräche stets dienstliche Fragen, und die weitergegebenen Informationen zu anderen Personen eher von untergeordneter Bedeutung. Das Gericht gab zu bedenken, dass bei der Bewertung schlüssigen Verhaltens die allgemeinen Anforderungen an die Auslegung von Willenserklärungen gelten. Daraus folgt für Fälle der konkludenten Bereiterklärung zur Lieferung von Informationen an den Staatssicherheitsdienst, dass ein Verhalten eindeutig den Schluss zulassen muss, die betreffende Person wolle künftig mit dem MfS auf inoffizieller Ebene zusammenarbeiten. Vor dem Hintergrund der auf der Grenze zwischen offizieller und inoffizieller Zusammenarbeit angesiedelten Aktenlage erklärte der BStU, die streitgegenständliche IM-Vorlauf-Akte künftig als Unterlage zu einem Betroffenen zu behandeln.

Der angefochtene Kostenbescheid wurde aufgehoben. Im Gegenzug nahm der Kläger die Klage zurück, sodass der Rechtsstreit beigelegt werden konnte.

Ein anderer Antragsteller machte im Klageverfahren geltend, er habe im Zuge seiner persönlichen Akteneinsicht nicht alle Informationen erhalten, die ihm zustünden. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass zu bestimmten Ereignissen und Begebenheiten seiner Vergangenheit keine Unterlagen existierten. Diesbezüglich wies der BStU darauf hin, dass von der Behörde nur die in den Archiven überlieferten tatsächlich vorhandenen Unterlagen und Informationen zur Verfügung gestellt werden können. Ferner monierte der Kläger die Anonymisierung von personenbezogenen Informationen zu einem anderen Betroffenen bzw. Dritten, der in den Unterlagen zu ihm genannt war. Er machte geltend, diese Person sei als IM vom MfS auf ihn angesetzt worden, was sich anhand der Unterlagen jedoch nicht nachvollziehen ließ. Grundlage einer rechtlichen Bewertung kann aus Sicht des BStU stets nur die archivarische Betrachtung des überlieferten Aktenmaterials sein. Schließlich wandte sich der Kläger gegen die Schwärzung des Namens einer Person, zu der er die Angaben benötige, um einen in den Unterlagen dokumentierten Vorfall aus seiner Vergangenheit näher aufklären zu können. Auch diesbezüglich war die Anonymisierung der Informationen aus Sicht des BStU zur Wahrung schutzwürdiger Betroffenenrechte geboten. Die dargestellten Streitfragen konnten letztlich im Zuge der Einsichtnahme des Klägers in den Behördenvorgang, anhand dessen sich die Bearbeitung seiner Anträge nachvollziehen ließ, sowie der gerichtlichen Verhandlung geklärt werden. Aufgrund entsprechender Erledigungserklärungen der Beteiligten wurde das Verfahren eingestellt.

Häufiger Gegenstand von Widerspruchs- und Klageverfahren waren im Berichtszeitraum Anträge naher Angehöriger auf Zugang zu Unterlagen vermisster oder verstorbener Personen nach § 15 StUG. Hier ging es vor allem um Fragen zum antragsberechtigten Personenkreis und zur Reichweite des Zugangsrechts.

Gegenstand eines verwaltungsgerichtlichen Klageverfahrens war ein Antrag auf Zugang zu möglicherweise vorhandenen Unterlagen zum verstorbenen früheren Lebensgefährten der Antragstellerin. Aus den Unterlagen erhoffte sich die Antragstellerin Aufschluss über eine mögliche Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes auf das Schicksal ihres Freundes. Das StUG sieht eine Antragsberechtigung unter anderem für Ehegatten, nicht jedoch für uneheliche Lebenspartner vor, sodass der Antrag unzulässig war. Die Antragstellerin hatte sich allerdings im Verfahren unter anderem auch darauf berufen, dass sie eventuell vorhandene Informationen aus den MfS-Unterlagen auch um ihrer gemeinsamen Kinder willen benötige, als deren gesetzliche Vertreterin sie handele. Diese Erklärung wurde als Akteneinsichtsantrag der minderjährigen Tochter zu ihrem Vater ausgelegt, der entsprechend in Bearbeitung genommen werden konnte. Das Gerichtsverfahren wurde daraufhin wegen Erledigung in der Hauptsache eingestellt.

In einem weiteren Rechtsstreit zum Aktenzugang naher Angehöriger ging es um die Reichweite des Zugangsrechts. Die Antragstellerin hatte zunächst geltend gemacht, über möglicherweise vorhandene MfS-Unterlagen zu ihrem bereits vor langer Zeit verstorbenen Vater mehr über die früheren Lebensumstände und persönlichen Verhältnisse ihrer Familie erfahren zu wollen. Sie selbst sei damals noch ein Kind gewesen, und in der Familie sei über viele Dinge nicht gesprochen worden. Die Zulässigkeit eines solchen Antrags war aus der Sicht des BStU fraglich, da auch der novellierte § 15 StUG das erweiterte Zugangsrecht naher Angehöriger an die Geltendmachung berechtigter Interessen im Zusammenhang mit dem Aufarbeitungszweck des StUG knüpft. In dem vorliegenden Verfahren war die Klägerin in der Lage, konkrete Ereignisse aus der Vergangenheit ihres Vaters zu benennen, die sie durch die Akteneinsicht näher aufklären wollte. Dementsprechend konnte der Rechtsstreit übereinstimmend erledigt und der nun zulässige Antrag in Bearbeitung genommen werden.

Ein weiteres Verfahren hatte einen Akteneinsichts Antrag zu dem verstorbenen Cousin des Antragstellers zum Gegenstand. Der Antrag sollte der Aufklärung dienen, ob möglicherweise ein zu DDR-Zeiten abgefasstes Testament vom MfS unterdrückt worden war. Das Verwaltungsgericht Berlin bestätigte in seinem Urteil, dass der Antrag als solcher zum verstorbenen Cousin unzulässig ist, da das StUG den Zugang zu Unterlagen vermisster oder verstorbener Personen nur für Verwandte bis zum dritten Grad zulässt, also ein entsprechendes verwandtschaftliches Näheverhältnis voraussetzt. Im Verfahren wurde dem Antragsteller aufgezeigt, unter welchen Gesichtspunkten in seinem Fall eine zulässige Antragstellung nach StUG möglich wäre.

Im Berichtszeitraum entschieden wurde außerdem über einen Antrag auf Zulassung der Berufung gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin, das die Reichweite des Aktenzugangsrechts früherer inoffizieller Mitarbeiter des MfS zum Gegenstand hatte (siehe zum Ausgangsverfahren Elfter Tätigkeitsbericht, S. 70). Der Kläger hatte einen Anspruch auf ungeschwärzte Zugänglichmachung bestimmter Passagen der zu ihm angelegten Unterlagen geltend gemacht sowie die Entschlüsselung eines in der IM-Personalakte enthaltenen Decknamens eines anderen IM beantragt, der zu seiner Person berichtet hatte. Durch Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg wurde der Antrag des Klägers auf Zulassung der Berufung abgelehnt. Das Gericht bestätigte die Rechtsauffassung des Verwaltungsgerichts, dass der Kläger keinen Anspruch auf Bekanntgabe von personenbezogenen Informationen zu Betroffenen habe, sondern das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung dieser Personen eine Schwärzung ihrer Daten erfordere. Das Berufungsgericht hat auch die begehrte Decknamenentschlüsselung verworfen, weil dieses Recht nach § 13 Abs. 5 StUG nur für Betroffene, nicht aber für Mitarbeiter des MfS gelte. Dementsprechend haben auch inoffizielle Mitarbeiter des MfS, über die in der Anbahnungsphase gezielt Informationen gesammelt wurden, kein Recht auf Decknamenentschlüsselung, da dies nach den Regelungen des StUG einen Betroffenenstatus nicht begründen kann.

5 Forschung und Publikationen

Der Forschungsbereich hat in den vergangenen zwei Jahren fünf Monographien, zwei Sammelbände, fünf Editionsbande und eine amerikanische Übersetzung des Bandes „Die Stasi“ von Jens Gieseke, der zu den Klassikern der Geschichtsschreibung über das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zählt, herausgegeben. Im Vordergrund laufender Projekte stehen weiterhin die Kernfragen nach der Rolle des MfS im Herrschaftsgefüge der Deutschen Demokratischen Republik, die Auswirkungen seiner Tätigkeit auf gesellschaftliche Prozesse und das (Alltags-) Leben in der DDR.

Damit erfüllt die Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) ihren gesetzlichen Auftrag gemäß Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) § 37 Abs. 3, über Struktur, Methoden und Wirkungsweisen der Staatssicherheit zu informieren. Ihre Funktion ist es, Basiswissen über das MfS bereitzustellen – eine Aufgabe, der insbesondere durch die Herausgabe des Handbuchs „Anatomie der Staatssicherheit“ in bislang 27 Teillieferungen nachgekommen wurde. Das MfS-Lexikon, das 2011 erschienen war, wurde wegen der großen Nachfrage schon 2012 in einer erweiterten zweiten Auflage vorgelegt. Die Publikation im Internet ist vorbereitet.

Kooperationen in der Forschung verbreitern die Möglichkeiten, Themen und Ansätze aufzugreifen. Von den jüngst erschienenen Werken ist eines in enger Zusammenarbeit mit der Universität Jena (Niethammer/Engelmann) entstanden; drei Publikationen sind aus der bewährten Kooperation mit dem Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung Potsdam erwachsen (Hürtgen, Wölbern und Gieseke). Eine weitere Kooperation besteht mit dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Kontinuierliche Arbeitskontakte bestehen weiterhin zum Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, der Robert-Havemann-Gesellschaft und der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Intensive Kooperationen, die im Berichtszeitraum ausgeweitet wurden, pflegt die Forschung mit den Netzwerkpartnern, den Behörden in den ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion, die ebenfalls die Akten der jeweiligen Sicherheitspolizeien verwahren und mit denen im Jahre 2008 ein Abkommen zur Zusammenarbeit geschlossen wurde. Neben Arbeiten in den bulgarischen, rumänischen und tschechischen Partnerbehörden sind die Arbeitskontakte zu den Kollegen vom polnischen Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) am intensivsten. Sie reichen von Ausstellungsprojekten bis hin zu einem gemeinsamen Digitalisierungsprojekt, in dem Akten, die die Zusammenarbeit der jeweiligen Sicherheitspolizeien mit dem KGB dokumentieren, elektronisch publiziert werden sollen.

Mit Leben erfüllt wurde auch eine im Dezember 2012 formell besiegelte Zusammenarbeit der Forschungsabteilung beim BStU mit dem Bundesnachrichtendienst (BND) und der dort eingerichteten Unabhängigen Historikerkommission. Die Aktenöffnung des BND und die daraus hervor-

gehenden Arbeiten zur Frühgeschichte des BND bzw. der Organisation Gehlen verbessern die Möglichkeiten, in aufeinander bezogenen Projekten den Wahrheitsgehalt der im deutsch-deutschen Geheimdienstkrieg ausgetauschten gegenseitigen Schuldzuschreibungen auszuloten.

Über diese institutionellen Kontakte hinaus haben einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Rahmen von Projekten oder Lehraufträgen Verbindungen zu Universitäten, so zur Humboldt-Universität und zur Freien Universität in Berlin, zur Leibniz-Universität Hannover und zur Liebig-Universität Gießen. Zwei im Forschungsbereich angesiedelte Promotionsprojekte entstehen in Kooperation mit der Universität Hannover bzw. der Humboldt-Universität Berlin. Douglas Selvage erhielt im Berichtszeitraum ein Stipendium des Woodrow Wilson Center in Washington. Im Rahmen eines dreimonatigen Forschungsaufenthalts verfasste er dort seine Studie zur Instrumentalisierung der AIDS-Verbreitung durch die kommunistischen Geheimdienste.

Das vom Deutschen Bundestag in Auftrag gegebene Gutachten „Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR“ wurde dem Bundestagspräsidenten im März 2013 übergeben. Das Gutachten zeichnet detailliert nach, welche Kanäle das MfS nutzte, um Informationen aus dem westdeutschen Parlament zu erhalten. Es beschreibt sowohl die Erfolge der geheimdienstlichen Aktionen als auch deren Begrenztheit. Wichtiges Ergebnis der Studie ist auch, dass es die von manchen vermutete „Stasi-Fraktion“ im Bundestag nicht gegeben hat. Das Gutachten ist seit Juni 2013 auf den Internetseiten des Deutschen Bundestages und des BStU einsehbar. Eine Print-Ausgabe kann über die BStU-Homepage bestellt werden.

Ein weiteres die Öffentlichkeit stark beschäftigendes Thema veranlasste den Forschungsbereich zu tiefergehenden Untersuchungen: die Arbeit von Häftlingen in DDR-Gefängnissen für westliche Firmen und den westlichen Markt. Entstanden ist eine empirische Arbeit zu diesem Thema, eingebettet in Überlegungen zur Arbeit von Häftlingen generell, zu Haft- und Arbeitsbedingungen in DDR-Gefängnissen und zum Ost-West-Handel. Die Monographie wurde mit großer Aufmerksamkeit bedacht und hat der öffentlichen Diskussion eine solide Grundlage gegeben. Damit konnte der BStU einen Akzent in der öffentlichen Debatte setzen.

Auch Jahrestage bieten die Möglichkeit, bestimmte Forschungsthemen mit einer gewissen Breitenwirkung zu transportieren. Dies zeigten mehrere Veranstaltungen zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, die an der zu diesem Anlass erschienenen Edition der Dokumente der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) aus diesem Satteljahr der frühen DDR-Geschichte festgemacht wurden. Mit dem Jahrgang 1953 aus der Reihe „Die DDR im Blick der Stasi“ liegt nun der Band zum ersten Jahrgang der Stasi-Berichte vor. Der Band ist über die reine Berichterstattung hinaus für die Selbstfindung der Staatssicherheit in dieser Krisensituation sehr aufschlussreich.

Zum 25. Jubiläum der Friedlichen Revolution ist ein Sonderband zu den ZAIG-Berichten aus dem Herbst 1989 erschienen, der Schlüsseldokumente dieser Phase enthält. Auch er war Anknüpfungspunkt für eine Reihe von Veranstaltungen, auf denen das Verständnis für die inneren Abläufe im DDR-Herrschaftsapparat in den Endmonaten der DDR vertieft werden konnte. Den längeren Vorlauf von Unzufriedenheit und Aufbegehren, die im Herbst 1989 kulminierten, thematisieren zwei Studien, die ebenfalls im Herbst 2014 erschienen sind: „Freiheit heißt, die Angst verlieren“, die sich mit Opposition und Widerstand im Bezirk Rostock auseinandersetzt, und „Fasse Dich kurz“. Letztere veröffentlicht erstmals Telefonabhörprotokolle, was eine breite öffentliche Aufmerksamkeit hervorrief. Die Protokolle bieten Einblicke in die Gespräche Oppositioneller in Ost-Berlin mit ihren Beratern und Freunden in Ost und West.

Im Berichtszeitraum wurde in der Forschungsabteilung die Arbeitsgruppe Regionalgeschichte neu eingerichtet. Sie erarbeitet kleinere Studien, die auf populärwissenschaftlicher Ebene dem Bedürfnis der Öffentlichkeit an regionalen Darstellungen Rechnung tragen. In Zusammenarbeit mit den Außenstellen sind bislang zwei Arbeiten aufgenommen worden, zum Bezirk Erfurt und zum Bezirk Schwerin.

Wie auch in den Vorjahren hat semesterbegleitend ein Kolloquium der Abteilung Bildung und Forschung (BF) in der Bibliothek des BStU stattgefunden. In 14 Vorträgen haben insbesondere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsbereichs ihre vorläufigen Arbeitsergebnisse zur Diskussion gestellt, ferner zwei Mitarbeiter des Archivs und ein Mitarbeiter einer Außenstelle. Vier externe Referenten trugen ihre Untersuchungen vor, die jeweils einen engen Bezug zum Forschungsfeld des BStU besaßen und zu regen Diskussionen Anlass boten (siehe Anhang 9).

5.1 Arbeit des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums

Das Wissenschaftliche Beratungsgremium (WBG) hat sich 2013 und 2014 insgesamt viermal getroffen. Im Mittelpunkt stand wiederum die Diskussion von neuen oder laufenden Forschungsprojekten. Acht Projekte wurden dem Beratungsgremium vorgestellt, für alle wurde eine weitere Bearbeitung empfohlen.

Neben diesen konkreten Projekten hat sich das WBG aber auch allgemeineren Themen zugewandt, so jeweils – aus gegebenem Anlass – der Diskussion um die Nennung von Namen hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter (IM) des MfS in Publikationen des BStU sowie der um die Bestimmung einer Größenordnung, wie viele IM zum Jahrestag 1988 in den Diensten der Staatssicherheit standen. Die Publikation eines Mitarbeiters hatte diese Diskussion neu entfacht. Eine daraufhin hauptsächlich von Roger Engelmann erarbeitete Expertise empfiehlt, scheinexakte Angaben zu IM zu vermeiden und lediglich von einer Größenordnung von zuletzt 180 000 IM zu sprechen. Die Expertise ist auf der Homepage des BStU nachzulesen.

5.2 Forschungsaktivitäten

5.2.1 Widerstand und Anpassung im Alltag

Dieser Forschungsbereich, der von Ilko-Sascha Kowalczyk geleitet wird, befasst sich mit der Wirkungsgeschichte des MfS und nimmt dabei auch Opposition und Widerstand sowie Repressionsgeschichte in den Blick.

Folgende Forschungsprojekte sind – zusätzlich zu den nachfolgend aufgeführten – bereits konzipiert und vom WBG positiv begutachtet worden: Eine Studie zum Verhältnis von MfS und SED, der Auftraggeberin der Stasi; hier wurden erste Aktenrecherchen und -sichtungen vorgenommen. Eine weitere Arbeit wird sich des Verhältnisses von MfS und Ministerium des Innern vor Ort annehmen, also das sogenannte politisch-operative Zusammenwirken in seiner konkreten Ausprägung in den Blick nehmen.

Editionsprojekt „Telefonabhörprotokolle“

Im Herbst 2014 erschien als Ergebnis eines Editionsprojekts die Publikation von Ilko-Sascha Kowalczyk und Arno Polzin: „Fasse dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit“. Im Mittelpunkt stehen Telefonabhörprotokolle, die das MfS bei Telefonaten zwischen Oppositionellen in Ost- und West-Berlin erstellte.

Im Kern ging es dabei um folgende Fragen: a) Was wollte die Opposition in der DDR am Vorabend der Revolution 1989? b) Welchen Stellenwert nahmen Verbindungen nach West-Berlin ein? c) Wie nahm das MfS a) und b) wahr und wie reagierte das MfS? d) Welchen wissenschaftlichen Stellenwert können Telefonabhörprotokolle, die das MfS bei Telefonaten zwischen Oppositionellen in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre aufnahm, beanspruchen? Die drei erstgenannten Fragenkomplexe zählen zu den wesentlichen Fragestellungen der Forschung und allgemeiner Debatten. Allerdings sind bislang nur relativ wenige einschlägige Arbeiten diesen Fragen systematisch nachgegangen. Dies hängt nicht zuletzt mit der komplizierten Quellenlage zusammen. Es wird vorrangig eine Quellengruppe in den Blick genommen, die bislang kaum als historische Quelle genutzt wurde bzw. genutzt werden konnte: Telefonabhörprotokolle. Diese können nur unter außerordentlich beschränkten Möglichkeiten und nur mit Einwilligung der Abgehörten von der Forschung verwendet werden. Das Projekt konnte damit wissenschaftliches Neuland betreten.

Politische Denunziation in der DDR

Das Phänomen Denunziation wurde bislang für die DDR-Zeit nicht hinreichend wissenschaftlich erforscht. Bisher standen die inoffiziellen Mitarbeiter im Fokus von Wissenschaft und Medien, eine qualitative Forschung verschiedener Arten der Zuträgerschaft steht aber bislang noch aus. Das Forschungsprojekt wird die Systembedingungen für Denunziation untersuchen und darstellen, inwieweit der Staat Denunziation unterstützte, förderte oder gar zu deren Professionalisierung beitrug. Es wird dabei zwischen spontanen Denunziationen und solchen nach Auftrag un-

terschieden. Bisher gilt die Annahme in der Forschung, dass es – beispielsweise im Vergleich zum Nationalsozialismus – in der DDR weitaus weniger spontane Denunziationen gegeben habe. Ziel des Projektes ist es zu klären, ob und wie sich die Bereitschaft zum Denunzieren im Laufe der DDR-Zeit wandelte und wie gesellschaftliche Verpflichtungen und Normen diesbezüglich zu bewerten sind.

Militärstrafvollzug und Disziplinarinheit in Schwedt aus der Sicht des MfS

In Schwedt war der Militärstrafvollzug für straffällige Wehrpflichtige angesiedelt. Auch über zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall ist nur wenig über die dortigen Zustände bekannt. Die Bestände des MfS bilden die maßgebliche Grundlage für Untersuchungen zum Thema, sodass beim BStU ein entsprechendes Projekt aufgenommen wurde. Bearbeitet wird es von Arno Polzin. Es ist erkennbar, dass das MfS über die gesamte Dauer der Militärstrafvollzugseinrichtung (1968–1990) vor Ort präsent war, sowohl durch die Besetzung von Stellen in der offiziellen Struktur als auch im inoffiziellen Bereich. Dabei standen sowohl die Insassen als auch die Bediensteten im Fokus der Beobachtung. Was der offiziellen Einflussnahme verborgen blieb, sollte durch die inoffiziellen Mittel erkannt oder bekämpft werden.

Wahlen in der DDR

Die Analyse der beim BStU lagernden Unterlagen zu den Wahlen in der DDR ist Teil der Fragestellung nach Formen des Widerstandes in der DDR, ihren Veränderungen und den Reaktionen des Staates, vor allem des MfS. In diesem Rahmen werden spezielle Funktionen des MfS bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Wahlen untersucht und dargestellt: Welche Funktion übernahm das MfS bei der Aufstellung und Bestätigung der Kandidaten und bei der Überwachung des Wahlvorgangs? Welche realen Prozentsätze von Nichtwählern und Gegenstimmen wurden in den Überlieferungen des MfS dokumentiert? Welche Maßnahmen wurden zur Verringerung des Anteils der Nichtwähler und Gegenstimmen bereits im Vorfeld von Wahlen durchgeführt?

Aktenlandschaft Jürgen Fuchs

Das Forschungsprojekt von Andreas Schmidt fragt danach, in welcher Weise und in welchem Umfang das MfS in die Lebensgeschichte von Jürgen Fuchs (1950–1999) eingegriffen hat. Ziel ist es, die um den Schriftsteller und Psychologen einschließlich Familie entstandene „Aktenslandschaft“ darzustellen. Alle vorhandenen Unterlagen wie Operative Vorgänge, Operative Personenkontrollen, Untersuchungsvorgänge, Haftakten, Vorgänge zu IM, Sachakten, Beobachtungsprotokolle, Ermittlungsberichte, Text-Karteikarten, Erfassungsbögen, Tonbänder, Kassetten, Videos und Fotos, Analysen und Berichte werden zu einem Kompendium gefügt. Diese Form der Aufbereitung hat sich bereits bei der Publikation „Aktenslandschaft Havemann“ zum Archivbestand zu Robert Havemann bewährt.

Geplante Internierungslager in der DDR

Zu den schockierenden Tatsachen, die nach dem Ende der DDR an die Öffentlichkeit gelangten, zählte auch, dass die Staatssicherheit plante, in großem Umfang Internierungslager einzurichten. Am ominösen „Tag X“, dem Tag, an dem der SED die Kontrolle zu entgleiten drohte, sollten nicht nur Regimekritiker eingesperrt werden, sondern ebenso Personen, von denen Solidaritätshandlungen hätten ausgehen können. Aufbauend auf der Publikation „Vorbereitung auf den Tag X“ von 1995 soll nun eine umfangreichere Darstellung zum sogenannten Vorbeugekomplex – über die Zahl der geplanten Lager und deren Lage, die erfassten Personen und die Internierungsbedingungen – erstellt werden. Die in den zurückliegenden Jahren erschlossenen Aktenbestände ermöglichen dabei erstmals eine tiefgehende Analyse dieses Kapitels der DDR-Geschichte. Dazu soll eine Studie von Thomas Auerbach erscheinen.

5.2.2 Das MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt/Westarbeit

Die Forschungsarbeiten von Helmut Müller-Enbergs zur Geschichte der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) wurden im Berichtszeitraum fortgesetzt.

Ein neues Forschungsgebiet unter dem Titel „Das MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt/Westarbeit“ ist 2013 im Projektbereich, der von Daniela Münkel geleitet wird, als neuer Schwerpunkt eingegliedert worden. Dieser Forschungsbereich soll die bisherige unter dem MfS-Begriff „Westarbeit“ firmierende Forschung in wesentlichen Punkten und auf neu zugänglicher Quellenbasis erweitern. Auf Grundlage der bereits durchgeführten Forschungen werden stärker Fragen nach der Rolle des MfS in der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West, der Interaktion der jeweiligen Geheimdienste, der propagandistischen Instrumentalisierung des Geheimdienstkrieges im Kampf gegen den äußeren Feind sowie gegen die innere Opposition und sozial- und gesellschaftsgeschichtliche Fragestellungen im Mittelpunkt stehen. Geografisch wird weiterhin der Schwerpunkt auf der Arbeit des MfS in der Bundesrepublik bzw. in Richtung bundesdeutscher Dienste in der DDR liegen.

Geschichte der HV A

Die Geschichte der HV A betrifft die Auslandsspionage der DDR im Zeitraum 1949–1990. Einerseits behandelt die Studie die wichtigen Zeitperioden und orientiert sich hierbei an der empirischen Forschung von Wandlungsprozessen. Dabei sollen die wesentlichen, die Handlung bestimmenden Personen benannt werden, um einen Zusammenhang zwischen einer oder mehreren Personen mit gleicher generativer Erfahrung oder gleichen Schlüsselerebnissen und mit anderen generativen Erfahrungen zu beschreiben. Andererseits werden die klassischen nachrichtendienstlichen Disziplinen wie Wissenschafts- und Technologiespionage, Gegenspionage, Militär- und Politikspionage erörtert. Eingebettet in die vorgenannte Periodisierung, erfolgt dies mit Blick auf ihren Wandel. Die

Veränderung der politischen Spionage erfolgte offenkundig gegenüber der der Wissenschafts- und Technologiespionage verzögert. Die erhobenen Daten werden in den politischen, ökonomischen, militärischen und nachrichtendienstlichen Kontext eingebettet.

Geheimdienstkonfrontation im Kalten Krieg

In diesem neuen Forschungsschwerpunkt wurde Anfang 2013 ein Forschungsprojekt begonnen, das die Rolle des MfS in der Konfrontation mit der „Organisation Gehlen“ bzw. dem Bundesnachrichtendienst (BND) und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im deutsch-deutschen Systemkonflikt untersucht. Das Projekt trägt den Titel „Geheimdienstkonfrontation im Kalten Krieg. MfS contra BND und BfV 1950–1972“. Es ist ein Kooperationsprojekt mit der „Unabhängigen Historikerkommission zur Geschichte des BND“ und wird von Daniela Münkel und Elke Stadelmann-Wenz bearbeitet. Konkret werden Spionageabwehr und Gegenspionage des MfS gegen die westdeutschen Geheimdienste untersucht. Das Projekt umfasst zeitlich sowohl die Hochphase des Geheimdienstkrieges in der ersten Hälfte der 50er-Jahre als auch die Zäsur des Mauerbaus 1961 und die sich daraus ergebenden Veränderungen für die Spionagetätigkeit beiderseits des Eisernen Vorhangs. Endpunkt ist der Beginn der konkreten Umsetzung der neuen Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts Anfang der 70er-Jahre, da damit die Eckpunkte der deutsch-deutschen Beziehungen neu definiert wurden und dies auch Einfluss auf die operative Praxis der Geheimdienste hatte. Ziel des Projektes ist es, die deutsch-deutsche Geheimdienstkonfrontation auch als gesellschaftsgeschichtliches Problemfeld des Kalten Krieges wahrzunehmen und in die asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte der beiden deutschen Staaten einzubetten. Dabei sollen die wechselseitigen Bezüge und spezifischen Handlungspraktiken, aber auch Wahrnehmungs- und Deutungsmuster der jeweiligen Akteure untersucht werden.

5.2.3 Zusammenarbeit osteuropäischer Staatssicherheitsdienste

Das MfS und der KSZE-Prozess

Im Berichtszeitraum wurde die Manuskriptarbeit von Walter Süß und Douglas Selvage im Rahmen des Forschungsprojekts „Das MfS und der KSZE-Prozess. Der Kampf der osteuropäischen Geheimdienste gegen Modernisierung und Globalisierung“ für den Zeitraum von 1973 bis 1989 fortgesetzt (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 73f.). Aktenfreigaben im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes erlaubten weitere ergänzende Forschungen. Zwischenergebnisse wurden auf internationalen Konferenzen in Visby und Lausanne präsentiert und u. a. in Beiträgen über „aktive Maßnahmen“ der osteuropäischen Staatssicherheitsdienste im KSZE-Prozess veröffentlicht.

MfS und MGB/KGB im sowjetischen Block 1950–1989

Das WBG befürwortete im Berichtszeitraum ein weiteres Projekt unter Leitung von Douglas Selvage: „MfS und

MGB/KGB im sowjetischen Block 1950–1989: Strukturen, Inhalt und Grenzen ihrer Beziehungen“. Den Schwerpunkt des Projekts wird die Zusammenarbeit der beiden „Bruderorgane“ auf höchster Ebene bilden: Maßgebliche Quellen sind Abkommen, Korrespondenz und Gesprächsprotokolle auf der Ebene des Ministers bzw. seiner Stellvertreter und auf der Ebene der Hauptabteilungsleiter. Um einen Überblick über die Kooperation zwischen MfS und KGB zu geben und beispielhaft die Auswirkungen dieser Kooperation auf Betroffene in der DDR, in der UdSSR und auch im Westen zu schildern, wird darüber hinaus die Umsetzung der Zusammenarbeit erforscht. Das Zusammenwirken der Staatssicherheitsdienste bei der Unterdrückung Oppositioneller und ihrer Unterstützer im Westen wird einen besonderen Schwerpunkt der Forschung bilden. Weil die meisten Akten der HVA zerstört wurden, werden neben der hausinternen Recherche Archivrecherchen bei den Schwesterbehörden des BStU erfolgen, wo größere Teile der Akten erhalten und zugänglich sind. Im Berichtszeitraum wurde mit Recherchen und der Materialerfassung begonnen. Die ersten Forschungsergebnisse wurden in Krakau auf einer Tagung des IPN vorgetragen.

AIDS-Desinformationskampagne des KGB

Ein Forschungsprojekt über die Rolle des MfS in der AIDS-Desinformationskampagne des KGB in den 80er-Jahren wurde 2014 mit der Veröffentlichung einer Studie von Douglas Selvage und Christopher Nehring in der Reihe „BF informiert“ abgeschlossen (siehe Abschnitt 5.3.1).

Zusammenarbeit zwischen dem MfS und der rumänischen Securitate

Schon vor längerer Zeit wurde eine Fallstudie über die Zusammenarbeit zwischen dem MfS und der rumänischen Securitate begonnen. Im Berichtszeitraum konnte das Projekt von Georg Herbstritt wieder aufgenommen werden. Die Fallstudie führt MfS- und Securitate-Akten zusammen, dokumentiert gemeinsame Aktionen beider Geheimdienste und analysiert die Phase der weitgehenden Nicht-Kooperation in den 70er- und 80er-Jahren. Die mehrschichtige und vergleichende Analyse geht den Konflikten zwischen den beiden kommunistischen Geheimdiensten nach. Ebenso fragt sie, auf welche Weise Menschen aus beiden Ländern von diesen Entwicklungen betroffen waren.

MfS-Operativgruppen

Das Forschungsprojekt „Kooperation und Kontrolle. Zielvorgaben, Funktionsweisen und Alltagspraxis der MfS-Operativgruppen in der Kooperation der Geheimpolizeien“ von Christian Domnitz wurde im Berichtszeitraum bis zur Arbeit am abschließenden Manuskript fortgeführt. Das Projekt behandelt die Operativgruppen, die das MfS in den meisten osteuropäischen Staaten unterhielt. Die Studie gibt einen historischen Abriss über deren Strukturen, Zusammensetzungen, Ziele und Funktionsweisen. Zwischenergebnisse wurden in Beiträgen bei einer Veran-

staltung des BStU in Berlin und auf internationalen Konferenzen in Krakau und Visby präsentiert.

Digitale Dokumentensammlung

Als Ergebnis eines mit dem polnischen IPN organisierten Arbeitstreffens im Jahre 2012 verabschiedeten die Leiter des Europäischen Netzwerks im Februar 2013 einen Beschluss über die Digitalisierung und Online-Veröffentlichung von Dokumenten über die multilaterale Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste des ehemaligen sowjetischen Blocksystems. In Zusammenarbeit mit dem IPN stellte der Forschungsbereich eine entsprechende Dokumentensammlung aus den Archiven der Partnerbehörden im Europäischen Netzwerk zusammen. Die Dokumente fokussieren auf die Zusammenarbeit der ehemaligen Staatssicherheitsdienste auf den Linien „Aufklärung“ und „Bekämpfung von Oppositionellen“. Die Dokumente sollen als Internet-Edition auf der Website des IPN veröffentlicht werden.

5.2.4 Herrschaft und Gesellschaft in der DDR-Provinz

Das Forschungsprojekt unter Leitung von Roger Engelmann untersucht im abgegrenzten Rahmen des Landkreises Halberstadt die regionalen Strukturen von Herrschaft und Gesellschaft in ihrer Langzeitentwicklung. Im Zentrum der Untersuchungen steht die Kreisdienststelle (KD) des MfS. Das Projekt zielt auf die umfassende Rekonstruktion der Herrschaftsausübung im DDR-Alltag. Hierzu wurden die Akten der KD Halberstadt und der Bezirksverwaltung (BV) für Staatssicherheit Magdeburg sowie die einschlägigen Bestände der SED, der Volkspolizei und des Rates des Kreises gesichtet und in wesentlichen Teilen ausgewertet. Teilergebnisse wurden bereits in mehreren Vorträgen und Aufsätzen vorgestellt. Aufgrund der Lage des Kreises Halberstadt an der innerdeutschen Grenze sind in dieser Region die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen des DDR-Grenzregimes als auch der verbesserten deutsch-deutschen Kontaktmöglichkeiten nach 1972 („Kleiner Grenzverkehr“) zu studieren.

Das methodisch und thematisch verwandte Projekt des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam zum Thema Ausreiseantragsteller im Kreis Halberstadt, zu dem Kooperationsbeziehungen bestanden, schloss Renate Hürtgen im Berichtszeitraum mit einer monografischen Publikation in der Wissenschaftlichen Reihe des BStU ab.

Studie zur Häftlingsarbeit in DDR-Gefängnissen

Eine Anfang 2013 von Tobias Wunschik als Expertise begonnene Studie zur Warenproduktion in DDR-Gefängnissen für westliche Unternehmen und der Rolle der Staatssicherheit erweiterte sich aufgrund umfangreicher Aktenlage zu einer umfassenden Forschungsarbeit über die Häftlingsarbeit in DDR-Gefängnissen und den deutsch-deutschen Handel. Die Arbeit machte deutlich, dass westliche Unternehmen stärker als bis dahin bekannt Produkte aus der DDR bezogen, die in Gefängnissen gefertigt wurden, auch von politischen Häftlingen. Für harte

Devisen konnte das SED-Regime so in den 80er-Jahren „Knastwaren“ im Wert von mindestens 200 Millionen DM jährlich absetzen. Aufgabe der Stasi war es, das devisenträchtige Geschäft abzuschirmen. Als Ergebnis der Forschungen entstand eine Publikation in der Wissenschaftlichen Reihe des BStU: „Knastware für den Klassenfeind“.

Volkswirtschaft und Umwelt als Wirkungsbereiche des MfS

Die beiden eng miteinander verknüpften Dissertationsprojekte des Bereichs „Volkswirtschaft und Umwelt als Wirkungsbereiche des MfS in der Ära Honecker“, in denen exemplarisch die Chemiekombinate des Bezirks Halle (Bitterfeld, Buna, Leuna) untersucht werden, stehen vor ihrem Abschluss. Das Dissertationsprojekt von Mark Schiefer widmet sich den wirtschaftshistorischen Fragestellungen, während Martin Stief den Schwerpunkt auf den ökologischen Aspekt setzt. Beide Arbeiten analysieren die Rolle der Geheimpolizei bei den in der ökonomischen Sphäre auftretenden Problemen und Konflikten, insbesondere auch die Reichweite etwaiger Einflussnahmen der Staatssicherheit auf ökonomische Entscheidungen. Außerdem wird die Rolle des MfS im Hinblick auf die Ressourcen- und Umweltproblematik in der DDR betrachtet, vor allem dessen Wahrnehmung von Umweltbelastungen und deren Auswirkungen auf die Bevölkerungsstimmung sowie seine Aktivitäten zur Unterbindung öffentlichkeitswirksamer Kritik. In beiden Projekten zeichnet sich die Erkenntnis ab, dass das MfS ganz überwiegend im Rahmen enger politisch-ideologischer Vorgaben, ökonomischer Sachzwänge und klassischer sicherheitspolitischer Prioritäten agierte und daher kaum in der Lage war, planwirtschaftlich bedingte Dysfunktionen zu bekämpfen, sondern diese sogar teilweise verstärkte.

5.2.5 Rechtsanwälte in der Ära Honecker

Dieses Projekt geht der Frage nach, inwieweit das MfS im Verbund mit anderen Institutionen Einfluss auf die Rechtsanwälte in der späten DDR nahm, um den „sozialistischen Anwalt“ zu formen, und wie sich dies insbesondere auf die Verteidigung in politischen Prozessen auswirkte. Dargestellt werden verschiedene Phasen der Einflussnahme durch das MfS, von der Auswahl der Anwälte über ihre Kontrolle bei der Ausübung des Mandats bis hin zu Eingriffen in das Geschehen in den Kollegien der Rechtsanwälte. Ferner wird untersucht, inwieweit das MfS einzelne Anwälte geheimpolizeilich „bearbeitete“ oder gar nutzte. Auch die Rolle der Selbstverwaltungsorgane der Anwaltschaft ist zu berücksichtigen, um den spezifischen Beitrag des MfS und die Relevanz des geheimpolizeilichen Agierens abschätzen zu können. Das MfS fungierte bei „staatssicherheitsgefährdenden“ Delikten bekanntlich als offizielles Untersuchungsorgan nach Strafprozessordnung und führte Vorermittlungen durch. Bis heute ist umstritten, inwieweit das MfS die Ermittlungen und den weiteren Prozessverlauf determinierte. Erstmals wurden daher die Ermittlungsfälle, die das MfS in Berlin initiiert hatte, komplett in eine Datenbank eingegeben und mit statistischen Methoden ausgewertet. Ergänzend werden ausgewählte

Fälle und Fallgruppen exemplarisch analysiert. Die Datenbasis erstreckt sich auf die Jahre 1972, 1984 und 1988. Begleitend zum Projekt wird seit 2011 ein rechtshistorisches Kolloquium durchgeführt, in dem sich BStU-interne und externe Wissenschaftler austauschen und Zeitzeugen befragen.

5.2.6 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Edition und Analyse der Stimmungs- und Lageberichte der ZAIG des MfS 1953 bis 1989

Die Edition der geheimen Berichte, die die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS zur Information der Partei- und Staatsführung der DDR seit dem Juniaufstand 1953 bis zum Dezember 1989 verfasst hat, wurde im Berichtszeitraum unter dem bekannten Titel „Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ fortgesetzt (zum Konzept siehe Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 76). Die Jahrgänge werden in Form einer Auswahl-edition (Buch) und einer Komplettedition auf einer dem Buch beiliegenden CD publiziert. Ein Jahr nach der Buchpublikation stehen die Daten kostenlos im Internet unter www.ddr-im-blick.de online zur Verfügung. Seit Sommer 2014 ist die Datenbank auch als kostenlose App für iPhones verfügbar. Zum Ende des Berichtszeitraumes sind die Jahrgänge 1953, 1961, 1976, 1977 und 1988 im Internet und als App zugänglich.

5.2.7 Regionalstudien

Zur regionalen Wirkungsgeschichte des Staatssicherheitsdienstes werden künftig kleine, eher populär ausgerichtete Studien erstellt. Diese untersuchen das Wirken der BV, KD und Objektdienststellen des MfS, regionale gesellschaftliche Organisationen und Wirtschaftsbetriebe oder Aktivitäten widerständiger Bürger, etwa in den Bereichen Kirche, Umweltschutz und Friedensbewegung. Für das MfS standen reale und vermeintliche Bedrohungen von Zielen der Partei- und Staatsführung im Vordergrund. Konkrete Fallbeispiele veranschaulichen die Vorgehensweise des MfS. Erste Forschungen werden sich mit dem Schweriner Sportclub „SC Traktor“ befassen.

Forschungsprojekt Kreisdienststelle Nordhausen

Wegen des guten Aktenbestandes der KD und der volkswirtschaftlichen Stellung des Kreises Nordhausen wurde diese KD für eine Regionalstudie ausgewählt. Der Kreis Nordhausen war wirtschaftlich und auch strategisch bedeutend. Hier befand sich eine Reihe überregional wichtiger Betriebe, in denen 18 550 Personen von den rund 108 000 Einwohnern des Kreises beschäftigt waren. Das Produktionsaufkommen nahm den zweiten Platz im Bezirk hinter dem Kreis Erfurt ein. Diese Bedeutung spiegelte sich auch in der organisatorischen und personellen Ausstattung der KD des MfS wider. Arbeitsweise, Organisationsstruktur, Personalbestand sowie das inoffizielle Netz der KD werden betrachtet, um „Herrschaft und Gesellschaft im Kreis Nordhausen“ – so der Titel eines Ma-

nuskripts – zu analysieren. Hierzu wurden alle GI-Akten (Geheimer Informator, Vorläufer der Kategorie IM) aus den 50er-Jahren und jeweils 100 bis 150 IM-Vorgänge aus den 60er-, 70er- und 80er-Jahren ausgewertet. Darüber hinaus wurden alle aktiven Vorgänge Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) untersucht. Das Aktenstudium erlaubt Schlüsse, wie die SED-Herrschaft im Alltag funktionierte, welche Disziplinierungsmechanismen griffen oder scheiterten, auf welche Formen von Zustimmung, Anpassung oder Widerstand sie trafen und welche Rolle die lokale Staatssicherheit als ein zentrales Element des DDR-Herrschaftssystems dabei spielte. Die bisherigen Forschungen belegen, dass Spitzeldienste nicht die Regel, sondern eher die Ausnahme in den geführten GI- bzw. IM- oder GMS-Vorgängen (hauptsächlich in den 50er-Jahren) waren und dass ihre Zahl nicht der Zahl der tatsächlich aktiven IM entspricht. So wurden im Jahre 1988 z. B. im Auftrag der Auswertungs- und Kontrollgruppe der BV Erfurt fast 50 Prozent der IM-Vorgänge sofort archiviert, da sie inaktiv waren und nur als „Karteileichen“ geführt wurden.

5.3 Publikationen

Die Manuskripte der Forschungsabteilung werden im Sachgebiet Publikationen von der Manuskriptbearbeitung über Satz und Layout bis hin zur Drucklegung als Verlags- oder Eigenveröffentlichung oder bis zur Onlinestellung bei elektronischen Publikationen begleitet. Diese behörden-eigene Schnittstelle ermöglicht die Qualitätssicherung im Haus sowie die Durchführung von Kooperationsprojekten und die Realisierung von Buchhandelsausgaben und Editionsprojekten.

Die Eigenpublikationen des BStU werden zusätzlich zu den Printausgaben als barrierefreie PDF-Dateien kostenlos online zur Verfügung gestellt. Im Berichtszeitraum konnten Veröffentlichungen retrodigitalisiert werden. Nunmehr stehen nahezu alle Bücher aus dem Selbstverlag der Behörde, auch ältere, als Download zur Verfügung. Durch den Internet-Auftritt der Behörde sowie ein regelmäßig aktualisiertes Gesamtverzeichnis der Veröffentlichungen werden die Publikationen beworben und mithilfe eines eigenen Publikationsvertriebs – auch über den Buchhandel – einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Im Folgenden werden die im Berichtszeitraum erschienenen Veröffentlichungen vorgestellt. Eine Liste sämtlicher Publikationen des BStU befindet sich im Anhang 10.

5.3.1 Monografien und Sammelbände

5.3.1.1 Bundestagsgutachten

Mit Schreiben vom 22. März 2013 übersandte der BStU dem Präsidenten des Deutschen Bundestages das rund 400 Seiten umfassende Gutachten „Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR“, das in der Forschungsabteilung erarbeitet worden war. Der Bundestagspräsident leitete es den Fraktionen zur Kenntnisnahme weiter und veröffentlichte es am 12. Juni 2013 auf der Internetseite des Bundestages. Eine Printversion des BStU folgte im September 2013 und

ist auf der BStU-Homepage im PDF-Format auch online verfügbar. Das Gutachten benennt neun Abgeordnete der Jahre 1949 bis 1989 als IM des MfS, von denen acht bereits bekannt waren. Bei elf weiteren sieht es starke Indizien für eine Zusammenarbeit mit dem MfS, es fehlen jedoch ausreichende Belege. Bis 1989 befand sich fast durchgängig mindestens ein IM unter den Abgeordneten, gelegentlich auch mehrere gleichzeitig. Eine vermeintliche „Stasi-Fraktion“ gab es im Bundestag aber zu keinem Zeitpunkt. Gleichwohl zeigt das Gutachten, wie intensiv die Arbeit des Parlaments vom MfS ausgespäht wurde: Bundestagsmitarbeiter, Referenten, Sekretärinnen und Journalisten in beachtlicher Anzahl lieferten als inoffizielle Mitarbeiter viele Interna. Zudem verstärkte das MfS in den 70er-Jahren die Telefonüberwachung gegen Abgeordnete und profitierte von Abschöpfgesprächen im politischen Raum.

Die Beeinflussung des Misstrauensvotums gegen Willy Brandt am 27. April 1972 durch das MfS stellte eine Ausnahme dar: Damals bestach das MfS zwei Unionsabgeordnete, die daraufhin mit ihrer Stimmabgabe den Sturz des SPD-Kanzlers verhinderten. Andere direkte Eingriffe in Parlamentsentscheidungen sind nicht nachweisbar. Offenkundig ist jedoch auch, dass die DDR durch die politische Spionage des MfS einen Informationsvorsprung hatte, den sie etwa im Rahmen innerdeutscher Verhandlungen ausnutzte. In welchem Ausmaß es derartige subtile Einflussnahmen gab, ist eine von zahlreichen Fragen, die das Gutachten an die künftige Forschung stellt. Das Gutachten hatte der Bundestagspräsident nach § 37 Absatz 3 StUG mit Schreiben vom 28. Oktober 2010 bei der damaligen BStU in Auftrag gegeben (siehe Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 23, und Elfter Tätigkeitsbericht, S. 78).

5.3.1.2 Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt

Unter diesem Titel erschien als Band 32 in der Reihe „BF informiert“ 2013 eine Studie von Daniela Munkel. Das Thema „Stasi und Willy Brandt“ ist mehr als die Affäre um den DDR-Spion Günter Guillaume. Neben Agenten im Umfeld Brandts und dem manipulierten Misstrauensvotum von 1972 behandelt dieser Band weitere Aspekte des Themas, das durch einen grundlegenden Wandel der Haltung von SED und Staatssicherheit gegenüber Brandt bestimmt ist, der seinerseits vom „Kalten Krieger“ zum Entspannungspolitiker wurde. Um die Person Willy Brandts entfaltete sich ein breites Spektrum unterschiedlichster Stasi-Aktivitäten. Geplante und realisierte Diffamierungskampagnen, Kooperationsangebote, „geheime“ Verhandlungs- und Gesprächskanäle werden genauso in den Blick genommen wie die Berichterstattung der Staatssicherheit über Willy Brandt an die Partei- und Staatsführung.

5.3.1.3 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung: 1953, 1965 und Herbst 1989

Aus Anlass des 60. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 erschien 2013 der Jahrgang 1953 der Reihe

„Die DDR im Blick der Stasi“, bearbeitet von Roger Engelmann. Der Volksaufstand vom Juni 1953 löste in der Staatssicherheit eine intensive Stimmungs- und Lageberichterstattung aus, die innerhalb von wenigen Wochen in ein geregeltes Informationswesen mit festen Strukturen und einem vorgegebenen Berichtskanon mündete. Die Berichte dieses Jahres spiegeln die prekäre Situation nach dem Aufstand sowie die damit verbundenen Ängste und Feindbilder der Machthaber wider. Mit der Einrichtung von sogenannten Informationsgruppen in der Berliner Zentrale und den Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit im August 1953 erhielt der tägliche Lagebericht die Bezeichnung „Informationsdienst“ sowie eine Gliederung, die die Behandlung der Rubriken „Lage in der Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft“, „Stimmung der übrigen Bevölkerung“, „Ereignisse von besonderer Bedeutung“, „Feindtätigkeit“, „Stimmen aus Westberlin und Westdeutschland“ und „Einschätzung der Situation“ verbindlich machte.

Im August 2014 erschien ein Sonderband der Reihe als reine Auswahledition unter dem Titel „Herbst 1989 im Blick der Stasi“, bearbeitet von Daniela Münkel. Im Herbst 1989 steht die DDR kurz vor dem Zusammenbruch: Die Opposition wird zur Massenbewegung; es bilden sich neue politische Organisationen. Die politische Führung verschließt die Augen, will ein „Weiter so“ – notfalls auch mit Gewalt – und ist unfähig zu Reformen. Die DDR-Geheimpolizei zeichnet in ihren Berichten aus dieser Zeit ein eindrucksvolles Bild der sich überschlagenden Ereignisse vor dem Fall der Mauer. Die eingeleitete und kommentierte Auswahledition umfasst den für die Friedliche Revolution entscheidenden Zeitraum von Mitte September bis zum 9. November 1989.

Ende 2014 erschien der Editions-Jahrgang 1965, bearbeitet von Bernd Florath. Im Jahr 1965 wurden die Wirtschaftsreformen der DDR, die nach dem Mauerbau eingeleitet worden waren, von einer zaghaften Öffnung hin zu einem vielfältigen geistigen Leben begleitet. Das Neue Ökonomische System strebte nach mehr Dynamik und Eigenverantwortlichkeit. Die vom MfS gemeldeten Störungen und Havarien lieferten Munition für den SED-Apparat, der um seine Macht fürchtete. Reformgegner innerhalb des Parteiapparats provozierten Jugendliche gezielt zum Protest, um anschließend den reformorientierten Politikern Kontrollverlust vorwerfen zu können. Am Ende des Jahres stand schließlich das sogenannte Kahlschlagplenum, das 11. Plenum des Zentralkomitees der SED, in dem der Wirtschaftsreform das Rückgrat gebrochen und die Freiheit der Künste massiv beschnitten wurden. Diese Themen und viele Einzelvorkommnisse prägen die Berichte des Jahrgangs 1965.

5.3.1.4 Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression

2014 erschien die Publikation „Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression. Ein Kulturkonflikt in der späten DDR“, herausgegeben von Lutz Niethammer (emeritierter Professor am Historischen Institut der Universität

Jena) und Roger Engelmann (BStU) und koordiniert als Band 35 der wissenschaftlichen Reihe des BStU (Analysen und Dokumente).

In den frühen 80er-Jahren lockerte die SED ihre kulturpolitischen Vorgaben und schien damit in der DDR Raum für neue formale und inhaltliche Ansätze zu geben. Auch fernab von Berlin nutzten unkonventionelle Nachwuchskünstler ihren vermeintlichen Spielraum. In Gera, einer von Industrie und Verwaltung geprägten Bezirksstadt, entstand ein kleines Zentrum alternativer Popularkultur, das zum Gegenstand eines bemerkenswerten Kulturkonfliktes wurde. Die Beiträge des Sammelbandes machen deutlich, wie unterschiedlich die staatlichen Stellen vor Ort reagierten. Während die zuständigen Kulturpolitiker die Künstler förderten oder zumindest tolerierten, betrachtete die örtliche Staatssicherheit sie von Anfang an als „feindlich-negativ“ und bekämpfte sie mit großem Aufwand.

5.3.1.5 Ausreise per Antrag

Die Publikation „Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz“ wurde von Renate Hürtgen im Verbund des Forschungsbereichs „Herrschaft und Gesellschaft in der DDR-Provinz“ verfasst und erschien 2014 als Band 36 der wissenschaftlichen Reihe „Analysen und Dokumente“ des BStU. Am Beispiel der „Antragsteller auf ständige Ausreise“ im Kreis Halberstadt veranschaulicht die Studie Gesellschaft und Herrschaftsalldag in der Honecker-Ära. Sie betrachtet sowohl die Herrschaftspraxis im regionalen „Mikrokosmos der Macht“ und den Umgang der lokalen Funktionäre mit den Antragstellern als auch die „Ausreiser“ selbst, ihre Herkunft, Sozialisation und kulturellen Prägungen sowie ihre Motive und das Verhältnis zu ihrem sozialen Umfeld. Dabei zeigt sich, dass unter den Antragstellern häufig gerade jene waren, die bis dahin ein durchaus angepasstes Leben geführt hatten, dessen Grenzen sie nun nicht mehr ertragen wollten. Alle Antragsteller wurden von der jeweiligen Kreisdienststelle des MfS beobachtet und verfolgt. Gerade für den Kreis Halberstadt besteht eine gute Überlieferung mit entsprechend guter Quellenlage für diese Regionalforschung. Die Studie entfaltet eine differenzierte Sicht auf die DDR-Gesellschaft, in der trotz Allgegenwart der Sicherheitsapparate und geschlossener Grenzen auch Eigensinn und Zivilcourage praktiziert wurden.

5.3.1.6 Knastware für den Klassenfeind

Ebenfalls in der wissenschaftlichen Reihe des BStU (Analysen und Dokumente) erschien 2014 als Band 37 der Titel des BStU-Forschers Tobias Wunschik „Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970–1989)“. Ein Ergebnis der Studie war, dass neben Ikea viele weitere westliche Firmen in der DDR produzieren ließen. 250 ostdeutsche Betriebe beschäftigten neben „freien“ Arbeitern auch Häftlinge, darunter politische Gefangene. Letztere mussten zusammen mit Kriminellen arbeiten und hatten meist mehr zu leisten als „freie“ Beschäftigte. Möbel, Strumpf-

hosen, Schreibmaschinen, Fotokameras, Werkzeugkästen und Motorradteile stammten ganz oder teilweise aus Haftanstalten wie Halle oder Hoheneck, Bautzen oder Brandenburg. Zumindest der Konzernleitung von Quelle war vor 1989 bekannt, dass Häftlingsarbeiterinnen die von ihr vertriebene Bettwäsche in Hoheneck genäht hatten. Ebenso wusste Ikea von der Möbelproduktion durch Waldheimer Gefangene. Teilweise mussten die Häftlinge unter stark gesundheitsgefährdenden Bedingungen arbeiten. Das Buch untersucht mit neuen Aktenfunden das Geschäft mit der Ware aus den DDR-Haftanstalten als Teil des innerdeutschen Handels.

Das MfS spielte an nahezu allen Stationen dieses Produktions- und Handelssystems seine überwachende Rolle und sorgte für Geheimhaltung. Die westlichen Firmen, die teilweise Büros in Ost-Berlin unterhielten, wurden beobachtet, um angebliche Spionage zu unterbinden. Ebenso wurden die Westkontakte der ostdeutschen Exportbetriebe und deren Mitarbeiter kontrolliert sowie alle Betriebsangehörigen überprüft, die mit Häftlingen in Berührung kamen. Der Autor untersuchte eine vielschichtige Akten-Überlieferung in den Archiven des BStU, im Bundesarchiv sowie mehreren Staatsarchiven der Bundesländer.

5.3.1.7 Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989

Als Band 38 der Wissenschaftlichen Reihe „Analysen und Dokumente“ erschien 2014 das Buch von Jan Philipp Wölbern „Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen“. Es war ein innerdeutsches Tauschgeschäft Mensch gegen Ware, das parallel zur Existenz von Mauer und Grenzregime praktiziert wurde. Von 1963 bis 1989 kaufte die Bundesregierung über 33 000 politische Häftlinge aus DDR-Gefängnissen frei, im Gegenzug erhielt das SED-Regime Waren im Wert von rund drei Milliarden DM. Im Auftrag der SED war das MfS an der Durchführung der „Häftlingsaktionen“ an zentraler Stelle beteiligt. Diese erste quellenfundierte Gesamtdarstellung zur Geschichte des Häftlingsfreikaufs greift deshalb in wesentlichen Teilen auf die Aktenüberlieferung beim BStU zurück.

Im Kontext der deutsch-deutschen Beziehungen untersucht die Studie Entstehungsgeschichte, Entwicklung und Folgewirkungen des Häftlingsfreikaufs. Erstmals werden so der Ablauf der Gespräche, die Handlungsoptionen der Beteiligten und die Sozialstruktur der freigekauften Gefangenen deutlich. Die Studie beleuchtet die Gratwanderung beider Seiten: Der Westen konnte zwar unschuldig Inhaftierten zur Freiheit verhelfen, doch stabilisierten die Gegenleistungen das SED-Regime. In noch größere Widersprüche verstrickte sich die DDR: Einerseits wurden die Waren bzw. Devisen für Wirtschaft und Schuldendienst verwendet, doch demoralisierte der Freikauf die Mitarbeiter des Repressionsapparates, eröffnete den Ausreisewilligen ein Schlupfloch in der Mauer und beschädigte das internationale Ansehen der DDR. Dabei verschoben sich die Gewichte allmählich zuungunsten der DDR. Gelang es ihr anfangs noch, durch Betrugsmanöver und die Entlassung

von rund 40 Prozent aller Freigekauften in die DDR die negativen Folgen zu begrenzen, führte der Devisenbedarf der 80er-Jahre dazu, dass auf die Einkünfte aus dem Freikaufsgeschäft kaum noch verzichtet werden konnte. Demgegenüber war er für die Betroffenen die einzige Hoffnung auf ein Leben in Freiheit, wenngleich viele bis heute unter den Hafterlebnissen leiden.

5.3.1.8 „Freiheit heißt, die Angst verlieren“

Im Herbst 2014 wurde das 540 Seiten umfassende Werk von Christian Halbrock „Freiheit heißt, die Angst verlieren“. Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock“ publiziert. Die Untersuchung lotet die verschiedenen Formen des Aufbegehrens aus, von Verweigerung, Resistenz, Opposition bis hin zu Widerstand. Außerdem wird gefragt, welche Verweigerungsformen für welche Phase der DDR-Geschichte typisch waren, ob es hier Verschiebungen gab und welche Arten von Aufbegehren überhaupt möglich waren. Im Zentrum steht dabei die Überlieferung des MfS, die systematisch und quellenkritisch ausgewertet wurde. Erschienen ist dieses Buch als Band 40 der Wissenschaftlichen Reihe „Analysen und Dokumente“ des BStU.

5.3.1.9 Fasse Dich kurz – Telefonabhörprotokolle

Das Ministerium für Staatssicherheit hat in der DDR eifrig Telefonate abgehört. In diesem rund 1 000-seitigen Editionsband (siehe Abschnitt 5.2.1) werden unter dem Titel: „Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit“ erstmals Quellen aus der Spätphase der DDR veröffentlicht, die auf Telefonüberwachungsmaßnahmen zurückgehen. Herausgegeben wurde dieser in der Wissenschaftlichen Reihe „Analysen und Dokumente“ erschienene Band 41 von Ilko-Sascha Kowalczuk und Arno Polzin. Die Quellen erlauben eine präzise Rekonstruktion, wie Stasi und SED mit abgehörten Telefonaten umgingen. Zugleich gestatten sie einen neuen Einblick in das Denken und die Aktivitäten von Oppositionellen in Ost-Berlin und ihren Gesprächspartnern im Westen.

5.3.1.10 „Genossen, wir müssen alles wissen!“

Im September 2014 erschien im Lukas-Verlag das Buch von Thomas Auerbach und Gudrun Weber „Genossen, wir müssen alles wissen! DDR-Alltag im Spiegel der Stasi-Akten. Ein Lesebuch“. Der mit zahlreichen Abbildungen illustrierte Band bietet auf 205 Seiten eine bunte Auswahl zusammengetragener Auszüge aus Akten der Stasi. Die Dokumente geben Zeugnis von Verrat, Unterdrückung, Ausbeutung, Betrug oder menschlicher Bosheit und Herzlosigkeit. Sie belegen aber auch, dass Menschen während 40 Jahren Diktatur häufig widerstanden haben oder gegen das System aufbegehrten. In der Summe entsteht aus der Prosa des verhassten Repressionsapparates ein die Wirklichkeit der DDR facettenreich spiegelndes Lesebuch.

5.3.1.11 Die AIDS-Verschwörung

Der Titel „Die AIDS-Verschwörung. Das Ministerium für Staatssicherheit und die AIDS-Desinformationskampagne des KGB“ von Douglas Selvage und Christopher Nehring ist im Herbst 2014 in der Reihe „BF informiert“ als Band 33 erschienen. Mit dem Auftauchen des für das AIDS-Syndrom verantwortlichen HI-Virus Anfang der 80er-Jahre begannen Forschungen, aber auch Spekulationen um dessen Herkunft. 1992 gab ein ranghoher Mitarbeiter des KGB zu, dass der sowjetische Geheimdienst hinter einer internationalen Desinformationskampagne zum Thema AIDS gestanden habe. Das Virus, so lautete eine zentrale Behauptung, stamme aus einem US-amerikanischen Forschungslabor und sei dort als Geheimwaffe entwickelt worden. Die vorliegende Studie geht auf der Basis von Stasi-Akten aus Deutschland und Überlieferungen ehemaliger Ostblockstaaten den Spuren dieser Kampagne nach. Dabei gerät vor allem die Rolle der HV A des MfS in den Blick. Von ihr wurden Forschungsprojekte unterstützt, die die „KGB-These“ untermauern sollten, oder Dokumentarfilme finanziert, die die Verschwörungstheorie auch im Westen zu verbreiten hatten. Das besonders Perfidie daran: Die Desinformationen und die daraus entwickelten Verschwörungstheorien wirkten weit über das Ende der kommunistischen Geheimdienste hinaus – teilweise bis heute.

5.3.2 MfS-Dokumente online

Um dem Bedarf der Öffentlichkeit an leicht zugänglichen Basisinformationen zum MfS Rechnung zu tragen, veröffentlicht der BStU unter dem Titel „MfS-Dokumente online“ zentrale Quellen zur Arbeit der Staatssicherheit auf seiner Homepage (siehe Abschnitt 6.4.2). Das Portal wird sukzessive erweitert. Im Berichtszeitraum kam eine von Cornelia Jabs ausgearbeitete und eingeleitete umfangreiche Quellensammlung zum Thema „Ministerium für Staatssicherheit und Grenze“ hinzu. Die Unterlagen behandeln Fluchten an der innerdeutschen Grenze und deren Strafverfolgung. Der Schwerpunkt liegt auf den im Stasi-Archiv überlieferten, ehemals streng geheim gehaltenen Befehlen, Weisungen und Dienstvorschriften des MfS. Ergänzt wird die Sammlung durch einschlägige Vorschriften anderer Ministerien und staatlicher Stellen.

5.4 Wissenschaftliche Tagung

Dem Volk auf der Spur ... Staatliche Berichterstattung über Bevölkerungstimmungen im 20. Jahrhundert. Deutschland, Osteuropa, China

Das Ende der Pilotphase des Forschungs- und Editionsprojektes „Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die DDR-Führung 1953 bis 1989“ bot den Anlass zur Durchführung einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz am 13./14. Mai 2014 in Berlin. Im Mittelpunkt der Konferenz stand eine bestimmte Kategorie von Berichten – die Stimmungsberichte in Diktaturen. Es wurde in der Längsschnittperspektive des 20. Jahrhunderts u. a. nach den Inhalten der Berichte, ihrem Aussagewert, ihren Entstehungsbedingungen und ihrer Rezeption

durch die jeweilige politische Führung gefragt: Was denkt die eigene Bevölkerung? Welche Themen und welche Probleme bewegen das Volk? Welche Meinungen haben die Menschen von der politischen Elite? Diese Fragen beschäftigen die Regierenden von jeher. Während sie sich in pluralistischen Gesellschaften dazu der Medien sowie der Meinungsforschung bedienen, greifen die Herrschenden in Diktaturen auf geheimpolizeiliche Methoden zurück. Ob im Nationalsozialismus, in der DDR, in Polen, in der Sowjetunion, in Bulgarien oder in China – Stimmungsberichte von Inlandsgeheimdiensten zählten und zählen weiterhin zu den wichtigsten Informationsquellen der Staats- und Parteiführungen.

5.5 Bibliothek

Die wissenschaftliche Spezialbibliothek des BStU sammelt Veröffentlichungen insbesondere zum MfS und anderen Geheimdiensten, zu modernen Diktaturen, zu Kommunismus und Totalitarismus, zur Sowjetischen Besatzungszone und zur DDR, zur Deutschlandpolitik und den innerdeutschen Beziehungen, zu Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa sowie Biografien und biografische Nachschlagewerke. Der Bestand konnte im Berichtszeitraum durch gezielte Erwerbung, Tausch und Geschenke um über 1 200 Medien erweitert werden. Die Bibliothek bezieht laufend rund 116 Zeitschriften sowie 15 Tages- und Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazine. Darüber hinaus verfügt sie über einen Archivbestand von über 200 deutschsprachigen Zeitschriften. Neuerwerbungen der Bibliothek werden zweimonatlich, eine Bibliografie zum Staatssicherheitsdienst der DDR jährlich aktualisiert und auf der Internetseite veröffentlicht.

Die Bibliothek des BStU ist Mitglied in mehreren bibliothekarischen Verbänden und wurde im Berichtszeitraum zusätzlich Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken (AGGB). Sie steht auch der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung. Seit dem zweiten Halbjahr 2014 ist der Bibliotheks-Katalog auf der Internetseite des BStU abrufbar. Die Bestände können nun online recherchiert werden. Die Bibliothek hat im Jahr 2014 ihre Zeitschriftenbestände bei der Zeitschriftendatenbank eingepflegt, damit sind auch diese Bestände online recherchierbar.

6 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der SED-Diktatur steht der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) vor neuen Herausforderungen bei seiner Aufgabe, die Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise der DDR-Staatssicherheit zu unterrichten. Der Generationenwechsel bedeutet auch, dass zunehmend mehr Menschen die DDR nicht mehr aus eigenem Erleben kennen und daher wenig über die SED-Diktatur und die Mechanismen der Repression wissen. Das verändert den Dialog, die Aufbereitung und Erzählweise über die jüngste deutsche Vergangenheit. Ziel des BStU ist es, mithilfe der Stasi-Unterlagen zur Auseinandersetzung

mit den Herrschaftsmechanismen in der SED-Diktatur und dem Alltag in der Diktatur beizutragen.

Eine besondere Bedeutung kommt nach Überzeugung des Bundesbeauftragten dabei den historischen Orten zu, da hier Geschichte anschaulich erfasst werden kann. Bei der Erfüllung seiner Aufgabe der Unterrichtung der Öffentlichkeit unterstützt der BStU zivilgesellschaftliche und staatliche Institutionen dabei, die Orte des Wirkens des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) – insbesondere die Haftanstalten und auch ehemalige Dienststellen des MfS – für die historisch-politische Bildung zu nutzen. Der BStU reagiert damit auf die veränderte Gedenkstättenlandschaft in den Bundesländern. Die Gedenkstätten in den Ländern verfügen mittlerweile über eine Vielzahl eigener Angebote im Bereich der historisch-politischen Bildung und ermöglichen es dem BStU dadurch, sich stärker als bisher in seiner Rolle als Archiv für die Stasi-Unterlagen in den Prozess der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur einzubringen.

Die Archivbestände begreift der BStU als authentische Dokumente des Repressionsapparates der SED-Diktatur und stellt sie daher in den Mittelpunkt seiner archivbezogenen Angebote zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des MfS. Hierbei haben die Archivbesichtigungen ein besonderes Gewicht.

Die auf dem Gelände der ehemaligen Zentrale des MfS in Berlin angesiedelte Projektwerkstatt des BStU ist Ausgangspunkt für vielfältige Formen von Schülerprojekten des Bildungsteams. Alle Angebote beziehen sowohl den historischen Ort, besonders das Stasi-Unterlagen-Archiv, als auch den historischen Bestand „Stasi-Unterlagen“ ein.

Die am 14. Januar 2015 am Ort des Dienstsitzes des ehemaligen Stasi-Ministers Erich Mielke im „Haus 1“ eröffnete neue Dauerausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“, die der BStU im Berichtszeitraum gemeinsam mit dem Verein Antistalinistische Aktion (ASTAK e.V.) erarbeitet hat, erschließt dem Besucher die Stasi-Thematik am Ort der früheren Machtzentrale und gibt zahlreiche Anknüpfungspunkte für weitere inhaltliche Angebote.

Mit der Weiterentwicklung und Bereitstellung von Bildungsmaterialien aus den Aktenbeständen unterstützt der BStU Schulen und außerschulische Bildungsträger dabei, auch ortsunabhängig eine fundierte Grundlage zur Bearbeitung des Themas DDR-Staatssicherheit in der SED-Diktatur zu bieten.

Um vor allem den jüngeren Generationen einen adäquaten, zielgruppenspezifischen und daher digitalen Zugang zum Thema Stasi zu bieten, wurde im Berichtszeitraum das Online-Angebot der Behörde mit neu entwickelten Formaten verstärkt. Insbesondere wurde die Stasi-Mediathek gelauncht, die ausgewählte Archivalien auf Basis einer semantischen Suche der komplett volltexterschlossenen Dokumente, Videos, Fotos und Audiodateien bereitstellt. Das zusätzliche digitale Angebot dient aber nicht nur dem Ziel, die nächste Generation besser zu erreichen, sondern ist gleichzeitig ein Angebot von online präsentierten Inhal-

ten des Archivs für Geschichtsinteressierte sowie für Institutionen der Aufarbeitung und überhaupt der politischen Bildung.

Zur Unterrichtung der Öffentlichkeit wurden geeignete, exemplarische Auszüge aus MfS-Unterlagen auch in gedruckter Form in sogenannten Dokumentenheften mit thematischen Schwerpunkten angeboten, um das Wirken des MfS zu veranschaulichen. Entsprechende Inhalte des Archivs wurden potenziellen Nutzern jeweils bezogen auf historisch bedeutsame Themen oder beispielhafte Ereignisse präsentiert, anlassbezogen und von entsprechender Pressearbeit begleitet.

Auch bei seinen Veranstaltungen konzentriert sich der BStU seit 2013 zunehmend auf Themen, die das Wirken und die Methoden der Staatssicherheit in der SED-Diktatur auf der Grundlage von Dokumenten aus dem Archiv darstellen. Gleichzeitig sollen die Veranstaltungen Interesse am Potenzial des Archivs wecken sowie die Arbeit der Behörde vorstellen. Zudem wird die Arbeitsteilung mit anderen Institutionen intensiviert, die in der Aufarbeitung engagiert sind. Hierbei bringt der BStU vor allem seine Expertise als Archiv ein.

6.1 Lernort ehemalige Stasi-Zentrale

Auf dem Gelände der früheren Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander das ehemalige Zentralarchiv des MfS und das Stasi-Museum. Mehrere Aufarbeitungsinitiativen zur SED-Diktatur haben im „Haus 1“ ihre Büros und Beratungsräume. Seit 2012 befindet sich dort auch die Projektwerkstatt des BStU für Schülerinnen und Schüler.

Im Berichtszeitraum waren die Erarbeitung der neuen Dauerausstellung in „Haus 1“ gemeinsam mit der Aufarbeitungsinitiative Antistalinistische Aktion e.V. (ASTAK) (siehe Abschnitt 6.1.1) und die Entwicklung ortsspezifischer und archivbezogener Bildungsangebote (siehe Abschnitt 6.1.2) von großer Bedeutung. Das Ziel, die ehemalige Stasi-Zentrale künftig als Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand zu nutzen und fortzuentwickeln, wird in einem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 27. Juni 2013 unterstützt (Bundestagsdrucksache 17/13698).

6.1.1 Neue Dauerausstellung in „Haus 1“ „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“

In Zusammenarbeit mit der ASTAK hat der BStU im Berichtszeitraum in „Haus 1“ eine umfassende Ausstellung über den Staatssicherheitsdienst der SED erarbeitet. Ergänzt wird die Ausstellung durch ein breit gefächertes Bildungsangebot. Damit wurde der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 13. November 2008 umgesetzt, diesen bedeutungsvollen historischen Ort für die politische Bildungsarbeit zu nutzen (siehe Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts des Bundes, Bundestagsdrucksache 16/9875). Die neue Dauerausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ ist neben dem Stasi-Unterlagen-Archiv

ein weiterer Eckpfeiler des sich entwickelnden Lernorts ehemalige Stasi-Zentrale.

Das Ministerium für Staatssicherheit war ein zentraler Baustein des Unterdrückungsapparats der DDR. Der zentralen Leitfrage „Warum gab es die Stasi?“ folgend, bietet die Ausstellung auf drei Etagen Basiswissen und vertiefende Informationen zum Entstehungskontext der Staatssicherheit, zu ihrer Funktion und Aufgabe, zu ihrer Ideologie und ihrem Selbstverständnis, zu ihrer Struktur, ihren Methoden und ihren hauptamtlichen sowie inoffiziellen Mitarbeitern. Darüber hinaus zeichnet die Ausstellung die Verzahnung zwischen den verschiedenen „Organen“ des SED-Sicherheitsapparats nach. Anhand exemplarischer Stasi-Vorgänge erkennt der Besucher, wen die Stasi ins Visier nahm, wie sie sich Informationen verschaffte und was sie mit diesen Informationen machte, welche Maßnahmen sie gegen Missliebige plante und umsetzte. Dabei wird deutlich, dass der Stasi-Apparat keine anonyme, gesichtslose Maschine war, dass er vielmehr aus Menschen bestand, die handelten und Entscheidungen fällten und das Leben anderer oftmals nachhaltig schädigten oder gar zerstörten. Im Schlussteil der Ausstellung wird der Besucher über die Ereignisse in der ehemaligen Stasi-Zentrale im Januar 1990 und die Auflösung der Stasi informiert. Eine besondere Sequenz innerhalb des Ausstellungsrundgangs befindet sich in der zweiten Etage, der sogenannten Minister-Etage. Hier findet der Besucher die Originalbüros des Ministers und seiner engsten Mitarbeiter. Er erfährt, welche Personen hier tätig waren und wo ihre Verantwortung lag.

Das Kernstück der Themenpräsentation sind die überlieferten Stasi-Unterlagen: Text-, Bild- und Tondokumente. Anschaulich ergänzt werden sie durch dreidimensionale Exponate aus der alltäglichen Stasi-Praxis: neben Uniformen, Waffen und Orden Gegenstände der sogenannten operativen Technik zum heimlichen Beobachten oder Belauschen wie versteckte Kameras und Mikrofone, Schlüssel zum Eindringen in Privatwohnungen, selbst eine Wohnungszimmertür mit eingebauten „Wanzen“. Einen tieferen Einblick in das Selbstverständnis wie auch die konkreten Tätigkeiten der Stasi bieten die verschiedenen Audio- und Filmstationen während des Rundgangs. Detailliertere Kenntnisse zur Struktur und zum Leitungspersonal der Staatssicherheit kann sich der Besucher zudem an einem Datenterminal aneignen. Darüber hinaus können sich die Besucher, insbesondere auch junge Menschen und Multiplikatoren, in Führungen und Seminaren, an Projekttagen und über ausstellungsbegleitende Bildungsmaterialien noch intensiver mit dem Thema DDR-Staatssicherheit auseinandersetzen.

6.1.2 Bildungsangebote für junge Menschen und Multiplikatoren am Lernort ehemalige Stasi-Zentrale

Die Stasi-Unterlagen-Behörde stellt Schulen und außerschulischen Bildungsanbietern Angebote für die Beschäftigung mit Struktur, Methoden und Wirkungsweise der Stasi bereit. Ausgangspunkt aller Angebote sind die

MfS-Unterlagen und die sich ständig verändernden Fragestellungen junger Menschen an die Akten. Im Berichtszeitraum konnte die Bildungsarbeit um eine neue Stufe der Veranschaulichung und Konkretisierung des Themas erweitert werden: die archivpädagogischen Angebote am historischen Ort. Nach der Sanierung und Neueröffnung von „Haus 1“, dem Dienstsitz des ehemaligen Stasi-Ministers, im Jahr 2012 hat die Bildungsarbeit des BStU dort ihr Zentrum. Seitdem besteht dort eine Projektwerkstatt mit Gruppenarbeitsräumen und einem kleinen Studienraum. Zwei Stockwerke über Mielkes früherem Büro können sich heute Schülerinnen und Schüler intensiv mit der Stasi, deren Funktionsweise und den Folgen für Einzelne beschäftigen. Das Bildungsteam der Stasi-Unterlagen-Behörde hat im Berichtszeitraum damit begonnen, den historischen Ort mit seinen Potenzialen zu einem Lernort für junge Menschen zu erschließen und weiterzuentwickeln. Vor allem für offene Formen entdeckenden Lernens, die dem Anspruch der Schülerorientierung von Bildungsangeboten am ehesten gerecht werden, bietet der Ort hervorragende Voraussetzungen.

War das Stasi-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen der Ort des Ausgeliefertseins und des Leides von Tausenden Häftlingen, steht die Zentrale des MfS in der Normannenstraße für das Hirn und – mit dem Archiv – für das Gedächtnis des Apparats. Alle Entscheidungen von weitreichender Bedeutung des sogenannten Schilds und Schwerts der SED wurden hier getroffen. „Haus 1“ bietet sich als historischer Ort der Entscheidungsfindung und der Lenkung des Repressionsapparates für ausstellungspädagogische Angebote an, die eng mit der neuen Dauerausstellung verzahnt werden sollen. Formate wie „Schüler führen Schüler“, Ortsforschung zu spezifischen Themen und zu Objekten in Kleingruppen werden entwickelt und erprobt. Das Bildungsteam erarbeitet dafür spezielle Arbeitsmaterialien. In einem engen Ortsbezug werden die Banalität und die offenkundige Spießigkeit des Arbeitsplatzes der Stasi-Führung erkennbar und mit den weitreichenden Folgen für die Betroffenen kontrastiert. Gerade hier entschied die Stasi über die drakonischsten Maßnahmen (Todesurteile, Entführungen, hohe Haftstrafen), hier traf sie – im Auftrag der SED – die strategischen Entscheidungen über die Organisation und Ausrichtung des Apparates.

Im Rahmen von Schülerprojekttagen macht das Bildungsteam des BStU den historischen Ort „Zentralarchiv des MfS“ und den Kernbestand „Hinterlassenschaft des MfS“ für ein breites Repertoire archivbezogener und archivpädagogischer Zugänge nutzbar. Archivrundgänge für Schülerinnen und Schüler, die in Projekttagen eingebettet sind, bleiben nachhaltiger in Erinnerung als isolierte Archivbesuche. Wenn Schülerinnen und Schüler vor oder nach dem Archivrundgang in Stasi-Akten arbeiten und erkennen, welche Brisanz der Inhalt einer einzelnen Akte für das Leben eines Menschen haben konnte, erschließen sich ihnen Bedeutung und Größenordnung der Stasi-Akten auf eindruckliche Weise. Auch den scheinbar so unspektakulären Büroraum von Erich Mielke sehen sie dann mit anderen Augen.

Zusätzlich zum Museum und dem Archiv bietet sich das Außengelände der ehemaligen Stasi-Zentrale mit seinem gut erhaltenen Gebäudebestand als Ausgangspunkt für die historische Spurensuche an. Statt frontaler Vermittlung steht auch hier entdeckendes Lernen im Mittelpunkt. Ein Projekt des BStU für Schülerinnen und Schüler, das in besonderer Weise dazu geeignet ist, das historische Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale zu erschließen, ist das „Educaching-Projekt“: Dabei suchen Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 8 mit Koordinaten auf ihnen zur Verfügung gestellten GPS-Geräten verschiedene auf dem ehemaligen MfS-Gelände versteckte Behältnisse. Diese sogenannten Caches sind mit Lerninhalten befüllt. Die Jugendlichen machen sich mittels dieser Inhalte mit dem historischen Ort vertraut, lösen unterschiedliche Aufgaben und setzen sich so näher mit der Thematik Staatssicherheitsdienst und politische Verfolgung in der DDR auseinander.

Ein wichtiges Datum in der Geschichte der Stasi-Zentrale ist der 15. Januar 1990, als Bürgerinnen und Bürger das Gelände besetzten. 2013 und 2014 gab es aus diesem Anlass Angebote für Schulen. Am 15. Januar 2013 kamen rund 350 Schülerinnen und Schüler aus Berlin und Umgebung auf das historische Gelände. Unter dem Thema „Stasi – was geht mich das an?“ nahmen sie verschiedene Informationsangebote wahr. Die Gruppen konnten, betreut durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BStU, durch das Archiv gehen, an Hörstationen Mitschnitte verfolgen, Filme des MfS und Ausstellungen ansehen und an Zeitzeugengesprächen teilnehmen. Das Bildungsteam bot Arbeit mit originalen Archivquellen an, außerdem diskutierte der BStU mit Preisträgern des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten, die zuvor im Stasi-Archiv recherchiert hatten. Am 15. Januar 2014 fand ein Workshop statt, in dem Berliner Schüler sich anhand von Stasi-Quellen und aktuellen Materialien von Amnesty International mit historischen und gegenwärtigen Aspekten von Menschenrechtsverletzungen auseinandersetzten.

Der Regelbetrieb umfasst Projekttag mit drei bis fünf Unterrichtsstunden. Darüber hinaus ergab sich oft auch die Gelegenheit zu Schülerprojekten, die für besondere inhaltliche oder methodische Ansätze Raum boten. Zwei „Plakatprojekttag“ mit Schulklassen der Berliner Marie-Elisabeth-Lüders-Oberschule und des Docemus-Privatgymnasiums Grünheide im September 2013 entfalten dabei auch für die Schulmaterialien des BStU starke Nachhaltigkeit, denn die in diesen Projekttagen entwickelten Vorstellungen der Lernenden von einer Poster-Ausstellung für Schulen flossen in die neue Schulausstellung des BStU „Stasi. Was war das?“ ein (siehe Abschnitt 6.2.4).

In Abstimmung mit Mitarbeitern der Stiftung Topographie des Terrors wurde für den Leistungskurs Geschichte eines Hamburger Gymnasiums ein Seminar zu den Themen Totalitarismus, Nationalsozialismus und Stalinismus durchgeführt. Dieser inhaltlich und methodisch herausfordernde Workshop an zwei sogenannten Täter-Orten diente der Abiturvorbereitung, denn die Themen waren Schwerpunkte des Hamburger Zentralabiturs.

Im Februar 2014 beteiligte sich der BStU mit einem Schülerprojekt am „Queer-History-Month“. Eine Berliner Schulklass beschränkte sich an zwei Tagen mit dem Alltag von Homosexuellen in der DDR und deren Diskriminierung. Anhand konkreter Fälle aus Stasi-Akten erfuhren die Jugendlichen, wie das MfS verschiedene Versuche von Homosexuellen, sich zu organisieren und gesellschaftliche Akzeptanz zu erlangen, gezielt verhindern wollte. Im Anschluss führten die Schüler und Schülerinnen ein Zeitzeugengespräch mit Eduard Stapel, einem zentralen Akteur der Schwulenbewegung in der DDR. Die Ergebnisse ihrer Projektarbeit stellten sie anschließend am Tag der offenen Tür in ihrer Schule vor.

Gleich fünf Tage hatten im Juni 2014 Schülerinnen und Schüler aus dem gesamten Bundesgebiet Zeit, den historischen Ort zu erkunden, denn das Bildungsteam organisierte gemeinsam mit der Körber-Stiftung eine Sommerakademie. Damit wurde die bereits seit vielen Jahren bestehende Zusammenarbeit mit der Körber-Stiftung fortgesetzt. Alle Teilnehmenden waren Preisträger des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten. Die Jugendlichen erforschten, wie junge Menschen ins Visier der Stasi gerieten und welche Folgen das hatte. Dazu setzten sie sich mit dem historischen Ort, mit den Methoden der Stasi und mit deren Hinterlassenschaften auseinander. Die Erkenntnisse wurden abschließend in drei Workshops in Form von Comics, Medienbeiträgen und Zeitungsartikeln kreativ verarbeitet.

Ein medienpädagogisches Projekt mit dem Titel „Mit Kamera, Maus und Mikro der Stasi auf der Spur“ wurde im August 2014 am Lernort ehemalige Stasi-Zentrale realisiert. Innerhalb des fünftägigen Projektes setzten sich Berliner Schülerinnen und Schüler in Gruppenarbeit mit ausgewählten Aspekten zu DDR und Stasi auseinander. Anschließend produzierten die Jugendlichen verschiedene eigene Medienbeiträge, welche sie zum Abschluss der Projektwoche vor Publikum präsentierten.

Das erfolgreiche Sommerferienangebot für Jugendliche „Auf den Spuren der Stasi“ wurde auch im Berichtszeitraum wieder veranstaltet. Während der Sommerferien 2013 konnten sich 14- bis 18-Jährige beim Berliner Jugendkulturservice für die Aktion des Super-Ferien-Passes anmelden. Eine Bustour führte die Teilnehmer von Berlin nach Potsdam zum ehemaligen Untersuchungsgefängnis des MfS in der Lindenstraße. Mit dem Zeitzeugen Hartmut Richter suchte die Gruppe Stationen seiner spektakulären Flucht aus der DDR und den Ort seiner späteren Inhaftierung in Potsdam auf.

Der BStU führte am neuen Lernort im Berichtszeitraum insgesamt 66 Projekttag und Seminare mit 2 384 Schülerinnen und Schülern durch. Davon wurden 27 Projekttag mit 582 Schülerinnen und Schülern aus Berliner und Brandenburger Schulen veranstaltet. Aus den alten Bundesländern kamen 1 681 Schülerinnen und Schüler zu 34 Projekttag nach Berlin. Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildung testete die Möglichkeiten für Schülerprojekttag am Lernort Stasi-Zentrale in einem zweitägigen Pilotprojekt. Das Ergebnis der Tage mit Ge-

länderkundungen, einem Archivrundgang und intensiver Quellenarbeit war so überzeugend, dass die Zusammenarbeit weiterentwickelt werden soll.

Im Berichtszeitraum stellte der BStU erstmals Lehrkräften die neu erprobten Konzepte für Bildungsangebote bezüglich des Lernorts ehemalige Stasi-Zentrale vor. Dazu wurden bundesweit auch Studienseminare angeschrieben; vor allem Lehramtsreferendarinnen und -referendare aus Berlin und Brandenburg nutzten zunächst die Möglichkeiten. So fanden im Berichtszeitraum 17 Weiterbildungsveranstaltungen für 340 Lehrkräfte statt.

Im Bereich Lehrerfortbildung konnte die intensive Zusammenarbeit mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung fortgesetzt werden. Im Juni 2014 fand eine fünftägige Fortbildung in Berlin statt, an der 25 Lehrkräfte aus Hessen teilnahmen. Die Teilnehmer bekamen die Möglichkeit, fünf Berliner Gedenkorte und deren Bildungskonzeptionen kennenzulernen, darunter auch die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg.

Seit 2003 bietet der BStU für Rechtsreferendarinnen und -referendare des Berliner Kammergerichts Tagesveranstaltungen an, die in den Jahren 2013 und 2014 zweimal jährlich stattfanden. Daran nahmen 82 angehende Juristen teil. Unter dem Thema „Politische Justiz in der DDR“ behandelten die Teilnehmenden die Rolle des MfS als Ermittlungs- und Untersuchungsorgan, Fallbeispiele für Rechtsbeugung und den menschenrechtswidrigen Umgang mit Gegnern der SED-Diktatur sowie Fragen der Aufarbeitung und der dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen. Auch im Berichtszeitraum wandten sich wieder verschiedene Einheiten der Bundeswehr sowie der Bundesfreiwilligendienst mit Fortbildungswünschen an den BStU. Dabei standen die Probleme bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts und der Einfluss der Stasi auf die NVA im Mittelpunkt der Veranstaltungen.

6.2 Regionale sowie überregionale Ausstellungen und Bildungsangebote

6.2.1 Dauerausstellungen

Dauerausstellungen zur Geschichte des MfS bietet der BStU an mehreren Standorten an. Das Angebot wurde im Berichtszeitraum um thematische Aspekte der Stasi-Tätigkeit erweitert und aufgrund neuester Forschungserkenntnisse vertieft.

Bis November 2014 waren im Berliner Bildungszentrum in der Zimmerstraße 90 die 2011 eröffnete Ausstellung „STASI. Die Ausstellung zur DDR-Staatssicherheit“ und die Foyerausstellung „Täuschen und Vertuschen. Die Stasi und die Mauertoten“ zu sehen. Aufgrund der Konzentration der Angebote in der Magdalenenstraße in Berlin-Lichtenberg und der neuen Dauerausstellung in „Haus 1“ wurde das Berliner Bildungszentrum in der Zimmerstraße 90 ab 2013 in Teilschritten geschlossen. Die Angebote für Schulen finden seit März 2013 in der Projektwerkstatt in „Haus 1“ statt. Das Bildungszentrum besuchten 2013 knapp 70 000 und 2014 knapp 80 000 Gäste, darunter aufgrund der zentralen Lage zwischen dem Checkpoint Char-

lie und der Topographie des Terrors viele Spontanbesucher und Touristen.

Darüber hinaus halten die Informations- und Dokumentationszentren der Außenstellen in Frankfurt (Oder), Dresden, Halle und Erfurt permanente Ausstellungen für die Öffentlichkeit bereit. Von besonderer Wirkung sind die BStU-Dauerausstellungen an historischen Orten. Die „Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS“ (DuG) in Rostock und die Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder) wurden im Berichtszeitraum jeweils in Kooperation mit örtlichen Trägern bzw. in deren Auftrag betrieben. In allen Expositionen finden regionalspezifische Themen eine besondere Berücksichtigung.

So bietet die Außenstelle Rostock in der DuG Dauerausstellungen zum Wirken der Stasi in der Ostseeregion. Die DuG in ihrer Kombination aus authentischem Ort, Dokumentationsstätte zum Wirken der DDR-Geheimpolizei und politischer Bildungsstätte zog im Berichtszeitraum deutlich mehr Interessenten an, sowohl aus dem In- als auch dem Ausland: In beiden Jahren waren es jeweils rund 14 000 Menschen (gegenüber 2011/2012 eine Steigerung um rund 30 Prozent). Nicht zuletzt Passagiere von Kreuzfahrtschiffen nutzen die Gelegenheit, sich am authentischen Ort über die Geschichte der DDR-Staatssicherheit zu informieren. Beachtlich ist auch, dass trotz sinkender Schülerzahlen in Mecklenburg-Vorpommern die Zahl der Teilnehmenden an Schülerführungen um 15 Prozent auf mehr als 2 200 pro Jahr stieg.

Die Informations- und Dokumentationszentren des BStU in Frankfurt (Oder), Dresden, Halle und Erfurt erfreuten sich, auch aufgrund ihrer regionalbezogenen Themensetzung, ebenfalls einer guten Resonanz. Allein in Dresden besichtigten im Informations- und Dokumentationszentrum 5 400 Besucherinnen und Besucher die dortige Dauerausstellung „Wer ist Wer?“, die Einblick gibt in das Vorgehen des Staatssicherheitsdienstes im DDR-Bezirk Dresden. Die Dauerausstellung „Licht aus am Demmlerplatz“ in Schwerin zog viele Besucher an, in Halle wiederum informierte die Dauerausstellung „Entschlüsselte Macht“ über das Wirken der Stasi.

Dauerhafte Angebote zur Geschichte des historischen Ortes und zu Stasi-Themen fanden auch in der Erfurter Außenstelle rege Resonanz. Die Ausstellung „Spurensuche am Petersberg“ zeigt anhand von 80 Originalfotos und Lageplänen aus den Akten der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung die Entwicklung am Erfurter Petersberg. Grundrisse und Aufnahmen von Gebäuden dokumentieren Bauprojekte und Umbauten von technischen Abteilungen des Staatssicherheitsdienstes, die am Petersberg angesiedelt waren. Regen Besucherverkehr verzeichneten auch die Dauerausstellungen „Sicherungsbereich DDR“ und „Willy Brandt 1970 in Erfurt“. Über 11 000 Besucher sahen sich diese Ausstellungen an bzw. informierten sich über die Angebote des BStU in Erfurt.

Neue dauerhafte Ausstellungsangebote finden die Besucher auch im Berliner Zentralarchiv des BStU. Hier sind

seit 2014 Präsentationen zur Geschichte und Entwicklung des Stasi-Geländes in Berlin-Lichtenberg zu sehen, eine englischsprachige Fassung der Ausstellung „Lernt Polnisch“ sowie die Basis-Ausstellung „Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi – Die Geheimpolizei der DDR“ (siehe Abschnitt 6.2.2). Bild- und Textinformationen zur Postkontrolle des MfS wurden im Karteisaal des Archivs installiert.

6.2.2 Wander- und Wechselausstellungen

Seit dem Tag der Deutschen Einheit 2008 präsentiert der BStU die Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“, vor allem in den alten Bundesländern. Hierbei nehmen die Städte mittlerer Größe eine besondere Rolle ein, da in diesen weniger Angebote der historisch-politischen Bildung zur Aufarbeitung existieren. Im jüngsten Berichtszeitraum machte die Ausstellung in elf westdeutschen Städten Station (siehe Anhang 12). Meist waren es Bildungseinrichtungen, die sich darum bemühten, die Wanderausstellung in ihren Ort zu holen, so in Kempten, Hameln oder Dachau. Die Kooperationspartner an den Schulen waren gleichzeitig Multiplikatoren vor Ort, sodass besonders viele junge Menschen im Umkreis angesprochen wurden und die Ausstellung betrachten konnten.

In Koblenz konnte der BStU die Citykirche als Standort für die Ausstellung nutzen. Auch dem Engagement der Kirchenleitung war es zu verdanken, dass innerhalb von knapp zwei Wochen über 3 600 Besucherinnen und Besucher in die Ausstellung kamen. Ein besonders starkes Medieninteresse erzielte die Eröffnung in Borkum. Die Ausstellung zog nicht nur Einheimische an, sondern auch viele nationale und internationale Gäste, die ihren Urlaub auf der Insel verbrachten. Letztere profitierten von den Tafeltexten und dem Ausstellungskatalog in englischer Sprache.

Großes Interesse finden stets die dargestellten Biografien. An jeder Station werden zudem speziell erarbeitete Regionaltafeln präsentiert. Immer wieder sind die Besucher erstaunt, wie aktiv die Stasi auch in ihrer Heimatregion in der alten Bundesrepublik war. Anlässlich des 60. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wurden außerdem zwei Module erarbeitet, die die Geschehnisse des Volksaufstands in Berlin und exemplarisch an verschiedenen Orten der DDR zeigen. Diese wurden auf der Wanderausstellungstour 2013 in Kempten, Darmstadt, Speyer, Hameln und Bad Segeberg präsentiert.

Einige der Ausstellungen eröffnete der Bundesbeauftragte Roland Jahn selbst, gemeinsam mit Bundestagsabgeordneten der jeweiligen Wahlkreise, dabei vorzugsweise in einem Gespräch mit Schülerinnen und Schülern. An jeder Ausstellungsstation erreichen auch die thematischen Veranstaltungen ein interessiertes Publikum, so auf Borkum ein Filmgespräch zu „Das Leben der Anderen“. In Koblenz war es der Vortrag „Wie die Staatssicherheit der DDR die Bürger überwachte“ und in Kempten „Die Funkaufklärung des MfS. Wie die Stasi den Westen abhörte“. Fortbildungen für Lehrer bietet der BStU seit zehn Jahren an jedem Ausstellungsort an, seit 2014 lädt die Be-

hörde im Zeitraum der Ausstellungspräsentation auch zu Schülerprojekttagen ein (siehe Abschnitt 6.2.3).

Neben den ortsgebundenen Dauerausstellungen und der permanenten Wanderausstellung stellt der BStU zur Information der Öffentlichkeit eine Reihe weiterer Wechselausstellungen zur Stasi-Thematik bereit. Diese Ausstellungen greifen ausgewählte Themenschwerpunkte wie Stasi und Sport, Frauen bei der Staatssicherheit oder einzelne Stasi-Aktionen auf, gehen auf regionale oder generationenspezifische Themen ein und bieten damit einen exemplarischen Zugang zur Geschichte der DDR-Staatssicherheit.

Die 25. Jahrestage zu den verschiedenen Ereignissen der Friedlichen Revolution spielten im Berichtszeitraum eine herausragende Rolle. So war die Ausstellung „Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof“ stark nachgefragt. Sie wurde in Dresden im Informations- und Beratungszentrum in der Bautzner Straße und in der Außenstelle Schwerin gezeigt. In der Außenstelle Suhl waren die BStU-Ausstellungen „Stasi Ohn(e)Macht. Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei“ und „Das war’s. Die Untersuchungshaftanstalt des MfS in Suhl“ zu sehen. Einen sehr anschaulichen Zugang zu den Demonstrationen im Herbst 1989 eröffnet die Fotoausstellung „Visafrei bis Hawaii“, die seit November 2014 in der Außenstelle Gera zu sehen ist. Die Ausstellung zeigt eine gebündelte Auswahl von großformatigen Fotografien, die die DDR-Staatssicherheit während der Friedlichen Revolution in Gera gemacht hatte. Die Aufnahmen spiegeln den Mut der Demonstranten, ihren Protest und ihre Forderung nach Demokratie, und sie zeigen zugleich den Versuch der Staatssicherheit, durch Überwachung und Kontrolle das SED-Regime vor dem Untergang zu bewahren.

Als letzte Sonderausstellung im Berliner Bildungszentrum lief die viel besuchte Präsentation „Berliner Mauer: Fotos verboten!“ Die heimlichen Aufnahmen von Detlef Matthes in Ost-Berlin“. Sie zeigte einmalige Aufnahmen von der Ostseite der Berliner Mauer: Trotz des strengen Verbots, die Grenzanlagen zu fotografieren, hatte sich der Ost-Berliner Detlef Matthes nicht davon abhalten lassen. Der junge Fotograf geriet ins Visier der DDR-Geheimpolizei, wurde inhaftiert, seine Fotos wurden von der Stasi beschlagnahmt. 1995 fand Detlef Matthes sie unerwartet in seiner Stasi-Akte wieder. Im Rahmen der Ausstellung im Bildungszentrum war eine Auswahl dieser besonderen Zeitdokumente, ergänzt durch Zitate aus den Stasi-Vernehmungsprotokollen, erstmals zu sehen. Sie wurde anschließend an weiteren Standorten gezeigt, so in Dresden, Erfurt und Frankfurt (Oder).

Als Basis-Ausstellung zur Information über das Ministerium für Staatssicherheit hat der BStU eine neue Präsentation entwickelt, die unter dem Titel „Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi – Die Geheimpolizei der DDR“ in Plakat- wie in Rollup-Version zur Verfügung steht. Sie vermittelt zum einen grundlegende Kenntnisse zur Struktur und Tätigkeit der Stasi und verdeutlicht zum anderen den Zugriff der Staatssicherheit auf das Alltagsleben in der DDR und die Folgen der Stasi-Maßnahmen

für die einzelnen Menschen. Mit diesen thematischen Verknüpfungen eröffnet die Ausstellung dem Besucher einen interessanten und ansprechenden Zugang zur Vergangenheit. Die Ausstellung war in den Außenstellen Dresden, Magdeburg, Schwerin und Suhl zu besichtigen, außerdem in der Informations- und Beratungsstelle des BStU in der Gedenkstätte Bautzner Straße sowie in der Volkshochschule Heidelberg.

„Lernt Polnisch“: So heißt eine neue Wanderausstellung des BStU. Sie dokumentiert das Spannungsfeld zwischen Hoffnung und Angst, zwischen Mut, Protest und Verfolgung, das sich aufbaute, als 1980/81 diese Losung in der DDR als Graffiti, als Flugblatt, Postkarte oder Plakat auftauchte. Denn während der Mut und die Kraft der polnischen Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* den Oppositionellen im ostdeutschen Nachbarland Hoffnung auf Reformen machte, hatte die DDR-Führung Angst, der Funke könne überspringen. Die SED beauftragte ihre Geheimpolizei, die Reaktionen in der Bevölkerung scharf zu überwachen und pro-polnische – „feindlich-negativ“ – Haltungen zu verfolgen. Welche Formen der Solidarisierung es in der DDR gab und welche Konsequenzen solche mutigen Solidaritätsbekundungen nach sich ziehen konnten, vermittelt die Ausstellung anhand von vier biografischen Beispielen. Die Ausstellung wurde in einer deutschen und in einer polnischen Fassung produziert und steht in einer Rollup- wie auch in einer Plakatversion zur Verfügung. Begleitend zur polnischen Ausgabe liegt eine Broschüre mit polnischer Übersetzung der deutschen Dokumente vor. Die Vernissage dieser Ausstellung war am 18. Oktober 2013 an der Europa-Universität Viadrina im Rahmen der Eröffnung des Akademischen Jahres. „Lernt Polnisch“ wurde dort von Polens Staatspräsident Bronisław Komorowski und Bundespräsident Joachim Gauck im Beisein von Roland Jahn eröffnet. In der Folge war die Ausstellung an verschiedenen deutschen Orten zu sehen sowie im Collegium Polonicum in Slubice, anschließend in Breslau, Warschau und Stettin, weitere Stationen in Kooperation mit polnischen Partnern folgen.

Anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien wurden in den Außenstellen zwei BStU-Ausstellungen gezeigt: „Doppeltes Spiel. Fußball im Visier der Staatssicherheit“ (in Leipzig und Dresden) sowie „Fußball für die Stasi. Der Berliner Fußball-Club Dynamo“ (in Dresden, Magdeburg und Schwerin); letztere war bereits zur Fußball-Europameisterschaft 2012 entwickelt und in Berlin erstmals gezeigt worden. Der Berliner Fußball-Club Dynamo war eng mit dem Ministerium für Staatssicherheit verflochten und der Lieblingsverein Erich Mielkes. Zum Thema Sport zeigte die Außenstelle Magdeburg auch die BStU-Ausstellung „Kaderschmiede Sport – Kinder- und Jugendsportschulen im Fokus der Staatssicherheit“.

Alternative Jugendkulturen waren der Stasi per se verdächtig. Das verdeutlicht eine Ausstellung, die in der Außenstelle Leipzig gezeigt wurde. Nach 2012 beteiligte sich die Außenstelle auch in den Jahren 2013 und 2014 am Wave-Gotik-Treffen, das seit 1992 jährlich am Pfingstweekenende in Leipzig stattfindet und weltweit als eines

der größten Festivals dieser Szene gilt. Tausende Besucher strömten in den letzten beiden Jahren zu Pfingsten in die Außenstelle und besichtigten die Sonderausstellung zur DDR-Grufti-Szene „Kinder der Nacht – unangepasst und überwacht“ (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 83). Jungeliches Leben im ehemaligen Bezirk Rostock greift eine neue Wanderausstellung des BStU mit dem Titel „Hoffnungsträger oder Staatsfeind? DDR-Jugend und Stasi an der Ostsee“ auf. Anhand von zwölf Fallbeispielen wird hierin das Spannungsfeld zwischen Anpassung und Aufbegehren deutlich, in dem sich Jugendliche in der DDR bewegten. Im Berichtszeitraum konnte die Außenstelle Rostock die Ausstellung an zwölf verschiedenen Orten von Wismar bis Barth zeigen. Begleitet von einem Eröffnungsvortrag über „DDR-Jugend an der Ostsee“ erreichte die Ausstellung Hunderte Schülerinnen und Schüler, aber auch viele andere interessierte Besucherinnen und Besucher.

Sehr erfolgreich gestaltete sich im Berichtszeitraum die Kooperation der Außenstelle Rostock mit dem Verein „Über die Ostsee in die Freiheit“ zur gemeinsamen Präsentation der gleichnamigen Ausstellung „Über die Ostsee in die Freiheit. Maritime Fluchten aus der DDR“. Die Stationen in Prora auf Rügen (Juli/August 2013), im Bunker Eichenthal (September/Oktober 2013) und in der BStU-Außenstelle Dresden (Juli/August 2014) erbrachten teilweise fünfstelligen Besucherzahlen. Guten Zulauf vor allem unter Touristen erfuhr auch die Rostocker Wanderausstellung „Stasi im Ostseeraum“ im Juli und August 2014 auf Hiddensee.

Ein bislang noch wenig beachtetes Thema griff der BStU in der neuen Wanderausstellung „Kämpfen an der Seite der Genossen. Die Frauen der Staatssicherheit“ auf. Die von der Außenstelle Halle erarbeitete Ausstellung wurde anlässlich des bundesweiten Tags der Archive „Frauen – Männer – Macht“ am 8. März 2014 erstmals gezeigt, auch im Berliner Zentralarchiv und der Außenstelle Schwerin. Auf acht Tafeln gibt die Ausstellung auf Grundlage von Stasi-Dokumenten Auskunft über die Rolle und Mitwirkung von Frauen in der Unterdrückungsmaschinerie des MfS.

Eine Ausstellung, die regionalgeschichtliche und zugleich auch deutsch-deutsche Bezüge hat, entstand durch die Außenstelle Gera: „Aktion ‚Lupe‘. Die Stasi und die Zeiss-Werke in Jena“. Die Ausstellung dokumentiert die Entwicklung der Zeiss-Werke in Jena nach dem Zweiten Weltkrieg und die Beziehungen des ostdeutschen Stammhauses zu seinem westdeutschen Pendant. Im Mittelpunkt steht dabei das Agieren der DDR-Staatssicherheit, die mit ihrem Maßnahmenplan „Aktion Lupe“ Zeiss-Mitarbeitern in Jena nachzuweisen versuchte, dass sie „Spionage für den Klassenfeind“ betrieben. Am Ende der Stasi-Aktion „Lupe“ waren zahlreiche leitende Zeiss-Mitarbeiter entlassen, verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die Ausstellung wurde im September 2013 in der Goethe-Galerie in Jena eröffnet, ferner konnte sie 2014 im Neuen Schloss Bad Lobenstein, im Stadtmuseum Saalfeld und der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt besichtigt werden. Die Außenstelle Chemnitz

informierte während der traditionellen Chemnitzer Museumsnächte 2013 und 2014 Besucherinnen und Besucher anhand regionaler Ausstellungen wie „Überwacht und abgeschottet. Der Uranbergbau im Visier der Stasi“ über das Wirken der ostdeutschen Geheimpolizei.

In Kooperation mit themennahen Institutionen präsentierte der BStU zudem eine Reihe von Leihausstellungen. Im Berichtszeitraum waren sie insbesondere dem Kontext des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 und der Friedlichen Revolution von 1989 gewidmet, jeweils mit starken regionalen Akzenten. In Ergänzung zu den stasizentrierten Ausstellungsangeboten des BStU erhalten die Besucher auf diesem Wege zusätzliches kontextualisierendes Wissen.

„Wir wollen freie Menschen sein. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953“, eine Plakatausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, war in Neubrandenburg, Schwerin, Leipzig und Gera zu sehen. Die Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern zeigten zum gleichen Thema die Ausstellung „17. Juni 1953 – zu den Ereignissen in Mecklenburg-Vorpommern“ der dortigen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (LStU). In Chemnitz und in Dresden wurden regionalbezogene Ausstellungen präsentiert, in Chemnitz „Für Freiheit und Demokratie. Der 17. Juni 1953 in den sächsischen Bezirken“ und in Dresden im Archiv die Ausstellung „Erinnerungen wach halten! Der 17. Juni 1953 in Niesky“.

In etlichen Außenstellen wurden Ausstellungen anderer Einrichtungen zur Friedlichen Revolution gezeigt. In Neubrandenburg wurde die Ausstellung „Gesichter der Friedlichen Revolution“ der Robert-Havemann-Gesellschaft mit einem Vortrag des Bürgerrechtlers Heiko Lietz aus Güstrow eröffnet. In Leipzig läutete die großformatige Porträtausstellung „Die blaue Reihe – Starke Frauen der Friedlichen Revolution 1989“ von Gudrun Bojar im Oktober 2014 die Festwoche zum 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution in der Außenstelle ein. Mit einem Zeitzeugengespräch wurde die Ausstellung eröffnet, die in Kooperation mit der Stiftung Friedliche Revolution, der Volkshochschule Leipzig und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung stattfand.

In der Außenstelle Leipzig war die Ausstellung zur Samtenen Revolution in der Tschechoslowakei 1989 ein Höhepunkt. Diese großformatige, zweisprachige Ausstellung des Slowakischen Institutes Berlin mit dem Titel „November '89“ wurde während der Feierlichkeiten der Stadt Leipzig zur Erinnerung an den Herbst 1989 gezeigt. Ergänzt wurde die Ausstellung durch Berichte aus Stasi-Unterlagen zur Zeit des Prager Frühlings in der Tschechoslowakei. Unter den vielen Gästen war auch der Slowakische Botschafter.

Für Jugendliche besonders reizvoll sind immer Beispiele von Gleichaltrigen, die in der DDR Wege suchten, selbstbestimmt und frei zu leben. Mehrere Außenstellen des BStU zeigten aus diesem Grund die Ausstellung „Jugendopposition in der DDR“ der Robert-Havemann-Gesellschaft und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. An exemplarischen Biografien zeigt sie, welche Folgen es

für junge Menschen hatte, sich den staatlich vorgegebenen Wegen zu entziehen oder zu widersetzen. Ein ganz spezielles Schicksal von Kindern in der DDR griff die Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder) auf. Hier eröffnete Alexander Latotzky, Sprecher der Gruppe der Kinder aus den Lagern und Vorsitzender des Bautzen-Komitees, am 23. März 2014 die Ausstellung „Hinter Stacheldraht geboren“. Latotzky, 1948 im Speziallager Nr. 4 geboren, anschließend mit seiner Mutter ins Speziallager Nr. 1 nach Sachsenhausen und später nach Hoheneck verbracht, wurde 1950 von seiner Mutter getrennt und in verschiedenen DDR-Kinderheimen untergebracht. Die Ausstellung war auch in Dresden zu sehen.

Auch der Umgang des SED-Staats und seiner Sicherheitsorgane mit Künstlern in der DDR wurde in mehreren Ausstellungen aufgegriffen. In der Außenstelle Frankfurt (Oder) wurde am Tag der offenen Tür im März 2014 die Ausstellung „Die Gedanken sind frei“ eröffnet. Der Künstler Uwe Fehrmann zeigte dazu seinen gleichnamigen Bilderzyklus, zu dem ihn die Erfahrungen seiner Flucht nach Westdeutschland inspiriert hatten. Fehrmann gehörte Mitte der 80er-Jahre zu den Botschaftsflüchtlingen, die sich in die Prager Vertretung der Bundesrepublik geflüchtet hatten. Anlässlich des 30. Todestags des Schriftstellers Franz Fühmann im Juli 2014 zeigte die Außenstelle Schwerin eine Ausstellung mit bisher unveröffentlichten Fotos aus der Schreibklausur Fühmanns, ergänzt durch Ausschnitte aus den Akten der Staatssicherheit. Allein der Operative Vorgang „Filou“ zu Franz Fühmann umfasst 11 Akten mit 3 644 Blatt. Die Ausstellung belegt eindrucksvoll die Überwachung des Schriftstellers durch die Stasi bis zu seinem Tod. Dass Künstler in der DDR immer unter den wachsamen Augen der Stasi arbeiteten, verdeutlicht auch die Ausstellung „Freiheit und Zensur. Filmschaffen in der DDR“ des Wilhelm-Fraenger-Instituts, die die Außenstelle Dresden zeigte. Aus künstlerischer Perspektive interpretierte Renate Schürmann die Stasi-U-Haft in Rostock („Grün fehlt. Künstlerische Positionen zur Stasi-U-Haft Rostock“).

Weitere Aspekte der Verfolgung, Unterdrückung und Haft beleuchteten die Sonderausstellungen „Das Frauengefängnis Hoheneck. 25 Porträts ehemaliger politischer Häftlinge“ der Heinrich-Böll-Stiftung e. V., „Da war mal was ...“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und „Unschuldige Orte. Und Erinnerungen“ mit Fotografien von Sebastian H. Schröder. Auf besonders reges Echo stieß in der Außenstelle Erfurt die Ausstellung „Im Tigerkäfig der Stasi“ von Gino Kuhn. Ihr zentrales Originalexponat, ein Gefangenentransporter des Staatssicherheitsdienstes „GTW Barkas B 1000“, vermittelte mit seinen sehr engen Transportzellen nachdrücklich die Situation der Stasi-Häftlinge.

Das Thema Grenze stand im Mittelpunkt der Ausstellung „Diktatur und Widerspruch – DDR-Geschichte im Fokus – Mauerbau und Grenzregime“ des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, die die Außenstelle Gera zeigte. Ergänzt durch eigens erarbeitete stasi-spezifische Tafeln präsentierte die Außenstelle Schwerin die

Ausstellung „Eiserne Randerscheinungen – Objekte aus Metall der ehemaligen innerdeutschen Grenze“.

Das Thema „junge Menschen in der DDR“ griff die Außenstelle Dresden mit der Ausstellung „Mauern – Gitter – Stacheldraht“ der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) auf. Die Außenstelle Rostock zeigte im Februar 2014 die Ausstellung „Ziel: Umerziehung. Zur Geschichte repressiver Heimerziehung in der DDR“ der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau. Das Thema Alltag in der DDR war Schwerpunkt der Ausstellung „Leben in der Utopie. DDR-Alltag und der VEB Horch und Guck“ des Fotografen Siegfried Wittenburg, die die Außenstelle Rostock präsentierte. Den Aspekt des Alltagslebens in der Diktatur thematisierte auch die Ausstellung „Heile Welt der Diktatur – Herrschaft und Alltag in der DDR“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Magazins „Stern“, die die Außenstelle Neubrandenburg zeigte.

Die internationale Dimension des Themas kommunistische Geheimpolizei verdeutlichte die Ausstellung des Instituts des Nationalen Gedenkens aus Polen „Der Kalte Krieg. Kurze Geschichte einer geteilten Welt“ (Januar/Februar 2013).

6.2.3 Projekttag und Lehrerfortbildungen

Nach Beratungen mit der Kultusministerkonferenz (KMK) im Frühjahr 2014 wurden die schülerspezifischen Angebote des BStU verstärkt auf die Archive und die Gedenkstätten konzentriert, in denen der BStU tätig ist. Durch die Nutzung der authentischen Orte werden verbesserte und effizientere Möglichkeiten der Ansprache eröffnet, wie sie die KMK in ihren am 12. Dezember 2014 veröffentlichten Empfehlungen zur Erinnerungskultur „Erinnern für die Zukunft“ vorsieht. Zusätzlich werden seit 2014 an den Stationen der Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ Schülerveranstaltungen in Schulen der jeweiligen Orte angeboten. Damit wird die Wanderausstellung weiter zu einem „Gesamtpaket“ aus Ausstellung, Bürgerberatung, Vorträgen, Schülerprojekttagen und Lehrerfortbildungen ausgebaut. Die Zentralstelle hat seit Januar 2013 ausschließlich Bildungsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler in der Projektwerkstatt und den anderen Seminarräumen im „Haus 1“ in Berlin sowie im Zusammenhang mit der Wanderausstellung durchgeführt. Nur die Projekttage in den alten Bundesländern, die bereits zugesagt worden waren, wurden parallel zur Neuakzentuierung noch durchgeführt. Im Jahr 2013 wurden so 23 Veranstaltungen mit 2 129 Teilnehmern an Schulen in den alten Bundesländern durchgeführt. Allein 12 Projekttag fanden an Schulen in Hessen statt. Daran nahmen insgesamt 1 146 Schülerinnen und Schüler teil.

Lehrkräfte, die über Kenntnisse der DDR-Geschichte verfügen und das breite Angebot an Unterrichtsmaterialien des BStU kennen, sind Garanten dafür, dass das Thema Stasi nachhaltig im Schulunterricht behandelt wird. Um die Bildungsangebote und den Lernort ehemalige Stasi-Zentrale nachdrücklich im Bundesgebiet bekannt zu machen, wurde die Gelegenheit wahrgenommen, an

Fachtagungen und Dienstkonferenzen in den Schulen teilzunehmen. Solche Fachtagungen mit BStU-Beteiligung fanden im Berichtszeitraum statt in Augsburg, Bamberg, Bonn, Cloppenburg, Dresden, Friedberg, Geisa (Point Alpha), Kiel, Löhne, Neubrandenburg, Schwerin und Würzburg. Auch international stößt das Potenzial des Lernorts ehemalige Stasi-Zentrale auf Interesse. Vortragseinladungen zur Jahrestagung von Euroclio, dem Europäischen Verband der Geschichtslehrerverbände mit dem Titel „Us and them – East and West“ in Erfurt oder zur internationalen Fachtagung „Gemeinsam erinnern – gemeinsam Zukunft gestalten“ des Pädagogischen Austauschdienstes belegen das.

Für angehende Lehrkräfte organisierte das Bildungsteam gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Geschichtsdidaktik der Universität Münster ein Blockseminar, in dem es um die Entwicklung von kompetenzorientierten Unterrichtskonzepten auf der Grundlage der Bildungsmaterialien des BStU ging. Die Lehrerfortbildungen im Rahmenprogramm der Wanderausstellung haben eine mehr als zehnjährige Tradition. Sie werden von den Lehrerinnen und Lehrern der jeweiligen Regionen in der Regel gern wahrgenommen.

Mit unterschiedlichen Angeboten reagierten auch die Außenstellen auf den Bedarf der Schulen nach Information und adressatengerechten Formaten. Auch ihre Angebote für Schüler werden nun auf die Stasi-Unterlagen-Archive oder Gedenkstätten mit BStU-Beteiligung fokussiert, also auf Orte mit Stasi-Bezug. Schülerprojekttag in der Fläche werden auch aus Kapazitätsgründen nicht mehr angeboten. Nur noch bereits zuvor vereinbarte Vorhaben wurden realisiert. 2013 und 2014 führten die Außenstellen insgesamt 240 Schülerprojekttag und 21 Lehrerfortbildungen durch.

Wie in Berlin gibt es auch in den Außenstellen Projekttag oder Lehrerfortbildungen, die sich durch das besondere Format oder den speziellen Anlass aus dem Regelbetrieb herausheben. So bietet nun schon seit acht Semestern die Außenstelle Rostock für Lehramtsstudentinnen und -studenten der Universität Rostock einen Vertiefungskurs über Gedenkstätten als außerschulische Lernorte an. In Form eines Wochenendblockseminars lernen die zukünftigen Multiplikatoren, wie man sich mit Schulklassen methodisch dem Thema Stasi als „Schild und Schwert der Partei“ nähern kann. Erste Absolventinnen und Absolventen des Blockseminars besuchten inzwischen bereits die Gedenkstätte in Rostock mit eigenen Schulklassen.

Um den Austausch zwischen den Generationen zu intensivieren, hat die Unterstützungslehrerin vom Innerstädtischen Gymnasium in der Außenstelle Rostock ein neues Format für einen geführten Rundgang durch die DuG entwickelt. Diese Führung richtet sich an Schülerinnen und Schüler mit deren Eltern. Bei einem ersten Probelauf entwickelte sich zwischen den Erwachsenen und den Jugendlichen ein engagiert und offen geführter Diskurs.

In Schwerin konnte die langjährige Zusammenarbeit mit dem Gymnasium „Am Sonnenberg“ in Crivitz fortgesetzt

werden. 2013 und 2014 wurden Projektwochen „Gegen das Vergessen“ durch die Außenstelle wieder mit Ausstellungen und Veranstaltungen vor Ort sowie Archivbesuchen in der Außenstelle unterstützt. Im Jahr 2014 war die Ausstellung des BStU „Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi – Die Geheimpolizei der DDR“ (siehe Abschnitt 6.2.2) die Grundlage der Projektarbeiten in der Schule und in der Außenstelle. Die Projektwochen liefen über einen Zeitraum von drei Wochen. Schülerinnen und Schüler präsentierten zum Abschluss der Projektwochen in einer Abendveranstaltung der Außenstelle die Ergebnisse ihrer Arbeit.

In Neubrandenburg finden seit zwei Jahren um den 9. November herum Schülerveranstaltungen mit dem Albert-Einstein-Gymnasium statt. 2013 stand dieser Schülertag unter dem Motto „Aufklären, nicht abrechnen“. Podiumsgast war der Bundesbeauftragte Roland Jahn. Ein anderes interessantes Projekt in Neubrandenburg bestand in der Verknüpfung einer Schülerveranstaltung mit einer Lehrerfortbildung. Das Projekt wurde gemeinsam mit dem Lehrerfortbildungsinstitut in Neubrandenburg durchgeführt. Der erste Teil der Veranstaltung begann mit einer szenischen Lesung „Mauerkrieger“. Der Autor Frank Willmann und der Zeitzeuge Raik Adam diskutierten mit Schülern und Lehrkräften über ihre Aktionen gegen die Mauer nach der Ausreise nach West-Berlin im Jahr 1989. Danach folgte eine Lehrerfortbildung zum Thema DDR-Literatur.

Eine besondere Herausforderung stellte in Halle im April 2013 ein zweitägiges Projekt für Schülerinnen und Schüler des Landesbildungszentrums für Blinde und Sehbehinderte dar. Dafür mussten die klassischen Projektinhalte didaktisch überarbeitet und in enger Zusammenarbeit mit den betreuenden Lehrkräften auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten werden. Bei der Archivführung wurde der Fokus auf das haptische Erfahren gelegt. Anlässlich des Themenjahres 2014 initiierte die BStU-Außenstelle Halle ein fächerübergreifendes Schülerprojekt zum Schwerpunkt „25 Jahre Friedliche Revolution“. Es handelte sich um ein gemeinsames Projekt der BStU-Außenstelle Halle, der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Gedenkstätte „Roter Ochse“. Die Schülerinnen und Schüler werteten dazu unter Anleitung regionale Fallbeispiele aus Stasi-Akten aus und führten Zeitzeugengespräche durch. Außerdem besuchten sie die kooperierenden Gedenk- und Bildungsstätten. Die Ergebnisse der Projektwochen wurden abschließend von den Schülerinnen und Schülern künstlerisch umgesetzt. Eine Auswahl der dabei entstandenen Kunstwerke wurde ab 14. Oktober 2014 in einer Ausstellung in der Marktkirche Halle präsentiert.

Höhepunkte in Magdeburg waren gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung, der Gedenkstätte Moritzplatz und dem Bürgerkomitee Magdeburg e.V. organisierte Schulprojekte. Mehrere Schulklassen des Dr.-Carl-Hermann-Gymnasiums Schönebeck, des Kurfürst-Joachim-Friedrich-Gymnasiums Wolmirstedt sowie des Magdeburger Dom- und des Hegelgymnasiums waren dazu in der Außenstelle. Diese Veranstaltungen waren in

der Regel mit Besuchen anderer Gedenkstätten der Region gekoppelt. Daneben besuchten Lehramtsanwärter vom niedersächsischen Studienseminar Goslar im Juli 2014 die Außenstelle Magdeburg und informierten sich über das breite inhaltliche und methodische Angebot des BStU.

Die Außenstelle Erfurt führte 2013 in den alten Bundesländern noch eine Reihe langfristig geplanter Lehrer- und Schülerveranstaltungen durch. Sie waren vor allem von Bildungseinrichtungen aus Hessen und Bayern gewünscht worden. Im März 2013 führte die Außenstelle am Humboldt-Gymnasium in Schweinfurt einen Projekttag für die Klassenstufen 10 und 11 durch. Den Referendaren der Fachrichtung Geschichte wurde eine Übersicht über Unterrichtsmaterialien des BStU gegeben. Im Oktober 2013 zeigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Außenstelle Erfurt die BStU-Ausstellung „MfS und Schule“ an der Helene-Lange-Realschule und der Abendrealschule Heilbronn. Vor Ort wurden Erkundungsbögen entwickelt, mit denen die Schüler in Gruppen durch die Ausstellung gingen, Fragen beantworteten und anschließend ihre Ergebnisse präsentierten. Im Jahr 2013 fand zweimal eine Projektwoche des Christlichen Gymnasiums Jena in Kooperation mit dem Zinzendorfhaus Neudietendorf und dem Gedenkort Topf & Söhne statt. Thema war „Aufarbeitung und Versöhnung. Die DDR im Rückspiegel“. Die Schüler besuchten die Außenstelle Erfurt an zwei Tagen zu Archivführungen und Zeitzeugenprojekten.

Bildungsveranstaltungen für Schüler und Lehrkräfte fanden auch in Dresden, Gera und Suhl statt.

6.2.4 Unterrichtsmaterialien

Im Berichtszeitraum wurden als neues Produkt Themenmappen mit Materialien für den Unterricht herausgegeben. Verglichen mit dem bisherigen Format der Broschüren „Quellen für die Schule“ stehen in den Materialien nicht einzelne Betroffene, sondern bestimmte Themenbereiche im Mittelpunkt. Die Materialien bestehen vor allem aus Faksimiles aus Stasi-Akten. Zum Inhalt gehören außerdem ein historisch-theoretischer Einleitungstext über das jeweilige Thema und didaktisch-methodische Hinweise für die Unterrichtsgestaltung sowie mehrere Arbeitsbögen für die Schülerarbeit. Die erste Mappe dieser Reihe behandelt die hauptamtlichen Mitarbeiter der Stasi. Anhand der Biografien von Offizieren aus drei verschiedenen Generationen wird deutlich gemacht, aus welchen sozialen Milieus die Stasi-Mitarbeiter kamen, wie sie ausgesucht und angeworben wurden, welche Karrieren sie machten und welche Möglichkeiten es für Hauptamtliche gab, das MfS wieder zu verlassen. Die zweite Themenmappe hat die Friedliche Revolution in der DDR im Herbst 1989 und die Auflösung der Stasi zum Inhalt. In ihr werden Stimmungen und die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 1989 aufgezeigt, die zum Ende der SED-Herrschaft und der Stasi führten.

Seit 2014 können Schulen beim BStU die Poster-Ausstellung für Schulen „Stasi. Was ist das?“ kostenlos erhalten. Die Ausstellung erläutert auf 13 Postern das Wirken der Stasi in der DDR und die Aufgaben der Stasi-Unterla-

gen-Behörde. Sie eignet sich besonders für die Klassenstufen 9 und 10. Die Poster können insgesamt oder in einer Auswahl gezeigt werden. Zu jedem Poster gibt es im Internet speziell abgestimmte Fragebögen. Über den ersten Einstieg hinaus gibt es inhaltlich und methodisch weiterführende Arbeitsblätter mit weiteren Kopien aus Stasi-Akten und Textquellen. Sie enthalten Aufgaben zu Quelleninterpretationen, Analysen sowie Sach- und Werturteilen. Erstmals wurde die Schulausstellung im Rahmen einer Projektwoche der Integrierten Gesamtschule Roderbruch in Hannover der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Vorfeld des Tages der Deutschen Einheit, der im Jahr 2014 in Hannover gefeiert wurde, arbeiteten Schülerinnen und Schüler mit der Ausstellung und den umfangreichen Begleitmaterialien. Höhepunkt der Woche war der Besuch des Bundesbeauftragten, der die Ausstellung hier offiziell der Öffentlichkeit übergab und mit den Schülern diskutierte. Um den jungen Menschen eine optimale Vorbereitung zu ermöglichen, stellte die Schule die Jahresplanung für das Fach Geschichte komplett um und begann das 10. Schuljahr mit der Nachkriegsgeschichte und der Geschichte der DDR.

Der Unterrichtsfilm „Ein Volk unter Verdacht“ des BStU wurde kostenfrei online gestellt, um ihn einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Zudem wurde er mit Untertiteln versehen, mit deutschen, damit sich gehörlose Menschen ihn ansehen können, sowie mit englischen und polnischen Untertiteln. Er war bisher nur auf DVD zu beziehen. Der Film wendet sich an Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse. Er informiert über die Methoden des MfS und die Aufgaben des BStU zur Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen.

Zum 60. Jahrestag des Volksaufstands am 17. Juni 1953 wurde gemeinsam mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ein Bildungswegweiser veröffentlicht. Er ist eine Orientierungshilfe für Schulen und außerschulische Einrichtungen zum Thema „17. Juni 1953“. In der Broschüre befinden sich eine Auswahl der neueren Literatur und Hinweise auf verschiedene Internetseiten über den Volksaufstand. Darüber hinaus zeigt die Publikation sämtliche zurzeit vorhandenen Gedenkortorte an den Volksaufstand und bietet eine Auswahl noch lebender Zeitzeugen des Ereignisses. Daneben wurde 2013 eine ältere Themenseite über den Volksaufstand für das Internet inhaltlich und gestalterisch überarbeitet und mit einem umfangreichen, vielgestaltigen Aufgabenkatalog für die Arbeit im Unterricht versehen.

Das Bildungsteam hat für die Reihe „Geschichtsunterricht praktisch“ des Wochenschau-Verlags, der unter Lehrenden eine einschlägige Informationsquelle ist, eine unterrichtsbezogene Handreichung zum Thema DDR-Staatssicherheit erarbeitet. Die Broschüre „Alles unter Kontrolle? Die DDR-Staatssicherheit“ beinhaltet Basisinformationen, eine Quellenauswahl und Arbeitsaufträge. Damit werden die spezifischen Erfahrungen und Kompetenzen des BStU in der Bildungsarbeit mit Stasi-Unterlagen einer noch größeren Öffentlichkeit zugänglich.

6.3 BStU-Dokumentenhefte „Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv“

Der breiten Öffentlichkeit präsentiert der BStU seit 2013 Dokumente und Fotos aus dem Stasi-Archiv in einem neu entwickelten Format. Die Dokumentenhefte „Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv“ sprechen unter anderem Menschen an, die über wenig Wissen oder Zugang zum Thema DDR-Staatssicherheit verfügen oder von existierenden Bildungsangeboten nicht erreicht werden. Sie richten sich an die geschichtsinteressierte Öffentlichkeit, die sich anhand von Original-Dokumenten mit Struktur, Methoden und Wirkungsweise der Stasi befassen möchte. Auch Multiplikatoren und Bildungsträger gehören zur Zielgruppe.

Die Dokumentenhefte des BStU stellen Unterlagen aus dem Archiv so zusammen, dass sie ein historisches Ereignis und den Blick der Staatssicherheit darauf vermitteln. Die Dokumente zeichnen den Verlauf eines Ereignisses aus Sicht der Geheimpolizei nach. Die Auswahl der Dokumente soll dem Leser ermöglichen, sich selbst ein Bild über das Wirken des MfS zu machen: Wie die Stasi z. B. Udo Lindenberg und sein einziges Konzert in der DDR 1983 überwachte. Oder welche Bedeutung die Aufdeckung des Wahlbetrugs bei den DDR-Kommunalwahlen 1989 für die Geheimpolizei hatte und wie sie dabei gegen Oppositionelle vorging. Vorgeschichte, Verlauf und Betroffene eines Ereignisses werden so anhand ausgewählter Dokumente deutlich. Die Hefte im Format A4 zeigen die Unterlagen in Originalgröße, darunter Maßnahmepläne, Beobachtungsprotokolle, Berichte inoffizieller Mitarbeiter oder Fotos. Eine Einführung erläutert jeweils Thema und historische Situation. So entstehen für die breite Öffentlichkeit neue Möglichkeiten, sich mit dem Wirken des Repressionsapparates in der SED-Diktatur selbstständig zu beschäftigen.

Die Leser erhalten Einblick in Bestände und Potenzial des Stasi-Unterlagen-Archivs. Als neu entwickeltes Format der Öffentlichkeitsarbeit aus dem Stasi-Archiv werden die Publikationen von Schulen, Studenten, Journalisten, Archivbesuchern und Einzelpersonen nachgefragt. Die Hefte können auch auf www.bstu.bund.de heruntergeladen oder in Druckversion bestellt werden.

Im Berichtszeitraum sind erschienen:

- Aktion „Gegenschlag“. Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983
- „Eingeschränkte Freiheit“. Der Fall Gabriele Stötzer
- Die Stasi in Stuttgart. Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv (zum Tag der Deutschen Einheit in Stuttgart)
- Udo rockt für den Weltfrieden. Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen
- Operativer Vorgang „Inspirator“. Der Weimarer Montagkreis
- Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg

- Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)
- Gefängnis statt Rolling Stones. Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen
- „Überall kocht und brodeln es.“ Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen
- Niedersachsen und die Stasi. Die Überwachung im „Operationsgebiet West“ (zum Tag der Deutschen Einheit in Hannover)
- Keine Gewalt! Stasi am Ende – Die Demonstrationen im Herbst '89.

6.4 Internetangebote des BStU

6.4.1 Redaktionelle Beiträge und Informationen

Die Internetpräsenz des BStU ist im Berichtszeitraum ausgebaut worden. Auf der Startseite hält die Rubrik „Notizen“ nicht mehr nur Aktuelles aus der Behörde, Berichte von Veranstaltungen u.Ä. bereit. Präsentiert werden verstärkt Berichte zu Jahrestagen und historischen Ereignissen, die mit Dokumentenbeispielen und/oder Bilderserien aus dem Archiv angereichert sind. Sie sollen in leicht zugänglicher Form zur Beschäftigung mit dem Archiv und seinem Potenzial sowie zur weiteren Recherche in den Internetangeboten des BStU anregen.

Seit Anfang 2013 ist die englischsprachige Version des Webauftritts überarbeitet zugänglich. Sie bietet grundlegende Informationen zur Behörde und zum Ministerium für Staatssicherheit und einige inhaltliche Schwerpunkte. Wegen der deutschsprachigen Inhalte der MfS-Dokumente fokussiert die englischsprachige Website weniger auf die Archivbestände als die deutsche.

6.4.2 Zugang zu Archivadokumenten im Netz

Stärker als bisher legt der BStU Wert darauf, Inhalte aus dem Archiv online zu präsentieren. Redaktionelle Beiträge auf www.bstu.bund.de werden deshalb mit zahlreichen Aktenbeispielen, Fotos, Videos und Originaltönen des MfS ergänzt oder basieren auf diesen. Zu etlichen Themen werden Pakete geschnürt; diese sind auch als kompaktes Angebot für Medienvertreter gedacht, die mit den zugänglichen Archivquellen ein Thema selbst aufbereiten können. Im Berichtszeitraum gehörten dazu das Konzert von Udo Lindenberg in Ostberlin 1983, die Affäre um Günter Guillaume oder die Weltfestspiele der Jugend in Ost-Berlin. Die Digitalisate bieten direkten Zugang zur Sicht der Geheimpolizei auf das jeweilige Ereignis. Teil dieses Angebotes sind auch die digitalen Versionen der BStU-Dokumentenhefte (siehe Abschnitt 6.3), aber auch Musterakten und Direkt-Links zu den Online-Findmitteln (siehe Abschnitt 3.3.3) sowie zur Mediathek (siehe Abschnitt 6.4.2.1).

Ein weiteres Element sind vom Forschungsbereich ausgewählte Dokumentensammlungen zu MfS-Original-Un-

terlagen; dieses Angebot besteht schon seit Längerem auf der Homepage des BStU und wurde im Berichtszeitraum um eine Quellensammlung zu „MfS und Grenze“ ergänzt (siehe Abschnitt 5.3.2).

6.4.2.1 Online-Portal „Stasi-Mediathek“ (Mediathek ausgewählter Dokumente)

Der BStU hat Ende 2014 das neu entwickelte Portal „Stasi-Mediathek“ (www.stasi-mediathek.de) als Zugang zu online verfügbaren Stasi-Unterlagen fertiggestellt. In der „Stasi-Mediathek“ mit ausgewählten Archivalien können zum Auftakt 2 500 Dokumentenseiten, 250 Einzelbilder, 6 Stunden Tonaufzeichnungen und 15 Stunden Filme recherchiert werden. Sie bilden Sinneinheiten oder auch Geschichten, die thematisch untereinander verknüpft sind. Dadurch erhalten Besucher der Mediathek, neben spezifischen Suchergebnissen, immer auch Kontextereignisse und -dokumente angezeigt. Je mehr sie ihre Suche verfeinern, desto spezifischer werden die verknüpften Ergebnisse. So können sich Nutzer auch ohne Vorwissen in einen historischen Zeitraum oder ein Ereignis vertiefen – sie lernen beim „Stöbern“ hinzu, können aber auch jederzeit wieder in einen breiteren Kontext wechseln. Alle Dokumente, Bilder, Videos und Töne sind außerdem vollständig transkribiert, sodass eine Volltextsuche in den Inhalten möglich ist. In einer weiteren Funktion können die Inhalte der Mediathek über einen Zeitstrahl nach gewünschten Abschnitten gefiltert werden. Redaktionell zusammengestellte Sammlungen fassen Dokumente zu Ereignissen wie dem 17. Juni 1953 oder der Friedlichen Revolution 1989 zusammen, in denen Methoden und Wirken der Stasi dargestellt werden.

Ziel ist es, einer breiten Öffentlichkeit Zugang zu den Angeboten des Archivs zu geben. Schüler, Studenten, Pädagogen, Wissenschaftler und Multiplikatoren haben ebenso wie individuell Geschichtsinteressierte die Möglichkeit, sich unkompliziert und selbstständig mit einer großen Vielfalt von MfS-Unterlagen zu beschäftigen. Bis auf einen kurzen kontextualisierenden Teaser sind die Digitalisate unkommentiert; sie sind mit einer Leiste der jeweiligen Abkürzungsverzeichnisse und dem Transkript des Volltexts versehen. Die Mediathek soll zur Nutzung anderer Angebote des BStU oder von Institutionen der politischen Bildung anregen, ebenso zur Auseinandersetzung mit weiterführenden Fragen der Diktaturaufarbeitung.

6.4.2.2 BStU-Sonderseite www.demokratie-statt-diktatur.de

Als Angebot anlässlich 25 Jahre Friedliche Revolution in 2014 hat der BStU eine Sonderseite entwickelt. Auf www.demokratie-statt-diktatur.de werden Informationen und MfS-Unterlagen zum Thema „Menschenrechte in der DDR“ insbesondere für jüngere Zielgruppen präsentiert.

Ausgehend von den Forderungen der Demonstranten im Herbst 1989 – wie das Recht auf Meinungsfreiheit und auf Versammlungsfreiheit, freie Wahlen, das Postgeheimnis, die Unverletzlichkeit der Wohnung, auf Parteiengründung oder Reisefreiheit – wurden Akten ausgewählt, die exem-

plarisches die Unterdrückung dieser Rechte in den Stasi-Unterlagen dokumentieren.

Anhand von zehn ausgewählten Menschenrechten informiert die Sonderseite in kurzen Texten über die jeweilige Situation in der DDR und wie die Stasi diese Rechte unterdrückte. Zu jedem Menschenrechtskomplex können sich die Nutzer zahlreiche Dokumente, Fotos, Video- und Audiodateien aus dem Archiv anschauen, die die Sicht der Geheimpolizei auf die Rechte des Einzelnen wiedergeben. Die spezifische Betrachtung von Menschenrechtsverletzungen in der DDR und deren Überwindung im Herbst 1989 eignet sich für die thematische Arbeit in Schulen, ebenso für die individuelle Beschäftigung mit den Stasi-Unterlagen. Das Angebot wird begleitet von Informationen zu aktuellen Veranstaltungen in diesem Kontext sowie zu weiteren Bildungsangeboten des BStU.

6.5 Archivführungen und Veranstaltungen

6.5.1 Archivführungen

Der BStU nutzt die Archive der Zentralstelle und der Außenstellen zur Erfüllung seiner Aufgabe der Unterrichtung der Öffentlichkeit. Dazu gehören auch Archivführungen: Allein im Jahr 2013 besuchten insgesamt 314 Gruppen mit fast 4 000 Besucherinnen und Besuchern das Archiv der Zentralstelle. 2014 waren 278 Gruppen mit rund 3 300 Personen zu Gast. Häufig sind diese Besuche Teil eines umfassenden Bildungsangebotes, wie es etwa das Diplomatenkolleg für Nachwuchsdiplomaten aus den verschiedensten Ländern, aber auch Dienststellen der Bundeswehr im Rahmen der politischen Fortbildung für Soldaten und Offiziere anbieten. Auch private Einrichtungen wie etwa der Verein Berliner Unterwelten besuchten das Archiv der Zentralstelle. Neben diesen Führungen für Gruppen finden in den Archiven in der Regel an einem Abend im Monat Führungen für interessierte Einzelbesucher statt. Auch das Interesse aus dem Ausland an Archivbesuchen ist nach wie vor hoch. Gruppen aus 42 Ländern besuchten das ehemalige Stasi-Archiv in Berlin.

Das Archiv der Zentralstelle bietet neben den Archivführungen zwischen April und Oktober öffentliche Gelände Führungen an. Interessierte können sich einen Eindruck über einen Stadtraum in Berlin-Lichtenberg verschaffen, der zwischen 1950 und 1990 durch die MfS-Zentrale geprägt wurde. 2013 und 2014 fanden jeweils 25 solcher Führungen statt.

Am „Tag der Archive“, der am 8. März 2014 unter dem Motto „Frauen – Männer – Macht“ auf Initiative des Berufsverbands der deutschen Archivarinnen und Archivare bundesweit stattfand, beteiligte sich das Stasi-Unterlagen-Archiv mit zahlreichen Veranstaltungen, Ausstellungen und Führungen. Es wurde eine neue BStU-Ausstellung „Kämpfen an der Seite der Genossen“ mit Dokumenten aus dem Archiv zum Thema Frauen beim MfS gezeigt, ergänzt durch die Ausstellung „Wir müssen schreiben, sonst hört man uns nicht! – Frauenwiderstand in der DDR der 1980er Jahre“ der Robert-Havemann-Gesellschaft. Die Archivbereiche des BStU nutzten dieses Rahmenthema,

um anhand der MfS-Überlieferung unter anderem darzustellen, wie Frauen für oder gegen das MfS arbeiteten, welche Frauen- und Männeranteile auf den verschiedenen Funktionsebenen im MfS-Machtapparat bestanden, welche Bedeutung und Rolle Frauen als inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit besaßen, z. B. als Sekretärinnen in Regierungsstellen der alten Bundesrepublik, oder wie sich Aktivistinnen der Gruppe „Frauen für den Frieden“ gegen das MfS zur Wehr setzten. Der BStU-Mitarbeiter Philipp Springer referierte zum Thema „Kampfgefährtin, Mutter, Frau – hauptamtliche Mitarbeiterinnen der Stasi“. Über 800 Besucher folgten der Einladung der Archivare und Archivarinnen in Berlin, Frankfurt (Oder), Gera, Halle und Schwerin.

In den Regionen boten die Außenstellen im Berichtszeitraum insgesamt 850 öffentliche Archivführungen an. Besucher erhielten dabei Einblick in Funktion, Methoden und Wirkungsweise der Staatssicherheit, die vielfältige Nutzung der Akten durch Privatpersonen, Institutionen, Forschung und Medien sowie die Rekonstruktion zerstörter Dokumente.

Gestaltung der öffentlich zugänglichen Archivbereiche am Standort Berlin

Neue Ausstellungsangebote finden die Besucher auch im Archiv der Berliner Zentralstelle. Hier sind seit 2014 die Entstehungsgeschichte der Behörde, eine Präsentation zur Geschichte und Entwicklung des Stasi-Geländes in Berlin-Lichtenberg sowie die Basis-Ausstellung „Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi – Die Geheimpolizei der DDR“ (siehe Abschnitt 6.2.2) zu sehen. Bild- und Textinformationen zur Postkontrolle des MfS wurden komplett erneuert und im Karteisaal des Archivs installiert. Die englischsprachige Fassung der Ausstellung „Lernt Polnisch“ soll ausländische Gäste gezielt darüber informieren, dass die Umwälzungen im früheren Ostblock viele ihrer Impulse aus der Entwicklung in Polen bezogen hatten.

Gestaltung der öffentlich zugänglichen Bereiche der regionalen Archive

Um das Angebot an Archivführungen des BStU in den Regionen zu ergänzen und die Vermittlung des Themas zu unterstützen, wurden im Berichtszeitraum die öffentlichen Bereiche der Außenstellen Schwerin, Gera und Erfurt neu gestaltet. Teilweise waren die Präsentationsflächen und Ausstellungen, die über die Arbeit der Behörde und das Wirken der Stasi in der Region informieren, inhaltlich nicht mehr aktuell.

Neben den Foyers wurden die Räume zur Bürgerberatung und die Lesesäle zeitgemäß im Design des BStU überarbeitet. Für die Ausstellungsbereiche wurden neue regionale Themen erarbeitet oder bereits bestehende Themen in das neue visuelle Konzept eingepasst. In den Archivräumen und Karteisälen, in denen sich Besucherinnen und Besucher bei Archivführungen über die Geschichte und Arbeitsweise der Stasi informieren, wurden Informationsflächen aktualisiert und sind nun mit Inhalten der Archivführungen für Besucher verknüpfbar.

6.5.2 Veranstaltungen des BStU

Aufgrund der in den letzten Jahren gewachsenen Strukturen im Bereich der Gedenkstätten und der Träger historisch-politischer Bildungsangebote auf Ebene der Länder konzentriert sich der BStU bei seinen Veranstaltungen seit 2013 zunehmend auf Themen, die das Wirken und die Methoden der Staatssicherheit in der SED-Diktatur auf der Grundlage von Dokumenten aus dem Archiv reflektieren. Damit sollen die Veranstaltungen auch Interesse am Potenzial des Archivs wecken sowie die Arbeit der Behörde vorstellen.

Im Jahr 2014 stellte der BStU die Veranstaltungsarbeit in Berlin und den Regionen unter das Thema „Demokratie statt Diktatur! 25 Jahre Friedliche Revolution“. Die Kurzformel fasst die verschiedenen Forderungen der Demonstranten im Herbst 1989 nach demokratischen Rechten und dem Ende der Repression prägnant zusammen. Unter diesem Leitgedanken war das Gros der Veranstaltungsthemen der Jahre 2014 versammelt, die auf die Menschenrechtsverletzungen in der DDR durch die Stasi bzw. deren Überwindung aufmerksam machen wollen. Diese Gedenkphase endet mit dem 25-jährigen Jubiläum der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 2015.

6.5.2.1 Veranstaltungen der Zentralstelle

Insgesamt gab es im Berichtszeitraum 2013 bis 2014 in Berlin und Potsdam ein breites Angebot von 21 Veranstaltungen (teils mit Kooperationspartnern) zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise der Stasi. Zielgruppe war die breite Öffentlichkeit mit Interesse an historischen Themen und Aufarbeitung. Dazu gehören die Generationen mit eigener Diktaturerfahrung und insbesondere vom DDR-Unrecht betroffene Menschen. Ebenso sollen aber auch Interessierte der nächsten Generation angesprochen werden, die die DDR nicht aus eigenem Erleben kennen. Mit Formaten wie Tagen der offenen Tür, Zeitzeugenveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen, Vorträgen, Buchvorstellungen und Ausstellungen wurden bevorzugt BStU-Arbeitsergebnisse und Archivrecherchen vorgestellt. Der BStU kooperierte dabei in Berlin beispielsweise mit der ASTAK e.V., der UOKG e.V., der Robert-Havemann-Gesellschaft, der Botschaft der Republik Polen, dem Collegium Hungaricum, Berliner Gedenkstätten und Filmtheatern. Insgesamt kamen zu den Veranstaltungen der Zentralstelle im Berichtszeitraum über 2 700 Gäste.

Einen Schwerpunkt der BStU-Veranstaltungen in Berlin bildeten die Vorstellung und Diskussion von Publikationen der Forschungsabteilung. Am Vortag des 60. Jahrestages des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 präsentierten die BStU-Wissenschaftler Daniela Münkel und Roger Engelmann anhand der Akten der DDR-Geheimpolizei Erkenntnisse zu diesem Ereignis, erschienen als Jahrgangsband 1953 in der Reihe „Die DDR im Blick der Stasi. Geheime Berichte an die SED-Führung“. Die Veranstaltung fand vor dem ehemaligen „Haus der Ministerien“ an der Leipziger Straße statt.

Anlässlich des 100. Geburtstages von Altkanzler Brandt am 18. Dezember 2013 veröffentlichte der BStU eine Studie zu Willy Brandt und dessen Beobachtung durch die Stasi. Sie wurde im November 2013 bei einer Podiumsdiskussion im Großen Saal des Abgeordnetenhauses Berlin vorgestellt. Unter dem Titel „Kampagnen, Spione, geheime Kanäle“ diskutierten die BStU-Forscherin und Autorin Daniela Münkel, der Historiker und Sohn von Willy Brandt, Peter Brandt, der Journalist Dettmar Kramer und der Bundesbeauftragte Roland Jahn über den Weg des Politikers Brandt im Schatten der Stasi und anhand der Guillaume-Affäre über deren Einfluss auf die Bonner Politik.

Im Februar 2014 stellte der BStU-Wissenschaftler Tobias Wunschik in der Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund die Studie „Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970–1989)“ vor. Ehemalige Häftlinge gaben bei einer Podiumsdiskussion Einblick in die erzwungene Arbeit von politischen Häftlingen in DDR-Gefängnissen. In einem zweiten Panel diskutierten Experten die Problematik von Häftlingsarbeit sowie des Exports daraus entstandener Produkte und wie mit den Erkenntnissen heute umzugehen ist. Ebenfalls im Februar präsentierten Roger Engelmann (BStU) und der Historiker Lutz Niethammer (Universität Jena) den gemeinsam herausgegebenen Sammelband „Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression. Ein Kulturkonflikt in der späten DDR“ (siehe Abschnitt 5.3) in Berlin sowie wenige Wochen später in Gera.

Einige Veranstaltungen bezogen sich auf Veröffentlichungen zum Thema MfS von Wissenschaftlern der Forschungsabteilung. Am 19. März 2013 debattierten im Centrum Hungaricum in Berlin Mitte unter dem Titel „Der größte Lump ...? Stasi-Spitzel auf dem Prüfstand“ Wissenschaftler verschiedener Institutionen vor rund 200 Besucherinnen und Besuchern über die Bewertung von IM-Zahlen und -kategorien, Denunziation im Alltag des SED-Staats und über künftige Aufgaben für die Forschung. Anlass der Veranstaltung war das kurz zuvor erschienene Buch des Historikers Ilko-Sascha Kowalczyk, in dem er Fragen an die bisherige wissenschaftliche Praxis der Stasi-Aufarbeitung stellt. Neben Helmut Müller-Enbergs und Christian Booß aus der Forschungsabteilung des BStU diskutierten Jens Gieseke vom Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam und Klaus Schroeder vom Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin mit dem Autor.

Im September 2014 stellte der BStU die Publikation „Fasse Dich kurz!“ (siehe Kapitel 5) in der Gedenkstätte Berliner Mauer vor, die erstmals Protokolle von Telefongesprächen von DDR-Bürgerrechtlern auswertet, die von der Stasi abgehört wurden. Opfer der Abhöraktion diskutierten mit den Autoren über den Austausch der Oppositionellen untereinander und über die Studie selbst.

Die im Spätsommer 2014 erschienene Auswahledition „Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ wurde bei verschiedenen Anlässen vorgestellt: beim Tag der offenen Tür der Bundesre-

gierung Ende August, beim Tag der Deutschen Einheit in Hannover, bei der Kooperationsveranstaltung „Tage der Entscheidung“ am 8. Oktober 2014 in der Berliner Gethsemanekirche sowie auf der Frankfurter Buchmesse. Die Diskussionen mit Bezug auf die ausgewerteten Stasi-Unterlagen fokussierten dabei auf den Zeitraum Mitte September bis zum 9. November 1989.

Am 6. Juni 2013 diskutierten auf Einladung des BStU Experten über die Pharmatests westlicher Firmen in medizinischen Einrichtungen der DDR, die von der Stasi abgesichert wurden. Im medizinhistorischen Institut der Berliner Charité ging es um die vor allem medial angestoßene Debatte zu den „Geschäften mit der Diktatur“, auch Titel der Veranstaltung, und die bisherige Forschung in verschiedenen Archiven, darunter dem des BStU. Die Veranstaltung gab Impulse für eine verstärkte Hinwendung zum Thema DDR-Pharmatests.

Die Angebote des BStU und insbesondere die Inhalte des Archivs wurden bei publikumswirksamen Anlässen dargestellt, darunter bei der Langen Nacht der Museen oder dem deutschlandweiten Tag der Archive. Hier stand im Fokus, besonders Menschen mit wenig Vorwissen zum Thema DDR und Diktatur über die Stasi zu informieren.

Im März 2013 zählte das BStU-Bildungszentrum in der Zimmerstraße Nähe Checkpoint Charlie rund 1 000 Besucher bei der Langen Nacht der Museen, die sich die Dauerausstellung „STASI. Die Ausstellung zur Staatssicherheit“ ansahen. Im Mai 2014 hatte der BStU zur Langen Nacht der Museen erstmals an zwei Standorte eingeladen: in das Bildungszentrum in der Zimmerstraße und auf das Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Dort standen das in Kooperation mit der ASTAK e.V. geöffnete „Haus 1“ am Sitz des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit und die zugehörige Interims-Ausstellung offen. Mit Filmen, Zeitzeugengesprächen, Projektionen und Führungen erhielten die insgesamt rund 900 Besucher Einblick in bewegende Geschichten, Musterakten der Stasi und vielfältige Informationen zur Geschichte der Geheimpolizei und der Arbeit der Behörde.

Zum ersten Mal beteiligte sich die Stasi-Unterlagen-Behörde 2014 an der „klügsten Nacht des Jahres“, der „Langen Nacht der Wissenschaft“. Dabei kooperierte sie mit dem Forschungsverbund SED-Staat. Unter dem Titel „Alte Akten, neue Einsichten“ wurden auf dem Campus der Freien Universität in Dahlem Filme, Vorträge und Ausstellungen zur Geschichte der Geheimpolizei angeboten. Themen waren unter anderem der Einfluss der Stasi auf die Bonner Politik oder die Überwachung Willy Brandts.

Etliche Veranstaltungen bezogen sich auf Jahrestage zu historischen Ereignissen. Im Januar 2013 erinnerte die Veranstaltung „Provokation beim Staatsakt. Die Folgen der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 1988“ 25 Jahre später an die Ereignisse um die Demonstration in Berlin. Im Bildungszentrum der Stasi-Unterlagen-Behörde diskutierten Zeitzeugen über die Verfolgung durch die Stasi. Auf dem Podium saßen Vertreter der Opposition

wie Vera Lengsfeld, Wolfgang Templin und Roland Jahn, außerdem der damalige Chefredakteur der FDJ-Zeitung „Junge Welt“, Hans-Dieter Schütt.

Am 15. Januar 2013, dem Jahrestag der Besetzung der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg, lud der BStU über 300 Schülerinnen und Schüler aus vier Bundesländern auf das historische Gelände ein. Bei Führungen durch das Haus erklärten Archivare, was die Stasi in ihrem Archiv abgelegt hat und wie heute die Akten genutzt und erhalten werden. Das Bildungsteam des BStU bearbeitete mit verschiedenen Gruppen Musterakten zu jugendlichen Spitzeln oder oppositionellen Schülern in der DDR. Dia- und Filmprojektionen sowie Sonderausstellungen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Robert-Havemann-Gesellschaft ergänzten das Programm. Zeitzeugen, Wissenschaftler und Filmemacher diskutierten mit Schulklassen über ihre Erfahrungen und Akten-Recherchen, beispielsweise für den Film „Stasikinder“. Bei einer abschließenden Podiumsdebatte mit dem Bundesbeauftragten Roland Jahn und dem BStU-Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk erläuterten Schüler ihre Recherchen über einen DDR-Kugelstoßer, dessen Weltkarriere die Stasi verhinderte.

Am Jahrestag der Besetzung der Stasi-Zentrale im Jahr 2014 führten Zeitzeugen unter dem Titel „Genug gespitzt – raus jetzt“ Besucher über das Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale. Sie berichteten vom historischen Ereignis der Besetzung 24 Jahre zuvor, erinnerten daran, wie sie damals zunächst an den Akten vorbei dirigiert wurden und welche Bedeutung die Sicherung der Unterlagen bis heute hat.

In Kooperationsveranstaltungen beteiligte sich die Behörde, u. a. am Bürgertag in der Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße zu „60 Jahre Volksaufstand“, am 5. Potsdamer MauerVerLauf im Gedenken an den Mauerbau 52 Jahre zuvor und an der Buchvorstellung „Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989“ in der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde. Im Herbst 2014 setzte ein Bündnis vieler Aufarbeitungsinitiativen vor allem aus Berlin ein großer angelegtes Kooperationsvorhaben mit dem Titel „Die Entscheidung“ um. Es thematisierte die Ereignisse der Friedlichen Revolution während des 7., 8. und 9. Oktober 1989 in Berlin, Plauen, Dresden und Leipzig. Das Projekt verband unter Federführung der Deutschen Gesellschaft e.V. erstmals diese vier Revolutionsorte und ihre Akteure miteinander und erzählte die gemeinsame Geschichte der friedlichen Proteste und ihrer Folgen in einer Ausstellung, für die der BStU MfS-Dokumente zur Verfügung stellte. Die Situation der Staatssicherheit in diesen Oktobertagen war außerdem Thema einer wissenschaftlichen Podiumsdiskussion in der Gethsemane-Kirche, bei der BStU-Forscherin Daniela Munkel im Gespräch mit dem Historiker Stefan Wolle ihre Studie „Herbst 1989 im Blick der Stasi“ vorstellte (siehe Abschnitt 5.3.1.3).

In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Botschaft der Republik Polen präsentierte der BStU am 18. März 2014 die Ausstellung „Lernt Polnisch“. Sie war zuvor in Frankfurt (Oder) von Bundespräsident

Gauck und dessen polnischem Amtskollegen eröffnet worden (siehe Abschnitt 6.2.2). Die Veranstaltung in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin thematisierte die Auswirkungen der polnischen Gewerkschaftsbewegung auf die Menschen in der DDR und die landesweite Verfolgung von Sympathisanten durch das MfS. Der polnische Botschafter in Berlin, Jerzy Margański, und Łukasz Kamiński, Präsident des polnischen Instituts für Nationales Gedenken, führten ins Thema ein, und nach einem Impulsvortrag erläuterten Roland Jahn und Wolfgang Templin, wie sie die polnische Bewegung als Unterstützung ihrer eigenen Opposition zum Regime erlebt haben. Ein ehemaliges Solidarność-Mitglied ergänzte die Schilderungen aus polnischer Perspektive. Im Anschluss eröffnete die Kuratorin Gabriele Camphausen mit weiteren Zeitzeugen aus der DDR die Ausstellung.

Am 7. Oktober 2014 erinnerte der BStU in einer Veranstaltung an eine besondere Aktion der Geheimpolizei: Vor 45 Jahren hatten Polizei und Staatssicherheit Hunderte junger Beat-Fans in Berlin verhaftet, viele landesweit unter Hausarrest gestellt oder an der Reise nach Berlin gehindert. Auslöser war ein damals vom Sender RIAS verbreitetes Gerücht, die Rolling Stones würden ein Konzert auf dem Dach des Axel-Springer-Hochhauses in West-Berlin geben. Nach einem Befehl Mielkes griff die Staatsmacht gegen aufbegehrende Jugendliche durch, viele erhielten Gefängnisstrafen, nur weil sie einmal die Stones sehen wollten. Zur Verfolgung der Beat-Bewegung in der DDR präsentierte der BStU im Juni 2014 bei einer Veranstaltung das Dokumentenheft „Gefängnis statt Rolling Stones. Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen“. Zeitzeugen erzählten ihre Geschichten von Verhaftung, Verurteilung und Haft, die in den Unterlagen dokumentiert sind. In einer Folgeveranstaltung zusammen mit dem Magazin „Rolling Stone“ im September 2014 diskutierten Musik-Experten und Historiker, wie die Überwachung und Verfolgung der Fans von Rock- und Punkmusik Unzufriedenheit und Freiheitsdrang in der DDR vergrößerten.

Der alljährliche „UNESCO-Tag des audiovisuellen Kulturerbes“ war am 27. Oktober 2014 für den BStU Anlass, am authentischen Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale eine Podiumsdiskussion über Zukunftsvisionen für das Gelände anzubieten. Zum Auftakt präsentierte BStU-Forscher Christian Halbrock zum Teil unveröffentlichte Fotodokumente der einstigen MfS-Zentrale und führte die rund 150 Besucher in die Geschichte des Ortes ein. Im Anschluss debattierte der Bundesbeauftragte mit dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, der Expertin für Stadtentwicklung, Saskia Hebert, dem Berliner Bundestagsabgeordneten Philipp Lengsfeld und mit Jörg Drieselmann, dem Leiter des Stasi-Museums des Trägervereins ASTAK. Die lebhafteste Diskussion unter Teilnahme vieler Besucher aus dem unmittelbaren Umfeld in Berlin-Lichtenberg drehte sich um das Potenzial des Areals und die Bedingungen, unter denen der ehemalige Ort der MfS-Täter zu einem Lern- und Erinnerungsort oder einem künftigen „Campus für Demokratie“ entwickelt werden kann.

6.5.2.2 Veranstaltungen in den Außenstellen

Die Außenstellen setzten im Berichtszeitraum zunehmend auf Veranstaltungen, die Wissen über die Stasi auf der Basis von Archiv-Dokumenten und mit Bezug auf lokale Ereignisse vermittelten. Sie nutzten dabei vor allem die BStU-Liegenschaften als Veranstaltungsorte, häufig auch authentische Orte in der Umgebung.

Im Jahr 2014 fassten die Außenstellen viele Veranstaltungen unter dem BStU-Leitsatz im Jubiläumsjahr „Demokratie statt Diktatur – 25 Jahre Friedliche Revolution“ zusammen. Der Ruf der Demonstranten nach freien Wahlen, Reisefreiheit, Religionsfreiheit, Selbstbestimmungsrecht und Anerkennung der Menschenwürde war Anlass für vielfältige Veranstaltungen. Diese wurden häufig in Kooperation mit Partnern in den Regionen umgesetzt – darunter den LStU, den Landeszentralen für politische Bildung, Gedenkstätten, Hochschulen und Aufarbeitungsinitiativen.

Alle Außenstellen boten bei Tagen der offenen Tür Einblick in Geschichte und Arbeit ihres Archivs. Außerdem wurden breitenwirksame Termine wie städtische Museumsnächte, der Tag des Archivs oder landespolitische Publikumsstage genutzt, um Aufgabenfelder und Arbeit des BStU zu präsentieren. Bei vielen Veranstaltungen der Außenstellen hatten die Besucher die Möglichkeit, Anträge auf Akteneinsicht zu stellen und Musterakten oder Publikationen des BStU zu lesen.

Mehrere Außenstellen boten den Vortrag „Die Macht der Kirchen brechen. Jugendweihe und Staatssicherheit in der DDR“ an, der sich mit der Mitwirkung des MfS bei der Einführung der Jugendweihe befasst. Kirchenhistoriker Markus Anhalt (BStU) hatte dazu im Frühjahr 2013 eine Forschungsarbeit abgeschlossen. Er zeigte auf, wie die Stasi den SED-Staat dabei unterstützte, die Jugendweihe als sozialistischen Ritus des Erwachsenwerdens zu etablieren. Anhalt beschrieb auf der Grundlage von MfS-Dokumenten, wie die Geheimpolizei u. a. durch Überwachung der Kirchen mit dafür sorgte, dass die Jugendweihe schon nach vier Jahren eine Teilnahme von über 80 Prozent erreichte. Tobias Wunschik (BStU) trug in mehreren Veranstaltungen zum Thema „Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit 1970–1989“ vor (siehe zu seinem diesbezüglichen Buch Abschnitt 5.3.1.6).

Brandenburg

In Brandenburg stand ein breites Angebot von Bürgerberatungs- und Informationstagen in den verschiedenen Regionen im Fokus. Die Beratungsangebote der Außenstelle Frankfurt (Oder) waren häufig mit Vorträgen und kleinen Ausstellungen zum Wirken des MfS in der jeweiligen Region verknüpft. Außergewöhnlich groß war das Interesse bei einer Bürgerberatung in Lübben im Spreewald. Von den etwa 250 Besuchern stellten 170 Bürgerinnen und Bürger einen Erstantrag auf Akteneinsicht, 67 einen Wiederholungsantrag. Beim Warten nutzten viele Besucher die Möglichkeit, sich über die Spitzelarbeit des MfS in

ihrer Heimatstadt Lübben zu informieren, zum Beispiel anhand der Informations-Tafel über „Konspirative Wohnungen in Lübben“. Außerdem gab es anonymisierte Musterakten konspirativer Wohnungen sowie von IM-Akten zu sehen. Aus Lübben sind relativ viele Stasi-Unterlagen erhalten beziehungsweise werden derzeit manuell in der Außenstelle rekonstruiert.

Zum Tag der offenen Tür der Außenstelle im Jahr 2013 kamen 160 Besucher. Im Informations- und Dokumentationszentrum der Außenstelle waren in diesem Jahr fast 700 Personen zu Gast. Der Tag der offenen Tür der Außenstelle im März 2014 stand unter dem Motto „Die Gedanken sind frei – Die Überwachung Andersdenkender“. 120 Besucher folgten dem Angebot aus Vorträgen, Zeitzeugengesprächen und Diskussionen, darunter zum Thema der manuellen Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen. BStU-Forscherin Daniela Munkel stellte ihre aktuelle Publikation „Kampagnen, Spione, geheime Kanäle – Die Stasi und Willy Brandt“ vor.

Am 13. November 2014 hielt Jan Philipp Wölbern vom Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam einen Vortrag zum Thema „Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen“ (zu seinem gleichnamigen Buch siehe Abschnitt 5.3.1.7). Die Veranstaltung in der ehemaligen Haftanstalt in Cottbus war eine Kooperation mit dem Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Politischen Bildungsforum Brandenburg.

Im Kino von Frankfurt (Oder) wurde im April 2013 der Film „Wir wollten aufs Meer“ gezeigt. 300 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 10 und 11 erlebten eine außergewöhnliche Geschichtsstunde. Mit im Publikum saßen Siegmund Faust vom Menschenrechtszentrum Cottbus und der Bundesbeauftragte Roland Jahn, die im Anschluss mit den Schülern über den Alltag Jugendlicher in der SED-Diktatur und ihre eigenen Erfahrungen in Stasi-Haftanstalten diskutierten. In der Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ wurde in einer Veranstaltung im August 2013 ein spektakulärer Fall von Verrat dargestellt. Eingeladen waren drei Betroffene, die 1968 verhaftet und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren, weil sie die DDR verlassen wollten. An die Stasi verraten hatte sie ein IM namens „Thomas“. Die manuelle Rekonstruktion von mehr als 2 800 Aktenseiten hatte das Ausmaß des Verrats ans Licht gebracht. Die Unterlagen zeigen einen Theologiestudenten österreichischer Staatsbürgerschaft, der Mitstudenten verriet und nach seiner Etablierung als Theologe mithilfe des MfS umfassend aus Kirchenkreisen berichtete.

Eine weitere Veranstaltung in der Gedenkstätte fand im Mai 2014 statt: „Der Militärstrafvollzug Schwedt (1968–1990). Zeitzeugen brechen ihr Schweigen“. Bei der in Kooperation mit der Landesbeauftragten für die Opfer der kommunistischen Diktatur (LAKD) durchgeführten Lesung und Diskussion berichtete Zeitzeuge Ilja Hübner von seinen Erlebnissen in Schwedt und trug aus der LAKD-Publikation vor.

Mecklenburg-Vorpommern

Die Außenstellen Rostock, Schwerin und Neubrandenburg beteiligten sich gemeinsam am Mecklenburg-Vorpommern-Tag 2014 in Neustrelitz unter dem Motto „25 Jahre Friedliche Revolution im Norden“. Zum Jahrestag der gefälschten DDR-Kommunalwahlen im Mai 1989 konnten Besucher ein Dokumentenheft mit regionalen Auszügen aus dem Stasi-Archiv erhalten. Beim Tag der offenen Tür des Landtags Mecklenburg-Vorpommern im Juni 2013 und 2014 war die Außenstelle Schwerin präsent. Am BStU-Stand konnten sich die Besucher über die Angebote der Behörde und regionale Bezüge der Stasi-Tätigkeit informieren.

Die Außenstelle Rostock bot in vielen Kreisstädten der Region Veranstaltungen oder Ausstellungen an, oft kombiniert mit einem Informations- und Beratungstag. Sie setzte dabei auf regionale Themen wie die Absicherung der Schiffbauindustrie oder der Landwirtschaft durch die Stasi oder die Verhinderung von Fluchtversuchen über die Ostsee. Ein Beispiel ist der auf MfS-Dokumenten basierende Vortrag „Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier. Die unsichtbare Mauer und die DDR-Geheimpolizei“ in Grevesmühlen im Februar 2013. In Wolgast lautete das Thema im Oktober 2013 „Geheimpolizei zwischen Dock und Helling. Die Stasi auf den Werften“.

Der Herbst 1989 bestimmte auch in der Region die Agenda: Im August 2014 lud die Außenstelle zum Vortrag „Aufbruch aus der Diktatur. Die Friedliche Revolution 1989 im Bezirk Rostock und die Stasi“ nach Ribnitz-Damgarten ein. Dabei wurde die Ausstellung „Stasi Ohn(e)Macht. Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei“ eröffnet.

Die Dokumentations- und Gedenkstätte des BStU in der ehemaligen U-Haftanstalt der Stasi in Rostock (DuG) konnte sich im Berichtszeitraum weiter als Veranstaltungs- und Bildungsort etablieren. Im November 2013 hatte der Dokumentarfilm „Macht und Ohnmacht – Die Staatssicherheit in Rostock“ in der DuG Premiere. Die Produktion war von der Außenstelle beraten und durch Unterlagen aus ihrem Archiv unterstützt worden. Im Anschluss diskutierten vor rund 200 Besuchern der Bundesbeauftragte Roland Jahn, die Landesjustizministerin Uta-Maria Kuder, der Rektor der Universität Rostock, Wolfgang Schareck, die ehemalige politisch Inhaftierte Sylke Weißer und Filmautor Jörg Herrmann über die Rolle des MfS in der SED-Diktatur. In der DuG fanden 2014 verschiedene Vorträge statt, die sich auf Stasi-Unterlagen in der Außenstelle bezogen, so zum Thema „Die Stasi und die Katholische Studentengemeinde in Rostock“, über das „Rotlichtmilieu in Rostock. Prostitution in der DDR und die Stasi“ oder zum Thema „Der Überseehafen Rostock unter Kontrolle der DDR-Staatssicherheit“. Die DuG war 2013 und 2014 beim „Internationalen Museumstag“ mit besonderen Angeboten für Besucher geöffnet, ebenso am „Tag des offenen Denkmals“. Ein Besuchermagnet war die Museumsnacht am 25. Oktober 2014. Über 600 Menschen besuchten in dieser Nacht die Gedenkstätte und die neue Dauerausstellung „Über die Ostsee in die Freiheit“ (in Kooperation mit dem gleichnamigen Verein).

Ein weiterer Höhepunkt war die Eröffnung einer Ausstellung zur Rolle der Polizei in der Friedlichen Revolution am 27. Oktober 2014. Die Präsentation „Sag mir wo Du stehst. Die Rostocker Polizei im Herbst 1989“ wurde durch das Rostocker Polizeipräsidium in Kooperation mit der BStU-Außenstelle Rostock erarbeitet. Großen Zuspruch erfuhren auch die Veranstaltungen am 3. und 4. Dezember 2014 zur Erinnerung an die Besetzung der Stasi-Bezirksverwaltung und -Kreisdienststellen in Stralsund, Greifswald und Rostock.

In der Außenstelle selbst waren am Tag der offenen Tür im April 2013 knapp 250 Besucher zu Gast. Das Thema des Tages war: „Überwachte Hoffnung. Jugend und Geheimpolizei in der DDR“. Erstmals wurde die Rostocker Wanderausstellung „Hoffnungsträger oder Staatsfeind? DDR-Jugend und Stasi an der Ostsee“ präsentiert.

Die Außenstelle Schwerin hat im Berichtszeitraum im Schweriner Schleswig-Holstein-Haus die 2011 aufgelegte Vortragsreihe „20 Jahre Stasi-Unterlagen-Behörde“ aufgrund der positiven Resonanz fortgeführt, in Kooperation mit dem Dokumentationszentrum des Landes für Opfer der Diktaturen in Deutschland und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern. In loser Folge thematisierten Vorträge die Arbeitsbereiche des BStU sowie aktuelle Forschungsergebnisse, teils auf Basis von Forschungsanträgen in der Außenstelle Schwerin. Themen waren unter anderem „Angst vor einem Toten. Die Stasi-Akte Esch“, „Befreiung der Gefangenen am 17. Juni 1953“, „Pfarrer, Christen und Katholiken – Die Staatssicherheit in der Kirche“, „Dem Volk keine Stimme. Die Wahlfälschung vom Mai 1989“ sowie „Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR“ als Abschluss der Veranstaltungen zur Friedlichen Revolution 1989 anlässlich der Besetzung der Schweriner Stasi-Bezirksverwaltung am 6. Dezember 1989. 2013 lud die Außenstelle zum Tag der offenen Tür ein. Unter dem Titel „Entdeckungen – Das Schweriner Theater im Blick der Stasi“ befassten sich Archivführungen und Vorträge mit dem Wirken der Stasi am Beispiel des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin.

Die Gedenkveranstaltung „Aufbruch im Herbst 1989 – Historischer Stadtrundgang“ am 23. Oktober 2014 anlässlich des 25. Jahrestages der ersten Montagsdemonstration in Schwerin zog mehr als 500 Besucher an. Es war eine Kooperationsveranstaltung mit der Landeszentrale für politische Bildung, der LStU, zwei Kirchengemeinden und ehemaligen Mitgliedern des Neuen Forums. Außerhalb der Landeshauptstadt lud die Außenstelle zu Veranstaltungen in Kooperation u. a. mit dem Grenzhof Schlagsdorf ein, z. B. zu Themen wie „Staatssicherheit im Grenzgebiet“ oder „Die Stasi-Akten der Schriftstellerin Brigitte Reimann“. Weitere Veranstaltungen fanden in Ludwigslust, Wittenberge, Hitzacker und Bremerhaven statt.

Beim Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 waren die Ereignisse im ehemaligen Bezirk Neubrandenburg Thema beim Tag der offenen Tür im Mai 2013 in der Außenstelle.

Im Kontext von „25 Jahre Friedliche Revolution“ lud die Außenstelle im Juni 2014 unter dem Titel „Gehen oder Bleiben“ zu einer Diskussion im Rahmen der Neueröffnung des Stadtarchivs von Neubrandenburg ein. Dabei diskutierten der Historiker und Schriftsteller György Dalos, der Kreistagspräsident Mecklenburgische Seenplatte, Michael Stieber, und Pastor Ulrich von Saß die Folgen der Ausreisebewegung von DDR-Bürgern. Darüber hinaus wurden in Kreisstädten der Region weitere Veranstaltungen angeboten. Zum gleichen Anlass führte die Außenstelle im Herbst 2014 mit örtlichen Partnern die Veranstaltungsreihe „Herbst 1989 – 25 Jahre Friedliche Revolution in Neubrandenburg“ durch, u. a. mit Buchlesungen und Zeitzeugengesprächen. Zu den Veranstaltungen kamen rund 600 Besucher.

Sachsen

2013 jährte sich der Beginn des Volksaufstands in der DDR vom 17. Juni 1953 zum 60. Mal. Die DDR-Oppositionelle und Filmemacherin Freya Klier hatte zu diesem Thema in der Außenstelle Leipzig geforscht. Die Ergebnisse flossen in ihren Dokumentarfilm „Wir wollen freie Menschen sein!“ ein, der in einer Koproduktion mit dem Sender RTL das Schicksal zweier junger Leipziger während des Volksaufstands dokumentiert: Teile des Filmes wurden im Hof des BStU-Gebäudes gedreht. Am 14. Mai 2013 hatte der Film in Leipzig Premiere, begleitet von einer Diskussionsrunde mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich und RTL-Chefredakteur Peter Kloepfel.

Die gemeinsame Museumsnacht der Städte Leipzig und Halle stand im Mai 2013 unter dem Motto „Jagdfieber“ und wurde von den beiden Außenstellen mit zwei Themen ausgestaltet. Die Außenstelle Leipzig präsentierte Dokumente, aus denen hervorgeht, wie die Stasi das Jagd-Hobby ihres Ministers Erich Mielke akribisch absicherte. In der Außenstelle Halle veranschaulichten die Schauspieler Steffi Böttger und Bernhard Biller in einer szenischen Lesung aus Stasi-Dokumenten eine sogenannte konspirative Wohnungsdurchsuchung. Das thematische Angebot der Außenstellen wurde ergänzt durch Angebote des Archivs, Fachvorträge und Zeitzeugengespräche. Zur Museumsnacht 2014 hieß das Thema „Lockstoff“: Erstmals wurden hier Stasi-Unterlagen zu den sogenannten Interhotels und Intershops im SED-Staat als Beobachtungs- und Überwachungsobjekte der Staatssicherheit präsentiert.

Die Fälschung der DDR-Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 gilt als einer der Auslöser der Friedlichen Revolution. Unter dem Titel „Es muss alles demokratisch aussehen ...“ unterstützten die drei sächsischen Außenstellen als Mitveranstalter eine Fachtagung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit der Technischen Universität Dresden am 23. Mai 2014; zum Thema wurde auch ein Dokumentenheft erarbeitet (siehe Abschnitt 6.3).

Ein besonderes Kooperationsprojekt setzten die drei sächsischen Außenstellen 2014 aus Anlass des 25. Jubiläums der Friedlichen Revolution um: UNTOLD STORIES – ein sachsenweites Projekt zur Demokratieerziehung, konzi-

piert und umgesetzt in Zusammenarbeit mit der Sächsischen Bildungsagentur Leipzig, dem Graffitiverein Leipzig und dem Steinhaus e. V. Bautzen. Ziel war es, junge Menschen mit unbekanntem Geschichten („untold Stories“) der Friedlichen Revolution in Sachsen bekannt zu machen, die in den Stasi-Unterlagen dokumentiert sind. Sie wurden in Form von thematischen Geocaches („History-Caching“) am jeweiligen Ort der „Story“ zugänglich gemacht.

Der Herbst 1989 und die entscheidende Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 stellen in Leipzig jährlich einen Höhepunkt der Veranstaltungsarbeit dar. Zur Leipziger Buchmesse 2013 wurden in der Außenstelle vier Publikationen vorgestellt, darunter die BStU-Veröffentlichung „Die DDR im Blick der Stasi 1977. Die geheimen Berichte an die SED-Führung“. 2014 standen sieben Lesungen zur Auswahl, darunter zur Studie „Knastware für den Klassenfeind – Häftlingsarbeit in der DDR“ (siehe Abschnitt 5.3.1.6) des BStU-Wissenschaftlers Tobias Wunschik.

Anlässlich des 25. Jahrestages der Friedlichen Revolution im Jahr 2014 führte die Außenstelle diverse Veranstaltungen durch, so z. B. die Eröffnung der Ausstellung „Die Blaue Reihe – Starke Frauen der Friedlichen Revolution 1989“ am 7. Oktober 2014. Die Ausstellung präsentiert 20 Frauen, die maßgeblich am politischen Umbruch in der DDR und dem Ende der Diktatur beteiligt waren. Zur Ausstellungseröffnung sprachen die Künstlerin Gudrun Bojar sowie Gesine Oltmanns und Ulrike Poppe – zwei der Porträtierten – über die Rolle der Frauen bei der Friedlichen Revolution 1989. Die Nacht der offenen Tür am 9. Oktober 2014 stand ganz im Zeichen des Leipziger Lichtfests. Fast 10 000 Besucher machten einen Abstecher in die Außenstelle und nutzten die Gelegenheit, um sich dort u. a. durch Archivführungen und Filmvorführungen über die Methoden des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu informieren.

In Kooperation mit dem Mitteldeutschen Verlag und der Wilhelm-Külz-Stiftung fand am 30. Oktober in der Außenstelle eine Veranstaltung zur Leipziger Dokumentarfilmwoche statt, die in der DDR zu den größten Kulturveranstaltungen zählte. Gäste und sozialkritische Filme aus dem In- und Ausland prägten den Ruf des Festivals als „Fenster zur Welt“. Seine Weltoffenheit erregte jedoch auch die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit. Der Herausgeber und Mitautor der Publikation „Die Sicherheit des Festivals ist zu gewährleisten!“, Andreas Kötzing, stellte das Ergebnis seiner umfangreichen Aktenrecherche im Stasi-Archiv vor. Im Gespräch mit Festivaldirektor Claas Danielsen ging es nicht zuletzt um die „Kerzendemo“ von Leipziger Jugendlichen vor dem Festivalkino „Capitol“ am Eröffnungsabend im Jahr 1983, die mit etlichen Verhaftungen endete.

Ein Schwerpunktort für Veranstaltungen war 2013 und 2014 wieder die ehemalige MfS-Untersuchungshaftanstalt auf dem Chemnitzer Kaßberg. Am authentischen Ort konnten sich Interessierte hier z. B. mit dem Thema Freikauf von politischen DDR-Häftlingen durch die BRD auseinandersetzen. Auch Veranstaltungen, in deren Fokus

die Stasi und der Sport in der DDR oder das Verhältnis von Partei und Staatssicherheit im ehemaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt standen, stießen in Chemnitz auf großes Interesse. Starke Resonanz hatte die Veranstaltung der Außenstelle „Akten. Akteure. Erinnerungen – Stasi-Akten und Zeitzeugenberichte zum Herbst '89 in Karl-Marx-Stadt“, die am 22. Oktober 2014 im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz stattfand.

Am 4. Dezember 2014 thematisierte die Außenstelle mit Filmvorführungen, Gesprächsrunden und einer Archivführung den 25. Jahrestag der Besetzung der Stasi-Bezirksverwaltung in Karl-Marx-Stadt. Große Beachtung fanden Tonbandprotokolle der letzten Stasi-Dienstberatung im Bezirk Karl-Marx-Stadt.

Die Außenstelle Dresden setzte im Berichtszeitraum insbesondere auf die Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Bautzner Straße und Kooperationen wie mit dem Hannah-Arendt-Institut Dresden. Bei Veranstaltungen im Monatsrhythmus konnten sich Besucher bei Vorträgen und Diskussionen beispielsweise über die Foto- und Abhörtechnik der Stasi informieren, über die Überwachung von DDR-Wissenschaftlern, die Rolle der Stasi gegenüber den Botschaftsflüchtlingen aus Prag im Herbst 1989 oder über die Kooperation des MfS mit dem polnischen Geheimdienst. Bei den Museumssommernächten sowie den Tagen der offenen Tür in Dresden 2013 und 2014 präsentierte die Außenstelle ein breites Angebot an Dienstleistungen und Informationen zur Arbeit der DDR-Geheimpolizei und zur Nutzung des Archivs.

Am 9. Mai 2014 eröffnete die Außenstelle Dresden im Beisein des Bundesbeauftragten Roland Jahn eigene Informations- und Beratungsräume in den Gebäuden der sanierten Gedenkstätte Bautzner Straße. Durch dieses Angebot am authentischen Ort der Untersuchungshaftanstalt soll die Bildungs- und Beratungsarbeit beider Institutionen besser verzahnt werden. Der BStU bietet dort Möglichkeiten zur Antragstellung für Privatpersonen, Forscher und Medien, Materialien zur Arbeit mit Schülern und Publikationen der Behörde an.

Am 9. November 2014 fand in der Gedenkstätte die Entdeckertour der Sächsischen Zeitung statt. Die Außenstelle war mit einem Informationsstand und zwei Ausstellungen präsent. Insgesamt kamen 3 500 Besucher, es wurden Hunderte Anträge auf Akteneinsicht entgegengenommen und 1 800 Dokumentenhefte verteilt.

Zum 25-jährigen Jubiläum der Besetzung der Dresdner Stasi-Bezirksverwaltung war die Außenstelle mit Informationsangeboten abermals Kooperationspartner der Gedenkstätte.

Sachsen-Anhalt

In Magdeburg stellte der Historiker Jan Philipp Wölbern im Januar 2013 Forschungsergebnisse aus MfS-Unterlagen vor. Sein Vortrag „Der Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR“ vor 85 Besuchern war Thema der Kooperationsveranstaltung der Außenstelle Magdeburg, der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und des Bürgerko-

mitees Sachsen-Anhalt e.V. (zu seiner Publikation siehe Abschnitt 5.3.1.7). Die Methoden der Staatssicherheit waren ebenfalls Thema der Lesung „Feindberührung“ im April 2013. Die Autorin Heike Bachelier diskutierte mit dem Protagonisten Peter Wulkau in der Zentralbibliothek Magdeburg und Besuchern über seine persönlichen Erfahrungen von Überwachung und Repression in der Diktatur. Außerhalb der Landeshauptstadt informierte die Außenstelle Magdeburg 2013 unter anderem im ehemaligen Rathaus Hötensleben mit dem Vortrag „Die Tätigkeit der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg in Betrieben der Region“ über das Wirken der Stasi.

Die Außenstelle Halle arbeitete im Berichtszeitraum häufig mit Wissenschaftlern zusammen, deren Forschungsanträge aktuell im Archiv bearbeitet wurden. Sie erhielten bei Veranstaltungen die Möglichkeit, (Zwischen-)Ergebnisse ihrer Forschungsarbeiten vorzutragen. Dazu gehörte 2014 Christian Sachse, der für einen Vortrag über die erzwungene Arbeit politischer Häftlinge in der DDR in der Außenstelle geforscht hatte. Für dieses monatliche Vortragsangebot arbeitete die Außenstelle mit der Stadtverwaltung, dem Stadtmuseum und der Stadtbibliothek zusammen. Außerhalb von Halle organisierten die Mitarbeiter Veranstaltungen in Gräfenhainichen, Merseburg, Köthen und Bitterfeld oder waren als Mitveranstalter beteiligt. Bei der gemeinsamen Museumsnacht der Städte Halle und Leipzig im Mai 2013 widmete sich die Außenstelle Halle dem Thema „konspirative Wohnungsdurchsuchungen“.

Am 8. März 2014 hatte die in der Außenstelle Halle konzipierte Ausstellung „Kämpfen an der Seite der Genossen. Die Frauen der DDR-Staatssicherheit“ Premiere. Anlass war der bundesweite Tag der Archive unter dem Motto „Frauen – Männer – Macht“, an dem sich Halle zum zweiten Mal beteiligte. Auf acht Tafeln gibt die Ausstellung Auskunft darüber, wie Frauen Teil des Repressionsapparats des MfS waren. Aktenauszüge und Fotos veranschaulichen die beschriebenen Fallbeispiele. Zum Begleitprogramm gehörten Lesungen und Filme zum Thema „Romeo-Agenten“ – Auslandsspione des MfS, die beispielsweise auf westdeutsche Sekretärinnen in wichtigen Positionen angesetzt waren.

Beide Außenstellen in Sachsen-Anhalt präsentierten ihre Dienstleistungen und regionalen Informationen zur Arbeit der Staatssicherheit beim Sachsen-Anhalt-Tag 2013 in Gommern und 2014 in Wernigerode. An drei Tagen nahmen jeweils rund 500 Besucher die Angebote am gemeinsamen Informationsstand mit dem (im Jahr 2013) bzw. mit der LStU (im Jahr 2014) wahr.

Thüringen

Die Außenstellen in Thüringen setzten auf Kooperationen mit anderen Institutionen der Aufarbeitung, darunter die 2013 neu eröffnete Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt (Träger Stiftung Ettersberg), sowie auf Veranstaltungen mit regionalen Bezügen und auf Grundlage von Archivadokumenten. Ein Thema war die „Aktion Gegenschlag – Stasi gegen die Jenaer Opposition“, bei der das MfS massiv gegen junge Oppositionelle

im Jena der 80er-Jahre vorging, darunter gegen den heutigen Bundesbeauftragten. Erstmals saß aus diesem Anlass ein ehemaliger Major der Staatssicherheit mit Roland Jahn auf einem Podium. Zu der Diskussion hatte die Außenstelle Gera in Kooperation mit der „Gedenkstätte Amthordurchgang e.V.“ eingeladen. Die Veranstaltung fand im Februar 2013 im alten Schwurgerichtssaal des Landgerichts Gera mit ca. 140 Besuchern statt; sie zeigte, dass es eine versachlichte Diskussion auch mit ehemaligen Tätern geben kann. Im Februar 2014 wurde die Diskussion zwischen einem ehemaligen hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter und einem Betroffenen in Person von Roland Jahn auch im „Kubus“ der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt angeboten. Wegen der öffentlichen Resonanz wiederholte die Außenstelle Gera im Mai 2013 die Veranstaltung zur „Aktion Gegenschlag“ im historischen Rathaus von Jena.

Die Außenstelle Gera präsentierte in Zusammenarbeit mit den städtischen Bühnen die BStU-Publikation „Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression. Ein Kulturkonflikt in der späten DDR“, die vom Forschungsbereich des BStU gemeinsam mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena erarbeitet worden war (siehe Abschnitt 5.3.1.4). Der in den Stasi-Akten dicht dokumentierte Vorgang „Bühne“ steht im Zentrum der Publikation, die die gleichzeitige Unterstützung als auch Bspitzelung der Künstler in Gera thematisiert. Bei der Veranstaltung im voll besetzten Theater trug der Liedermacher Stephan Krawczyk Stücke vor, die in diesem Zusammenhang verboten worden waren.

Unter dem Motto „Gemeinsam frei sein – 25 Jahre Friedliche Revolution“ gestalteten zahlreiche Institutionen der Stadt Gera sowie die Außenstelle im November 2014 eine Themenwoche u. a. mit einem Tag der offenen Tür in der Außenstelle am 6. November 2014. Überwachungsfotos der Stasi, Kurzfilme und Tondokumente sowie Originaltransparente von Demonstrationen veranschaulichten die Herbsttage von 1989 in Gera.

Der Film „Zivilcourage“, der u. a. auf Grundlage von MfS-Dokumenten die erste Besetzung einer Bezirksverwaltung des MfS, der Bezirksverwaltung Erfurt, dokumentiert, hatte am Tag der Deutschen Einheit 2013 im Ratssitzungssaal der Stadt Erfurt vor 120 Zuschauern Premiere. Weitere Aufführungen fanden in den kommunalen Kinos von Erfurt und Mühlhausen statt. Stasi-Dokumente gehörten auch zu dem Vortrag von Burkhard Veigel in der Volkshochschule Erfurt im Oktober 2014. Für sein Buch „Wege durch die Mauer: Fluchthilfe und Stasi zwischen Ost und West“ hatte Veigel seine umfangreichen Akten recherchiert. Veigel half mehreren Hundert Menschen bei der Flucht, teils mit einem umgebauten Cadillac; er galt dem MfS als einer der größten Staatsfeinde.

Am Tag des offenen Denkmals am 8. September 2013 war die Außenstelle mit ihren historischen Gebäuden beteiligt. Unter dem Titel „Im Räderwerk kommunistischer Geheimdienste“ konnten Besucher sich ein Bild von Karteien, Magazinen und der Nutzung der MfS-Unterlagen machen. Vorträge zur Überwachung durch die Stasi und

Ausstellungsobjekte, darunter ein Gefangenentransporter des MfS, ergänzten das Programm.

Während des Bürgerfests des Thüringer Geschichtsverbands im Juli 2014 bot die Außenstelle einen Besuchertag „25 Jahre Friedliche Revolution in der Region Erfurt“ an. Zum Programm gehörten halbstündliche Archivführungen und Vorträge zur manuellen und virtuellen Rekonstruktion von zerstörten Dokumenten.

In Suhl starteten die Mitarbeiter der Außenstelle Anfang 2013 das Projekt „Geschichte lesen“. Jeweils zu einem regionalen Thema werden dabei geheime Lageberichte der Staatssicherheit an die SED vorgestellt, ebenso Maßnahmenpläne, Überwachungsprotokolle, Stimmungsberichte und Bilddokumente. Ziel ist es, Besuchern aus der Region bestimmte Ereignisse ins Gedächtnis zu rufen, ihnen Wissen zum Wirken der Stasi zu vermitteln und sie selbst als Zeitzeugen agieren zu lassen. Diese monatliche Veranstaltungsreihe in Verbindung mit Führungen durch Kartei und Archiv stößt in der Region auf viel Interesse, u. a. mit Themen wie „Lutherjubiläum 1983 im Bezirk Suhl“, „Ernteschlachten“, „Visier 86 – die WM im Sportschießen in Suhl“. 2014 standen die regionalen Ereignisse der Friedlichen Revolution im Mittelpunkt.

Ergänzend bietet die Außenstelle Suhl „Geschichte lesen am authentischen Ort“ an. Dabei werden Aktivitäten der Stasi zu konkreten Ereignissen vorgestellt. In der Eisfelder Kirche fand beispielsweise eine Lesung aus den Stasi-Akten zu der Kirchenbesetzung 1983 durch Ausreiseantragsteller statt. Im jetzigen Hotel „Eisenacher Haus“ wurde die jahrzehntelange Nutzung dieses Ortes durch die Stasi als einer der wichtigsten Abhörstützpunkte Richtung Westen vorgestellt. Am authentischen Ort der früheren Simson-Werke stellte Ulrike Schulz ihre Publikation „Simson. Vom unwahrscheinlichen Überleben eines Unternehmens 1856–1993“ vor. Sie hatte im Archiv der Außenstelle Suhl umfangreiche Informationen des MfS zur Absicherung der Fahrzeugproduktion bei Simson recherchiert, mit der sie die Dokumente aus anderen Archiven ergänzen konnte.

Anlässlich des 25. Jahrestages der Friedlichen Revolution erinnerte die Außenstelle am 28. Oktober in der Veranstaltungsreihe „Geschichte lesen“ an die spontane Demonstration am Abend des 7. Oktober 1989 in Ilmenau und die darauf folgenden Verhaftungen von über 30 Jugendlichen. Unter den Zuhörern waren auch einige der damals Verhafteten. Sie schilderten beeindruckend die „Zuführungen“, die schikanösen Verhöre sowie den Ablauf der gerichtlichen Schnellverfahren. Am 25. November 2014 stand in derselben Veranstaltungsreihe der Tag der Grenzöffnung im Fokus. Vorgestellt wurden geheime Lageberichte der Stasi an die SED.

Unter dem Motto „Die ersten Schritte in die Burg“ fand am 5. Dezember 2014 ein Bürgertag anlässlich des 25. Jahrestages der Besetzung der Suhler Stasi-Bezirksverwaltung statt. Mehr als 600 Personen nutzten die vielfältigen Angebote in den derzeit ungenutzten Etagen der ehemaligen Suhler Stasi-Zentrale. Am Abend fand eine Podiumsdiskussion zum Thema „Keine Gewalt!? Die Friedliche Re-

volution 1989 in Suhl“ statt. Zeitzeugen und Wissenschaftler diskutierten mit dem Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die dramatischen Ereignisse des 4. und 5. Dezember 1989 in Suhl.

6.5.2.3 Präsenz des BStU bei bundesweiten Veranstaltungen

Bundesweit war die Behörde bei den zentralen Feierlichkeiten jeweils mit einem breiten Informationsangebot vertreten. Dazu gehören die Bürgerfeste beim Tag der Deutschen Einheit in Stuttgart (2013) und Hannover (2014). Für die Veranstaltungsorte entstanden jeweils kleinere Ausstellungen mit anschaulichen Geschichten über das Wirken der Stasi in Stadt und Region. Für Besucher, die sich nach dem Besuch der Ausstellungen weiter über das Wirken der Stasi in der Region informieren wollten, standen Dokumentenhefte zur Verfügung. Informationen zur Tätigkeit der Behörde und Antragsberatungen rundeten das Angebot ab. Ebenso präsentierte sich der BStU beim zentralen Bürgerfest zum 25. Jubiläum des Mauerfalls am Brandenburger Tor vom 7. bis 9. November 2014.

Zum Museumsfest des Deutschen Historischen Museums am 1. und 2. November 2014 konzentrierte sich die Behördenpräsentation auf die Zielgruppen Familien und Schüler – zusätzlich zum üblichen Informationsangebot war hier das BStU-Bildungsteam mit Angeboten für Schulen, darunter einem Quiz zum Thema DDR-Staatssicherheit, vor Ort.

Bei allen Präsenzterminen stießen neben der Beratung zur Antragstellung die Dokumentenhefte auf großes Interesse. 2014 wurden rund 6 000 Hefte an Standbesucher ausgehändigt.

Print-Produkte, Bewerbung von Veranstaltungen

Die allgemeinen Informationen zur Arbeit der Behörde und zu ihren Dienstleistungsangeboten wurden kontinuierlich aktualisiert. Im Berichtszeitraum wurden vor allem Veranstaltungen und Beratungstage der Außenstellen und der Zentrale in Berlin beworben.

6.6 Pressearbeit

Nach wie vor sind die Aufgaben und die Tätigkeit des BStU sowie die Inhalte des Stasi-Unterlagen-Archivs von großem Interesse für Journalisten. Dies lässt sich an der Vielzahl der Interviewanfragen an den Bundesbeauftragten ablesen, aber auch an den Nachfragen und weiteren Gesprächswünschen vieler Journalisten, die die Kompetenz der Mitarbeiter im Umgang mit den Stasi-Unterlagen erfragen.

Dominierendes Thema in der Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen war im Berichtszeitraum die Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989 und den 25. Jahrestag des Mauerfalls. Aber auch die Enthüllungen um das ausufernde Datensammeln des amerikanischen Nachrichtendienstes NSA brachte das Thema Stasi verstärkt in die öffentliche Diskussion. Hier war es gerade in der Pressearbeit wichtig, die Unterschiede zur Stasi und die

Erkenntnisse aus dem weltweit erstmaligen Zugang zu den Unterlagen der Geheimpolizei der SED für die aktuellen Diskussionen zu vermitteln. Des Weiteren begleiteten die Themen virtuelle Rekonstruktion von Stasi-Unterlagen, die Versetzung der in der Behörde beschäftigten, ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter sowie die Idee des „Campus für Demokratie“ auf dem ehemaligen Stasi-Gelände in Berlin-Lichtenberg durchgängig die Pressearbeit der Behörde.

Ein überragendes Medienecho hatte die Anfang 2014 erschienene Studie „Knastware für den Klassenfeind“. Das Thema der Produktion von Gütern für westliche Auftraggeber und Firmen in Gefängnissen der DDR, bei der auch politische Häftlinge zum Einsatz kamen, löste eine Diskussion über die Verflechtung beider deutscher Staaten und anderer Nationen in diesen Handel sowie die Verantwortung für die Folgen aus. Die Pressestelle konnte durch die Vermittlung von etlichen Interviews mit dem Autor der Studie, Tobias Wunschik, Mitarbeiter der Forschungsabteilung des BStU, und dem Bundesbeauftragten die Grundlage für eine faktenorientierte Diskussion zur Studie befördern.

Der von der Pressestelle seit Ende 2012 drei- bis viermal im Jahr herausgegebene Newsletter mit Informationen aus den Abteilungen hat sich etabliert. Dieses zusätzliche Kommunikationsinstrument ermöglicht es, ein interessiertes Publikum von ca. 800 Abonnenten auf Publikationen, erschlossene Bestände, Veranstaltungen, Bildungsangebote und auf sonstige Weise vermittelte Inhalte der Akten des Stasi-Unterlagen-Archivs hinzuweisen.

Die von der Pressestelle im Online-Pressebereich eingestellten Themen-Schwerpunkte zeigten im Berichtszeitraum eine über den Anlass des Jahrestages hinausgehende Wirkung. Ziel der anlassbezogenen Schwerpunkte ist es, auf die Darstellung der Ereignisse in den Stasi-Akten hinzuweisen. Sie sollen so Ideengeber für Berichterstattung sein, aber auch einen konzentrierten Blick ins Archiv ermöglichen. So können sich Journalisten ein konkretes Bild davon machen, wie die Akten ihre Berichterstattung ergänzen können. Im Berichtszeitraum wurde u.a. das Thema „Promotionsrecht an der Juristischen Hochschule der Stasi in Potsdam-Eiche“ auch unabhängig von einem Jahrestag als Referenzpunkt für Berichterstattung genutzt, ebenso die dort vorgestellten Audio-Dokumente aus dem Prozess gegen Walter Janka in den 50er-Jahren.

Über die seit 2008 tourende Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ wurde an den Ausstellungsorten regelmäßig berichtet. Verstärkt hat sich die Pressestelle im Berichtszeitraum darum bemüht, die regionalen Unterlagen zum Ort der Wanderausstellung für die regionalen Medien aufzubereiten und stieß dabei auf große Resonanz. 2014 hat sich über die Stationen Borkum und Cuxhaven in Kombination mit Informationen aus Stasi-Unterlagen, die der BStU zum Tag der Deutschen Einheit in Hannover auflegte, ein Niedersachsen-Schwerpunkt ergeben. Insbesondere der NDR hat diese Informationen aufgegriffen, weiterrecherchiert und vielfältig publiziert, im Hörfunk, Fernsehen und online.

Mit dem Format des Presse-Gesprächs wurden zwei Dokumentenhefte zu historischen Ereignissen an themenbezogenen Orten der Öffentlichkeit vorgestellt. Zum 30. Jahrestag des Konzertauftritts von Udo Lindenberg im Palast der Republik wurde im Oktober 2013 das Dokumentenheft „Udo rockt für den Weltfrieden“ im Musical-Theater des Lindenberg-Musicals „Hinterm Horizont“ präsentiert. Zwei Zeitzeugen, die das Event im Jahre 1983 miterlebten (ein ehemaliger Häftling im Militärgefängnis Schwedt und ein am Tag des Konzerts Festgenommener), und zwei Beobachter, der Bundesbeauftragte und der Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, erinnerten an ihre unterschiedlichen Perspektiven auf das Konzert. Anfang Juni 2014 trafen sich sieben Zeitzeugen und der Bundesbeauftragte im 19. Stock des Springer-Hochhauses, um an ein Rolling-Stones-Konzert zu erinnern, das gerüchteweise auf dem Dach des Hochhauses im Oktober 1969 hätte stattfinden sollen. Die Form des Pressegesprächs mit Zeitzeugen erwies sich als ein gutes und medienwirksames Format, die Dokumentenhefte bekannt zu machen. Es wurde auch für die Präsentation einer weiteren Publikation der Behörde genutzt: „Genossen, wir müssen alles wissen!“, herausgegeben von Gudrun Weber und Thomas Auerbach, beide Mitarbeiter der Forschungsabteilung des BStU. Im August 2014 wurde diese in den Räumen der Dauerausstellung des BStU in Berlin-Mitte im Gespräch mit Journalisten vorgestellt.

Die verstärkte digitale Präsenz von MfS-Unterlagen im Netz spiegelte sich auch in der Pressearbeit wider. Die Pressestelle begleitete den Start der Veröffentlichung digitaler Findmittel des BStU auf der Webseite des Bundesarchivs ebenso wie der mobilen Version der ZAIG-Datenbank über die App-Plattform des Betriebssystems iOS6. In einer Kooperation mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und der Tageszeitung „Bild“ startete die Pressestelle am 19. August 2014 einen Twitter-Feed unter dem Namen „Heute vor 25 Jahren. #Mauerfall89“. Alle drei Kooperationspartner bestückten aus ihren jeweiligen Archiven die Twitter-Timeline des Twitter-Kontos mit Dokumenten und Fotos der Ereignisse des Herbstes 1989. In täglichen Erinnerungs-Bruchstücken ließ sich damit die Entwicklung der Friedlichen Revolution vor 25 Jahren fast wie live erleben. Ungefähr 14 500 Follower schlossen sich bis zum Ende des Projekts am 13. November dem Feed an, mit über 1 400 Tweets generierte das Projekt über 17 Millionen Online-Kontakte. Besonders junge User unter 30 waren unter den Followern zu finden. Parallel startete die Pressestelle auch ihren eigenen Twitterfeed unter „#BStU_Pressestelle“, um den Mediengewohnheiten der Journalisten entgegenzukommen und auf diesem Kanal zusätzlich Pressemitteilungen, Newsletter, Online-Schwerpunkte, Veranstaltungen und Publikationen des BStU für Interessierte zu verbreiten.

Besuchsprogramme für Journalistinnen und Journalisten

Die Angebote des BStU richten sich an Journalisten und Nachwuchsjournalisten, vor allem Volontäre und Studierende der Publizistik/Journalistik, die sich einen Überblick

über die Entstehung der Behörde, ihre Tätigkeitsfelder und Aktivitäten verschaffen möchten. Im Berichtszeitraum besuchten im Rahmen des Programms sechs Gruppen der „Axel Springer Akademie“ mit jeweils 25 Teilnehmern sowie zwei Gruppen des Journalistik-Aufbaustudiums der Universität Mainz und zwei Gruppen junger US-amerikanischer Journalisten des Fulbright-Programms die Behörde. Zudem besuchten etliche Gruppen ausländischer Journalisten, darunter eine 40-köpfige Gruppe von Korrespondenten aus der Betreuung des Bundespresseamtes sowie die von Künstlern und Netzaktivisten veranstaltete „Magical Secrecy Tour“ der „Transmediale“ als Gäste das Archiv. Immer wieder waren auch hier die Bezüge zwischen heute und damals viel diskutiertes Thema.

7 Internationale Bezüge

Das Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde bleibt eine wichtige Adresse für Fachbesucher und Interessierte aus dem Ausland, obwohl inzwischen auch in vielen anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks die Archive der dortigen Geheimpolizeien zur Nutzung geöffnet wurden. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) hatte sein Archiv als erste Einrichtung dieser Art geöffnet und galt fortan als Modell, an dem sich andere Länder orientierten, um eine für ihre jeweiligen Verhältnisse geeignete Form der Aufarbeitung zu entwickeln. Dies waren in Europa vorrangig die Staaten, in denen eine vom sowjetischen KGB gelenkte Geheimpolizei agiert hatte und die nun ihre kommunistische Epoche aufarbeiten und für Transparenz sorgen wollten. Spätestens mit dem Beitritt zur Europäischen Union war es vielen Regierungen wichtig, Aufarbeitung auch mittels Archivöffnung zu befördern.

In einer zweiten Etappe trugen die Ereignisse des sogenannten Arabischen Frühlings dazu bei, dass Politiker von Übergangsregierungen und der Opposition, Akteure aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich und Medienvertreter dieser Staaten zum BStU fanden (siehe Elfter Tätigkeitsbericht, S. 102f.). Analog zur teils restaurativen Entwicklung in diesen Staaten sind im Jahr 2014 die Besucherzahlen aus diesen Regionen zurückgegangen.

Gäste aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, hauptsächlich Medien, Kunst und Kultur, sowie Akteure aus der Politik waren interessiert zu hören, wie der Übergang von einer Bürgerbewegung, die ein repressives System überwindet, zu einem neuen Staatsgebilde gestaltet werden könnte. Das Erbe der Geheimpolizei stand dabei selbstredend im Mittelpunkt. Oft berichtete der Bundesbeauftragte in Gesprächsrunden über die dynamische Zeit des Umbruchs in der DDR und den Weg zur Einheit Deutschlands, bei dem die Nutzung der Akten der Geheimpolizei als Instrument der Aufarbeitung und gesellschaftlichen Diskussion über die Vergangenheit eine bedeutende Rolle spielte.

7.1 Die Arbeit des Netzwerks

Das „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ wurde im Jahr 2013 von dem

tschechischen Institut für das Studium totalitärer Regime (ÚSTR) geleitet, im darauf folgenden Jahr übernahmen die Partner vom ungarischen Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste (ABTL) den Vorsitz.

Anlässlich der Klausurtagung in Prag hatte sich die tschechische Geschäftsführung verstärkt mit der Aufnahme von neuen Institutionen aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa befasst. Im Jahr 2012 war das slowenische Studienzentrum für nationale Aussöhnung (SCNR) – als erste Organisation – im Beobachterstatus aufgenommen worden. Für die Vollmitgliedschaft im Netzwerk fehlt beim SCNR hauptsächlich der Zugriff auf die Unterlagen der früheren Geheimdienste und deren Verwendung für Zwecke der Aufarbeitung. Im Beobachterstatus können Einrichtungen an den Klausurtagungen und Konferenzen des Netzwerkes teilnehmen, sind aber nicht stimmberechtigt. Ziel ist, solchen Institutionen einen Zugang zu relevanten Informationen der Aufarbeitung zu ermöglichen und in deren Staaten den Prozess in Richtung einer rechtsstaatlichen Öffnung und Nutzung von Geheimpolizeiakten (sofern vorhanden) zu begleiten.

Aus allen baltischen Staaten wollen sich Einrichtungen dem Netzwerk anschließen. Leitende Vertreter des Nationalarchivs in Lettland und des Litauischen Spezialarchivs berichteten über den Bestand an KGB-Unterlagen und über den bereits möglichen Zugang zu den Akten, den besonders der Vertreter aus Litauen als verhältnismäßig liberal bezeichnete. So gab es bereits gute Arbeitsbeziehungen der Kollegen des polnischen Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN) zum Archiv aus Litauen. Das estnische Nationalarchiv hat zwar keine Geheimpolizei-Spezialbestände, aber eine breite Dokumentation über Alltags-Repression. Diese Unterlagen können sogar online eingesehen werden. Darüber hinaus wurde aus Slowenien eine zweite Einrichtung aufgenommen, welche die Kriterien eines Beobachterstatus erfüllt: Es handelt sich dabei um das Archiv der Republik Slowenien. Alle vier Bewerber wurden 2014 als Beobachter aufgenommen. Damit hat das behördliche Netzwerk nun sieben Vollmitglieder und fünf Einrichtungen aus vier Staaten im Beobachterstatus.

Zudem wurden auf den beiden Klausurtagungen in Prag (Februar 2013) und insbesondere in Budapest (Februar 2014) zwei zentrale Vorhaben des Netzwerkes beraten. Für das wichtigste Vorhaben, die gemeinsame Internationale Wanderausstellung, wurde eine verbindliche Grundlage geschaffen: Die Federführung für die Konzipierung, Umsetzung und Produktion liegt in den Händen von IPN und BStU (die auch im archivfachlichen Bereich eng zusammenarbeiten, siehe Abschnitt 3.8). Beide vereinbarten für die Erarbeitung der Wanderausstellung eine kooperative Produktion. Die Ausstellung soll die Funktion und Tätigkeit der Geheimpolizeien in den ehemaligen Ostblockstaaten DDR, Polen, Bulgarien, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn in ihren Gemeinsamkeiten und länderspezifischen Charakteristiken darstellen. Außerdem wird sie anhand ausgewählter Biografien von Betroffenen die Auswirkungen der Geheimpolizeitätigkeiten auf den jeweiligen Lebensalltag vermitteln.

Der BStU hatte als zweites, alle Einrichtungen betreffendes Thema bereits im Vorfeld der Budapester Klausur die Partner auf die Entwürfe zu einer neuen EU-Datenschutz-Grundverordnung hingewiesen. Diese würde durch bestimmte rechtliche Regularien einen Zugang zu den Geheimpolizeiarchiven fast unmöglich machen. Gemäß den Vorschriften dieser in der Diskussion befindlichen Grundverordnung dürften personenbezogene Daten nur dann zu historischen oder statistischen Zwecken oder zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung verarbeitet werden, wenn definierte Bedingungen zutreffen. Zudem müssten alle Personen, deren Daten verwendet werden, ihre Einwilligung erteilen. Die Mitgliedseinrichtungen stellten fest, dass diese Regelungen auch ihre Arbeit einschränken würden. Zunächst haben sich die Mitglieder auf nationaler Ebene bei ihren Regierungen dafür eingesetzt, dass der Zugang zu den Akten durch eine Bereichsausnahmeregelung weiterhin möglich bleiben soll. Die Verordnung war zum Ende des Berichtszeitraums noch in der Diskussion.

Auf Initiative des bulgarischen Präsidenten Rossen Plewneliew wurde der BStU im Rahmen einer Veranstaltungsreihe „25 Jahre Freies Bulgarien“ zu einer internationalen Konferenz „Aufarbeitung der Vergangenheit und Ausblick in die Zukunft“ eingeladen. Der BStU-Beitrag behandelte – ebenso wie die der Geheimpolizei-Archivbehörden aus Rumänien, Polen, Ungarn, Tschechien und Bulgarien – die Rolle der Archive im Aufarbeitungsprozess im ehemaligen Ostblock.

7.2 Ausgewählte internationale Kontakte

Von den zahlreichen Einladungen an den BStU ins Ausland sind einige hervorzuheben. Auf einer wissenschaftlichen Konferenz an der Andrassy Universität in Budapest am 25. und 26. April 2013 hielt der Bundesbeauftragte einen Vortrag zum Thema Erinnerungskultur. Im Fokus der Tagung stand die europäische Dimension der Erinnerungskultur. Die Konferenz widmete sich auch der Frage, wie die breite Mehrheit der Gesellschaft, die weder Täter noch Opfer im engeren Sinne war, stärker für die Aufarbeitung gewonnen werden könnte. Im Mai 2014 diskutierte Roland Jahn auf Einladung des polnischen Präsidenten mit anderen Bürgerrechtlern in Warschau auf einer internationalen Konferenz über die demokratische Opposition in Mittel- und Osteuropa während des Kalten Krieges. Thema des Panels war „Dissidenten – jeder für sich allein oder alle zusammen?“ Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Bürgerrechtlern war auch Anlass für zwei weitere öffentlichkeitswirksame Termine des Bundesbeauftragten: Die Ausstellung „Lernt Polnisch“, die die Strahlkraft der polnischen Solidarność in die DDR hinein thematisiert, wurde am 3./4. Juni 2014 im Außenbereich der Deutschen Botschaft in Warschau der Öffentlichkeit präsentiert. Zum 31. September 2014 war der Bundesbeauftragte nach Danzig eingeladen. Anlässlich des 34. Jahrestages der Gründung der Gewerkschaft Solidarność wurde das Europäische Solidarność Zentrum feierlich und mit hochrangigen internationalen Gästen eingeweiht.

Vom 29. Oktober bis 1. November 2013 war der Bundesbeauftragte auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung in Moskau und besuchte dort die Bürgerrechtsorganisation Memorial. Roland Jahn beteiligte sich an der Veranstaltung „Rückkehr der Namen“ auf dem Lubjanka-Platz. Dabei wurden die Namen von Opfern der politischen Verfolgung verlesen. Ein anderes Projekt von Memorial, das dem Bundesbeauftragten vorgestellt wurde, ist ein Mahnweg, der an Willkürakte aus der Zeit der Sowjetunion erinnert: Memorial ist dabei, betreffende Orte auf einer Karte von Moskau und in einer Publikation darzustellen. Die Tour des Terrors führt auch zu den früheren Erschießungsplätzen außerhalb der Stadtgrenzen. Der Aufenthalt von Roland Jahn wurde von russischen Medien aufmerksam verfolgt. Er gab Interviews für Presse und TV- und Radiostationen.

Die Schweizerische Akademie für die Geisteswissenschaften hatte einen Vertreter des BStU eingeladen, um über datenschutzrechtliche Aspekte bei der langjährigen Praxis in der Verwendung der Stasi-Unterlagen zu berichten. Erörtert wurde die Problematik von Datenschutz, auch bei staatlichen Maßnahmen, und Forschungsfreiheit im Zusammenhang mit der Archivierung und Nutzung von personenbezogenen Daten. Dabei wurden vergleichende Betrachtungen zur Nutzung von Unterlagen in schweizerischen Archiven angestellt.

Termine mit Gästen aus dem Ausland

Von besonderer Bedeutung war ein Besuch der Staatsoberhäupter von Österreich, Liechtenstein, der Schweiz, Belgiens und Luxemburgs auf Einladung des Bundespräsidenten Joachim Gauck am 18. September 2014 in der Dokumentations- und Gedenkstätte in Rostock. Bei diesem Zusammentreffen wurde auch an die Friedliche Revolution vor 25 Jahren erinnert. Die Staatsoberhäupter wurden vom Bundesbeauftragten durch die Untersuchungshaftanstalt der Stasi in Rostock geführt.

Mehrere Besuche bei der Behörde gab es von albanischen Delegationen; Anlass waren erneute Versuche, ein albanisches „Stasi“-Unterlagen-Gesetz (siehe Neunter Tätigkeitsbericht, S. 87) durchzusetzen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung begleitete eine Delegation, die intensiv über den Umgang mit belasteten Politikern und Geheimdienstoffizieren im Vergleich Albanien/Deutschland debattierte. Eine wesentliche Rolle spielte aus albanischer Sicht das Instrument von Sperrfristen – also einer bestimmten Anzahl von Jahren, die dieser Personenkreis aus dem öffentlichen Dienst oder dem Parlament ferngehalten werden soll. Eine albanische Kommission „Justitia et Pax“ und das Institut zur Aufarbeitung Kommunistischer Verbrechen hielten sich zu einem mehrtägigen Workshop mit dem Titel „Umgang mit dem gewaltbelasteten Erbe der kommunistischen Diktatur“ in Deutschland auf und suchten das Gespräch mit der Behörde. Thematisch ähnlich gelagert waren die Gespräche mit dem albanischen Ombudsmann. In Albanien wurde das Amt des Volksanwalts mit der Verfassung von 1998 eingeführt. An diesen Ombudsmann können die Bürger Beschwerden richten, wenn sie ihre Menschen- und Individualrechte verletzt sehen.

Der BStU empfing Gäste aus Staaten in gesellschaftlichen Umbruchprozessen, so aus Tunesien, Libyen, Ägypten sowie dem Sudan, gemeinsam mit dem erst vor zwei Jahren unabhängig gewordenen Südsudan. Dabei ging es inhaltlich überwiegend um Wege der Versöhnung und der Aufarbeitung der Diktaturvergangenheit. Hervorzuheben sind die Delegationen aus Tunesien, die BStU-Experten zu Fragen des Umgangs mit der Vergangenheit während eines demokratischen Übergangs konsultierten oder sich detailliert über juristische Fragen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) aufklären ließen. Auch Gäste aus dem tunesischen Ministerium für Menschenrechte und Übergangsjustiz waren an der Arbeit der Behörde und der gesamten Gedenkstättenlandschaft Deutschlands interessiert. Die offene Auseinandersetzung mit den deutschen Diktaturen fand große Anerkennung. Eine Delegation des Ägyptischen Menschenrechtsrats war an der politischen und rechtlichen Aufarbeitung der DDR-Diktatur interessiert. Diskutiert wurden die Lehren, die sich aus der deutschen Erfahrung verdichtet haben und inwieweit es Ansätze für eine Übergangsjustiz und Aufarbeitung in Ägypten geben kann.

Regelmäßig zu Gast waren unterschiedliche Delegationen aus der Republik Korea (Südkorea), im Berichtszeitraum noch zunehmend. Es waren Regierungsdelegationen im weitesten Sinne, oft aus dem Ministerium oder dem Institut für Wiedervereinigung. Das Thema des Umgangs mit ehemaligen Machteliten und die verschiedenen Ansätze von Aufarbeitung staatlich begangenen Unrechts sind die Grundanliegen dieser Gäste. Dabei stand das Modell eines Überprüfungsgesetzes für Amts- und Funktionsträger im Vordergrund der Gespräche. Darüber hinaus ging es um die Arbeitsweisen von Geheimpolizeien aus dem früheren sowjetischen Machtbereich.

Mitglieder der Menschenrechtskommission sowie eine Delegation von Polizei-Offizieren mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen aus Myanmar (auch bekannt unter den Namen Burma und Birma) interessierten sich ebenfalls für Prozesse des Übergangs zur Demokratie, insbesondere zum Umgang mit den bewaffneten Kräften des Landes. Dies schließt auch Mitarbeiter der früheren Geheimdienste ein.

Kolumbien ist ein Land, das sich seit über einem halben Jahrhundert im Bürgerkrieg befindet, der geschätzt sechs Millionen Menschen zu Kriegsflüchtlingen gemacht hat und über 200 000 Tote forderte. Mit einem ersten Opfer-Gesetz von 2005 wurden Hinterbliebene entschädigt und sollten Täter reintegriert werden. Die Bedeutung von Erinnerungsstätten bei der Rekonstruktion der historischen Wahrheit steht derzeit im Zentrum der Debatten um Versöhnung in Kolumbien. Das Auswärtige Amt hatte den BStU in ein Gesprächsprogramm zum Thema „Aufarbeitung und Aussöhnung“ aufgenommen. Im Januar 2014 sondierte der kolumbianische Botschafter, welche Kooperationsmöglichkeiten es mit deutschen Aufarbeitungsinstitutionen vor dem Hintergrund des oben geschilderten Versöhnungsprozesses in seinem Heimatland geben könnte. Das kolumbianische National Center of Historical Memory/Human Rights Archives beschreibt in seinem In-

ternetauftritt auch die Arbeit des BStU, insbesondere die Bemühungen zur manuellen Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen mit einem Hinweis auf das damit verbundene Pilotprojekt der virtuellen Rekonstruktion. Eine Vertreterin des BStU referierte Ende Oktober 2014 auf einem Symposium dieser Einrichtung, die ein neues Archiv mit Überlieferungen aus der Zeit des Bürgerkriegs aufbaut.

Der Leiter des „Memorial para la Concordia“ in Guatemala war bei einem Besuch an Anregungen zur Entwicklung von Gedenkorten interessiert; die dortige Herausforderung ist, dass Gedenkorte mit unterschiedlichen Auffassungen zu Geschichtsbetrachtung und Aussöhnung umgehen müssen. Er trug die Pläne für einen an das Polizeiarchiv Guatemalas angeschlossenen Lern- und Erinnerungsort vor. Die Überlegungen für einen Lernort am Standort Berlin-Lichtenberg (siehe Abschnitt 6.1) stießen wegen der Parallelen (insbesondere Einbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen) und der Besonderheit, einen Ort der Täter zu einem Lernort für Geschichte umzudeuten, auf großes Interesse.

Hochrangige Vertreter aus Lateinamerika besuchten im Rahmen des Rechtsstaatsprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung den BStU: Verfassungsrichter, Präsidenten von Obersten Gerichten und Generalstaatsanwälte aus Brasilien, Chile, Uruguay, El Salvador, Guatemala, Kolumbien und Venezuela informierten sich über die Aktennutzung im Rahmen der juristischen Rehabilitierung und Wiedergutmachung und über die Bestimmungen für Betroffene und Mitarbeiter im Rahmen des StUG.

Aus Marokko kamen der Leiter des Nationalarchivs, Herr Prof. Dr. Baïda, und die Leiterin des königlichen Archivs, Frau Prof. Dr. Simou, zu einem archivarischen Erfahrungsaustausch. Aufbau, Arbeitsweise und Ausstattung des Archivs spielten naturgemäß eine besondere Rolle bei diesen Fachgesprächen – doch auch die Nutzung der Akten nach den Regeln des StUG war von vorrangigem Interesse, weil die marokkanische Wahrheitskommission zur Aufklärung von Verbrechen auf überall im Lande verstreute Unterlagen zugreifen musste. 2007 war das Nationalarchiv damit beauftragt worden, die von der Kommission gesammelten Dokumente – staatliche wie private – für Bürger, die Medien und Nichtregierungsorganisationen zugänglich zu machen.

Auf Initiative des Auswärtigen Amtes führte die Europäische Akademie ein umfassendes Programm zum Thema „Gute Regierungsführung“ mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ukrainischen Staatsverwaltung durch. Ein Seminar zum Thema „Lustration“, das den Gästen wichtige Anregungen für ihre Arbeit im Heimatland geben sollte, wurde durch die Behörde inhaltlich begleitet.

Anhang

	Seite
Anhang 1 Organisationsplan	96
Anhang 2 Anschriftenverzeichnis	97
Anhang 3 Mitglieder des Beirats	99
Anhang 4 Entwicklung des Personalbestandes	100
Anhang 5 Eingang und Erledigung von Anträgen und Ersuchen	101
Anhang 6 Anträge zu vermissten oder verstorbenen nahen Angehörigen nach § 15 StUG	103
Anhang 7 Eingänge von Anträgen gemäß §§ 32 und 34 StUG von 1993 bis 2014	104
Anhang 8 Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums	105
Anhang 9 Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums der Abteilung Bildung und Forschung	106
Anhang 10 Publikationsreihen	107
Anhang 11 Materialien des BStU für die historisch-politische Bildungsarbeit	115
Anhang 12 Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“	116
Anhang 13 Dauer- und Wanderausstellungen	117
Anhang 14 Das Bildungszentrum Berlin, die Informations- und Dokumentationszentren des BStU sowie Gedenkstätten	118
Anhang 15 Abkürzungsverzeichnis	120

Anhang 1

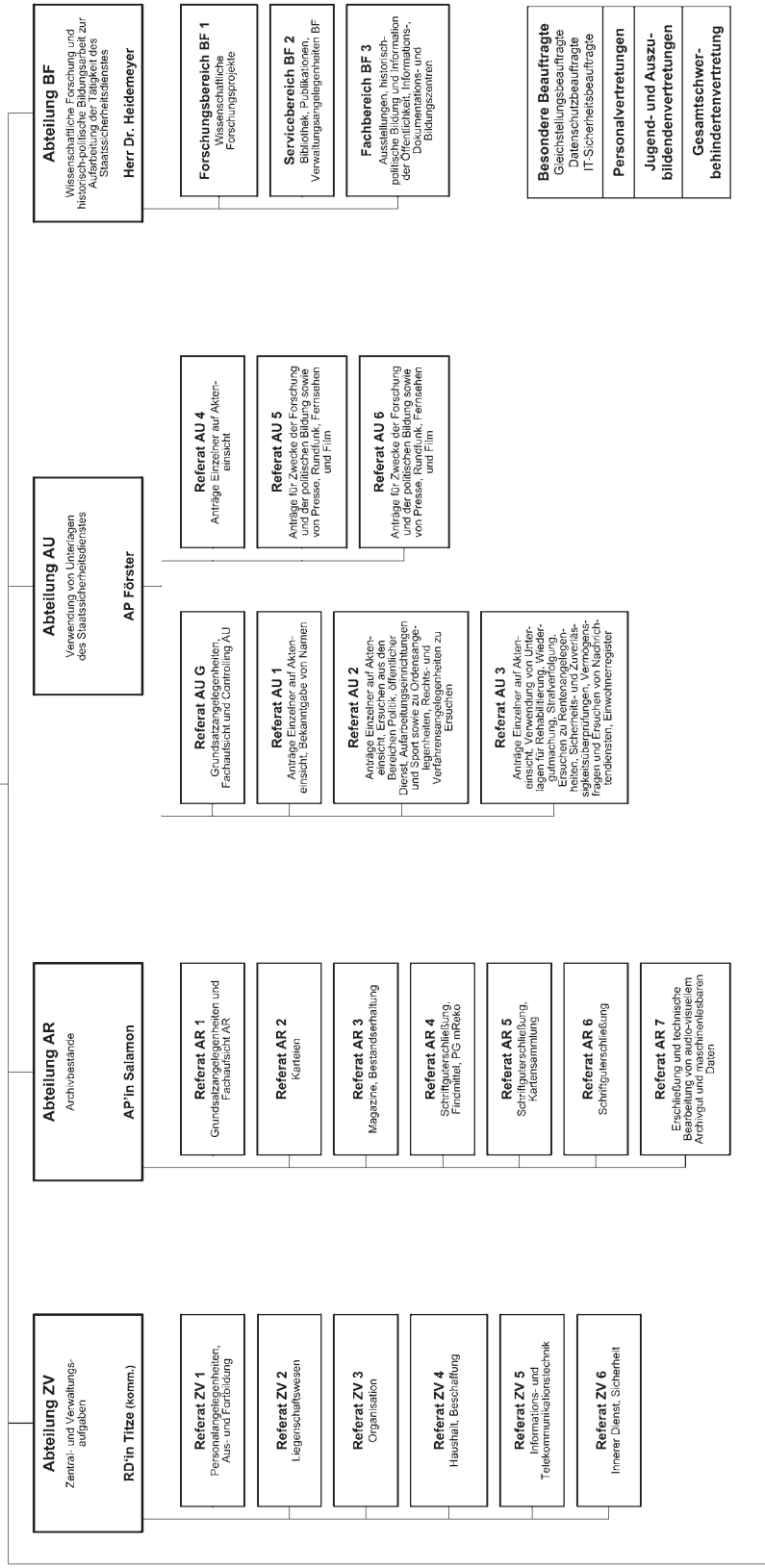
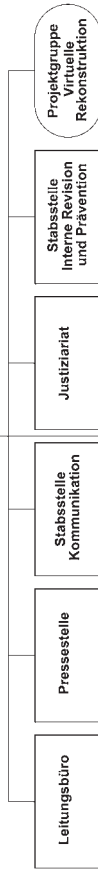
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Beirat
Vorsitzender: Prof. Dr. Schneider
Wissenschaftliches Beratungsgremium
Vorsitzender: Prof. Dr. Veen

Der Bundesbeauftragte
Roland Jahn

Pressesprecherin: Frau Hovestadt
Referent BfL: Herr Schwidratski

Direktor
Björn Deicke



Außenstellen

Chemnitz Herr Fritzer	Dresden Herr Föfber	Erfurt Herr Brunner	Frankfurt (Oder) Herr Sibiak	Gera RA Kefler (komm.)	Halle Frau Krätzer	Leipzig Frau Schild	Magdeburg Herr Stoye	Neubrandenburg Frau Pagels-Heinke	Rostock Herr Dr. Höfner	Schwerin Frau Kalkreuth	Suhl ROAR'in Aschenbach (komm.)
---------------------------------	-------------------------------	-------------------------------	----------------------------------------	----------------------------------	------------------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------------------	-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------------

Anhang 2

Anschriftenverzeichnis

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Anschriften, Telefon- und Faxnummern der Zentralstelle des BStU

Postanschrift:

10106 Berlin

Hausanschrift/Akteneinsichtsbereich/Lesesäle/ Antragstellung:

Karl-Liebknecht-Str. 31/33
10178 Berlin

Telefon: 030 2324-50

Telefax: 030 2324-7799

Telefon IVBB-Netz: 030 18 665-50

Telefax IVBB-Netz: 030 18 665-7799

Telefonische Bürgerberatung:

Telefon: 030 2324-7000

Telefon IVBB-Netz: 030 18 665-7000

Persönliche Bürgerberatung mit vorheriger telefonischer Terminvereinbarung:

Karl-Liebknecht-Str. 31/33
10178 Berlin

Telefon: 030 2324-7000

Telefon IVBB-Netz: 030 18 665-7000

E-Mail: post@bstu.bund.de

Internet-Adresse: www.bstu.bund.de

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstelle in Brandenburg

Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt

Telefon: 0335 6068-0

Telefax: 0335 6068-2419

E-Mail: astfrankfurt@bstu.bund.de

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern

Neubrandenburg

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg

Telefon: 0395 7774-0

Telefax: 0395 7774-1619

E-Mail: astneubrandenburg@bstu.bund.de

Rostock

Hohen Tannen 11
18196 Waldeck-Dummerstorf

Telefon: 038208 826-0

Telefax: 038208 826-1219

E-Mail: astrostock@bstu.bund.de

Schwerin

19065 Görslow

Telefon: 03860 503-0

Telefax: 03860 503-1419

E-Mail: astdschwerin@bstu.bund.de

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Sachsen

Chemnitz

Jagdschänkenstraße 52
09117 Chemnitz

Telefon: 0371 8082-0

Telefax: 0371 8082-3719

E-Mail: astchemnitz@bstu.bund.de

Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig

Telefon: 0341 2247-0

Telefax: 0341 2247-3219

E-Mail: astleipzig@bstu.bund.de

Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden

Telefon: 0351 2508-0

Telefax: 0351 2508-3419

E-Mail: astdresden@bstu.bund.de

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Sachsen-Anhalt

Halle

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

Telefon: 0345 6141-0

Telefax: 0345 6141-2719

E-Mail: asthalle@bstu.bund.de

noch Anhang 2

Magdeburg

Georg-Kaiser-Straße 7
39116 Magdeburg

Telefon: 0391 6271-0

Telefax: 0391 6271-2219

E-Mail: astmagdeburg@bstu.bund.de

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Thüringen

Erfurt

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

Telefon: 0361 5519-0

Telefax: 0361 5519-4719

E-Mail: asterfurt@bstu.bund.de

Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1
07548 Gera

Telefon: 0365 5518-0

Telefax: 0365 5518-4219

E-Mail: astgera@bstu.bund.de

Suhl

Weidbergstraße 34
98527 Suhl

Telefon: 03681 456-0

Telefax: 03681 456-4519

E-Mail: astsuhl@bstu.bund.de

Anhang 3

Mitglieder des Beirats

Stand: Dezember 2014

Vom Deutschen Bundestag gewählte Mitglieder des Beirats:

1. Prof. Dr. Richard Schröder Vorsitzender
2. Siegmund Ehrmann, MdB
3. Patrick Kurth
4. Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller
5. Petra Morawe
6. Beatrix Philipp
7. Prof. Dr. Manfred Wilke
8. Jörn Wunderlich, MdB

Von den Ländern benannte Mitglieder des Beirats:

9. Ulrike Poppe Brandenburg
erste stellvertretende Vorsitzende
10. Jörn Mothes Mecklenburg-Vorpommern
zweiter stellvertretender Vorsitzender
11. Ludwig Große Thüringen
12. Dr. André Gursky Sachsen-Anhalt
13. Martin Gutzeit Berlin
14. Prof. Dr. Ulrike Höroldt Sachsen-Anhalt
15. Prof. Dr. Georg Machnik Thüringen
16. Frank Richter Sachsen
17. Jürgen Schwarz Sachsen

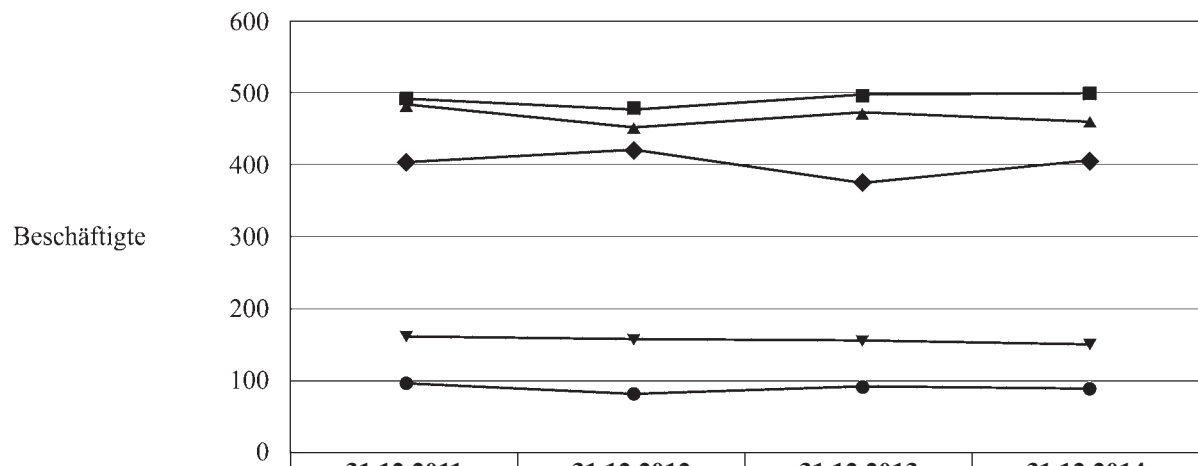
Im Berichtszeitraum ergaben sich im Beirat folgende personelle Entwicklungen:

Rainer Eppelmann, der lange Zeit das Land Brandenburg vertreten hatte, schied im Oktober 2013 aus dem Gremium aus. Als Nachfolgerin wurde Ulrike Poppe für das Land Brandenburg für den Beirat benannt und im Dezember 2013 bestellt; bis Mai 2013 gehörte sie als vom Bundestag gewähltes Mitglied dem Gremium an. Jörn Mothes wurde abermals vom Land Mecklenburg-Vorpommern benannt und im September 2014 bestellt.

Vom Deutschen Bundestag abermals in den Beirat gewählt wurden Prof. Dr. Richard Schröder (Bestellung August 2013), Prof. Dr. Horst Möller (Bestellung Juni 2013), Petra Morawe (Bestellung Juni 2013), Beatrix Philipp (Bestellung Mai 2013), Prof. Dr. Manfred Wilke (Bestellung Oktober 2013), Ludwig Große (Bestellung Januar 2014) und Martin Gutzeit (Bestellung September 2014); neu gewählt wurde Siegmund Ehrmann (Bestellung Juni 2013).

Anhang 4

Entwicklung des Personalbestandes
(nach Aufgabenbereichen)



	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
■ Auskünfte/Ersuchen	490	477	496	499
▲ Archiv	483	452	473	460
● Bildung/Forschung	96	82	91	89
◆ Verwaltung/Leitung*	403	420	375	406
▼ Haussicherungsdienst	162	158	156	151
BStU gesamt	1 634	1 589	1 591	1 605

* einschließlich Öffentlichkeitsarbeit/Internet und Personalvertretungen

Anhang 5

Eingang von Anträgen und Ersuchen Stand: Dezember 2014

Verwendungszweck	1990-1999	2000-2004	2005-2008	2009/2010	2011	2012	2013	2014	Eingänge gesamt
Bürgeranträge gesamt¹	1 674 485	518 297	366 529	190 172	80 611	88 231	64 246	67 763	3 050 334
Ersuchen öffentlicher Dienst	1 561 700	127 359	65 001	251	210	317	296	272	1 755 406
Ersuchen Rentenangelegenheiten ²	615 497	365 296	148 758	12 126	6 524	6 845	3 661	2 457	1 161 164
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/ Zuverlässigkeitsüberprüfungen	82 210	60 057	42 048	22 193	9 532	7 834	7 800	7 859	239 533
Sonstige Ersuchen (parlamentarische Mandatsträger, Ordensangelegen- heiten u. a.)	171 481	26 445	13 512	9 480	1 715	2 064	1 411	1 847	227 955
Ersuchen Überprüfung gesamt	2 430 888	579 157	269 319	44 050	17 981	17 060	13 168	12 435	3 384 058
Ersuchen Rehabilitierung (Reha)	65 417	18 575	6 481	4 608	1 543	1 596	998	1 130	100 348
Ersuchen Wiedergutmachung (WGM)	70 274	32 066	43 488	15 646	4 421	3 681	2 824	2 717	175 117
Ersuchen Strafverfolgung (StV)	192 527	22 823	4 082	675	518	270	247	288	221 430
Ersuchen Reha/WGM/StV gesamt	328 218	73 464	54 051	20 929	6 482	5 547	4 069	4 135	496 895
Anträge Forschung und politische Bildung ³	4 553	3 269	3 139	1 947	959	994	835	891	16 587
Anträge Presse, Rundfunk und Film ³	5 906	2 498	2 018	1 469	542	436	484	516	13 869
Anträge Forschung und Medien gesamt³	10 459	5 767	5 157	3 416	1 501	1 430	1 319	1 407	30 456
Summe	4 444 050	1 176 685	695 056	258 567	106 575	112 268	82 802	85 740	6 961 743

¹ umfasst Anträge auf Auskunft, Einsicht, Kopienherausgabe und Decknamenentschlüsselung

² Im Ergebnis der 2002 durchgeführten Bestandszählung wurde der Eingang an Ersuchen des Jahres 1999 um 35 017 Personen verringert.

³ Zählung nur der beantragten Themen

noch Anhang 5

Erledigung von Anträgen und Ersuchen
Stand: Dezember 2014

Verwendungszweck	1990-1999	2000-2004	2005-2008	2009/2010	2011	2012	2013	2014	Erledigungen gesamt
Bürgeranträge gesamt¹	1 482 632	652 130	382 073	180 079	79 158	78 949	67 743	69 772	2 968 089
Ersuchen öffentlicher Dienst	1 544 200	91 044	118 782	281	201	310	283	279	1 755 380
Ersuchen Rentenangelegenheiten	494 551	450 587	175 270	19 997	5 351	7 777	3 788	2 417	1 159 738
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/ Zuverlässigkeitsüberprüfungen	76 250	64 032	42 637	22 627	9 523	8 040	7 272	6 807	237 188
Sonstige Ersuchen (parlamentarische Mandatsträger, Ordensangelegen- heiten u. a.)	164 721	29 713	16 640	7 226	4 024	1 898	1 616	1 379	227 217
Ersuchen Überprüfung gesamt	2 279 722	635 376	353 329	50 131	19 099	18 025	12 959	10 882	3 379 523
Ersuchen Rehabilitation (Reha)	67 905	15 156	6 530	4 441	1 983	1 671	1 172	1 093	99 951
Ersuchen Wiedergutmachung (WGM)	59 250	39 935	40 305	19 732	5 517	3 765	2 969	2 872	174 345
Ersuchen Strafverfolgung (StV)	178 977	26 953	13 173	792	513	214	469	270	221 361
Ersuchen Reha/WGM/StV gesamt	306 132	82 044	60 008	24 965	8 013	5 650	4 610	4 235	495 657
Anträge Forschung und politische Bildung ²	2 702	3 561	3 497	1 956	942	914	933	1 000	15 505
Anträge Presse, Rundfunk und Film ²	4 923	2 801	2 282	1 464	582	488	488	543	13 571
Anträge Forschung und Medien gesamt²	7 625	6 362	5 779	3 420	1 524	1 402	1 421	1 543	29 076
Summe	4 076 111	1 375 912	801 189	258 595	107 794	104 026	86 733	86 432	6 872 345

¹ Umfasst Anträge auf Auskunft, Einsicht, Kopienherausgabe und Decknamenentschlüsselung. Im Ergebnis der 2002 durchgeführten Bestandszählung wurde die Summe der Jahre 1992 bis 2002 um 24 447 Erledigungen verringert.

² Zählung nur der abgearbeiteten Themen

Anhang 6

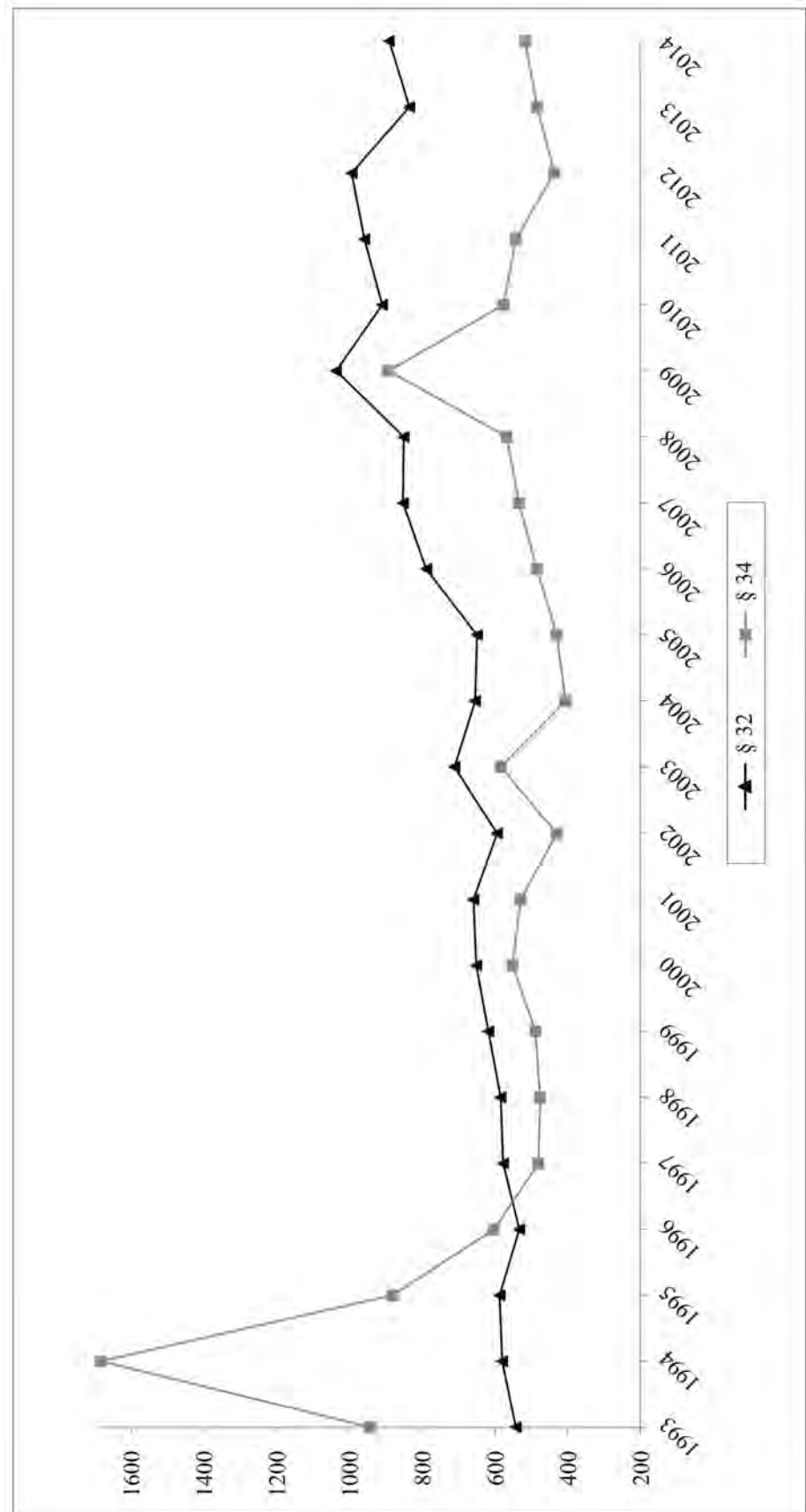
Anträge zu vermissten oder verstorbenen nahen Angehörigen nach § 15 StUG

Monat	Erstanträge gesamt	davon nach § 15 StUG	
		Anzahl	in Prozent
2013			
Januar	3 607	472	13,1
Februar	4 430	555	12,5
März	3 852	447	11,6
April	3 789	508	13,4
Mai	2 910	387	13,3
Juni	2 507	364	14,5
Juli	2 578	350	13,6
August	2 332	352	15,1
September	3 418	329	9,6
Oktober	4 087	486	11,9
November	3 403	383	11,3
Dezember	1 956	297	15,2
Summe 2013	38 869	4 930	12,7
2014			
Januar	3 562	483	13,6
Februar	3 732	445	11,9
März	3 308	425	12,8
April	2 821	335	11,9
Mai	2 393	374	15,6
Juni	2 548	304	11,9
Juli	2 637	330	12,5
August	2 663	324	12,2
September	3 013	344	11,4
Oktober	3 819	508	13,3
November	5 570	612	11,0
Dezember	4 115	480	11,7
Summe 2014	40 181	4 964	12,4
Summe 2013–2014	79 050	9 894	12,5

Anhang 7

Eingänge von Anträgen gemäß §§ 32 und 34 StUG von 1993 bis 2014
Stand Dezember 2014

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
§ 32	542	580	587	533	577	584	618	651	659	594	711	654	649	789	853	851	1037	910	959	994	835	891
§ 34	944	1685	881	602	480	476	488	551	529	429	584	405	430	484	534	567	893	576	542	436	484	516



Anhang 8

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums

Prof. Dr. Hans-Joachim Veen	Vom Gremium zum Vorsitzenden gewählt. Politikwissenschaftler, 1983–2000 Forschungsdirektor der Konrad-Adenauer-Stiftung, Honorarprofessor an der Universität Trier. 2002 bis November 2014 Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung Ettersberg in Weimar
Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke	Vom Gremium zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Historiker, seit 1997 bis zur Emeritierung im Oktober 2012 Universitätsprofessor an der Technischen Universität Dresden
Dr. Michael Hollmann	Historiker, seit 2011 Präsident des Bundesarchivs
Dr. Hubertus Knabe	Historiker, seit 2000 Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Stefan Liebich	Diplom-Betriebswirt, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
Dr. Ulrich Mählert	Politikwissenschaftler, seit 1999 Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller	Historiker, 1992–2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, 1996 bis zu seiner Emeritierung 2011 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität München
Prof. Dr. Klaus Schroeder	Politikwissenschaftler, seit 1992 Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Leiter der Arbeitsstelle Politik und Technik des Otto-Suhr-Institutes, Berlin
Prof. Dr. Alexander Vatlin	Historiker, seit 2006 Professor für Neue und Neueste Geschichte an der Historischen Fakultät der Lomonossow-Universität, Moskau

Anhang 9

Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums der Abteilung Bildung und Forschung

Datum	Referent(en)	Thema
23.01.2013	Martin Stief / Mark Schiefer	Werkstattbericht: Wirtschaft und Umwelt im Visier der Staatssicherheit am Beispiel der Chemieindustrie im Bezirk Halle
10.04.2013	Prof. Dr. Josef Foschepoth	Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik
29.05.2013	Dr. Georg Herbstritt	Anmerkungen zum Bundestags-Gutachten zu den in den Stasi-Unterlagen dokumentierten tatsächlich erfolgten oder versuchten Einflussnahmen des Staatssicherheitsdienstes der DDR auf Mitglieder des Deutschen Bundestages in der Zeit von 1949 bis 1989
19.06.2013	Dr. Katrin Passens	Funktionen der MfS-Untersuchungshaft in ihrer Entwicklung zwischen 1971 und 1989
23.10.2013	Dr. Tobias Wunschik	Der Arbeitseinsatz von Gefangenen in der DDR und der innerdeutsche Handel
13.11.2013	Stephan Konopatzky	Die Bereitstellung und Nutzung digitaler Kopien von Ausgangsinformationen der Hauptverwaltung A des MfS
11.12.2013	Dr. Tytus Jaskułowksi	Von einer Freundschaft, die es nicht gab. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und das polnische Innenministerium 1974 bis 1990
22.01.2014	Dr. Philipp Springer	Das Gedächtnis der Staatssicherheit – Aufgaben, Entwicklung und Personal der Abteilung XII des MfS
19.02.2014	Martin Albrecht	Die Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig 1952 bis 1990
07.05.2014	Mark Schiefer	Westhandel als Wunsch und Wagnis. Die Absicherung der ökonomischen Öffnung der DDR am Beispiel der Chemieindustrie
21.05.2014	Dr. Moritz Vormbaum	Das Strafrecht der DDR
18.06.2014	Dr. Christian Domnitz	Exterritorialer Stasi-Einfluss im Ostblock. Die Aufgaben der MfS-Operativgruppen und ihre Beziehungen zu den kooperierenden Geheimpolizeien
09.07.2014	Martin Stief	Umweltverschmutzung – ein Fall für die Staatssicherheit? Die Funktion der DDR-Geheimpolizei beim Umgang mit Umweltproblemen im Chemiebezirk Halle
03.12.2014	Dr. Wladislaw Hedeler	Das Karlag-Museum in Karaganda. Erinnerung an den Gulag in Kasachstan

Anhang 10

Publikationsreihen

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten – Analysen und Dokumente

(Über den Buchhandel zu beziehen)

Erschienen im Ch. Links Verlag, Berlin (zahlreiche Titel sind auch als digitale Bücher verfügbar unter www.christoph-links-verlag.de)

Band 1: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 244 S., 2. Aufl., Berlin 1996, 15,50 Euro, ISBN 3-86153-098-8 (vergriffen)

Band 2: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 264 S., 4., akt. Aufl., Berlin 1997, 17,50 Euro, ISBN 3-86153-099-6

Band 3: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 544 S., 4., durchges. Aufl., Berlin 2010, 29,90 Euro, ISBN 3-86153-101-1

Band 4: Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande“ im Oktober 1961, 170 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1996, 12,90 Euro, ISBN 3-86153-102-X

Band 5: Siegfried Suckut (Hg.): Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, 472 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2001, 20,50 Euro, ISBN 3-86153-111-9 (vergriffen)

Band 6: Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, 888 S., Berlin 1996, 34,80 Euro, ISBN 3-86153-121-6 (vergriffen)

Band 7: Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, 464 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1997, 24,90 Euro, ISBN 3-86153-122-4

Band 8: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, 351 S., Berlin 1997, 19,90 Euro, ISBN 3-86153-131-3

Band 9: Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, 224 S., 2. Aufl., Berlin 2000, 9,90 Euro, ISBN 3-86153-146-1

Band 10: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1 118 S., 3. Aufl., Berlin 2011, 39,90 Euro, ISBN 3-86153-145-3

Band 11: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, 359 S., Berlin 1998, 19,90 Euro, ISBN 3-86153-147-X

Band 12: Reinhard Buthmann: Kaderversicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Mit einem Vorwort von Walter Süß, 256 S., Berlin 1997, 12,90 Euro, ISBN 3-86153-153-4

Band 13: Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, 312 S., 2., akt. Aufl., Berlin 2000, 16,90 Euro, ISBN 3-86153-215-8

Band 14: Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, 773 S., 3. Aufl., Berlin 2000, 29,90 Euro, ISBN 3-86153-173-9

Band 15: Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, 815 S., 2. Aufl., Berlin 1999, 29,90 Euro, ISBN 3-86153-181-X

Band 16: Roger Engelmann und Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteierrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, 574 S., 2. Aufl., Berlin 2000, 24,90 Euro, ISBN 3-86153-184-4 (vergriffen)

Band 17: Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Ehrhart Neubert, 192 S., 6. Aufl., Berlin 2013, 19,90 Euro, ISBN 3-86153-183-6

Band 18: Hubertus Knabe: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“, 597 S., 2. Aufl., Berlin 1999, 24,50 Euro, ISBN 3-86153-182-8 (vergriffen)

Band 19: Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, 264 S., Berlin 2000, 16,90 Euro, ISBN 3-86153-226-3

Band 20: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, 615 S., Berlin 2000, 24,50 Euro, ISBN 3-86153-227-1 (vergriffen)

Erschienen im Verlag Edition Temmen, Bremen

Band 21: Ehrhart Neubert und Bernd Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, 457 S., Bremen 2001, 24,90 Euro, ISBN 3-86108-792-8

Band 22: Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, 212 S., Bremen 2003, 10,90 Euro, ISBN 3-86108-373-6 (vergriffen)

noch Anhang 10

Band 23: Georg Herbstritt und Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, 458 S., 2. Aufl., Bremen 2003, 22,90 Euro, ISBN 3-86108-388-4

Band 24: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: Der „Tag X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, 347 S., Bremen 2003, 17,90 Euro, ISBN 3-86108-386-8

Band 25: Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczyk und Ehrhart Neubert: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, 847 S., zahlr. Abb., Bremen 2004, 29,90 Euro, ISBN 3-86108-387-6

Band 26: Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift „Sinn und Form“. Ein ungeliebtes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik, 229 S., Bremen 2004, 11,90 Euro, ISBN 3-86108-398-1

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Band 27: Roger Engelmann und Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, 478 S., Göttingen 2005, 34,99 Euro, ISBN 3-525-35004-X

Band 28: Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, 448 S., 3. Aufl., Göttingen 2007, 29,99 Euro, ISBN 3-525-35018-X

Band 29: Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, 459 S., Göttingen 2007, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-35021-8

Band 30: Jens Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, 391 S., Göttingen 2007, 39,99 Euro, ISBN 978-3-525-35083-6

Band 31: Matthias Braun: Kulturinsel und Machtinstrument. Die Akademie der Künste, die Partei und die Staatssicherheit, 463 S., Göttingen 2007, 34,99 Euro, ISBN 978-3-525-35049-2

Band 32: Roger Engelmann, Thomas Großbölting und Hermann Wentker (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, 478 S., Göttingen 2008, 34,99 Euro, ISBN 978-3-525-35052-2

Band 33: Łukasz Kamiński, Krzysztof Persak und Jens Gieseke (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, 583 S., Göttingen 2009, 39,99 Euro, ISBN 978-3-525-35100-0

Band 34: Bernd Florath (Hg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur, 251 S., Göttingen 2011, 19,99 Euro, ISBN 978-3-525-35045-4

Band 35: Lutz Niethammer und Roger Engelmann (Hg.): Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression. Ein Kulturkonflikt in der späten DDR, 364 S., Göttingen 2014, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-35035-5

Band 36: Renate Hürtgen: Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz, 340 S., Göttingen 2014, 24,99 Euro, ISBN 978-3-525-35078-2

Band 37: Tobias Wunschik: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970–1989), 383 S., Göttingen 2014, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-35080-5

Band 38: Jan Philipp Wölbern: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, 560 S., Göttingen 2014, 39,99 Euro, ISBN 978-3-525-35079-9

Band 40: Christian Halbrock: „Freiheit heißt, die Angst verlieren“. Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock, 540 S., Göttingen 2014, 39,99 Euro, ISBN 978-3-525-35114-7

Band 41: Ilko-Sascha Kowalczyk und Arno Polzin (Hg.): Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit, 1 060 S., Göttingen 2014, 69,99 Euro, ISBN 978-3-525-35115-4

Unterreihe: Biografische Quellen im Verlag Edition Temmen, Bremen

(Über den BStU zu beziehen)

Band 1: Peter Eisenfeld: „... rauschmeißen ...“. 20 Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, 504 S., zahlr. Abb., Bremen 2002, 5,00 Euro, ISBN 3-86108-342-6

Band 2: Wolfgang Schollwer: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–1957, 298 S., Bremen 2004, 5,00 Euro, ISBN 3-86108-043-5

Unterreihe: Biografische Quellen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Band 3: Dietmar Riemann: Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise, 512 S., Göttingen 2005, 29,90 Euro, ISBN 3-525-35800-8 (vergriffen, als ebook erhältlich)

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung

(Über den Buchhandel zu beziehen)

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Siegfried Suckut (Hg.): Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2009, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-37300-2

Frank Joestel (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1988. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2010, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-37502-0

Daniela Münkler (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2011, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-37503-7

Henrik Bispinck (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1977. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2012, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-37501-3

Roger Engelmann (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1953. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2013, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-37500-6

Bernd Florath (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1965. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2014, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-37504-4

Daniela Münkler (Bearb.): Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 192 S., Berlin 2014, kostenlos beim BStU zu bestellen, ISBN 978-3-942130-83-7

Einzelveröffentlichungen

(Über den Buchhandel oder den BStU zu beziehen)

Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte über die Stasi-Akten auf dem 39. Historikertag 1992, München 1993 (vergriffen)

Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Aufgaben, Struktur und Verhältnis zum MfS, 56 S., Berlin 1994 (vergriffen)

Clemens Vollnhals: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, 24 S., Berlin 1995 (vergriffen)

Bernd Eisenfeld und Roger Engelmann: 13. August 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 120 S., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-87-5

Ilko-Sascha Kowalczyk: 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, 312 S., Audio-CD, Berlin 2003, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-86-8

Jens Gieseke: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, 320 S., 3., erw. und akt. Aufl., München 2006, 24,90 Euro, ISBN 3-421-05952-7, weiter als „Die Stasi 1945–1990“

Jens Gieseke: Die Stasi 1945–1990, erw. Paperbackausg., 359 S., München 2011, 14,99 Euro, ISBN 978-3-570-55161-5, früher: „Der Mielke-Konzern“

Jens Gieseke: The History of the Stasi. East Germany's Secret Police, 1945–1990, 268 S., New York/Oxford 2014, 90,00 \$, ISBN 978-1-78238-254-6

Joachim Granzow: Die Löwengrube. Als Arzt in DDR-Haftanstalten Mitte der fünfziger Jahre. Ein Erlebnisbericht, 215 S., 2. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-70-7

Helmut Müller-Enbergs unter Mitarbeit von Susanne Muhle: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken, 1 024 S., Berlin 2008, 39,30 Euro, ISBN 978-3-86153-441-9

Ilko-Sascha Kowalczyk: Die 101 wichtigsten Fragen – DDR, 159 S., München 2009, 9,95 Euro, ISBN 978-3-406-59232-4

Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 602 S., München 2009, 24,90 Euro, ISBN 978-3-406-58357-5

Feind ist, wer anders denkt. Eine Ausstellung über die Staatssicherheit der DDR, 88 S., 3., akt. Aufl., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-89-9

„The Dissenter is the Enemy“. An Exhibition on the State Security Service in the GDR, 88 S., 3rd updated edition, Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-92-9

„Stasi. Die Ausstellung zur DDR-Staatssicherheit.“ Katalog und Aufsätze, 221 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-84-4

Reinhard Buthmann: Konfliktfall Kosmos. Die politische Geschichte einer Jugendarbeitsgruppe in der DDR, 389 S., Wien u. a. 2012, 39,90 Euro, ISBN 978-3-412-20742-7

Roger Engelmann, Bernd Florath, Helge Heidemeyer, Daniela Münkler, Arno Polzin und Walter Stüß (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, 440 S., 2., durchges. und erw. Aufl., Berlin 2012, 19,90 Euro, ISBN 978-3-86153-681-9

Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) Stasi-Unterlagen-Gesetz, 400 S., Berlin 2013, Schutzgebühr 5,00 € ISBN 978-3-942130-94-3

Thomas Auerbach und Gudrun Weber: Genossen, wir müssen alles wissen! DDR-Alltag im Spiegel der Stasi-Akten. Ein Lesebuch, 205 S., Berlin 2014, 19,80 Euro, ISBN 978-3-86732-200-3

MfS-Handbuch: Anatomie der Staatssicherheit – Geschichte, Struktur, Methoden

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Roland Wiedmann (Bearb.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Teil V/1, 408 S., Berlin 1995, ISBN 978-3-942130-27-1 (vergriffen)

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil IV/1, 107 S., 2. Aufl., Berlin 1996, ISBN 978-3-942130-25-7 (vergriffen)

noch Anhang 10

Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Teil III/17, 52 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-16-5

Tobias Wunschik: Die Hauptabteilung XXII: „Terrorabwehr“, Teil III/16, 56 S., 2. Aufl., Berlin 1995, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-14-1

Günter Förster: Die Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III/6, 42 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-22-6 (vergriffen)

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, Teil III/10, 130 S., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-12-7

Hanna Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr, Teil III/7, 79 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-05-9 (vergriffen)

Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im MfS, Teil III/20, 89 S., 3. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-23-3

Jens Gieseke (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Teil V/4, 84 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-30-1

Reinhard Buthmann: Die Objektdienststellen des MfS, Teil II/3, 25 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-24-0

Hubertus Knabe: Die Rechtsstelle des MfS, Teil III/4, 21 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-21-9

Reinhard Buthmann: Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung, Teil III/11, 67 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-18-9

Roger Engelmann und Frank Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS, Teil V/5, 508 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 10,00 Euro, ISBN 978-3-942130-31-8

Johannes Beleites: Abteilung XIV: Haftvollzug, 65 S., Berlin 2004, ISBN 978-3-942130-11-0 (vergriffen)

Stephan Wolf: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, Teil III/13, 102 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-04-2 (vergriffen)

Hanna Labrenz-Weiß: Abteilung M: Postkontrolle, Teil III/19, 48 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-17-2 (vergriffen)

Monika Tantzsch: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr, Teil III/14, 109 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-07-3 (vergriffen)

Angela Schmole: Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung, Teil III/19, 66 S., 2. Aufl., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-19-6

Thomas Auerbach, Matthias Braun, Bernd Eisenfeld, Gesine von Prittwitz und Clemens Vollnhals: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“, 179 S., Berlin 2008, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-13-4

Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, 53 S., Berlin 2008, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-26-4

Tobias Wunschik: Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei, 99 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-08-0

Roger Engelmann und Frank Joestel: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, 100 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-20-2

Walter Süß: Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR. Geschichte der Staatssicherheit, 114 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-03-5

Andreas Schmidt: Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr, 238 S., mit Beilagekarte zum Stützpunktsystem der HA III, Berlin 2010, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-06-6

Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen, 356 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-15-8

Angela Schmole: Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme, 136 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-09-7

Roland Wiedmann: Die Dienstseinheiten des MfS 1950–1989: Eine organisatorische Übersicht, 540 S., mit CD-ROM, Berlin 2012, Schutzgebühr 12,00 Euro, ISBN 978-3-942130-28-8

Die erschienenen Handbuch-Lieferungen sind online als PDF verfügbar unter www.bstu.de. Dort findet sich auch eine aktuelle Übersicht über das Gesamtwerk.

Dokumente (Reihe A)

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Günter Förster: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“ des MfS. Eine annotierte Bibliographie, 143 S., 2. Aufl., Berlin 1997, ISBN 978-3-942130-35-6 (vergriffen)

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 349 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-36-3

Günter Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlußarbeiten an der Hochschule des MfS, 577 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 10,00 Euro, ISBN 978-3-942130-37-0

Frank Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988. Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Untersuchung, 128 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-38-7

MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht, 209 S., Berlin 1994 (vergriffen)

Die „Dokumente (Reihe A)“ werden fortgeführt in der Reihe „BF informiert“.

Analysen und Berichte (Reihe B)

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Thomas Auerbach unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, 154 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2000 (vergriffen)

Bodo Wegmann und Monika Tantzsch: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnisystems, 104 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-44-8

Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 106 S., 3. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-42-4

Monika Tantzsch: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von „Republikflucht“, 161 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-45-5

Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, 311 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-46-2 (vergriffen)

Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit (öffentliche Veranstaltung am 26. Oktober 1995), 129 S., 2. Aufl., Berlin 1998, ISBN 978-3-942130-43-1 (vergriffen)

Bearbeiten – Zersetzen – Liquidieren; Die Inoffiziellen Mitarbeiter; Freiheit für meine Akte, Berlin 1993 (vergriffen)

Tobias Hollitzer: „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlußfolgerungen, 321 S., 2. durchges. Aufl., Berlin 2000 (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: Das Zusammenspiel von Staatssicherheit und SED nach der Selbstverbrennung des Pfar-

ers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976, Berlin 1993 (vergriffen)

Monika Tantzsch: Maßnahme „Donau“ und Einsatz „Genesung“. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, 145 S., 2. Aufl., Berlin 1998 (vergriffen)

Verfolgung und die Folgen. Über den Umgang mit den Opfern (öffentliche Veranstaltung am 27. Oktober 1994), 98 S., Berlin 1995 (vergriffen)

Die „Analysen und Berichte (Reihe B)“ werden fortgeführt in der Reihe „BF informiert“.

BF informiert

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Walter Süß (Edition): Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarschin über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Mitschrift eines Streitgesprächs am 7. April 1989, 41 S., (1/1993) (vergriffen)

Joachim Walther und Gesine von Prittwitz: Staatssicherheit und Schriftsteller. Bericht zum Forschungsprojekt, 30 S., (2/1993) (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: IM-Statistik 1985–1989, 64 S., (3/1993), ISBN 978-3-942130-50-9 (vergriffen)

Jens Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (1/1994), ISBN 978-3-942130-51-6 (vergriffen)

Jürgen Fuchs: Unter Nutzung der Angst. Die „leise Form“ des Terrors – Zersetzungsmaßnahmen des MfS, 40 S., (2/1994) (vergriffen)

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-52-3

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 75 S., (5/1994), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-53-0

Jens Gieseke: Doktoren der Tschechistik. Die Promovenden der „Juristischen Hochschule“ des MfS, 29 S., (6/1994), ISBN 978-3-942130-54-7 (vergriffen)

Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, 81 S., (1/1995), Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-55-4

Andreas Niemann und Walter Süß: „Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden“. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), 71 S., (12/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-56-1

noch Anhang 10

Hans-Peter Löhn: „Unsere Nerven lagen allmählich blank“. MfS und SED im Bezirk Halle. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), 66 S., (13/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-942130-72-1

Stephan Fingerle und Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, 70 S., (14/1996), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-57-8

Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow, 124 S., (15/1996), 2., erw. Aufl. (vergriffen)

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 43 S., (16/1997), 2. Aufl., Berlin 1997, ISBN 978-3-942130-58-5 (vergriffen)

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S., (17/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-59-2

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer „Sektion DDR“ durch das MfS, 45 S., (18/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-60-8

Holger Horsch: „Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?“ MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S., (19/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-61-5

Volker Höffer: „Der Gegner hat Kraft“. MfS und SED im Bezirk Rostock. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S., (20/1997), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-62-2

Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950–1989/90. Ein kurzer historischer Abriss, 56 S., (21/1998) (vergriffen)

Eberhard Stein: „Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen“. MfS und SED im Bezirk Erfurt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), 57 S., (22/1999), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-63-9

Andrzej Paczkowski: Terror und Überwachung. Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944 bis 1956, 37 S., (23/1999), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-64-6

Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung von Westspionage des MfS, 35 S., (24/1999), 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-65-3

Gudrun Weber: Stille Post. Neue Wege der Westarbeit in der Vertriebsorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit in den sechziger Jahren, 65 S., (25/2005), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-66-0

Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, 59 S., (26/2005), 2., überarb. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-67-7

Regina Teske: Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkolektivierung 1952 bis 1958, 109 S., (27/2006), ISBN 978-3-942130-68-4 (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: „Rosenholz“. Eine Quellenkritik, 234 S., (28/2007), ISBN 978-3-942130-69-1 (vergriffen)

Wilhelm Mensing: SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946–1976), 320 S., (29/2010), Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-71-4

Martin Stief: Desertionen im geteilten Berlin. Bekämpfung von Fahnenfluchten aus den Reihen der Bereitschaftspolizei im Jahr des Mauerbaus, 98 S., (30/2011), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-73-8

Jenny Schekahn und Tobias Wunschik: Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Ermittlungsverfahren, Zelleninformatoren und Haftbedingungen in der Ära Honecker, 158 S., (31/2012), Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-74-5

Daniela Munkel: Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt, 84 S., (32/2013), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-75-2

Douglas Selvage und Christopher Nehring: Die AIDS-Verschöpfung. Das Ministerium für Staatssicherheit und die AIDS-Desinformationskampagne des KGB, 152 S., (33/2014), Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-76-9

Kooperationsprojekte

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Akademie für politische Bildung Tutzing/BStU:

Siegfried Suckut und Jürgen Weber (Hg.): Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, 338 S., München 2003, 19,80 Euro, ISBN 978-3-7892-8135-8

Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam/BStU:

Torsten Diedrich und Ilko-Sascha Kowalczyk: Staatsgründung auf Raten?, 435 S., Berlin 2005, 29,90 Euro, ISBN 3-86153-380-4

Torsten Diedrich und Walter Süß (Hg.): Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten, 372 S., Berlin 2010, 34,90 Euro, ISBN 3-86153-610-9

Bundeszentrale für politische Bildung/BStU:

Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert: Die

DDR-Staatssicherheit, Schild und Schwert der Partei, 120 S., Bonn 2001, Schutzgebühr 2,00 Euro

Jens Gieseke (with Doris Hubert): *The GDR State Security. Shield and Sword of the Party*, translated by Mary Carlene Forszt, 120 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 2,00 Euro, Versand von Einzelexemplaren ins Ausland kostenlos

Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR/BStU:

Johannes Beleites: Schwerin, Demmlerplatz. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, 239 S., Schwerin 2001, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-933255-12-9

Robert-Havemann-Gesellschaft e. V./BStU:

Werner Theuer und Arno Polzin unter Mitarbeit von Bernd Florath: Aktenlandschaft Havemann. Nachlass und Archivbestände zu Robert Havemann in der Robert-Havemann-Gesellschaft und bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 576 S., Berlin 2008, 25,00 Euro, ISBN 978-3-938857-07-6

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur/BSStU:

Christian Halbrock: „Stasi-Stadt“ – Die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Ein historischer Rundgang um das ehemalige Hauptquartier des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 75 S., Berlin 2009, 12,90 Euro, ISBN 978-3-86153-520-1

Christian Halbrock: Mielkes Revier. Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, 256 S., mit zahlreichen bisher unveröffentlichten Fotos und Karten, Berlin 2010, 19,80 Euro, ISBN 978-3-86732-073-3

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V./Der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen/BSStU:

Martin Gutzeit, Helge Heidemeyer und Bettina Tüffers (Hg.): „Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90“, Dokumentation einer Tagung am 25. und 26. November 2008 in Berlin, 263 S., Düsseldorf 2010, 29,80 Euro, ISBN 978-3-7700-5304-9

Archivwissenschaftliche Veröffentlichungen Archiv zur DDR-Staatssicherheit

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten im LIT Verlag, Münster

Band 1: Dagmar Unverhau: Das „NS-Archiv“ des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, 258 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2004, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-3512-X

Band 2: Dagmar Unverhau (Hg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung, 312 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2003, 20,90 Euro, ISBN 3-8258-3924-9

Band 3: Dagmar Unverhau (Hg.) unter Mitarbeit von Roland Lucht: Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, 408 S., 2. Aufl., Münster 2005, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-4515-X

Band 4: Abteilung Archivbestände der BSStU (Hg.): Findbuch zum „Archivbestand 2: Allgemeine Sachablage“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Joachim Franke u. a., 328 S., Münster 2001, 12,90 Euro, ISBN 3-8258-5543-0

Band 5: Dagmar Unverhau (Hg.): Kartenverfälschung als Folge übergroßer Geheimhaltung? Eine Annäherung an das Thema Einflußnahme der Staatssicherheit auf das Kartenwesen der DDR, 304 S., 3., durchges. Aufl., Münster 2006, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-5964-9

Band 6: Dagmar Unverhau (Hg.): Hatte „Janus“ eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit, 448 S., Münster 2003, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-7120-7

Band 7: Dagmar Unverhau (Hg.): State Security and Mapping in the GDR. Map Falsification as a Consequence of Excessive Secrecy? Lectures to the Conference of the BSStU from 8th-9th March 2001 in Berlin, 304 S., Berlin 2006, 29,90 Euro, ISBN 3-8258-9039-2

Band 8: Dagmar Unverhau (Hg.): Vorläufiges Findbuch zur Abteilung X: „Internationale Verbindungen“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Marco Pollack und Doreen Bombitzki, 335 S., Münster 2005, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-9018-x

Band 9: Dagmar Unverhau (Hg.): Geheimhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges, 600 S., Münster 2009, 29,90 Euro, Teilband 1: Beiträge und Anlagen, Teilband 2: Abbildungen, ISBN 978-3-643-10070-2

Band 10: Abteilung Archivbestände der BSStU (Hg.): Vorläufiges Findbuch Sekretariate der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittig und Schwanitz im Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Elisabeth Larsen und Jana Florczak, 400 S., Münster 2008, 19,90 Euro, ISBN 978-3-8258-1106-8

Dokumentenhefte. Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

(Kostenlos über den BSStU zu beziehen)

Aktion „Gegenschlag“. Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983, 84 S., Berlin 2013

Die Stasi in Stuttgart. Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv, 80 S., Berlin 2013

noch Anhang 10

Udo rockt für den Weltfrieden. Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen, 112 S., Berlin 2013

„Eingeschränkte Freiheit“. Der Fall Gabriele Stötzer, 76 S., Berlin 2014

Operativer Vorgang „Inspirator“. Der Weimarer Montagskreis, 108 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, 76 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), 80 S., Berlin 2014

Gefängnis statt Rolling Stones. Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen, 132 S., Berlin 2014

„Überall kocht und brodeln es ...“. Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen, 108 S., Berlin 2014

Niedersachsen und die Stasi. Die Überwachung im „Operationsgebiet West“, 92 S., Berlin 2014

„Keine Gewalt!“. Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89, 132 S., Berlin 2014

Weitere kostenlos erhältliche Behördenpublikationen

(Über den BStU zu beziehen)

Zweiter, Dritter, Vierter, Fünfter, Sechster, Siebenter, Achter, Neunter, Zehnter und Elfter Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG)

Act regarding the Records of the State Security Service of the former German Democratic Republic (Stasi Records Act)

Abkürzungsverzeichnis: Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 130 S., 10., erg. und korr. Aufl., Berlin 2012

Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz – Zehn Jahre Aufarbeitung, 73 S., Berlin 2002

Entscheidungen gegen das Schweigen. 15 Jahre Einsicht in die Stasi-Unterlagen, Berlin 2007 (vergriffen)

Das „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ – Ein Reader zu ihren gesetzlichen Grundlagen, Strukturen und Aufgaben, 88 S., Berlin, 2010 (vergriffen)

The „European Network of Official Authorities in Charge of the Secret Police Files“ – A Reader on the Legal Foundations, Structures and Activities, Second and Revised Edition, 84 S., Berlin 2014

Publikationen beim BStU können bestellt werden unter:

Postanschrift: 10106 Berlin

Telefon: 030 2324-8803

Telefax: 030 2324-8809

E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Internet: www.bstu.de

Anhang 11

Materialien des BStU für die historisch-politische Bildungsarbeit

Reihe „Quellen für die Schule“

- BStU (Hg.): Jugendliche Inoffizielle Mitarbeiter (IM): IM „Shenja“. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 4., korrigierte Auflage, Berlin 2012 (Quellen für die Schule 1). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): Flucht aus der DDR: „Versuchter Grenzdurchbruch zweier Schüler“. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 4., korrigierte Auflage, Berlin 2012 (Quellen für die Schule 2). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): „DDR – eingesperrt“: Jugendliche im Stasi-Visier am Beispiel des Operativen Vorgangs (OV) „Signal“. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 4., korrigierte Auflage, Berlin 2012 (Quellen für die Schule 3). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): „Revisor“: Überwachung, Verfolgung und Inhaftierung eines Mannes durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. Berlin 2012 (Quellen für die Schule 4). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): Schülerprotest 1961: Wie die Stasi gegen eine Abiturklasse der Erweiterten Oberschule in Anklam vorging. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 2., korrigierte Auflage, Berlin 2012 (Quellen für die Schule 5). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): Von der Schule verwiesen: Schülerprotest an der Berliner Carl-von-Ossietzky-Schule 1988. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 2., korrigierte Auflage, Berlin 2012 (Quellen für die Schule 6). Abgabe kostenfrei.

Themenmappen

- BStU (Hg.): Hauptamtliche Mitarbeiter: Offiziere und Unteroffiziere der Stasi. Materialien für den Unterricht. Berlin 2014. Abgabe kostenfrei.

Die Themenmappe besteht aus Hintergrundinformationen, vielen Faksimiles aus MfS-Akten, didaktisch-methodischen Hinweisen und Arbeitsbögen für die Schülerarbeit.

Medien für den Einsatz im Unterricht

- BStU (Hg.): „Revisor“: Überwachung, Verfolgung, Inhaftierung durch das MfS. Ein Fallbeispiel für den Unterricht. Film-DVD mit einem originalen Lehrfilm des MfS und Bildungs-DVD mit didaktischen Hinweisen und einem Aktenauszug, Berlin 2007 (Ergänzung zu Quellen für die Schule 4, „Revisor“). Schutzgebühr 4,00 €
- BStU (Hg.): Ein Volk unter Verdacht: Die Staatssicherheit der DDR. Ein Unterrichtsfilm für Schülerinnen

und Schüler aller Schultypen ab Klassenstufe 9, Länge: 40 min. Die DVD enthält zusätzlich Materialien zur Vor- und Nachbereitung des Themas im Unterricht. Berlin 2010. Schutzgebühr 5,00 €

Poster-Ausstellung für Schulen

- BStU (Hg.): Stasi. Was war das? Eine Poster-Ausstellung für Schulen. Berlin 2014. Die Ausstellung wird kostenfrei abgegeben.

Die Ausstellung ermöglicht Lehrenden in den Klassenstufen 9 und 10 einen anschaulichen Einstieg in das Thema DDR. Die 13 farbigen Themenposter zeigen das Wirken der Stasi in ausgewählten Lebensbereichen der DDR und beleuchten ihre Rolle bei zentralen Ereignissen. Zudem werden die Aufgaben der Stasi-Unterlagen-Behörde erklärt. Zu jedem Poster gibt es Aufgabenbögen und vertiefende Arbeitsblätter mit weiteren MfS-Dokumenten und Textquellen.

Auch in einzelnen Außenstellen besteht die Möglichkeit, auf regionalbezogene Materialien für die Schülerarbeit zurückzugreifen.

Die Materialien sind – soweit nicht anders angegeben – erhältlich über:

*BStU – Abteilung Bildung und Forschung, Bildungsteam
Postanschrift: 10106 Berlin
E-Mail: bildung@bstu.bund.de*

Anhang 12

Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“

Ort	Zeitraum	Besucher
Kempten	17.01.–08.02.2013	3 328
Darmstadt	17.04.–03.05.2013	1 387
Speyer	23.05.–12.06.2013	1 838
Hameln	22.08.–12.09.2013	1 608
Bad Segeberg	18.09.–11.10.2013	1 316
Dachau	12.03.–01.04.2014	2 729
Koblenz	22.05.–04.06.2014	3 612
Borkum	01.08.–25.08.2014	5 993
Cuxhaven	04.09.–18.09.2014	602
Schweinfurt	25.09.–15.10.2014	1 822
Regensburg	22.10.–05.11.2014	5 356
		29 591

Gesamtzahl aller Besucherinnen und Besucher der beiden Wanderausstellungen des BStU „Feind ist, wer anders denkt“ und „Staatssicherheit – Garant der SED-Diktatur“: 467 112 Besucher an 133 Orten

Anhang 13

Dauer- und Wanderausstellungen

1. Dauerausstellungen

Der Bundesbeauftragte zeigt an folgenden Standorten Dauerausstellungen:

- in den Informations- und Dokumentationszentren in den Außenstellen Frankfurt (Oder), Dresden, Halle und Erfurt, der „Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS“ in Rostock sowie der Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder),
- im Bildungszentrum in der Zimmerstraße 90 in Berlin (bis November 2014),
- in „Haus 1“ in Berlin-Lichtenberg (ab 17. Januar 2015) sowie im Archivgebäude der Berliner Zentrale, beides Ruschestr. 103, 10365 Berlin.
- Weitere Dauerausstellungen befinden sich in der Außenstelle Schwerin sowie in Erfurt.

2. Wander- und Sonderausstellungen

„Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi – Die Geheimpolizei der DDR“

Im Berichtszeitraum wurde die Wanderausstellung in den Außenstellen Magdeburg, Schwerin, Suhl und Chemnitz gezeigt, in der Informations- und Beratungsstelle des BStU in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden und in der Volkshochschule Heidelberg.

„Lernt Polnisch – Solidarność, die DDR und die Stasi“

Stationen dieser Ausstellung waren in Polen: das Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław (Breslau), die Institutionen des IPN in Warschau, in Krakau, in Danzig und Stettin sowie die Deutsche Botschaft Warschau.

In Deutschland waren es: die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin, das Polnische Institut Leipzig, der Brandenburger Landtag in Potsdam, die Irena-Sendler-Stadtteilschule Hamburg, die Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, die Außenstelle Suhl und die Sekundarschule Werner-Seelenbinder in Zielitz.

Weitere Wander- und Sonderausstellungen

- „Hoffnungsträger oder Staatsfeind? DDR-Jugend und Stasi an der Ostsee“, gezeigt in Mecklenburg-Vorpommern, wie auch „Stasi im Ostseeraum“
- „Kämpfen an der Seite der Genossen. Die Frauen der DDR-Staatssicherheit“, gezeigt in Halle, Berlin und Schwerin
- „Fußball für die Stasi. Der Berliner Fußballclub Dynamo“, gezeigt in den Außenstellen Dresden, Magdeburg und Schwerin

- „Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei“: in Außenstellen des BStU
- „Aktion ‚Lupe‘ – Die Stasi und die Zeiss-Werke in Jena“ wurde gezeigt in Jena, im Neuen Schloss Bad Lobenstein, im Stadtmuseum Saalfeld und der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt
- „Berliner Mauer: Fotos verboten!“ ging aus dem Bildungszentrum Berlin in die Außenstellen Dresden, Erfurt und Frankfurt (Oder)
- „Spurensuche am Petersberg“ in Erfurt
- „Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof“ im Informations- und Beratungszentrum des BStU in der Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden und in der Außenstelle Schwerin
- „Das war’s – die Untersuchungshaftanstalt des MfS in Suhl“ in Suhl
- „Visafrei bis Hawaii“ in Gera
- „Doppeltes Spiel. Fußball im Visier der Staatssicherheit“ in Leipzig und Dresden
- „Kaderschmiede Sport“ in Magdeburg
- „Kinder der Nacht – unangepasst und überwacht“ in Leipzig
- „Überwacht und abgeschottet. Der Uranbergbau im Visier der Stasi“ in Chemnitz

Anhang 14

Das Bildungszentrum Berlin, die Informations- und Dokumentationszentren des BStU sowie Gedenkstätten

Stasi-Museum

Ruschestraße 103, „Haus 1“
10365 Berlin

Gemeinsam betrieben vom BStU und ASTAK e.V.

geöffnet Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag, Sonntag und Feiertage von 12:00 bis 18:00 Uhr

Eintritt 6 € ermäßigt 4,50 €, Schüler 3 € Gruppen-
ermäßigung ab 10 Personen

Telefon: 030 553-6854
Telefax: 030 553-6853
E-Mail: info@stasimuseum.de
Internet: www.stasimuseum.de

Projektwerkstatt im Stasimuseum

Ruschestraße 103, „Haus 1“
10365 Berlin

Telefon: 030 2324-8937
Telefax: 030 2324-8939
E-Mail: bildung@bstu.bund.de

Bildungszentrum Berlin (letzter Tag 30.11.2014)

Zimmerstraße 90 (am ehemaligen Checkpoint Charlie)
10117 Berlin

war geöffnet Montag bis Sonntag von 10:00 bis
18:00 Uhr

Informations- und Dokumentationszentrum Dresden

Riesaer Straße 7, Seiteneingang C
01129 Dresden

geöffnet Montag bis Freitag von 08:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag nach Vereinbarung

Telefon: 0351 2508-0
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: astdresden@bstu.bund.de

Informations- und Beratungsstelle in der Gedenkstätte Bautzner Straße

Bautzner Straße 112 a

Beratungsstelle geöffnet Dienstag und Mittwoch von
10:00 bis 17:00 Uhr

Informationsstelle geöffnet täglich von 10:00 bis
18:00 Uhr

Telefon: 0351 2508-3490/-3411
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: astdresden@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum Erfurt

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

geöffnet täglich von 09:00 bis 18:00 Uhr

Servicezeiten (für Bürgeranfragen, Archivführungen,
Besuchergruppen) Montag bis Donnerstag von 08:00 bis
17:00 Uhr, Freitag von 08:00 bis 14:00 Uhr

Telefon: 0361 5519-4711
Telefax: 0361 5519-4719
E-Mail: asterfurt@bstu.bund.de

Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder)

Collegienstraße 10
15230 Frankfurt (Oder)

geöffnet Dienstag und Donnerstag von 10:00 bis 17:00
Uhr, Mittwoch und Freitag für Besuchergruppen nach
Vor Anmeldung

Telefon: 0335 6802712
0335 6068-2411 (BStU)
0335 401560 (Museum Viadrina)
Telefax: 0335 6068-2419 (BStU)
E-Mail: astfrankfurt@bstu.bund.de
verwaltung@museum-viadrina.de

Informations- und Dokumentationszentrum Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt (Oder)

geöffnet täglich von 9:00 bis 17:00 Uhr

Telefon: 0335 6068-2411
Telefax: 0335 6068-2419
E-Mail: astfrankfurt@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum Halle

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

geöffnet Montag, Mittwoch und Donnerstag von 08:00
bis 17:00 Uhr, Dienstag von 08:00 bis 18:00 Uhr, Freitag
von 08:00 bis 14:00 Uhr

Telefon: 0345 6141-2711
Telefax: 0345 6141-2719
E-Mail: asthalle@bstu.bund.de

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock

Hermannstraße 34 b (Eingang gegenüber Supermarkt)
18055 Rostock

geöffnet (März–Oktober) Dienstag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr, Samstag von 10:00 bis 17:00 Uhr

geöffnet (November–Februar) Dienstag bis Freitag von 09:00 bis 17:00 Uhr, Samstag von 10:00 bis 17:00 Uhr

An Sonn- und Feiertagen geschlossen. Öffentliche Führungen Mittwoch und Samstag 14:00 Uhr

Telefon: 0381 498-5651/52

Telefax: 0381 498-5650

E-Mail: dug-rostock@bstu.bund.de

**Informationspunkt und Bürgerberatung Potsdam
(bis Ende 2014)**

in der „Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

Lindenstraße 54
14467 Potsdam

persönliche Beratung jeden letzten Dienstag im Monat

Bis auf das Stasi-Museum in Berlin ist der Besuch aller genannten Einrichtungen des BStU kostenfrei. Für Gruppenführungen werden Voranmeldungen erbeten.

Anhang 15

Abkürzungsverzeichnis

A

ABTL	Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára – Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste (Ungarns)
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome (englisch für erworbenes Immundefektsyndrom)
AR	Abteilung Archivbestände beim BStU
ARGUS	„Archivgutsuche“ Online-Recherche- und Präsentationsplattform (des Bundesarchivs)
ASTAK	Antistalinistische Aktion e. V.
AU	Abteilung Verwendung von Unterlagen beim BStU
AES	Akteneinsicht

B

BASYS 2	Archivverwaltungssystem (IT-System) des Bundesarchivs
BASYS 2 B+E	Bewertung und Erschließung
BASYS 2 B+M	Benutzungswesen und Magazinverwaltung
BF	Abteilung Bildung und Forschung beim BStU
BfDI	Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BND	Bundesnachrichtendienst
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung (des MfS)

C

CD	Compact Disk (Speicher für digitale Daten)
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik (1948–1993)

D

DDB	Deutsche Digitale Bibliothek
DDR	Deutsche Demokratische Republik (1949–1990)
digital AG	digital Computer- & Elektronik Arbeitsgemeinschaft Halle
DOSA	Dokumentensammlung
DOSB	Deutscher Olympischer Sportbund
DuG	Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Rostock
DVD	Digital Versatile Disk (digitales Speichermedium)

E

EAD	Encoded Archival Description (internationales Austauschformat für archivische Informationen)
EPR	Elektronisches Personenregister (IT-Verfahren des BStU)
EU	Europäische Union
e. V.	eingetragener Verein

F

F ...	Formblatt ... (des MfS), z. B. bei Karteien
F 16	Zentrale Personenkartei/Klarnamenkartei (des MfS)
F 22	Vorgangskartei (des MfS)
F 77	Decknamenkartei (des MfS)
F 78	Straßenkartei (des MfS)
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (Dachverband der Einzelgewerkschaften in der DDR)
FDJ	Freie Deutsche Jugend (Jugendverband der DDR)
FU	Freie Universität Berlin

G

GCHQ	Government Communications Headquarters (deutsch: Regierungskommunikationszentrale; britische Sicherheitsbehörde)
GH	Geheime Ablage
GI	Geheimer Informator (MfS)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit (MfS)
GPS	Globales Positionsbestimmungssystem

H

HA	Hauptabteilung (MfS)
HHO	Datenbank HV A/HIM/OibE (IT-Verfahren der BStU)
HIM	hauptamtlicher inoffizieller Mitarbeiter (MfS)
HIV	Humane Immundefizienz-Virus
HM/WR	Datenbank hauptamtliche Mitarbeiter/Mitarbeiter Wachregiment (IT-Verfahren der BStU)

I

IFG	Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz)
IM	inoffizieller Mitarbeiter (MfS)
IPK	Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik
IPN	Instytut Pamięci Narodowej – Institut des Nationalen Gedenkens (Republik Polen)
IT	Informationstechnik

K

KD	Kreisdienststelle (MfS)
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti – Komitee für Staatssicherheit (Geheimdienst der ehemaligen Sowjetunion, 1954–1991)
KMK	Kultusministerkonferenz
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
kw-Vermerk	Haushaltsvermerk im Stellenplan, der vorsieht, dass Planstellen oder andere Stellen künftig wegfallen (Stellen mit kw-Vermerk können nicht nachbesetzt werden)

noch Anhang 15

L

LAKD	Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
lfd. M.	laufende(r) Meter
LStU	Landesbeauftragte/Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

M

MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
MGB	Ministerstwo gossudarstwennoj besopasnosti, Vorgängerorganisation des KGB

N

NDR	Norddeutscher Rundfunk
NS	Nationalsozialismus
NSA	National Security Agency (deutsch: Nationale Sicherheitsbehörde der USA)
NVA	Nationale Volksarmee

O

OPK	Operative Personenkontrolle (MfS)
OV	Operativer Vorgang (MfS)

P

PDF	Portable Document Format; plattformübergreifendes Dateiformat für Dokumente
-----	-----------------------------------------------------------------------------

R

rbb	Rundfunk Berlin-Brandenburg
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RTL	deutschsprachiger Privatsender

S

SAE	Sachaktenschließung (IT-Verfahren des BStU)
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SCNR	Study Centre for National Reconciliation – Studienzentrum für nationale Aussöhnung (Slowenien)
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DDR)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
StrRehaG	Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz)
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz)
SÜG	Sicherheitsüberprüfungsgesetz

U

UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization – Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation
UOKG	Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
ÚSTR	Ústav pro Studium Totalitních Režimů – Institut für das Studium totalitärer Regime (Tschechische Republik)

V

VEB	Volkseigener Betrieb (DDR)
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei (MfS)

W

WBG	Wissenschaftliches Beratungsgremium des BStU
WM	Weltmeisterschaft

Z

ZMA	Zentrale Materialablage (MfS)
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang (MfS)
ZUV	Zentraler Untersuchungsvorgang
ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

noch Anhang 15

Erläuterungen zu den im Text genannten Dienstseinheiten des MfS

Abt.	Abteilung
Abt. II	Spionageabwehr (in den BV; entspricht im MfS: HA II)
Abt. VI	Passkontrolle, Tourismus, Interhotel, (in den BV; entspricht im MfS: HA VI)
Abt. VII	Ministerium des Innern/Deutsche Volkspolizei (in den BV; entspricht im MfS: HA VII)
Abt. VIII	Beobachtung, Ermittlung (in den BV; entspricht im MfS: HA VIII)
Abt. IX	Untersuchungsorgan (in den BV, entspricht im MfS: HA IX)
Abt. X	Internationale Verbindungen
Abt. XI	Chiffrierwesen (in den BV, entspricht im MfS: HA XI)
Abt. XII	Zentrale Auskunft/Speicher (im MfS) bzw. Auskunft/Speicher (in den BV)
Abt. XIV	Untersuchungshaft, Strafvollzug (in den BV und im MfS)
Abt. XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft (in den BV, entspricht im MfS: HA XVIII)
Abt. XIX	Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen (in den BV, entspricht im MfS: HA XIX)
Abt. XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund (in den BV; entspricht im MfS: HA XX)
Abt. 26	Telefonüberwachung (in den BV und im MfS)
Abt. OT	Operative Technik
Abt. M	Postkontrolle (in den BV und im MfS)
Abt. N	Nachrichten
Abt. RD	Rückwärtige Dienste
AG XVII	Besucherbüros Westberlin
AG G	Arbeitsgruppe Geheimnisschutz (in den BV)
AG M	Arbeitsgruppe des Ministers
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe (in den BV und im MfS)
BCD	Bewaffnung, Chemischer Dienst
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe
BdL	Büro der Leitung
HA	Hauptabteilung
HA I	Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen
HA IX/11	Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen
HA XXII	Terrorabwehr
HA KuSch	Hauptabteilung Kader und Schulung
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung
HA PS	Personenschutz
MD	Medizinischer Dienst
SdM	Sekretariat des Ministers
WR	Wachregiment
WSE	Wach- und Sicherheitseinheit
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Impressum

Herausgeber

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin

Telefon: 030 2324-50

Fax: 030 2324-7799

post@bstu.bund.de

Erscheinungsdatum

März 2015

Druck

enka-druck GmbH, Berlin

Layout

Pralle Sonne, Berlin

Umschlagfoto

Besucherinnen und Besucher beim Bürgertag
am 17.01.2015 im Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin-Lichtenberg
Foto: BStU/Oana Popa

